atom

RadiAktiv

Der Super-GAU

Tschernobyl und die Folgen

Gemeinsame Sonderausgabe

Juli 1986

Preis: 5,— DM

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Riskier' doch mal 25.- Mark für ein atom-Abo!

Zeitung gegen Atomenergie

In der »atom« berichten wir regelmäßig über folgende Themen:

- ○ Aktuelle Berichterstattung zu den einzelnen Standorten von Atomanlagen in der BRD
- ○ Grundsätzliche Artikel zur Energiesituation
- ○ Zur "Un"sicherheit atomarer Anlagen
- ○ Berichte und Einschätzungen zum Widerstand gegen das Atomprogramm
- ○ Kontinuierliche Berichterstattung über die Widerstandsschwerpunkte Wackersdorf und Gorleben
- ○ Die Kriminalisierung der Bewegungen durch den Staat
- ○ Neues aus der unabhängigen Friedensbewegung
- ○ Frauenseiten

Die »atom« (früher AtomExpress und atommüllzeitung) erscheint etwa alle zwei Monate, kostet als Normalnummer 4 Mark (Doppelnummer 5,—) und sollte unbedingt abonniert werden.
Im Abonnement kostet die **atom** 25,— DM für den Zeitraum von 5 Ausgaben. Weitere Abobedingungen könnt Ihr bei uns erfragen.
Bestellungen an: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, Reinhäuserlandstr. 24, 3400 Göttingen.
Telefon 0551/7700158

Gegen die Einsendung von 4,— DM (am besten in Briefmarken) schicken wir prompt ein Probeexemplar. Frühere Ausgaben können zum halben Preis bestellt werden.

ATOM KRAFT am ENDE?

Nach der Katastrophe von Tschernobyl wird das Für und Wider der Atomenergie erbitterter diskutiert denn je. Kritische Wissenschaftler wie Prof. Jens Scheer oder Dr. Helmut Hirsch sowie Redaktionsmitglieder der »atom« belegen in diesem Buch anhand neuester Forschungsergebnisse ihre These vom ökologischen und wirtschaftlichen Fiasko der Atomindustrie.

Aus dem Inhalt:

- Tschernobyl - Chronologie einer Atomkatastrophe
- Strahlenbelastung im Normalbetrieb und bei Störfällen
- Gefahren bei Wiederaufarbeiterung und Atommülltransporten
- Erkenntnisse neuer Sicherheitsstudien nach Harrisburg
- Atomkrise in der UdSSR, den USA und in der Bundesrepublik
- Die Macht der Energiekonzerne

3., erweiterte und überarbeitete Auflage.
192 Seiten Taschenbuch, DM 14,80
Zu beziehen über:
Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 1945, 3400 Göttingen
und
Verlag Die Werkstatt
Lotzestr. 24a, 3400 Göttingen

RADI-AKTIV wird mit Prozessen überzogen

Die Bayerische Staatsregierung hat zum Großangriff geblasen. Bei ihren Versuchen, die Anti-WAA-Bewegung in die Knie zu zwingen, konnte ein Angriff gegen das bayerische Anti-Atom-Magazin RADI-AKTIV nicht ausbleiben. Denn das RADI-AKTIV ist inzwischen mit einer verkauften Auflage von 5 000 Stück zu einem wichtigen Diskussions- und Informationsorgan der Bewegung geworden.
Ein Vorgehen gegen das RADI-AKTIV wurde im Prinzip schon vor Wochen durch Hetze übelster Sorte im CSU-Organ „Bayernkurier" angekündigt und nahegelegt.

ABER: DIE AUFLAGE STEIGT!
RADI AKTIV NR. 8 WAR NACH EINER WOCHE VERKAUFT UND MUSSTE NACHGEDRUCKT WERDEN.
WIR DANKEN DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG FÜR DIE GUTE WERBUNG!

Übrigens, es gibt auch zum Teil noch die alten Ausgaben der RADI-AKTIV. Besonders wollen wir auf die beschlagnahmte Nummer 7 hinweisen (Themenschwerpunkt: Zusammenhang von friedlicher und militärischer Nutzung der Atomenergie) und auf die Nr. 6, die eine ausführliche Dokumentation der Platzbesetzung vom Dezember 1985 / Januar 1986 enthält. — Und natürlich die neueste Ausgabe Nr. 8 mit Schwerpunkten „Pfingsten" und „Polizeiaufrüstung".

Ausgabe 8/1986

RadiAktiv
Herausgeber:
LAKO – Landeskonferenz der bayerischen Anti-AKW-Bürgerinitiativen

aus dem Inhalt:

PFINGSTEN IN WACKERSDORF
- Chronologie der Eskalation
- Übergriffe, Repressionen und Mißhandlungen
- Erlebnisberichte – Leserbriefe
- ... und es gab doch einen Schießbefehl

AUFRÜSTUNG DER STAATSGEWALT
- Testfeld Wackersdorf
- CS-Gas – Gummigeschosse
- Das (perfekte) Polizeiwaffenarsenal der 80er Jahre

TSCHERNOBYL
- Chronologie der Widersprüche, Vertharmlosungen und Völkerverdummung
- RadiAktiv beschlagnahmt
- Mediziner-Bericht
- Super-GAU bei uns nicht möglich?
- Zur geplanten Novellierung der Strahlenschutzverordnung

OSTERMARSCH – WACKERSDORF
- Geschlossen an Baustatt
- Vorfeldhetze mit allen Mitteln
- Der 2. Tote in Wackersdorf
- CS-Gas-Premiere

Wackerland im Widerstand
- Chronologien des alltäglichen Widerstands
- Prozesse – Zwischenbilanz

● Bestellungen:
NIGA c/o Anita Aschenbrenner
Kellerplatz 15
8500 Nürnberg
Konto: Postscheckkonto Nürnberg
Anita Aschenbrenner
(Sonderkonto)
Kto.-Nr.: 113237-850
Ein Jahresabo (5 Ausgaben) kostet incl. Porto 25,– DM. Ein Förderabo kostet 30,– DM. Ab 5 Exemplaren kostet 1 Exemplar 3,50 DM zuzüglich Porto.

STROM OHNE ATOM

Die Zeitbombe tickt. Uns und unseren Kindern droht die radioaktive Verseuchung.
Am 7. Juni erscheint Publik-Forum-Aktuell zum Thema Energiewende:

Diese achtseitige Aktionszeitung belegt, daß die Energiewende machbar ist. Und zwar sofort.
Kein Reaktor ist sicher. Strom haben wir genug – auch ohne Atom.
Gesundheit und Umweltschutz müssen Vorrang haben.
Wir stellen die Alternative vor.
Dieses Publik-Forum-Aktuell gehört in jeden Briefkasten, gehört in den Schulunterricht – ist Begleitmaterial für Aktionen und Informationsstände.
Den nächsten GAU darf es nicht geben. Keiner darf sagen, er hätte nichts gewußt.
Herausgeber: Leserinitiative Publik. Öko-Institut Freiburg.

Strom ohne Atom. Leben ohne Angst.

Publik-Forum
Zeitung kritischer Christen
AKTUELL

Bestellschein
Schicken an: Publik-Forum, Postfach 700771, 6000 Frankfurt 70
Bitte senden Sie mir
☐ ein kostenloses Exemplar zum kennenlernen
☐☐☐☐ Exemplare von Publik-Forum Aktuell: Strom ohne Atom.
Preis: 20 Stück 12.50 DM, 100 Stück 35.– DM, 300 Stück 75.– DM, 1000 Stück 200.– DM, jeweils zuzügl. Versandspesen.

Name
Straße
Ort
Datum X Unterschrift

Leben ohne Angst

Atomkraft? Nein Danke Kalender 1987

Zum 10. Mal erscheint diesmal der Kalender der Anti-AKW-Bewegung. Auf 192 Seiten gibt es viele Informationen, ein total überarbeiteter Adressenteil, ein großzügiges Kalendarium und viele anderen wichtigen Sachen. Ein unbedingtes Muß für alle Anti-AKW-Bewegten, und natürlich darüber hinaus. Denn es geht nicht nur um die AKWs, es geht auch um die Diskussion über die Wege zum Ziel.
Umschlag Hartpappe 7,— DM
zu bestellen bei:
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 1945, 3400 Göttingen

Impressum

Diese Zeitung ist eine Gemeinschaftsproduktion der beiden Anti-AKW-Zeitungen **Atom** und **Radi Aktiv** unter massiver Mithilfe von **Burckhard Kretschmann**, Frankfurt. Diese Ausgabe wird herausgegeben vom **Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e.V.**, vom **Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomenergie (LAGA)** und von der **LAKO — Landeskonferenz der bayerischen Anti-AKW-Bürgerinitiativen.**

Redaktionsanschriften:

Atom Express
Reinhäuserlandstr. 24, Postfach 1945
3400 Göttingen, Tel.: 0551/7700158

Atommüllzeitung
Sültenweg 53, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/48360
oder
c/o Günter Garbers, Posener Str. 22,
2121 Reppenstedt, Tel.: 04131/63315

Radi Aktiv
NIGA - c/o Anita Aschenbrenner,
Keßlerplatz 15, 8500 Nürnberg 20

Bestelladressen:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie,
Postfach 1945, 3400 Göttingen
Konto: "Atom", G. Garbers,
PSchA Hamburg 378 14-206

NIGA — c/o Anita Aschenbrenner,
Keßlerplatz 15, 8500 Nürnberg 20
Konto: PSchA Nürnberg, Anita Aschenbrenner (Sonderkonto) 113 237-850

Druck: Steidl, Düstere Str., Göttingen

V.i.S.d.P.: Enno Brand, Günter Garbers, Matthias Küntzel, Reimar Paul

Diese Ausgabe kostet 5,— DM, für Bis und Wiederverkäufer 3,50 DM. An Abonnenten von Atom und Radi Aktiv wird diese Ausgabe als Normalnummer verschickt.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches

Dies ist die **Atom 10.** Oder nach alter Zählweise: **AtomExpress 50** und **Atommüllzeitung 37.**
Und dies ist auch die **Radi Aktiv 9.**

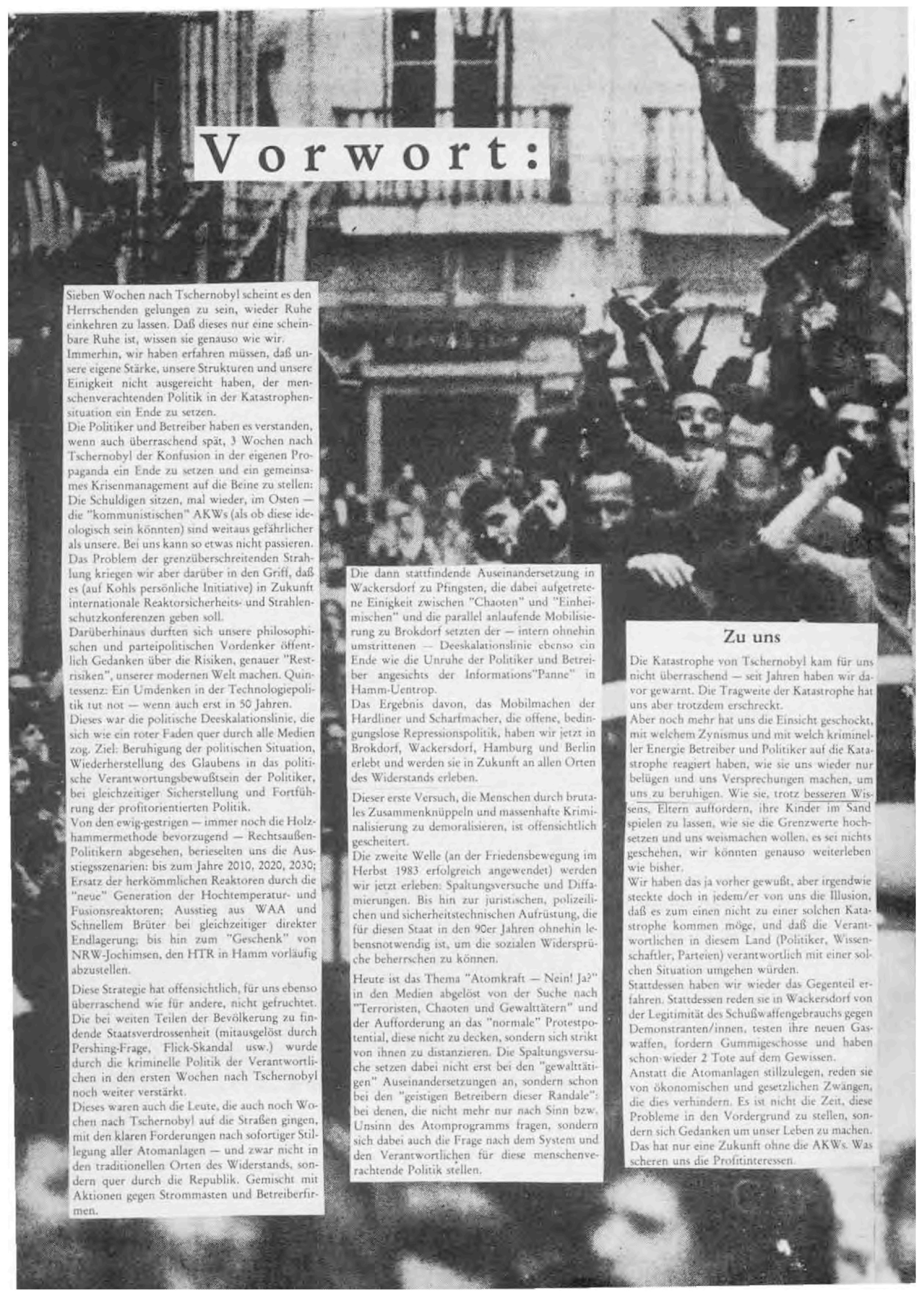
Titelphoto:

oben: **G. Klaut**
unten: **Joker**

INHALT

Vorwort 4
Der Supergau von Tschernobyl 6
Chronologie des Unfalls und der Folgen 6
Gesundbeten contra Horrormeldungen 15
Ein Reaktor geht durch 16
Der Unfallreaktor von Tschernobyl 20
Katastrophenschutzplan Stade 24
Die Folgen von Tschernobyl 27
Die Zusammensetzung der Wolke 27
Gibt es Strahlenschutzmaßnahmen? 29
Was passiert in unserem Körper? 32
Zwischen Panik und Verdrängung 36
Atompolitik nach Tschernobyl 58
Strahlenschutzkommission 40
Staatliche Informationspolitik 42
SPD 44
Grüne 45
Sofortiger Ausstieg ist möglich 47
Kippt das Atomprogramm? 52
Europa unter der Wolke 54
Widerstand nach Tschernobyl 58
Schlaglichter 58
Endlager-Spektakel 62
Herzschläge 64
Wackersdorf 66
Brokdorf 72
Aufschwung der Anti-AKW-Bewegung? 79

Brokdorf, 7. Juni 1986 — Foto: Joker



Vorwort:

Sieben Wochen nach Tschernobyl scheint es den Herrschenden gelungen zu sein, wieder Ruhe einkehren zu lassen. Daß dieses nur eine scheinbare Ruhe ist, wissen sie genauso wie wir.
Immerhin, wir haben erfahren müssen, daß unsere eigene Stärke, unsere Strukturen und unsere Einigkeit nicht ausgereicht haben, der menschenverachtenden Politik in der Katastrophensituation ein Ende zu setzen.
Die Politiker und Betreiber haben es verstanden, wenn auch überraschend spät, 3 Wochen nach Tschernobyl der Konfusion in der eigenen Propaganda ein Ende zu setzen und ein gemeinsames Krisenmanagement auf die Beine zu stellen: Die Schuldigen sitzen, mal wieder, im Osten — die "kommunistischen" AKWs (als ob diese ideologisch sein könnten) sind weitaus gefährlicher als unsere. Bei uns kann so etwas nicht passieren. Das Problem der grenzüberschreitenden Strahlung kriegen wir aber darüber in den Griff, daß es (auf Kohls persönliche Initiative) in Zukunft internationale Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkonferenzen geben soll.
Darüberhinaus durften sich unsere philosophischen und parteipolitischen Vordenker öffentlich Gedanken über die Risiken, genauer "Restrisiken", unserer modernen Welt machen. Quintessenz: Ein Umdenken in der Technologiepolitik tut not — wenn auch erst in 50 Jahren.
Dieses war die politische Deeskalationslinie, die sich wie ein roter Faden quer durch alle Medien zog. Ziel: Beruhigung der politischen Situation, Wiederherstellung des Glaubens in das politische Verantwortungsbewußtsein der Politiker, bei gleichzeitiger Sicherstellung und Fortführung der profitorientierten Politik.
Von den ewig-gestrigen — immer noch die Holzhammermethode bevorzugend — Rechtsaußen-Politikern abgesehen, berieselten uns die Ausstiegsszenarien: bis zum Jahre 2010, 2020, 2030; Ersatz der herkömmlichen Reaktoren durch die "neue" Generation der Hochtemperatur- und Fusionsreaktoren; Ausstieg aus WAA und Schnellem Brüter bei gleichzeitiger direkter Endlagerung; bis hin zum "Geschenk" von NRW-Jochimsen, den HTR in Hamm vorläufig abzustellen.

Diese Strategie hat offensichtlich, für uns ebenso überraschend wie für andere, nicht gefruchtet. Die bei weiten Teilen der Bevölkerung zu findende Staatsverdrossenheit (mitausgelöst durch Pershing-Frage, Flick-Skandal usw.) wurde durch die kriminelle Politik der Verantwortlichen in den ersten Wochen nach Tschernobyl noch weiter verstärkt.
Dieses waren auch die Leute, die auch noch Wochen nach Tschernobyl auf die Straßen gingen, mit den klaren Forderungen nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen — und zwar nicht in den traditionellen Orten des Widerstands, sondern quer durch die Republik. Gemischt mit Aktionen gegen Strommasten und Betreiberfirmen.

Die dann stattfindende Auseinandersetzung in Wackersdorf zu Pfingsten, die dabei aufgetretene Einigkeit zwischen "Chaoten" und "Einheimischen" und die parallel anlaufende Mobilisierung zu Brokdorf setzten der — intern ohnehin umstrittenen — Deeskalationslinie ebenso ein Ende wie die Unruhe der Politiker und Betreiber angesichts der Informations"Panne" in Hamm-Uentrop.
Das Ergebnis davon, das Mobilmachen der Hardliner und Scharfmacher, die offene, bedingungslose Repressionspolitik, haben wir jetzt in Brokdorf, Wackersdorf, Hamburg und Berlin erlebt und werden sie in Zukunft an allen Orten des Widerstands erleben.

Dieser erste Versuch, die Menschen durch brutales Zusammenknüppeln und massenhafte Kriminalisierung zu demoralisieren, ist offensichtlich gescheitert.
Die zweite Welle (an der Friedensbewegung im Herbst 1983 erfolgreich angewendet) werden wir jetzt erleben: Spaltungsversuche und Diffamierungen. Bis hin zur juristischen, polizeilichen und sicherheitstechnischen Aufrüstung, die für diesen Staat in den 90er Jahren ohnehin lebensnotwendig ist, um die sozialen Widersprüche beherrschen zu können.

Heute ist das Thema "Atomkraft — Nein! Ja?" in den Medien abgelöst von der Suche nach "Terroristen, Chaoten und Gewalttätern" und der Aufforderung an das "normale" Protestpotential, diese nicht zu decken, sondern sich strikt von ihnen zu distanzieren. Die Spaltungsversuche setzen dabei nicht erst bei den "gewalttätigen" Auseinandersetzungen an, sondern schon bei den "geistigen Betreibern dieser Randale": bei denen, die nicht mehr nur nach Sinn bzw. Unsinn des Atomprogramms fragen, sondern sich dabei auch die Frage nach dem System und den Verantwortlichen für diese menschenverachtende Politik stellen.

Zu uns

Die Katastrophe von Tschernobyl kam für uns nicht überraschend — seit Jahren haben wir davor gewarnt. Die Tragweite der Katastrophe hat uns aber trotzdem erschreckt.
Aber noch mehr hat uns die Einsicht geschockt, mit welchem Zynismus und mit welch krimineller Energie Betreiber und Politiker auf die Katastrophe reagiert haben, wie sie uns wieder nur belügen und uns Versprechungen machen, um uns zu beruhigen. Wie sie, trotz besseren Wissens, Eltern auffordern, ihre Kinder im Sand spielen zu lassen, wie sie die Grenzwerte hochsetzen und uns weismachen wollen, es sei nichts geschehen, wir könnten genauso weiterleben wie bisher.
Wir haben das ja vorher gewußt, aber irgendwie steckte doch in jedem/er von uns die Illusion, daß es zum einen nicht zu einer solchen Katastrophe kommen möge, und daß die Verantwortlichen in diesem Land (Politiker, Wissenschaftler, Parteien) verantwortlich mit einer solchen Situation umgehen würden.
Stattdessen haben wir wieder das Gegenteil erfahren. Stattdessen reden sie in Wackersdorf von der Legitimität des Schußwaffengebrauchs gegen Demonstranten/innen, testen ihre neuen Gaswaffen, fordern Gummigeschosse und haben schon wieder 2 Tote auf dem Gewissen.
Anstatt die Atomanlagen stillzulegen, reden sie von ökonomischen und gesetzlichen Zwängen, die dies verhindern. Es ist nicht die Zeit, diese Probleme in den Vordergrund zu stellen, sondern sich Gedanken um unser Leben zu machen. Das hat nur eine Zukunft ohne die AKWs. Was scheren uns die Profitinteressen.

Stattdessen bauen sie unbeirrt das Atomprogramm weiter aus:
Die DWK betreibt in Wackersdorf gegen den Willen und erbitterten Widerstand der Bevölkerung den Weiterbau der WAA. Im Wendland hat sie jetzt den Bau einer Konditionierungsanlage für Brennelemente beantragt. In Gorleben, im Schacht Konrad und der Asse werden die Atommüllendlager zügig ausgebaut. Die RWE pocht auf die unverzügliche Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar.
Die Atomreaktoren in Hamm und Mühlheim-Kärlich sollen im Sommer ans Netz gehen. Am 12.6. ist in Gronau die Urananreicherungsanlage offiziell eingeweiht worden, in Lingen wird zügig am neuen AKW gebaut und Brokdorf soll jetzt in Betrieb gehen.

Angesichts dessen ist die Überlegung, die sie zu gerne den sog. "Chaoten und Gewalttätern" zuordnen, nämlich nach "Stillegung der herrschenden Klasse" nur zwangsläufig.
Wenn wir leben wollen — und nicht nur ängstlich überleben — dann müssen wir dafür sorgen, daß diese Zynik und dieses profitorientierte, auf Ausbeutung aufbauende, Denken ihre Bedeutung verlieren.

Wir haben nach der Katastrophe in Tschernobyl nicht nur den Zynismus der Herrschenden und eine riesige Betroffenheit in der Bevölkerung erlebt. Wir haben auch gesehen, daß wir selber noch viel zu schwach sind, daß unsere noch bestehenden Strukturen nicht ausgereicht haben, um mit der Situation umzugehen. Das Informations- und Organisationsbedürfnis ist zu groß für uns gewesen. Den Profis aus Parteien, Verbänden und Medien haben wir nicht genug entgegen setzen können. Für uns wird es wichtig sein, uns mit den Wiederangesprochenen und den Neuhinzugekommenen neu zu formieren, unsere Strukturen neu zu entwickeln. Dazu ist es aber notwendig, aus unserer Vereinzelung herauszukommen. Gerade in den ersten Wochen nach Tschernobyl haben wir zu individuell gehandelt (jede/r nur für sich den Nahrungsmitteleinkauf überlegt, nur alleine über den Kauf einer Kühlanlage und von Konserven nachgedacht, nur alleine über die Möglichkeiten des "hier weg" überlegt). Die Versuche, der ganzen Situation gemeinsam entgegen zutreten, kamen erst später, mit den Demonstrationen und gemeinsamen Treffen. Aber nur über ein neues Kollektiv-Verständnis können wir uns von der Illusion an Veränderung über parlamentarische Mehrheiten irgendwie und irgendwann lösen und die eigene Stärke hervortreten lassen.

We want the world, and we want it NOW

Ausblick

Wir haben in den letzten Monaten aber nicht nur die Katastrophe von Tschernobyl mit der Gefährdung unserer Idylle in Europa erlebt.

Wir haben erlebt, wie die Amis Lybien bombardierten und jetzt die Bombardierung von Damaskus vorbereiten.
Wir haben erlebt, wie die französische Regierung die Ureinwohner im Pazifik weiter mit ihren Atombomben-Tests mordet.
Wir haben erlebt, wie parallel zum Super-Gau der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio stattgefunden hat. Ergebnis: nicht die Lösung des Problems der Verarmung und erst recht kein solidarisches Verhalten zu den Ländern der sog. "Dritten Welt", sondern Festhalten am Weg der Atomenergie und internationale Abstimmung im "Anti-Terror-Kampf", d.h. bessere Koordination im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen.
Wir haben erlebt, wie der Imperialismus bereits jetzt mit der Tschernobyl-Katastrophe verdient: 20 Mio. to zusätzliche Getreideimporte aus den USA in die Sowjetunion bei 2,5 Mrd. US-Dollar Kreditaufnahme im Westen. Für die Menschen in der "Dritten Welt" hat dies zur Folge, daß sie noch weniger zum Essen haben werden als eh' schon — ihre Länder können mit den steigenden Getreidepreisen nicht mithalten.
Und wir werden erleben, wie die Länder der "Dritten Welt" noch mehr zum Nahrungsmittelproduzenten der reichen Länder werden, bei gleichzeitigem Verhungern der eigenen Bevölkerung.

Wir können uns noch nicht vorstellen, wie die Menschen in der Sowjetunion mit der Katastrophe umgehen werden. Wir wissen auch nicht, was die Katastrophe für unsere Zukunft bedeutet, ob wir immer in Angst leben oder in Zynismus verfallen.
Die Katastrophe von Tschernobyl wird sicherlich verdrängt und abgelöst werden — von der nächsten Katastrophe. Sei dies das nächste AKW, sei dies der nächste offene Krieg (Nahost o. Nicaragua), sei dies die steigende Arbeitslosigkeit und Verarmung. Es gibt nur eines:

Wir müssen kämpfen für unser Leben. Wir müssen dies alle selber und kollektiv tun und nicht delegieren. Viele von uns werden dabei die Härte dieses Staates erleben, ihnen gehört schon heute unsere Solidarität.

Für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit
Für die Stillegung der herrschenden Klasse und ihrer Philosophie
Für ein neues Bewußtsein des kollektiven selbstbestimmten Lebens

Der Super-Gau

Alarmsirenen heulen auf, rote Warnlampen blinken, Alarmstufe 2 im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark. Die Bevölkerung wird über Rundfunk informiert. 800 Atomwerker sammeln sich in höchster Eile auf einem Sportfeld, werden auf Strahlung untersucht, müssen ihre Schuhe abliefern und in Plastiküberstreifern, wie sie sonst nur in der Reaktorkuppel getragen werden, weiterlaufen. Eineinhalb Stunden sucht man fieberhaft nach dem Strahlungsleck, glaubt an einen Unfall. Doch während im Reaktor und in den Versorungsanbauten keine überhöhten Werte gemessen werden, sind es außerhalb der Anlage über 100 Bequerel (Bq), ebenso in vier Kilometer Entfernung.

Doch als auch in allen anderen schwedischen AKWs Alarm ausgelöst und von allen Meßstationen vielfach überhöhte Werte, aus Finnland 500 Bq gemeldet werden, findet sich beim Vergleich mit dem Windverlauf der letzten beiden Tage schnell eine Erklärung des Phänomens. Eine radioaktive Wolke von mehreren hundert Kilometern Durchmesser war aus Südosten kommend über Finnland und Schweden hinweggezogen. Die Analyse der radioaktiven Partikel ließ nur einen Schluß zu: eine Explosion größeren Ausmaßes in eiem Atomkraftwerk im Großraum Kiew.

Während die Meldung aus Schweden im Westen wie eine Bombe einschlägt, ahnen die Menschen in der Ukraine noch nicht einmal etwas von der tödlichen Bedrohung. Während die sowjetische Regierung sich bohrender Nachfragen vieler Regierungen über Tage verweigert und leugnet, bringt die militärische Satelliten-Aufklärung der USA erste Gewißheit: In Tschernobyl hat eine große Explosion einen Reaktor vollständig verwüstet. Aufklärungsfotos zeigen deutlich zwei große Brandherde.

Gerade sechs Jahre nach Harrisburg, als Nordamerika nach zwei alptraumhaften Wochen und unter glücklichen Umständen knapp an der Katastrophe vorbeiging, ist also der Sowjetunion geschehen, was auch dort Experten und Politiker der Bevölkerung unisono für prinzipiell unmöglich und völlig ausgeschlossen versichert, ja beschworen haben: Ein Super-GAU, ein Kernschmelzunfalll mit Freisetzung großer Teile des radioaktiven Potentials. Bei 190 Tonnen Uranbrennstoff entspricht dies der fall-out Wirkung von rund 1500 Hiroschima-Bomben. Wie konnte es soweit kommen?

Chronologie des Super-GAU und seiner Folgen

Freitag, 25. April: Im vierten Atommeiler in Tschernobyl entwickelt sich ein „Problem", eine „Havarie", deren Ursache und Verlauf in der Sowjetunion vor der betroffenen Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit als höchstes Staatsgeheimnis im Dunkeln gehalten wird. Experten westlicher Reaktorbauer nehmen verschiedene typische Schwachpunkte von Atomkraftwerken, oder ein Zusammentreffen verschiedener „Störfälle" als Ausgangspunkt des GAU an:

○ Ein plötzlicher Stromausfall, der in Kombination mit dem Ausfall der Notstromversorgung, Kühlwasser-Pumpen, Steuerungseinrichtungen und Sicherheitssysteme versagen läßt.

○ Eine Explosion in der Comuter-Leitstelle oder in elektronischen Kabelzuleitungen zum Reaktorkern (Kabelschächte), bei der auch die automatischen Abschaltsysteme außer Funktion gesetzt werden.

○ Kühlmittelverlust durch Leck oder Explosion im Primärkreislauf, so der französische Atomsicherheitsexperte Francois Cogne.

Nach für den Autor nicht überprüfbaren Erkenntnissen des SPIEGEL nimmt bei totalem Kühlmittelverlust des RBMK-1000 Reaktortyps die „Moderatorwirkung des Graphit" zu. Die Kettenreaktion und die Erhitzung nehmen bis zu einem gewissen Grad zu, und „damit ist die Katastrophe schon ganz nahe" (Schmelzen der Brennstäbe).

- Vergleichbar wie in Harrisburg kann es auch durch Überhitzung und Materialverformung (Ausdehnung) zu Problemen beim Einfahren der Steuerstäbe gekommen sein, d.h. die Notabschaltung unterbleibt.

- Matrialstreß und Verschleiß infolge eines überzogenen Hochfahrens des Reaktors und Nichtausführung von Inspektions- und Reparaturarbeiten, vorgeschriebene Leistungspläne und Sollerfüllung.

- Nach mysteriösen und bis heute geheimgehaltenen „Störfällen" in den USA, kann auch Sabotage oder Unterlassung wichtiger Atomwerker einen Unfall zumindest einleiten.

Dennoch waren die Beteuerungen der sowjetischen Atomexperten bis in den Wortlaut identisch etwa mit der westdeutschen „Sicherheitsphilosophie": In der englischsprachigen Ausgabe von „Soviet Life" heißt es in einem Artikel über Tschernobyl „Ein Modell der Sicherheit": „Selbst wenn das Unglaubliche sich ereignen sollte, würden die automatischen Kontroll- und Sicherheitssysteme den Reaktor binnen weniger Minuten abschalten."

Samstag, 26. April: In dem überhitzten Raktor dessen normale Betriebstemperatur und Materialauslegung für den Normalbetrieb bei 300 Grad liegt, beginnen einzelne Brennstäbe zu schmelzen. Da wie bei westlichen AKWs ein Berstschutz ebenfalls fehlt, durchbricht die Hitze auch den Stahlmantel um den Graphitblock, der sich beim Zutritt von Luftsauerstoff entzündet. Dies ist nach einer Woche eine der wenigen Detailangaben aus der Sowjetunion, denn sie bat in Schweden und der BRD um Rat und Unterstützung bei der Hilfe zur Bekämpfung eines „Graphitbrandes". Das Zustandekommen dieses Brandes setzt gewaltige Temperaturen voraus, dem keinerlei Werkstoff standhalten kann: denn Graphit, eine reine Modifikation des Kohlenstoffs, wird erst bei 2500 Grad zähflüssig, schmilzt bei 3500 Grad und verdampft bei 4830 Grad. Bei diesen Temperaturen ist ein Löschen mit Wasser prinzipiell nicht mehr möglich, weil das Wasser unter hoher Druckentwicklung im Bruchteil von Sekunden explosionsartig verdampfen müßte. Jedes Atomkraftwerk ist aber nur dafür ausgelegt, im Notfall den Reaktorkern mit Wasser zu überfluten.

Ohne jede Möglichkeit und Chance etwas wirkungsvolles unternehmen zu können, wird die Werksleitung in dieser Situation die Notabschaltung der anderen drei Blöcke und die Evakuierung der Bedienungsmannschaften befohlen haben.

Sonntag, 27. April: Riesige Mengen Löschwasser der Notkühlsysteme lösen eine gewaltige Wasserstoffexplosion aus, die das Reaktorgebäude abdeckt und es inklusive Versorgungs- und Steuerleitungen weitgehend zerstört. Bei der Explosion werden zwei Menschen sofort getötet und an die 200 vermutlich Rettungsmannschaften durch herumgeschleuderte Trümmer, Hitze und Strahlungseinwirkung verletzt. Die gewaltige Hitze von mehreren Tausend Grad, bei der Brennstoff und Hüllstahl verdampfen, reißt mit ihrem gewaltigen Auftrieb hochradioaktive Partikel (u.a. Plutonium) in die Atomosphäre. Die Sonne scheint in diesen Tagen schon sehr stark in der Ukraine, erwärmt den Boden wie eine Heizplatte und sorgt für insgesamt schnell aufsteigende Luftmassen über diesem Gebiet, so daß ein Sogeffekt bis in die höchsten Luftschichten entsteht. Nur schwere radioaktive Partikel aus Metallstaub, Uran und Plutonium regnen in einem Umkreis von mehreren Dutzend Kilometern wie ein Vulkanascheregen auf Landschaft und Ortschaften. Dies verursacht eine Strahlenbelastung von mehreren hundert bis 1000 Rem pro Stunde. Ein kurzer ungeschützter Aufenthalt in dieser „Todeszone" führt in wenigen Wochen zum Tod.

Nach verschiedenen Annahmen westlicher Diplomaten in der UdSSR wird erst zu diesem Zeitpunkt, als bereits alles zu spät ist, das Politbüro informiert. Andere Informationen besagen, daß die Kremel-Führung schon nach wenigen Stunden informiert sein müßte, da bestimmte Kontroll- und Überwachungsfunktionen über Atomanlagen bei der KGB-Zentrale in Moskau liegen.

Für den Nuklearkrieg ausgerüstete Spezialtrupps legen eine hermetisch abgeriegelte Sperrzone von 30 Kilometern um das Katastrophengebiet an.

Eine entscheidende Frage in dieser zugespitzten Situation - wo der Atommeiler-Krater zunehmend Strahlung, radioaktive Aerosole und Asche in die nähere Umgebung und in die Atmosphäre ausstößt - ist, wann wurde die Todeszone evakuiert? Die sowjetischen Medien geben darüber sehr unterschiedliche Antworten. Während einige schon am Wochenende die menschenleere Geisterstadt Pripyat beschreiben, sehen andere Korrespondenten die Menschen noch in der Mitte der Woche, also sechs Tage nach Beginn des Super-GAU „ganz normal" zur Arbeit gehen. Die mei-

von Tschernobyl

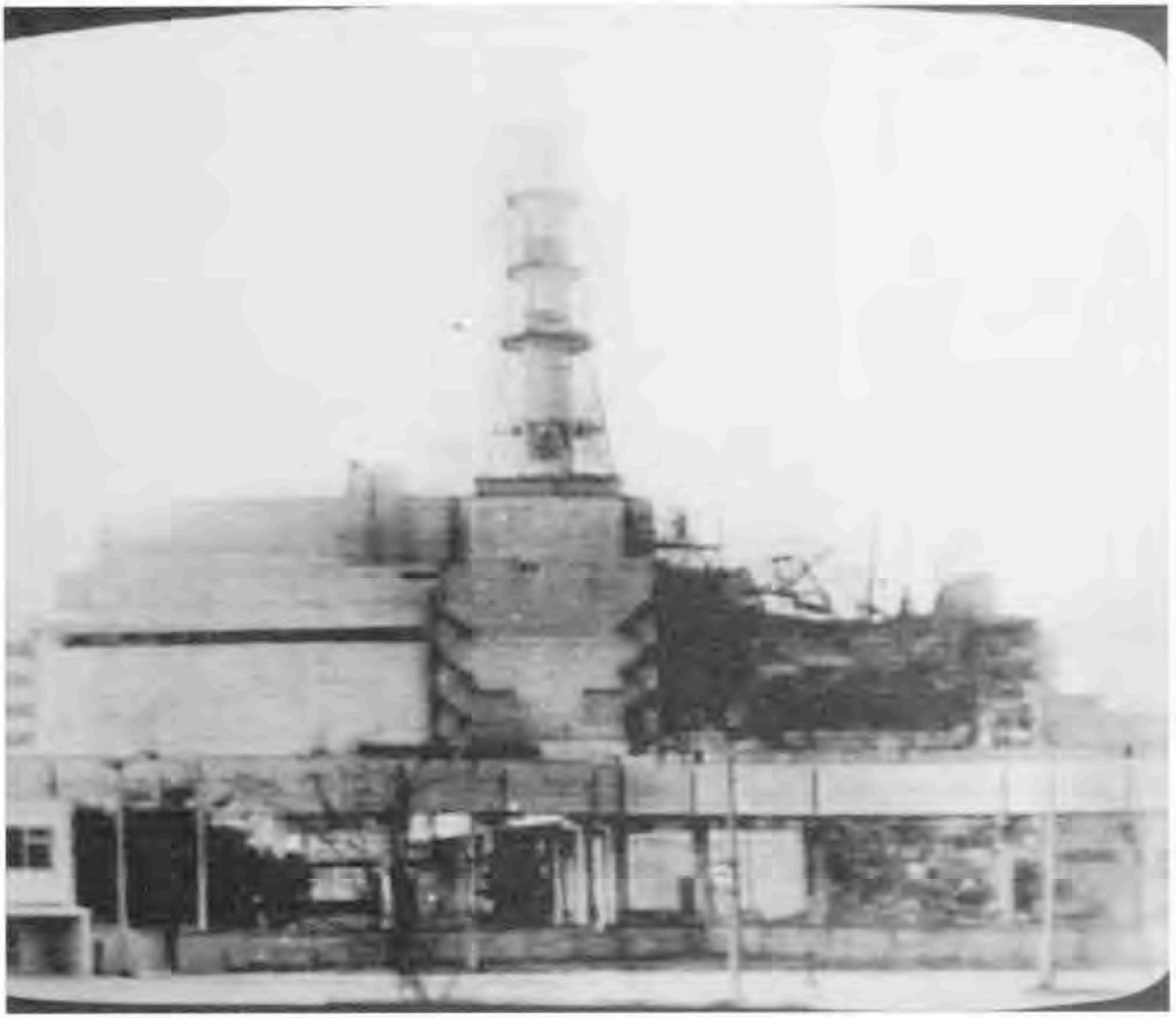


Foto: AP

sten Anzeichen aus der UdSSR, verklausulierte Stellungnahmen von Politikern und Beobachtungen von aus Kiew evakuierten westlichen Touristen deuten daraufhin, daß die ca. 100.000 Menschen aus der Sperrzone erst im Laufe des Sonntag oder auch erst zu Beginn der letzten Aprilwoche evakuiert wurden. In jedem Fall sind sie über viele Stunden oder Tage hinweg einer so enormen Strahlung ausgesetzt, daß Siechtum durch Strahlenkrankheit oder der Tod vorprogrammiert und in Kauf genommen worden sind.

Das Politbüro im Kreml will auf jeden Fall erst an diesem Tag über das wahre Ausmaß der Katastrophe informiert worden sein. Später werden der KP-Chef der Ukraine Schtscherbitzkij, ein Widersacher Gorbatschows und der leitende Ingenieur in Tschernobyl zu Schuld tragenden Sündenböcken erklärt. Zwei Tote und über 200 Verletzte (nur offiziell zugegebene Zahlen) werden aus dem Reaktorkomplex geborgen. Bei den Verletzten handelt es sich überwiegend um Lösch- und Rettungsmannschaften, die keine ausreichende Strahlenschutzkleidung hatten. Die ca. 1000 Beschäftigten einer Schicht der vier Reaktorblöcke müßten ebenfalls kurzzeitig einer sehr hohen Strahlenbelastung ausgesetzt worden sein (ca. 1000 rem im Gelände und 10 000 Rem innerhalb des Reaktors/ entspricht doppelter bis 20-facher Todesdosis). Diese Menschen werden mit Sicherheit in den nächsten Monaten Opfer der Strahlenkrankheit. In 1 km Entfernung machen französische und amerikanische Satelliten die Austragung eines Fußballspiels aus. Die Sowjetbürger werden erst zwei Tage später erstmals durch ihre Regierung von der Katastrophe erfahren.

Montag, 28. April: In ganz Skandinavien und Polen zeichnen Meßstationen eine um mehrere hundert- bis tausendfach erhöhte Radioaktivität auf. Eine Analyse des Isotopenspektrums der Wolke durch schwedische Wissenschaftler schafft im Westen letzte Gewißheit: kein möglicherweise an die Oberfläche durchgebrochener unterirdischer Atombombentest, sondern ein GAU in einem AKW. Auch die besonders hart und nah betroffenen Bürger Polens und der CSSR erfahren erstmals durch westliche Radiostationen und viel zu spät von der Gefahr. Erst als die schwedische Energieministerin Birgitta Dahl die Sowjetunion im Fernsehen hart anklagt, gibt Tass gegen Mitternacht eine spärliche Meldung ab - aber nur im Auslandsdienst: Es sei einen Regierungsdelegation entsandt worden, den Betroffenen werde geholfen. Ohne jede technische Vorbereitung, ohne Katastrophenschutzeinrichtungen sehen sowjetische Atomexperten, einige Atomkriegsspezialisten der Roten Armee, sowie aus sicherer Entfernung auch ranghohe Politiker hilflos und ohnmächtig wie bei einer Naturkatastrophe zu, wie der vollkommen unkontrollierbar gewordene Reaktor Stück um Stück die Umfassungsbauten niederglüht und sich durch das Fundament frißt.

Nachdem die Männer der Werksfeuerwehr buchstäblich verheizt waren, die sinnlosen Lösch-

versuche mit Chemikalien und Wasser aufgegeben werden mußten, heißt es, man „beobachte" den Reaktor. Aber erst am sechsten TAg seit Beginn des GAU wird die sowjetische Bevölkerung unterrichtet weren. Im Staatsfernsehen wird am Ende der Nachrichten eine lapidare „TASS" Meldung verlesen:

bei enem Unfall in Tschernobyl sei ein Reaktor „beschädigt" worden. Es habe Verluste gegeben und es seien Maßnahmen getroffen worden, um die Folgen des Unfalls zu beseitigen und den Verletzten zu helfen. Eine Regierungskommission habe die Arbeit aufgenommen. Erst am folgenden Tag wird auch das Wort „Katastrophe" in die offizielle Sprachregelung Einlaß finden. Die unmittelbare Gefahr für die Bevölkerung wird verschwiegen, mögliche Warnungen und Vorsichtsmaßnahmen unterbleiben.

Vor der Wahl, das absolute Versagen mit der Atomtechnik zuzugeben und die eigene Bevölkerung auf jede nur erdenkliche Weise vor der fallout-Wirkung zu schützen, entschied sich die sowjetische Führung - wie alle westlichen Regierungen auch - für abwiegeln und herunterspielen der Gefahr.

Dienstag, 29. April: Während der Reaktorbrand weiter unaufhaltsam tobt, versuchen sowjetische Handelsattacheés und Diplomaten in Schweden und in der BRD Ratschläge zu bekommen wie man den Reaktorkern löschen oder abdichten könne. Doch da müssen auch westliche Experten passen, damit hatte sie sich nicht beschäftigt und es gab keine Erfahrungen. Wenigstens konnten in Westeuropa und den USA einige Spezialausrüstungen bestellt werden, denn es fehlt den Einsatzkräften vor Ort an allem: strahlen- und hitzebeständige Anzüge, Atemschutzgerät, strahlensicheres Räumgerät und abgeschirmte Spezialfahrzeuge. Nirgendwo auf der Welt war bisher an das Notwendigste gedacht worden: Atomfeuerwehren brauchen Spezialanzüge die größter Hitze und gleichzeitig höchster Strahlenbelastung standhalten können. Da so etwas weltweit nicht verfügbar ist und andererseits sofort das Äußerste unter Einsatz aller Mittel probiert werden mußte, entschied man sich zum Einsatz von Todeskommandos: zwangsverpflichtete oder freiwillige Atomarbeiter, Feuerwerker und heimgeholte Soldaten aus Afghanistan, die mit falschen Versprechungen, Heimaturlaub etc. an die „Heimatfront" abkommandiert werden.

Da jegliche medizinische Hilfsmittel zur Behandlung einer derart großen Zahl radioaktiv verseuchter Menschen fehlen, werden Krankenhausaufnahmen auf die schwersten Fälle beschränkt.

Wenn Partei, Staat und Atomexperten versagen, schlägt die Stunde der Roten Armee. Mehrere Staffeln mit schweren Transporthubschraubern greifen ein. Sie fliegen in pausenlosem Einsatz über mehrere Tage nasse Sandsäcke, Behälter mit Bor und Bleistaub heran, nehmen eine Position in 200 Meter Höhe genau über dem Reaktor ein und werfen von Hand durch die seitlichen Türluken ihre Fracht ab. Wie die Korrespondentin in der Frankfurter Rundschau berichtet, hat niemand den jungen Soldaten, von denen sich viele freiwillig meldeten gesagt, daß es ihr letzter Einsatz sei wird und daß sie kaum eine Chance haben die Strahlenkrankheit zu überleben. Diese Arbeiten werden noch viele Tage oder Wochen andauern, denn es sind tausende Tonnen notwendig, durch die sich die Hitze der Kernschmelze immer wieder hindurcharbeitet.

Im Westen verbreitet sich Furcht und Schrecken: Ein US-Satellit hat ganz deutlich zwei große Brandherde fotografiert. Gerät ein zweiter Reaktor, möglicherweise die gesamte Anlage außer Kontrolle? Erst als diese Gefahr gebannt ist, entschließt sich die Kreml-Führung zur Information der eigenen Bevölkerung (am 6. Tag nach dem GAU): ein auf das Dach des benachbarten Reaktors übergegriffener Brand konnte gelöscht werden, die drei restlichen Atommeiler seien stillgelegt worden.

Radioaktive Luftmassen zwischen 50 und 166 Bequerel, aber auch darüber erreichen jetzt auch *Bayern und Österreich*. Auch hier wie schon vorher in Skandinavien und in der Sowjetunion werden keine genauen Meßwerte bekanntgegeben, sondern in stereotypen Umschreibugnen von „nicht akut gesundheitsgefährdend", „unterhalb der Grenzwerte" (welche?) oder bis hin zu „Anstieg auf Werte knapp oberhalb der natürlichen Radioaktivität" (?) verharmlost.

Die „natürliche" Radioaktivität liegt im Jahresmittel jedoch bei 0,0005 Bq pro Kubikmeter Luft. So leicht vertut man sich bei Betrug und Abwiegelei um das Zehn- bzw. Hunderttausendfache! In einer Dokumentation des hessischen Sozialministers heißt es später: „Als die radioaktive Wolke die BRD erreichte, waren insbesondere Bundesbehörden, aber auch die Länderbehörden auf ein solches Ereignis nicht voll vorbereitet." Eine „Katastrophe" mit „flächendeckenden Auswirkungen" sei schlichtweg nicht in den „Planungen für einen Reaktorunfall" berücksichtigt. Persönlich absolut unvorbereitet ist offenbar der Minister selbst. Vom Grünen Umweltminister zu Aktivitäten gedrängt, hält er sich für „nicht zuständig", besinnt sich jedoch im Laufe der folgenden Tage wieder seiner Zuständigkeit, denn inzwischen war Joschka Fischer als erster mit einschneidenden Verhaltensgeboten und Empfehlungen an die Öffentlichkeit getreten.

Polen sieht sich als erstes Land zu drastischeren Einschränkungen des Alltagslebens seiner Bevölkerung gezwungen: Kinder und Schwangere müssen bei geschlossenen Fenstern in den Wohnungen bleiben, verseuchte Milch wird aus dem Verkehr gezogen, alle Schulkinder müssen die für Reaktorkatastrophen vorgesehenen Kaliumjodit Präparate einnehmen, um die Anreicherung von radioaktivem Jod in der Schilddrüse zu verhindern. Aus dem enormen Risiko dieser Maßnahme sie kann bei ca. einem Prozent Patienten zum Jodschock und tödlich gefährlichen Vergiftungszuständen führen, läßt sich schließen, daß die Strahlenbelastung in Polen um ein vielfaches höher sein müssen wie z.B. in der BRD.

Am Abend sucht Sowjetbotschafter July Kwizinsky Bundesinnenminister Zimmermann auf, der später die Bundesbürger für ausreichend informiert hält, indem er feststellt, die Lage am Unfallort sei „inzwischen unter Kontrolle". Eine glatte Falschinformation, denn die Bundesregierung wußte durch die Hilflosigkeit und Dringlichkeit sowjetischer Hilfsersuche, sowie aus amerikanischer und französischer Satellitenaufklärung, daß die Kernschmelze noch höchst aktiv war.

Mittwoch, 30. April: Generalsekretär Gorbatschow bedankt sich bei Präsident Reagan für das amerikanische Hilfsabgebot, lehnt es jedoch ab. Während hochradioaktive Luftströmungen z.T. mehrfach die Ukraine, Bjelorußland und die sozialistischen Bruderländer heimsuchen, schämt er sich nicht (eigene Maxime: „schonungslose Offenheit") in die west-östliche Abwiegelungskumpanei der Atomexperten einzustimmen. „... das Niveau der radioaktiven Verseuchung liege im Umkreis von Tschernobyl etwas über der erlaubten Norm, aber nicht soviel, daß man zum Schutze der Bevölkerung Besonderes unternehmen müsse. Ein offenbar manipuliertes Foto von der Atomruine in der „Prawda" (Wahrheit) soll beweisen, daß das Feuer über dem Krater zugedeckt oder erloschen sei. Der kommerzielle französische Nachrichtensatellit Spot registriert und fotografiert zu diesem Zeitpunkt immer noch zwei große Hitzequellen. Auslandskorrespondenten, westliche Touristen und Techniker werden aus dem Großraum Kiew befördert, der auch weiterhin für akkreditierte Journalisten und Touristen gesperrt bleibt.

Donnerstag, 1. Mai: In Kiew wie in allen Städten der Sowjetunion finden wie gewohnt Aufmärsche zum „Tag der Arbeiterklasse" statt. Kinderkolonnen marschieren uniformiert und fähnchenschwenkend an Funktionärstribühnen vorbei. Mit Angst und Ahnung vor der tödlichen Bedrohung bleibt jeder für sich allein. Gerüchte, wenige Leute, die mit umgebauten Radios Westsender empfangen können sind die einzigen In-

Block 4 des Lenin-Kraftwerks nach dem Brand. Neben dem Schornstein das zerstörte Reaktorgebäude, dahinter links die Turbinenhalle. Die Siedlung der Angestellten grenzt unmittelbar an das KKW-Gelände

formationsquellen. Die Polizei geht gegen „Panikmacher" vor. Die Prawda geht auf der zweiten Seite in wenigen Sätzen auf Tschernobyl ein, es fehlen die Hinweise der Vortage, daß man alles unter Kontrolle, bzw. die Strahlungslage sich verbessert habe. Gewohnt bei entscheidenden Fragen im Dunkeln gelassen zu werden, haben Sowjetbürger gelernt, zwischen den Zeilen die eigentliche Information zu finden.

Während aus dem Katastrophengebiet selbst keinerlei *Nachrichten* durchdringen, heißt es aus Kiew, Krankenhäuser hätten in Schulen Notquatiere für Leichtverletzte eingerichtet. Auch das Militär werde in Krankenhäusern und zu Krankentransporten eingesetzt. Das Zentralkrankenhaus in Kiew habe eine Abteilung für strahlenverseuchte Kinder eröffnet. Die Menschen seien in gespannter Unruhe, alle verfügbaren Gefäße würden mit Wasser gefüllt und Lebensmittelreserven angelegt. Es sei verboten im Dnjepr zu baden oder zu angeln. Mit Studenten an der Uni sei über die „unüberwindlichen Probleme" diskutiert worden, die drei Millionen Stadt zu evakuieren.

Viele Frauen und Kinder flüchten auf eigene Faust, sofern sie Verwandte in weit entfernten Gebieten haben.

In den Niederlanden werden zwei Hilferufe sowjetischer Funkamateure von innerhalb der Todeszone um den Reaktor aufgefangen. Ein Funker spricht von einer Katastrophe größten Ausmaßes und die Behörden absolut nicht wüßten, was zu tun sei.

Ständig strömen bei Ostwind weitere radioaktive Luftmassen nach Mitteleuropa ein. Ganz Süddeutschland sowie Hessen und NRW sind am härtesten betroffen. Bei heißem und trockenem Wetter bildet der radioaktive Staub am Boden, der durch Verkehr und Wind aufgewirbelt wird, die größte Gefahr.

Während sich Ämter noch um Zuständigkeiten streiten, erste Meßtrupps ausrücken, sich mit ihren meist veralteten Gerätschaften vertraut machen und erste Krisenstäbe in Bundesländern die Arbeit aufnehmen, sickert ein kontinuierlicher Strom von Desinformation, Halbwahrheiten und Abwiegelei aus dem Bundesinnenministerium (BMI). Die Radioaktivität sinke, die Bevölkerung sei zu keinem Zeitpunkt gefährdet gewesen usw., die ganze altbekannte Litanei, wie sie nach deutschen AKW-Unfällen längst zum Standard geworden ist. Zimmermann und Riesenhuber behaupten ohne wissen zu können was genau in Tschernobyl vorgefallen ist, so etwas könne sich in deutschen AKWs nicht ereignen, sie seien die „sichersten der Welt".

Magret Thatcher behauptet gleichlautend eben dieses über die britischen AKWs. Während Ronald Reagan auf Staatsbesuch in Indonesien von Bali aus verkünden läßt „so etwas könne in den USA nicht passieren".

Das erste Anliegen des Vorsitzenden der Strahlenschutzkommission (SSK) Erich Oberhausen ist jetzt vor allem die Warnung vor der „unbegründeten Einnahne" von Jodtabletten. Während in stündlichen Nachrichtensendungen eine Horrormeldung die nächste jagt- Fahrzeuge werden an der DDR Grenze zurückgewiesen, festgehalten oder dekontaminiert, sich verseuchte Waren stapeln, verstrahlte Ostblockurlauber untersucht werden, vielerorts Spielplätze, Grünflächen und Freibäder geschlossen und abgesperrt werden, vor verseuchten Milchprodukten und Gemüse gewarnt wird - kommt immer wieder die Standardbeschwichtigung: „keine akute Gefahr", alles nur „Vorsorge". Dieselben Experten und Minister, die uns die Atomenergie beschert haben, treten nun in geschlossener Phalanx zum Gesundbeten und Abwiegeln auf. Während die Strahlenbelastung in der Luft noch immer sehr hoch ist (in Darmstadt werden die Menschen bei Werten um 200 Bq kurzzeitig aufgefordert, die Häuser nicht zu verlassen) leisten Umweltminister der Länder erstaunliches, sie fordern, BMI Zimmermann soll eine Konferenz nach Bonn einberufen, um dort „über mögliche, hoffentlich nicht notwendige Vorsorgemaßnahmen" zu beraten. Dies erklärte der NRW Umweltminister Mathiesen (SPD) auf einer eben solchen Konferenz der Länderumweltminister in Eltville. Unbegreiflich, daß die Öffentlichkeit dieses desmaskierende Armutszeugnis dieser Herren schluckt. Zimmermann läd natürlich niemand und koordiniert nichts, da für ihn von Anfang an „keinerlei" Gefahr feststand.

Schweden verhängt ein Einfuhrverbot für alle Lebensmittel aus Osteuropa, Kinder im Raum Stockholm dürfen nicht mehr ins Freie, nachdem Regengüsse horrende Radioaktivität am Boden konzentrierten.

Alle Ostblockstaaten tun sich schwer ihre Bevölkerung zu informieren. Sie nehmen nicht nur auf die eigene Atomindustrie, sondern auf den Ausrüster ihrer Anlagen besondere Rücksicht. Schließlich wissen alle Länder um ihre Abhängigkeit vom Großen Bruder gerade im Energiebereich und das nach der Katastrophe die wirtschaftlichen Lasten im Comecon neu verteilt werden. In der CSSR richtet sich die Bevölkerung behelfsweise nach den Einschränkungen und Empfehlungen des österreichischen Rundfunks. In Österreich gelten im wesentlichen die gleichen Bestimmungen wie in der BRD. Das Interesse und die Ablehnung der Bevölkerung und auch vieler Politiker richtet sich jetzt besonders gegen Wackersdorf. Italien, obwohl vergleichsweise wenig betroffen, erläßt als einziges Land die tatsächlich wirksame Maßnahme um die Belastungsspitze zumindest bei Jod 131 zu kappen, ein totales Verkaufsverbot für Blattgemüse und Frischmilch. Italienische Sonderangebote überschwemmen daraufhin die Märkte besonders in Frankreich. Das BMI und Wetterämter versuchen Meßwerte zunächst geheim zu halten. Der Grüne Umweltminister gibt jedoch einige Werte bekannt und empfiehlt: Vieh von den Weiden, Molkereien überwachen, Kinder nach dem Aufenthalt im Freien abduschen, Warnung vor Milch und Grünzeug usw.. Doch für Strahlenschutz ist in Hessen der Sozialminister Claus (SPD) zuständig und der liegt eher auf der Linie von Zimmermann.

Dennoch zeigen die Empfehlungen des Grünen Umweltministers auf Verbrauchermärkten, in verwaisten Parks und leeren Spielplätzen erstmals durchschlagende und breite Wirkung. Im Land des 1. Atomministers der BRD schlägt sich am meisten Radioaktivität nieder, dennoch gelten dort besonders atomfreundliche CSU-Werte. Warnungen sprechen hier nur die Oppositionsparteien SPD und Grüne aus sowie SPD regierte Städte. Die Landesregierung hat mit dem Durchknüppeln der WAA alle Hände voll zu tun. Dennoch wird in Bayern von einer behördlichen Meßstelle ein allerorten gegebener und wenig wirkungsvoller Tip entlarvt, „Gemüse sorgfältig zu waschen". Ein extrem gründlich gewaschener Salatkopf wies danach immer noch 1400 Bq auf. Trotzdem wird diese Empfehlung in allen Bundesländern weiterhin wiederholt. Auch Baden-Württemberg gibt jetzt die üblichen einschränkenden Empfehlungen für die Landwirtschaft und den Lebensmittelhandel bekannt, auch dächte man über ein „Verbot von Grünfutter" nach (Regierungssprecher M. Kleinert). Das Bundesgesundheitsamt läßt Agrarimporte aus Polen und der UdSSR überwachen und teilweise beschlagnahmen.

Das Wetteramt in Paris teilt mit, daß die strahlenden Wolken jetzt wieder in östlicher Richtung zurückgetrieben werden, also erneut die BRD überqueren, was viele Menschen unterschlagen: der „Wind dreht, Entwarnung".

Freitag, 2. Mai: Nachdem in Polen verseuchte Milch beschlagnahmt und in Italien der Milchverkauf für 15 Tage total eingestellt wird, kommt in der BRD radioaktive Milch in den Handel. Anstatt einzugreifen und ohne jeden Durchblick - weil nur zufällige Stichprobenmessungen vorliegen - erklären BMI und „Strahlenschutzkommission" bewußt fahrlässig alles für „unbedenklich". Allerdings müsse die Bevölkerung langfristig mit „einem erhöhten Krebsrisiko" leben, so Prof.E. Oberhausen. Obwohl „ohne akute" Gefahr (sprich keine Todesfälle) empfiehlt er Milch aus BaWü, NRW, dem Saarland und Berlin nicht zu kaufen. Sein Kollege Prof. Baumgarten rät hingegen keine Milch zu trinken, die zwischen dem 30.4. und 3.5. „produziert" wurde, obwohl man das im Nachhinein natürlich nicht feststellen kann. Die Strahlenschutzkommission gibt dann allen Ernstes als Empfehlung der Bundesregierung die Anweisung mit langlebigen Nukleiden hochverstrahlte Milch zu haltbaren Milchprodukten wie z.B. Käse zu verarbeiten und dann „mit dem Verzehr zu warten bis die Radioaktivität abgeklungen" sei. Die Wissenschaft ist diesen Herren nur noch reines Alibi, mit denen sie den Anschlag auf unsere Gesundheit bemänteln. In BaWü waren vielerorts nach Niederschlägen Bodenbelastungen „an der Katastrophengrenze" gemessen worden (Bad Wurzach 50.000 Bq pro kg Gras). Den Grünen im BuTag liegen Meßwerte vor, die das 12.000fache am Boden und 52.000fache bei Milch betragen, gegenüber der Radioaktivität des Vergleichsjahres 1983.

Der CDU-Grenzwert im Bund wird daraufhin auf 500 Bq pro Liter Milch festgelegt und in Hessen ein rot-grüner Grenzwert von 20 Bq. In der Realität hat beides jedoch keinerlei praktische Bedeutung. Eine Recherche von HR 3 bei 40 Molkereien ergibt: Es gibt keine Kontrollen, nur zufällige Stichproben. Die die HLFU (Hessische Landesanstalt für Umwelt) entnahm 100 Proben, brauchte aber bis zu 14 Tage, die Ergebnisse auszuwerten oder mitzuteilen (bis dahin war die Milch längst getrunken oder das Cäsium im Käse!). Verseuchte Milch wurde mit unverseuchter gepanscht (zur Unterschreitung der Grenzwerte) und Milch mit z.B. 190 Bq in einer Molkerei zu Quark, Käse und Milchpulver verarbeitet. Letzteres soll dann später sinnigerweise bevorzugt an Babys verfüttert werden. Differenzen in Meßergebnissen (19 oder 190 Bq) zwischen staatlichen und Industrielaboren erklärte man kurzerhand zu Tippfehlern.

An vielen Stellen der BRD wurden Meßergebnisse gefälscht, unterschlagen, Höchstwerte („Ausreißer") gestrichen und erst zentral in Bonn gefiltert, ausschnittsweise auch bekannt gegeben, immer jedoch sehr verzögert, um Vorsichtsmaßnahmen umgehen zu können. Standardmeldungen der Medien: „gestern gestiegen, heute gefallen...". Die Grünen im BuTag: „Die Strahlengefahr in Südhessen lag im Laufe des Donnerstag (1.5.86) um ein zehnfaches höher als von der Regierung bekanntgegeben wurde". Die Atomlobby kämpft überall verbissen gegen jeden Millimeter Vorsichtsmaßnahmen: Während Umweltminister Fischer für diesen Tag das Abduschen aller Kleinkinder nach dem Aufenthalt im Freien empfiehlt, bezeichnet der eigentlich zuständige Sozialminister Claus dies als unnötig und übertrieben. Dies ist ein überaus typisches Beispiel wie die Katastrophenschützer kreuz und quer übereinander stolpern, sich gegenseitig angeordnete Maßnahmen durchkreuzen und das Chaos erst richtig komplett machen.

Die Atomfirmen sehen mit Grausen welchen Bärendienst ihre inkompetenten Lobbyisten in der Politik ihnen leisten und das es sich letztlich alles gegen sie wendet. Die Leitung des AKW Biblis teilt daher zeitweise von sich aus aktuelle Meßwerte direkt dem Öko-Institut Darmstadt mit. Die Gewerkschaft der Atomarbeiter in der Schweiz verurteilt generell die „Ignoranz der offiziellen Stellen gegenüber dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit".

Der generelle Betrug der Strahlenschutzkommission und Bundesregierung liegt jedoch darin nur Jod 131 als „Leitnukleid" zu nehmen und die

249 restlichen, darunter einige der gefährlichsten und über Jahre strahlenden, von vorne herein hinten runter fallen zu lassen. Dies wurde in der Öffentlichkeit und Berichterstattung kaum beachtet.

Während in der BRD alle offiziellen Stellen abwiegeln, Unruhe nur durch ihre Imkompetenz und Wiedersprüchlichkeit ausbricht, wird in anderen Ländern z.T. viel entschiedener vorgegangen. In Rumänien wird wiederholt Katastrophenalarm gegeben und die Menschen dürfen zeitweise überhaupt nicht aus den Häusern. Während in der BRD immer mehr Importbeschränkungen gegen Agrarimporte aus Osteuropa erlassen werden, führen die USA Importbeschränkungen und Kontrollen auch für Agrarimporte aus der BRD und anderen EG-Staaten ein.

Samstag, 3. Mai: Der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Ryschkow besucht an der Spitze einer ranghohen Regierungsdelegation die Umgebung des Katastrophengebietes. Er spricht dabei mit Evakuierten und Verletzten. Hinter den Kulissen soll es darum gegangen sein, mit den Verantwortlichen abzurechnen und alle Behörden bei der Katastrophenbekämpfung zu mehr Nachdruck zu zwingen. Die Londoner Financial Times meldet die Abschaltung von 20 AKWs in der UdSSR.

Bundeskanzler Kohl bereitet noch vom Weltwirtschaftsgipfel von Tokio aus mit Forschungsminister Riesenhuber eine „Informationskampagne gegen die Angst vor Atomkraftwerken" vor. Politisierung und „Emotionalisierung der Bevölkerung gegen Atomkraft" sollen dabei zurückgedrängt werden. Kohl fordert zu diesem Zweck massenhafte Auftritte von „unabhängigen Wissenschaftlern" im TV, auf Veranstaltungen und in Pressekonferenzen. Kohl und Riesenhuber: weltweit solle man sich an deutschen Sicherheitsstandards orientieren. Ost und West sollten dies allgemein akzeptieren.

Einige Landesbehörden darunter Bayern, BaWü, NRW und selbst der hessische Strahlenminister Armin Clauss sehen sich gezwungen, einige der Warnungen und einschränkenden Empfehlungen des Grünen Umweltministers nun selbst auszusprechen. Niemand will jetzt noch das Risiko eingehen, sich auf Behörden zu verlassen, so daß Milchprodukte und Grünzeug meistens unterschiedslos in den Geschäften liegen bleiben, darunter sehr viel völlig unverseuchtes Gemüse, Wurzel- oder Treibhausgemüse. Die Touristikbranche bricht weitgehend zusammen, alle Osteuropa Reisen werden storniert, während aus Nordamerika, Japan usw. nur noch leere Flugzeuge in Frankfurt ankommen. Der oberste Streiter gegen die Ärzte gegen Atomkrieg, der Vorsitzende der Bundesärztekammer Vilmar warnt auf einmal selbst, bei einem Atomunfall in der BRD wären die Ärzte „total überfordert". Der 89. deutsche Ärztetag in Hannover fordert als Konsequenz von Tschernobyl die sofortige Einstellung aller Atomversuche und die Verbesserung des Katastrophenschutzes. Vilmar weiter, er hoffe, daß „einige Ärzte" jetzt ihren Widerstand gegen die Katastrophenmedizin endlich aufgeben. Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz Kardinal Höffner warnt davor „genetische Schäden späterer Generationen aus technischen Nützlichkeitserwägungen" in Kauf zu nehmen.

Sonntag, 4. Mai: Radioaktiver Regen geht in Japan nieder. Die Ausdehnung radioaktiver Luftmassen reicht von Grönland bis Bagdad, von Paris bis in die Mongolei. Japanische Wissenschaftler sprechen von einer weit über das bisherige Ausmaß angenommenen Katastrophe, die die gesamte nördliche Hemisphäre bedrohe. Der Moskauer Parteichef Jelzin berichtet bei seinem Besuch in Hamburg, daß die Strahlung in der Todeszone immer noch 200 Röntgen pro Stunde betrage, dennoch habe man sie von 30 auf 20 km verkleinert.

In Schwandorf demonstrieren 20.000 Menschen gegen die WAA. Neben einer vielfach erhöhten Gamma-Strahlung wirken auch große Mengen von der Polizei verschossenen Tränen- und CS-Gas auf sie ein. Atomstaat, wie ihn keine Horrorszenario früherer Jahre eindringlicher beschreiben könnte.

In Tuttlingen werden auf einem Bauernhof 1.300 Bq/Liter Milch gemessen. Der Sprecher vom BaWü Umweltministerium bestätigt dazu der taz, daß solche Milch in den Molkereien unkontrolliert zusammenlaufe und „alles schön gemischt wird". Der allgemeine Behördenschlendrian und die Scheinaktivitäten scheinen nicht das geringste dagegen einzuwenden zu haben, daß unverseuchte Lebensmittel mit verseuchten auch verdorben werden. Ebenfalls wurde eingeräumt, daß das Vieh trotz gegenteiliger Empfehlungen nach wie vor auf den Weiden sei. Viel Wirbel um Nicht!?

Die Grünen in NRW beschließen auf ihrem Landesparteitag in einem breiten Bündnis ein Volksbegehren gegen Atomanlagen anzustrengen.

Obwohl nach starken Regenfällen noch keinerlei Überblick über die als extrem hoch zu erwartende Bodenverseuchung mit langlebigen Nukliden vorliegt, füttern die Strahlenlobby der AKW-Betreiber und das BMI die Medien pausenlos mit allgemeinen Entwarnungsmeldungen. Die Bestrahlungskommission setzt für Milch einen Grenzwert von 500 Bq/l, für Blattgemüse von 250 bq/kg und für Fleisch überhaupt keinen Wert fest, um den Handel mit verseuchtem Fleisch unbehelligt zu lassen.

In Hessen werden am 9. Mai gerade bei Fleisch astronomische Werte zwischen 250 und 4000 Bq/kg Fleisch für Jod 131 und bis zu 181 Bq/kg für Cäsium gemessen. 17 Millionen Bq/kg Jod 131 und bis zu 3,3 Millionen Bq/kg Cäsium fanden Lebensmittelüberwacher in den Schilddrüsen

Foto: Udo Weitz

von Rehen. Bei Schafen lagen die Spitzenwerte bei mehr als 760000 Bq/kg und bei Rindern bei 300000 Bq/kg für Jod 131. Nach den Bestimmungen für AKWs müßte demnach das gesamte Tier als hochradioaktiver Sondermüll in Stahlfässern eingelagert werden! Wenn der Bund „seine skandalöse Verharmlosungspolitik" (Sozialminister Clauss) nicht aufgibt, werde Hessen im Alleingang 250 Bq/kg Frischfleisch für Jod 131 und 100 Bq für Cäsium als Grenzwert festlegen. Im hessischen Lambsheim mußte wg. Grundwasserverseuchung die Trinkwasserförderung eingestellt und ein Verkaufsverbot für Gemüse (Spinat 2047 Bq) erlassen werden.

Das Öko-Institut Darmstadt und der Bundesvorstand der Grünen bezeichnen die Höchstwerte und Entwarnungen der Behörden als „kriminell" und rechnen vor, wenn ein Kind nur einen Liter mit 500 Bq Jod 131 verseuchter Milch trinke, es bereits eine mehr als doppelt so hohe Strahlenbelastung (200 Millirem) erhalte, als die Strahlenschutz-Verordnung im Normalbetrieb von AKWs zulasse (90 Millirem). Nun trinkt ein Kind aber 100 bis 300 l Milch pro Jahr!

Die ach so sichere Supertechnik feiert auch heute wieder eine Sternstunde: Nach der Challenger Katastrophe, folgte in kurzen Abständen die Explosion einer Titan- (mit einem Militär Satelliten) und heute einer Delta-Rakete mit einem 80 Mill. Dollar Wettersatelliten. Das verblüffende dabei: in der Meß-, Regel- und Steuertechnik bei Weltraummaschinen und AKWs gibt es sehr viele Parallelen und wichtige deutsche Zulieferfirmen, wie bei den AKWs in Harrisburg und in Tschernobyl.

Montag, 5. Mai: Weiterhin beherrschen Angst- und Horrormeldungen die Schlagzeilen nahezu aller Zeitungen. In einigen Bundesländern werden Freibäder geschlossen, oder die Öffnung verzögert, Strandabschnitte an Nord- und Ostsee zum Baden gesperrt, Kinder dürfen nicht in die Pausenhöfe oder auch zu Hause bleiben, Parks und Freizeitanlagen werden gesperrt oder mit „radioaktiv"-Warnschildern versehen. Die Verwirrung und Konfusion der behördlichen Maßnahmen treiben das Mißtrauen und die Vorsicht vieler Bürger auf die Spitze. Während z.B. „gestern hohe Radioaktivität", heute „fallende" und für morgen die Sperrung oder das Verbot von irgendwas angeordnet wird, spielt sich im nächsten Ort das gleiche nur in umgekehrter Reihenfolge ab, oder es passiert überhaupt nichts. Sportveranstaltungen, Open-Air-Festivals, Zeltlager usw. werden reihenweise abgesagt. Bei Stuttgart und Karlsruhe richtet die Polizei Kontrollstationen auf Autobahnen ein und beschlagnahmt bestrahltes Grünzeug gleich LKW-weise.

Während hierzulande Grenzwerte hoch gehalten werden, erklärt das Radiologische Institut Schwedens, daß es keinen Grenzwert gebe unterhalb dessen Strahlung ungefährlich sei und keinen Krebs auslöse.

Hans Blix, Vorsitzender der Internationalen-Atomenergie-Organisation (IAEO), ein unverbesserlicher Reaktor-Gefahren-Verniedlicher wird in die UdSSR eingeladen. Er soll beim west-östlichen Abwiegelungspoker mitwirken, in dem sich die Atomexperten und die meisten Regierungen trotz aller zur Schau getragenen Polemik, grundsätzlich einig sind. Die dpa schreibt dazu: „Nach dem Super-GAU im Atomkraftwerk Tschernobyl kann die IAEO kaum bleiben was sie bisher ist: ein Propaganda-Instrument für Kernenergie, aber ein Papiertiger im Bereich der Betriebssicherheit."

In den sowjetischen Medien wird das Ausmaß der unmittelbaren Gefahren für die Bevölkerung vor allem in der Ukraine noch immer verschwiegen. Die geringsten oder auch leicht mögliche Vorsorgemaßnahmen wie in anderen europäischen Ländern unterbleiben, z.T. weil man Unruhen befürchtet und z.T. weil das Ausmaß der flächendeckenden Verseuchung so groß ist, daß jede Maßnahme die Auswirkungen der Radioaktivität zu mindern für aussichtslos gehalten wird. Dies ist nach dem GAU selbst, die eigentliche politische Katastrophe, die für Millionen Menschen schwerste Folgen haben wird, die erst in Jahren und Jahrzehnten zu Tage treten werden.

Mehrere zehntausend Frauen flüchteten auf eigene Faust mit ihren Kinder, oder schicken die Kinder zu Verwandten, die wenigstens einige 100 km weiter weg leben. Nachträglich erlauben die Behörden dies sogar, um den Massenexodus nicht als Auflehnung erscheinen zu lassen.

Die Behörden und die Atomindustrie haben vor den Folgen des GAU kapituliert und lassen die Bevölkerung in die Katastrophe treiben. Hätte die riesige Sowjetunion noch gewisse Möglichkeiten für große Umsiedlungen von Millionen Menschen, macht dies aber auch deutlich, daß es nach einem GAU eines Atommeilers in der BRD keinerlei Möglichkeit gäbe den Folgen zu entrinnen oder auch nur auszuweichen!

Dienstag, 6. Mai: Nach heftigen Regenfällen in der BRD, die die Radioaktivität der Luft am Boden 1000 bis 10.000 fach konzentrieren, halten vielerorts Behörden Meßdaten geheim, fälschen sie, treten Verfälschungen durch kaputte Meßgeräte oder inkompetentes Bedienungspersonal auf, verschwinden Meßblätter oder wird ganz generell mit System betrogen, indem man Messungen auf das Jod beschränkt, das ohnehin seit dem Unfall eine erste Halbwertszeit durchlaufen hatte. Es wird von „Lebensmittelüberwachung" und „-kontrollen" gesprochen, obwohl nur zufällige und vereinzelte Stichproben mangels Kapazität genommen werden können, deren Auswertung Tage und Wochen dauert. Komplizierte Bestimmungen langlebiger Isotope können ohnehin nur in wenigen Spezialloboratorien ausgeführt werden. Die mangelnde Vorbereitung von Bundes-

Foto: Joker

und Landesbehörden (bei den Kommunen ist an so etwas überhaupt nicht zu denken), die Inkompetenz vieler Beamter, das bewußte Manipulieren und Lügen sorgen dafür, daß die Öffentlichkeit ohnehin nur die Spitze des Eisbergs oder zufällige Einzelheiten erfährt. Dazu der bundespolitische Sprecher der Berliner CDU: „Die Bevölkerung darf nicht beunruhigt werden und kann mit den Meßdaten eh nichts anfangen, deswegen ist es besser, sie nicht zu veröffentlichen". Der umweltpolitische Sprecher der bayrischen SPD Kolo enthüllt, daß das bayrische Umweltministerium Luftbelstungswerte bekannt gegeben habe, die bis zu zehnmal niedriger lagen, als die tatsächlichen Werte. Ferner sei den an den Meßarbeiten beteiligten Wissenschaftlern ein Maulkorb verhängt worden.

Das Heidelberger IFEU-Institut forderte nochmals alle nach Tschernobyl aufgestellten Grenzwerte auf ein Fünfzigstel (!) des heutigen Wertes zu senken.

Ausläufer radioaktiver Luftmassen erreichen inzwischen auch die USA und Südkorea. Selbstverständlich heißt es auch dort, es sei keinerlei gesundheitliche Gefährdung zu erwarten.

Der Spitzekandidat der SPD in Niedersachsen Schröder erklärt, er wolle „langfristig" auf andere Energien umsteigen, ein Abschalten der AKWs lehne er doch entschieden ab.

Wenig Vertrauen in die Vorkehrungen deutscher Behörden hat auch die US-Armee. Ihre Lebensmitteldepots und Kantinen sind angewiesen, nur noch mit Geigerzählern auf Großmärkten einzukaufen.

Meldungen aus der UdSSR belegen, daß der Atomkrater immer noch nicht unter Kontrolle ist. Es würden weiterhin große Mengen des Deck- und Löschmaterials durch die große Hitze als radioaktiver Staub und Schwebteilchen in die Luft abgegeben. Der fortlaufende Nachschub an Radioaktivität vom Krater ist also immer noch nicht unterbunden.

Mittwoch, 7. Mai: Von allen nix kapiert hat ausgerechnet die „Gesundheitsministerin" Süssmuth, die sich jetzt erstmals zu Wort meldet. Sie verniedlicht jede Gefahr und stellt alle Vorsichtsempfehlungen der Landesbehörden als überflüssig hin. Sie fragt: „Auf was sollen wir uns denn sonst verlassen, wenn nicht auf die Strahlenschutzkommission?" Sie kündigt einen Grenzwert von 100 Bq/kg Cäsium für Frischgemüse an und das auch weitere Cäsium-Grenzwerte von der SSK ausgeheckt würden, u.a. für Eier, Fleisch, Geflügel und Trinkwaser. Einen Grenzwert für die Bodenbelastung hält man für entbehrlich, weil man sowieso nicht bereit ist ggf. Anbauverbote auszusprechen.

In Rheinland-Pfalz müssen just an diesem Tag ein Ernteverbot für Blattgemüse ausgesprochen und alle Warnungen auch auf Wurzelgemüse ausgedehnt werden. Frau Süßmuth kündigt schließlich eine „Verschärfung" der Milchgrenzwerte von 250 Bq/l ab 17.5. und 125 Bq/l ab 28.5. Ohne es vielleicht selbst verstanden zu haben, gibt sie damit zu, daß „Grenzwerte" nichts mit Gefahrenabwehr oder Gesundheitsschutz zu tun haben, sondern jeweils einfach oberhalb der jeweiligen aktuellen Strahlenverseuchung angesetzt werden um dann von daher eine Ungefährlichkeit vorzutäuschen. Ihre sog. Verschärfung der Grenzwerte vollzieht also nur nach, daß das Jod 131 dann seit dem GAU nahezu vier Halbwertszeiten durchlaufen haben wird.

Donnerstag, 8. Mai: Die Prawda teilt mit, der Reaktorkern habe sich durch das Grundfundament geschmolzen, Hubschrauber werfen weiterhin pausenlos nassen Sand, Lehm, Bor und Blei ab, um „das Reaktorgebäude darunter zu begraben". Der Reaktorkern droht die Grundwasserströme der Ukraine zu erreichen und sich auf eine Gasader durchzuschmelzen. Eine Gasexplosion könnte mehrere hundert Tonnen radioaktives Material in die Luft schleudern. Es wird daher versucht, in einem Wettlauf mit der Zeit, den sich tiefer schmelzenden Kern durch einen Tunnelvortrieb einzuholen. Sollte dieser Wettlauf gelingen, ist geplant, den Kern durch ein neues Betonfundament, eine seitliche Betonumfassung und das Ausbringen von Bor zu stoppen. Mit einem noch zu erfindenden Kühlsystem soll dieses Reaktorgrab dann jahrzehntelang unter Kontrolle gehalten werden. Die große Hitze, radioaktive Stauberuptionen und das Fehlen von Schutzkleidung sowie Robotmaschinen haben diese Arbeiten bisher stark behindert. Eine riesige Asche- und Staubwolke über dem Unglücksort ist im 160 km entfernten Kiew zu sehen. In der Nähe des Reaktors wird ein strahlensicherer Bunker angelegt. Aus der gesamten UdSSR werden Techniker und Wissenschaftler eingeflogen. Die Strahlendosen, denen sie sich aussetzen müssen, sind derart hoch, daß sie schon nach kurzer Zeit ausgetauscht werden müßten. Der Zeitdruck rückt näher, an dem die Elite der sowjetischen Atomtechniker, Atomarbeiter und Spezialisten der Nukleartruppen derart verbraucht sein wird und keine erfahrenen Leute in Tschernobyl bei der weiteren Katastrophenbekämpfung sie ersetzen könne. Am Ufer des Pripjet werden Erdwälle aufgetürmt um ihn vor radioaktivem Kühl- und Löschwasser zu schützen, das Teile des Atomkomplexes überschwemmt.

In Kiew werden jetzt Sonderzüge eingesetzt um Flüchtende abzutransportieren, von denen zwei Drittel alleinreisende Kinder sind. Sofern sie nicht zu Verwandten können, haben die Behörden für sie Pionierlager der Parteijugend eröffnet. In den Straßen kontrollieren bewaffnete Polizeieinheiten den Flüchtlingsstrom. Tankwagen, Straßenreinigung und Feuerwehren spritzen die Straßen ab um den fall out-Staub zu binden und wegzuspülen. Die Zeitungen bringen statt Information, Ruhmeshymnen über die „Helden", junge Techniker, Feuerwehrmänner und Soldaten, die sich ohne zu zögern opferten, wie die Vorbilder des „großen vaterländischen Krieges". wer sich versteckt, flüchtet oder krankmeldet, sein Leben zu retten versucht, wie die Vorsitzende der Parteijugend in Pripjet, wird schonungslos denunziert und als „Deserteur" gebrandmarkt.

Aus Nordrumänien, nur 400 km von Tschernobyl entfernt, müssen nach starken fall out-Regenfällen verseuchte Menschen in Bukarester Kliniken gebracht werden. Während in der ersten Woche die Einnahme von Jodtabletten Pflicht war, diese jedoch in der zweiten Woche schon ausgehen, heißt es nun, daß alles halb so schlimm sei.

Der Gesundheitsminister Anatol Romanenko versichert im TV Kiews, die Radioaktivität sei so gering, daß sie keinerlei Gefahr darstelle. Zwischen Tschernobyl und der BRD gelegen, wo es offiziell auch keine Gesundheitsgefahr gibt, kann die DDR-Führung da nur einstimmen: Man sei der Situation voll gewachsen, verstärkte Messungen und natürlich gebe es „keine Gefährdung der Bevölkerung". Selten soviel Einmütigkeit in Ost und West.

Freitag, 9. Mai: Nach neunstündiger Beratung gibt die SSK nach mehreren „Entwarnungen" durch Bonn jetzt nur noch eine „Teilentwarnung', wobei bisherige Grenzwerte

teils bestätigt, teils ganz aufgehoben werden. D.h. bei Fleisch, Eiern, Pilzen, Wurzelgemüse, Kräutern, Honig usw. wird es ohne Grenzwerte auch keine Messungen, keine Kontrollen und keine Vorsorge geben. Wo nix is, is nix. Ohnehin werde von Pflanzen nur „ein Zwangzigstel" des im Boden vorhandenen Cäsium 137 aufgenommen (laut SSK). Eine Verharmlosung und doch ein beachtliches Eingeständnis, denn immerhin wurden vielerorts Cäsium Werte von einigen hundert, auch mehrern 1000 Bq gemessen. Außerdem werden die Cäsium Werte der Böden künftig durch Düngung mit Jauche, Stallmist und Klärschlamm noch erheblich zunehmen.

Die SSK baut hier vor, um Anbauverbote zu vermeiden, die selbst hohe Grenzwerte für Bodenbelastung zur Folge haben könnten, indem sie erst überhaupt keine festlegt. Dies hat ebenfalls zur Folge, daß überhaupt keine flächendeckenden Kontrollmessungen durchgeführt werden müssen.

Der Saarbrücker Nuklearmediziner und Chef der SSK Erich Oberhausen sieht ebenfalls keine Veranlassung seine „natürlichen Lebensgewohnheiten" zu ändern und hält ein „Spielverbot für Kinder im Freien für abwegig". Wer einem Kleinkind „etwas ganz besonders Gutes antun wolle", solle es auch in den nächsten Tagen mit Trockenmilch füttern.

Kohl und Zimmermann wollen künftig gegen die „weitere Verunsicherung" der Bevölkerung einschreiten. Um der „völlig unbegründeten Hysterie" entgegenzuwirken, hätten sich die Bundesländer mehr an die Vorgaben aus Bonn zu halten. Die „amtliche Sprachverwirrung", die „Ratlosigkeit der Behörden und das Durcheinander der Anordnungen" würden sich negativ auf die Bevölkerung auswirken, dem solle auch durch verstärkten Einsatz „unabhängiger Wissenschaftler" entgegengewirkt werden.

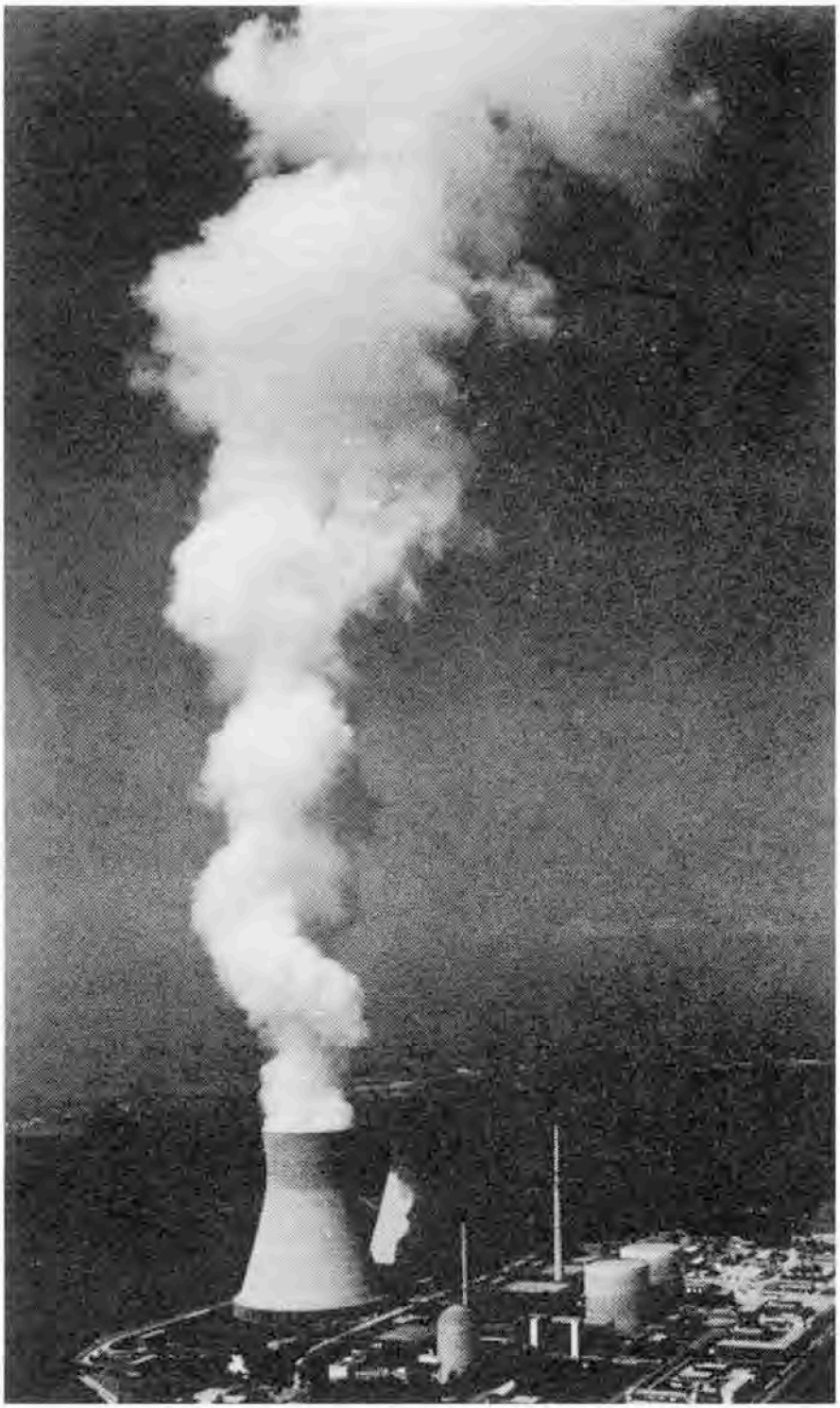
Die Times meldet aus dem Raum Kiew „Halsschmerzen und Augenprobleme" der Menschen, ein Zeichen von hoher Belastung mit radioaktiven Partikeln (große Mengen Jod durch Haut, Atmung und Nahrung aufgenommen, verursachen bei Allergikern starke Allergieschübe). Fremdenführerinnen berichteten westlichen Journalisten, daß es inzwischen Anweisungen gäbe, Fenster geschlossen zu halten, täglich die Böden zu schrubben, Staub zu beseitigen, bei Milch und Gemüse Vorsicht walten zu lassen usw.. Auf Märkten würde angeblich Gemüse mit Strahlungsmessern überprüft und dürfe erst verkauft werden, wenn es für „gut" befunden sei. Die Fluchtbewegung aus dem Raum Kiew nimmt weiter zu, es bilden sich lange Schlangen von Wartenden, trotz dem verstärkten Einsatz von Sonderzügen und Extraflügen.

Die schwedische Regierung prüft, ob die durch Volksentscheid für das Jahr 2010 beschlossene Abschaltung aller AKWs schon vorher realisiert werden soll. Die Regierung der Niederlande hat bei zwei Anlagen im Betrieb beschlossen, den geplanten Bau von vier weiteren Reaktoren „auf Eis zu legen".

In Österreich sind alle Überlegungen in Regierungskreisen und einigen Gewerkschaftsbossen ein für allemal gestorben, das AKW Zwentendorf doch noch in Betrieb zu nehmen, obwohl eine Volksabstimmung dies mit großer Mehrheit ablehnte. Die Führer aller Parteien sprachen sich jetzt unzweideutig gegen solche Überlegungen aus, viele sehen sich gezwungen, aufgrund des Drucks aus der Bevölkerung, sich entschiedener auch in Taten gegen Wackersdorf zu stellen. Alle Versuche darüber zu verhandeln, wurden von Strauß bisher schroff zurückgewiesen.

Auch in Jugoslawien, Polen und der CSSR regt sich jetzt offener Widerstand, teilweise auch innerhalb der Parteien gegen Atomkraft. In Italien hat die Umweltbewegung den Durchbruch geschafft. Die Chancen ein Referendum gegen Atomkraft mit größter Mehrheit zu gewinnen, stehen sehr gut. In Rom demonstrierten 100.000 für Stillegung aller AKWs.

Burckhard



„Die Kernspaltung hat alles verändert, nur nicht die Art unseres Denkens, und deswegen bewegen wir uns auf eine Katastrophe ohnegleichen zu."

ALBERT EINSTEIN

Gesundbeten contra Horrormeldungen

Während die radioaktive Wolke über der BRD einschwebt oder schon abregnet, tritt ein 2. GAU ein. Dieser findet bei den zuständigen deutschen Behörden statt. Während die einen in Untätigkeit und völliger Passivität verharrend auf Anweisunggen aus Bonn warten - dort herrscht Funkstille -überschlagen sich die anderen geradezu. Uralte Meßgeräte mit denen niemand vertraut ist, werden aus Lagerschuppen gekramt und entstaubt, verzweifelt nach Bedienungsanleitungen gesucht und schließlich Meßtrupps mit untauglichem Gerät an die falschen Stellen geschickt. Was soll auch ein Geigerzähler der Luftaktivität messen kann zur Bestimmung in Salatköpfen taugen? Bei Firmen für Meßgeräte herrscht Hochkonjunktur, der alte Schrott aus den 60er Jahren, oft ohne Bedienungsanleitung wird in tausender Stückzahlen an Behörden losgeschlagen. Die Geräte funktionieren oder eben nicht, auf jeden Fall geraten sie meist in die Hände von ungeübten Laien.

Die Wissenschaftler der Atomindustrie lachen sich ins Fäustchen. So wird nie ein beunruhigendes Meßergebnis in wohlmöglich falsche Hände kommen. Die einzigen brauchbaren Geräte, die wirklich aufregendes messen können (in jeder Materie Aktivitäten nach Isotopenarten getrennt) haben sie und die Meßwerte für Luft haben die Wetterämter unter Verschluß und auf diesem Schlüssel sitzt der Innenminister. Vor Kameras und Hörfunkmikrophonen sitzen sie dann einträglich beisammen, die Experten, die gekauften Wissenschaftler, die Politiker, die uns die Atomkraft eingebrockt haben: Wir wissen alles, sie nichts, wir haben die Meßwerte, die Erkenntnisse, die Erfahrung und sind uns international einig, wir entscheiden wie sie bestrahlt werden dürfen. Etwas von unserem Wissen preiszugeben, würde Laien nur verwirren und unnötig beunruhigen. So demütigend und deprimierend hat man nie die absolute Entmündigung und vollkommene Entrechtung durch Politiker und Atomexperten erfahren müssen! Der Sommer, Wiesen, Badestrände, Straßencafés locken, aber man hat Angst vor ganz alltäglichen, lieb gewonnenen Gewohnheiten, Angst Milch zu trinken oder Grünzeug zu essen und soll ausgerechnet diesen Ärschen vertrauen, die uns das alles eingebrockt haben? Auf der anderen Seite, soll man sich das Leben verbieten lassen. Aus besseren Zeiten der BI-Bewegung weiß jeder zumindest noch soviel, daß man über viele Jahre sein Leben, die Ernährung völlig umstellen müßte, um auch nur einem Teil der Strahlenbelastung zu entgehen. Im ersten Schock ein paar Vorräte anlegen, H-Milch, Butter einfrieren, einige Kästen Wasser für die erste Zeit, Milchpulver für Kinder, ja, für ein paar Monate, aber dann? Jeder Gedanke an Flucht oder Auswandern scheitert schon im Ansatz an dem kontinentalen Ausmaß der Verseuchung.

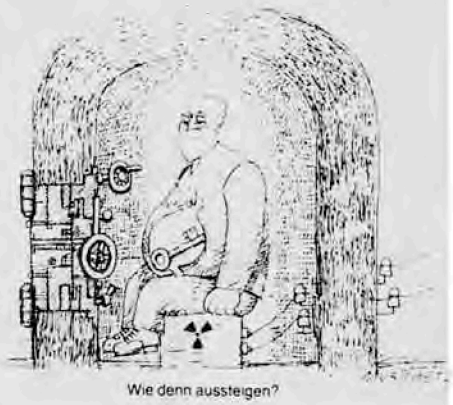
Trotzdem ärgert es mich maßlos, wie Minister und Experten jetzt das Blaue vom Himmel lügen, ihre Meßergebnisse geheimhalten, die wenigen Warner unter Desinformationsflut begraben, alle Vorsichtsmaßnahmen so schnell wie möglich vom Tisch haben wollen. Schließlich wissen sie, wie empfindlich der Bundesbürger auf materielle Einbußen reagiert und wollen natürlich auch vermeiden, daß zu kraß über einen zu langen Zeitraum deutlich wird, wie Atomkraft uns das Leben nicht nur versauert, sondern auch weitgehend verunmöglicht.

Die Angst, die Kaufzurückhaltung, oder Hamsterkäufe, die den Markt partiell zusammenbrechen lassen, die millionenfachen Anfragen, die haben was bewegt, der Zusammenbruch jeglicher offizieller Glaubwürdigkeit, die jetzt mehrheitliche Gegnerschaft gegen AKWs hier! Als Antwort darauf haben die Behörden viel aus dem Hut gezaubert - doch getan, verhindert oder beschützt haben sie nichts und niemand.

Die LKWs, die an der DDR Grenze gewaschen und abgespritzt wurden („Entkontaminierungs"-show) nun, das radioaktive Wasser floß in die Kanalisation und auf Felder. In Freibädern in München liefen Feuerwehrleute in Strahlenschutzanzügen über den Rasen, neben ihnen Leute im Bikini. Nach der Schließung der Bäder legte man sich halt in Parks. Die radioaktive Milch wurde zwar jetzt nicht mehr frisch getrunken, aber verseuchte und unverseuchte zur Unterschreitung der Grenzwerte zusammengepantscht, sowie Cäsium und Strontium verseuchte Milch auf Anweisung der Strahlenschutzkommission zu Käse, Quark und Milchpulver verarbeitet. Letzteres soll später bevorzugt an Babys und Schwangere verfüttert werden. Für mich hat sich die Strahlenschutzkommission damit als neue kriminelle Vereinigung institutionalisiert, aber einen Aufschrei des Entsetzens erntete sie damit nicht gerade. Verseuchter Spinat wird zu Tiefkühlkost verarbeitet, strahlendes Gemüse zu Sonderpreisen in die DDR und nach Frankreich verschoben, radioaktive Butter aus der DDR kommt dafür in Kairo in die Läden. Schließlich haben die EG-Lebensmittelschieber eine langjährige Erfahrung im Umettikettieren, im kreuz- und quer-, hin-und her-exportieren, zum abkassieren der optimalen oder mehrmaligen EG-Subventionen. Was nützen mir die besseren Grenzwerte in Hessen, wenn es eh nur zufällig Stichproben gibt, die amtlichen Meßwerte bis zu 14 Tage auf sich warten lassen und dann eh allgemeine „Entwarnung" kommt, auch der Grüne Umweltminister vor der geschlossenen Front der Abwiegler aufgibt? Bevor irgend eine Maßnahme überhaupt greifen konnte, fiel sie schon wieder der Entwarnung zum Opfer! Und verstrahltes Grünzeug, Milchprodukte usw. gelangen ohnehin auf dem üblichen Weg über die Grenze Baden-Württembergs, des Saarlandes oder NRWs nach CDU-Grenzwerten, bzw. nach Rau-Farthmann-Grenzwerten nach Hessen, d.h. 500 Bq bei Milch und unbegrenzt bei anderen Produkten.

Wir meinen, wir glauben diesmal noch irgendwie entkommen oder relativ gut davon gekommen zu sein. In Wirklichkeit haben wir uns von dem Katastrophen-Kasperletheater der Behörden nur verwirren und ablenken lassen, alle, alle haben uns gearscht: Experten und Politiker haben an der Meinungsfront gestritten und uns dort mit Abwiegelei aufgehalten, die Behörden haben sinnlose Mätzchen in Szene gesetzt, kritische Wissenschaftler in ihren Studien herumgesucht und in Labors geackert, Grüne hinter verschlossenen Türen für bessere Grenzwerte und Ausstiegsszenarien gestritten - die Atomindustrie selbst hat sich fein rausgehalten - und wir haben uns dadurch blenden, verwirren, schrecken lassen, anstatt sofort, gleich in den ersten Tagen in den Verwaltungszentren der Atomfirmen und den zuständigen Ministerien einzufallen, dort Rechenschaft und Aufklärung zu verlangen, Meßergebnisse gleich mitzunehmen und verdammt Druck zu machen. Die kurze Zeitspanne des Vergessens, des Vergessen Wollens und Müssens, die allgemeine Rückkehr zur Normalität, lassen uns sicher nur noch wenig Zeit zu Besinnung und einem zweiten Anlauf. Dennoch sollten wir ihn mit allen Mitteln voranbringen, denn wenn Harrisburg die vorletzte Warnung war, ist Tschernobyl sicher die allerletzte. Tschernobyl ist nicht überall und darf es nicht werden!

Zum Schluß mein persönlicher Tip wg. rückständiger, kommunistischer Reaktoren: Tschernobyl IV war ein Meisterwerk an Technik, eine Spitzenleistung wie die Challenger! Besser geht es nicht! Ein echt „primitiver Blechbuchsenreaktor" steht aber bei uns, in Stade, ein altersschwacher in Obrigheim am Neckar und ein GAU-verdächtiger Leck-Reaktor in Cattenon an der Mosel!



Wie denn aussteigen?

Seit Harrisburg

Ein Reaktor

In Tschernobyl ist in der Nacht des 25. April 1986 nicht nur etwas geschehen, was man ausdrücklich für ausgeschlossen hielt, sondern es ist auch etwas eingetreten, woran man trotz aller Wahrscheinlichkeitsspielereien und Computersimulationen noch nie auf der Welt gedacht hat: ein Super-GAU, ein totales Unkontrollierbarwerden des Reaktors und dies nicht etwa während des Betriebs, sondern nachdem er bereits seit Tagen abgeschaltet war! Den ersten Fall, den GAU, ein größter anzunehmender Unfall, der gerade noch beherrschbar ist (er Harrisburg) haben die Atomexperten in ihrer Sicherheits"philosophie" als „absolut unmöglich" ausgeschlossen. Zahllose Unfälle in Atomanlagen mit enormen Radioaktivitätsfreisetzungen und die Anti-Atombewegung zwangen jedoch seit 1980 im Westen immerhin zu einigen Verbesserungen der Sicherheit in AKWs und zu einer Neubewertung des „Restrisikos". Nach der inzwischen von der US-Regierung für Null und Nichtig erklärten „Rasmussen-Studie", die wg. zahlloser prinzipieller Fehler völlig haltlos geworden war, errechneten Experten deutscher AKW-Betreiber eine Wahrscheinlichkeit für einen GAU von 1 : 10.000 -d.h. ein GAU pro 10.000 Reaktorbetriebsjahren weltweit!
Später fand sich die Sprachregelung des „zu vernachlässigenden Restrisikos" (!). Diese Annahme, dieses beliebige Zahlenpuzzle ist sozusagen offizielle Atomstaatsdoktrin, deren Maßstab auch zur rechtlichen Grundlage für den Betrieb von Atomanlagen gemacht wurde.

Alle Anwendungstests für die Rasmussen-Studie scheiterten kläglich, so daß die atomtechnisch führende Nation des Westens sich gezwungen sah, diesen Unsinn schleunigst aus dem Verkehr zu ziehen. Harrisburg wiederlegte alle neuen Wahrscheinlichkeitsrechnungen und zeigte, daß die vielgepriesene Patentlösung der Mehrfachauslegung von Sciherheitssystemen die Sicherheit nicht prinzipiell verbessert, sondern nur einen kurzen Zeitgewinn bringt. Daß Harrisburg sich zur Katastrophe auswuchs und eine ganze Region über Jahre fortdauernd durch neue Radioaktivitätsabgaben verseuchte, ist einem einzigen, allerdings vorhersehbaren Konstruktionsfehler *aller*(!) AKWs zuzuschreiben: Die Notkühlsysteme sind nicht in der Lage beim Durchbrennen von Brennstäben gegen den dann entstehenden erhöhten Überdruck im Reaktor anzupumpen. Es gelangt also kein Kühlwassernachschub in den Reaktorkern.

In keinem Land der Welt wurde seither gegen diesen Konstruktionsfehler etwas unternommen. Ebenso wurde die seit Harrisburg erkannte und z.B. im Prozeß um das geplante AKW Wyhl geforderte Notwendigkeit des „Berstschutzes" nirgendwo auf der Welt erprobt oder eingebaut. Die 7 Jahre seit Harrisburg verstrichen für die Sicherheitsexperten und Regierungen in Ost und West also im Schlaf und tatenlos und bescherten uns nun den Super-GAU von Tschernobyl:

Nachdem noch unvollständigen Bild, welches sowjetische Atomexperten bis jetzt gewinnen konnten, läßt sich laut Stellungsnahmen von Politikern und der staatlichen Medien folgendes rekonstruieren:

GAU im „abgeschalteten" AKW

Die Katastrophe kam absolut unerwartet und über Nacht, ausgerechnet von dort, wo man sie am allerwenigsten hätte erwarten können, aus einem abgeschalteten Block des Atomkomplexes Tschernobyl. „Wartungsarbeiten" und „wissenschaftliche Tests" hatten diese Abschaltung vor Tagen notwendig gemacht. Das Einfahren von ca. 180 Absorberstäben (= Steuerstäbe) zwischen die Brennstäbe hatten die Kettenreaktion erheblich verringert, die normale Betriebstemperatur von ca. 280 Grad stark abgesenkt, so daß das Kühlwasser nur noch die „Nachzerfallwärme" abführen mußte. In so einem Zustand gilt ein Reaktor als ausgesprochen harmlos - automatische Kühl- und Überwachungssysteme halten alles unter Kontrolle und in Funktion - nur einige wenige Reaktormechaniker halten die Instrumente unter Beobachtung - alles andere läuft wie von selbst. Doch in dieser Nacht geschah außergewöhnliches: Die Stromversorgung fällt unerwartet aus und nach einem „Totalspannungsabfall" streiken die Hauptkühlmittelpumpen (ein sehr häufiger Störfall im Normalbetrieb auch westdt. AKWs!). In so einer Situation müssen automatische Schaltsysteme oder die Bedienungsmannschaften von Hand auf Strom aus dem Netz umschalten, um die Pumpen wieder in Gang zu setzen. Ein Ausbleiben von Kühlwassernachschub kann auch ein notabgeschalteter Reaktor zunächst für Stunden noch verkraften (vergl. Harrisburg), dann muß aber dringend die Notkühlung einsetzen, denn trotz reduzierter Kettenreaktion (wg. eingefahrener Absorberstäbe) kann sich der Kern sonst überhitzen. Woran es nun lag, daß kein Strom aus dem Netz herangeführt und auch über Stunden mehrere Notstromdiesel nicht flott gemacht werden konnten, hat die Sowjetunion bisher nicht bekannt gegeben oder selbst noch nicht klären können. Aus der späteren Maßregelung mehrerer Reaktortechniker könnte vielleicht „menschliches Versagen" geschlossen werden - eine Standardausrede der Atomindustrie wenn sich wiedermal die *prinzipielle Unzulänglichkeit* eines Systems erweist. Einige Springer Blätter wollten Wodka im Spiel wissen -immerhin mußten US-Militärpolizei schon wiederholt komplett zugekiffte oder volltrunkene Besatzungen von Atombombern nach der Landung verhaften. So ein absolut normales und übliches Verhalten als „menschliches Versagen" zu denunzieren ist eine der vielen Notlügen der Atomindustrie, denn es resultiert einzig und allein aus dem psychischen Überdruck unter dem in Atomzentralen (wie auch an Atomwaffen) gearbeitet wird, d.h. es sind direkte Folgen dieser Technik.

Eine Notkühlung tritt also aus noch unbekannten Gründen nicht ein. Als sich die Temperatur im Reaktor auf ca. 700 Grad erhöht, kommt es zu einer oder mehreren Wasserstoff-Explósionen. Die Zirkon-Legierungen der Brennstäbe reagieren dabei explosionsartig mit dem Sauerstoff des Kühlwassers. Ab ca. 1.000 Grad beginnen dann die Brennstäbe reihenweise zu schmelzen.

Am 26. April um 0.23 Uhr schoß eine riesige Explosionsflamme durch die Reaktorhalle. Die Druckwelle sprengte das Dach und Teile der Seitenwände weg. Ein tagelanges Feuer beginnt zu wüten. Die Ursache dafür erklärt sich aus der Konstruktion dieses AKWs.

Überhitzung und Wasserstoffexplosion durchbrechen die starke Stahlummantelung des Graphitblocks, in dem die Brennelemente lagern. Hitze und Zutritt von Luftsauerstoff führen zur Entzündung des Graphits.

Zwei Kraftwerker werden durch Explosionen, Hitze oder herabstürzende Trümmer sofort getötet, andere schwer verletzt. Die „landesübliche Geheimniskrämerei" ist sicher für eine viel zu späte Information der eigenen Bevölkerung verantwortlich, nicht aber dafür, daß wir bisher nicht mehr über den Unfallhergang wissen. Das wird die SU-Führung größtenteils selbst nicht wissen oder nie in Erfahrung bringen können, dazu sind die Zerstörungen zu groß, weite Teile des Reaktors Feuern von unvorstellbarer Hitze zum Opfer gefallen oder im Reaktorkrater selbst versunken. Mehr wie bisher werden wir wahrscheinlich nie erfahren.

Dennoch bleibt festzuhalten, eine „chemische" Reaktion hat den Atommeiler außer Gefecht gesetzt. Sein abgeschalteter Zustand führte zur Unterschätzung der Gefahr und zu verspätetem Eingreifen der Bedienungsmannschaften. Der abgeschaltete Zustand ist aber gleichzheitig auch ein extremer Glücksfall für eine vergleichsweise geringe Freisetzungsmöglichkeit an Radioaktivität. Der Reaktor explodierte in seinem „ungefährlichsten" Zustand, denn die eingefahrenen Steuerstäbe hatten die Kettenreaktion erheblich gedrosselt und verhinderten - auch wenn Brennstäbe jetzt schmolzen - eine erneute Zunahme. Die Explosion und der anschließende Graphitbrand setzten also nur einen Bruchteil der Radioaktivität frei, wie es bei Vollastbetrieb und nach einer Notabschaltung der Fall wäre.

GAU kann kleine Nation „vernichten"

Die US-Atomenergie-Kommission geht intern davon aus, daß bei einer Totalzerstörung eines Reaktors immer die Hälfte des radioaktiven Materials freigesetzt wird, nämlich der Anteil der Gase und halbflüchtigen Metalle. Demnach würde bei Explosion eines Leichtwasserreaktors vom Typ Biblis unter ungünstigen Wetterbedingungen ein Katastrophengebiet von der halben Fläche der BRD entstehen. D.h., wo sich die radioaktive Wolke ausbreitet und abregnet würden Menschen getötet oder Strahlendosen ausgesetzt, die in Mo-

geschlafen?

geht durch

naten bis einigen Jahren zu Siechtum und Tod führen. „Kleinere Nationen" heißt es in dem Bericht der US-Behörde „können durch einen einzigen Reaktorunfall vernichtet werden" (AEC-International Memorandum - Steering Commitee -28.1.1965).

Wohlweislich dieser Tatsachen bezichtigten westliche Experten die SU zunächst der Lüge und sprachen von „einigen tausend Toten" (Bild: „30.000 Tote"). Es gab also zunächst günstige Bedingungen die schlimmsten Sofortfolgen für die Bevölkerung in der Umgebung zu verhindern. Dennoch wurde wie auch bei Unfällen in westlichen Atomanlagen typisch, zunächst nichts an höhere Stellen weiter geleitet, die Bevölkerung nicht gewarnt und auch als bereits Radioaktivität freigesetzt war - wie in Harrisburg! - nicht evakuiert.

Radioaktivitätsausstoß in 3 Wellen

Laut Vadim Sagladin (Mtgl. des Zentralkomitees der KPdSU) erfolgte der Ausstoß von Radioaktivität in die Atmosphäre in „drei Wellen". Die Wasserstoffexplosion löste die erste und kleinste Welle aus. Zur zweiten Welle könnte es gekommen sein, als die Werksfeuerwehren die brennende Reaktorhalle aus allen Rohren mit Wasser eindeckten. Wenn Graphit (= feinkristalliner Kohlenstoff) bei über 1000 oder auch 2000 Grad brennt, reagiert er explosionsartig mit Wasser. Möglicherweise wurde auch das Reaktorgebäude durch die Beschädigung von Kühlmittelleitungen nach der ersten Explosion ohnehin mit Wasser überflutet.

In dieser prekären Lage steuerte der Atompapst in Fragen der Reaktorsicherhekt Prof. Lindackers, Chef des TÜV Rheinland auf das sowjetische Hilfsersuchen den dümmlichen Tip bei, aus Hubschraubern große Mengen Wasser abzuwerfen.

Der dritte und größte Radioaktivitätsausbruch erfolgte über mehrere Tage während des Höhepunkts des Graphitbrandes. In dieser Zeit mußten die Natururanbrennstäbe vollkommen durchgeschmolzen sein. Cogne, der Chef des französischen „Instituts für Strahlensicherheit" vermutet diesen größten Strahlenausbruch am Sonntag (27.4.).

Als ziemlich sicher gilt heute, daß erst während dieser dritten Radioaktivitätswelle eine Teilevakuierung der 30 km-Zone angeordnet wurde. Sowjetische Medien geben an, daß man 36 Stunden nach Ausbruch des Feuers in zwei Stunden und vierzig Minuten 25.000 Menschen aus Pripjat in einer 20 km langen Kolonne aus Bussen und LKWs in Richtung Süden gebracht habe. Besonders bei Dorfbewohnern und Bauern soll die Miliz dabei auch Gewalt angewendet haben. Den Bauern muß es besonders schwer gefallen sein, ihre Gärten, Vorräte und alle Tiere zurückzulassen. Die Presse meldete dazu später, das Vieh sei „liquidiert" worden.

Die Hochhaussiedlung Tschernobyl wurde von dieser ersten Evakuierung ausgenommen. Die Menge, Intensität und Dauer des Strahlungsauswurfes wurde von der Regierungskommission unter der Leitung des Krisen- und Wirtschaftsmanagers Schtscherbina völlig unterschätzt und das Leben von 40.000 Menschen bis zum letzten Moment auf Spiel gesetzt. Erst am 4. Tag nach Beginn des Unfalls ist nach sowjetischen Pressemeldungen mit ihrer Evakuierung begonnen worden. Wie westliche Korrespondenten, die mit Evakuierten in der ersten Maiwoche in Kiew sprachen, herausfanden, dauerte diese Aktion jedoch ganze drei Tage.

Gale, der amerikanische Arzt, der in Moskauer Kliniken Knochenmarksverpflanzungen an schwer Strahlenkranken durchführt - ein Befürworter der friedlichen als auch der kriegerischen Atomenergienutzung, ein Verfechter der Katastrophenmedizin nach Atombombeneinsätzen und sicher ein Mitverschwörer beim Verdunkeln der Folgen von Tschernobyl - äußerte sich auf einer Pressekonferenz in Moskau dahingehend, daß er 100.000 Menschen für schwer strahlenbelastet hält. Selbst dabei geht er aber immer nur von offiziellen Zahlen aus. Diese werden mit 30 bis 40 Millirem pro Stunde in der 30 km-Zone angegeben. Ein solches Meßergebnis macht aber nur komplettiert und unter Hinzufügung einer Auslassung wieder Sinn: 30 bis 40 Millirem, *außerhalb* der Hauptwindrichtung vom Reaktor. Allein aus der Strahlenintensiät, die die radioaktive Wolke noch über Westeuropa hatte, ergibt sich eine Belastung von 100 Rem und mehr direkt am Unglücksort. Dies aber würde bedeuten, daß die 100.000 von Gale erwähnten Menschen noch in Monaten bis einigen Jahren an akuten Folgen sterben. Dies schien Gale als Wissenschaftler andeuten zu wollen, als Atombefürworter und politisch Vertrauter sowohl seiner als auch der Regierung der UdSSR aber noch nicht als Wahrheit verantworten zu können. Denn wenn Hunderttausend sicher sterben müßten, würden Millionen begreifen, *welchem* Ausmaß an Krebs zu erkranken sie selbst ausgesetzt sind! Dieses Wissen oder eine Ahnung davon wird im Westen wie im Osten Staatsgeheimnis Nummer eins sein und bleiben.

Bei uns ist dies ganz einfach, indem man erst überhaupt nicht soviele Daten erhebt. Aus genau diesem Grund wird in der BRD seit zwei Jahrzehnten eine medizinische Gesamtstatistik über die Bevölkerung in der Umgebung von Atomanlagen verhindert. Und in der UdSSR wird es nicht schwer fallen zehntausende Tote wegzustecken. Wer auf eigenen Füßen die 30 km-Zone verlassen hat, wird schon heute nicht als Strahlenopfer eingestuft. Wer von den Evakuierten an anderem Ort und nicht mehr in diesem Jahr stirbt, wird unter der Rubrik irgend einer „natürlichen" Todesart abgehakt werden. Kaum im Einzelfall, sondern nur über eine Gesamtbevölkerungsstatistik wird wissenschaftlich zu beweisen sein, wer durch die Strahlen von Tschernobyl noch sterben wird. Und eine solche Statistik wird man in der UdSSR jetzt erst recht nicht anlegen, zudem wird die Krebsrate überall auch in allen benachbarten Sowjetrepubliken langsam ansteigen.

Westliche Atomexperten errechneten das 1000- bis 10.000 fache der offiziellen 30 biw 40 Millirem für die Unfallzone (also 30 bis 400 Rem). Und tatsächlich enthüllten zwei ranghohe Regierungsbeamte, die wg. Auslandsaufenthalt nicht rechtzeitig auf die offizielle Linie festgelegt worden waren, bedeutendes: Der Moskauer KP-Chef Boris Jelzin gab gegenüber Journalisten am Rande des DKP-Parteitages in Hamburg für Donnerstag (29.4.) 200 rem pro Stunde an. Und noch eine Woche später gibt der Kiewer Regierungsbeamte Iwan Pliutsch den Strahlenpegel in der Reaktorruine mit 190 rem pro Stunde an. Welcher Wert und zu welchem Zeitpunkt innerhalb der ersten zwei Wochen auch immer stimmen mag, wer sich mehrere Stunden in der Nähe des Reaktors (Arbeiter, Techniker, Feuerwehren und Soldaten) oder einige Tage innerhalb der 30 km-Zone (zu spät evakuierte Zivilbevölkerung) aufhielt, hat eine Strahlendosis erhalten, die an die tödliche Strahlendosis heranreicht oder diese sogar überschreitet (liegt offiziell bei 500 bis 1000 rem). Das die Strahlung tatsächlich so hoch war, dafür sprechen auch zahllose unkoordinierte wiedersprüchliche Einzelmeldungen der sowjetischen Medien.

Wer „opfert" sich schon freiwillig?

„50 Kasernen" seien an den Löscharbeiten beteiligt. Tausende Spezialisten aus allen Atomzentralen, Wissenschaftler aus Universitäten und Forschungszentren, sowie Experten der Nuklearstreitkräfte seien am Ort zur Katastrophenbekämpfung und als Notmannschaft für die anderen drei jetzt abgeschalteten Reaktoren im Einsatz. In der Nähe des Reaktors sei für sie ein „Bunker" gebaut worden usw. Die purzeln natürlich nicht alle auf einmal zu Tausenden und quer Beet im Atomkomplex herum, sondern pro „Schicht" sind jeweils nur einige Dutzend, z.Zt. des Brandes zusätzlich nochmal ca. 100 Mann direkt vor Ort. Insgesamt mehrere zehntausend Leute werden dennoch und nur deshalb benötigt, weil die Strahlenbelastung so hoch ist, daß jeder Einzelne nur für Minuten oder Stunden eingesetzt werden kann und dennoch ein Vielfaches der Strahlendosis erhalten, wie man etwa US-Technikern zumutete, die nach 4 Jahren erstmals in Vollschutzanzügen in Harrisburg in die verseuchte Reaktorkuppel vordrangen. Die sowjetische Atomindustrie hat nachdem man auf den Fall des GAU überhaupt nicht vorbereitet war (wie auch bei uns!) überhaupt keine andere Wahl als die Elite ihrer Atomwissenschaftler und Atomtechniker, sowie auch Wehrpflichtige und Offiziere ihrer Atomstreitkräfte in Tschernobyl zu verheizen. Ihr entschlossener und schneller Einsatz ohne Rücksicht auf Verluste, hat der Bevölkerung der UdSSR und auch der aller anderen betroffenen Ländern, noch größere Gefahren und Opfer erspart, einen über viele Wochen Monate Radioaktivität ausstoßenden Atomkrater. Nicht aus Zynismus, sondern wohlweislich was diese Menschen mit Sicherheit erwartet, haben sowjetiscche Politiker und Medien ihnen schon heute ein Heldendenkmal errichtet, ebenbürtig neben den Helden und 40 Mill. sowjetischen Toten des 2. Weltkrieges.

Wenn man weiß, daß Vieh erschossen wurde, selbst im 130 km entfernten Kiew wochenlang alle Straßen und Plätze täglich mit Wasser abgespritzt werden mußten, dann umreißen diese Informationsbruchstücke die extreme Strahlenbelastung und den ganzen Horror, der auf die Bevölkerung erst noch zukommt. Es gibt bei uns lange Tradition, der Führung der UdSSR jeden Zynismus zuzuschreiben. Sicher wie hier mit Desinformation alles vernebelt wird, erfährt die Bevölkerung dort überhaupt keine definitiven Fakten, aber es wird doch nicht aus purer Boswilligkeit z.B. vor verseuchter Nahrung nicht gewarnt. Sondern die sowjetische Führung weiß, daß die Verseuchung viel zu hoch und zu allumfassend ist, und nur aus diesem Grund gibt sie den Kampf gegen die Langzeitfolgen von vorne herein verloren. Alle Nahrungsmittel sind so stark belastet, daß jedes Ausweichmanöver, welches bei uns sinnvoll und wichtig ist, dort nichts bringen würde. Man kann dem Kreislauf der Verseuchung nicht mehr entrinnen. Wer mehr von der UdSSR verlangt, sollte sich nur mal zwei Fragen vor Augen halten und sie bis zu Ende durchdenken:

1. Wer oder wieviele tausend Menschen würden sich bei uns freiwillig (oder unter Zwang) opfern, einen GAU in einem AKW zu bekämpfen? Bei unserem heutigen Informationsniveau könnte sich niemand über die tödlichen Folgen täuschen.

2. Wie und wohin wir uns bei einem GAU in Sicherheit bringen? Und wie sollte es konkret aussehen, z.B. die Hälfte der BRD zu räumen und über Jahrzehnte aufzugeben?

3. Was wollten und was könnten die Behörden der BRD oder Frankreichs in einem vergleichbaren Fall überhaupt besser machen? In Katastrophenplänen für die BRD steht immerhin heute noch, daß die Todeszone um ein verunglücktes AKW militärisch abgesperrt wird, die verstrahlten Menschen in der Todeszone zurückgehalten werden („Schußwaffengebrauch").

Wir können der Sowjetunion nicht mehr und nicht weniger vorwerfen als der eigenen Regierung auch, daß sie überhaupt AKWs betreibt!

FOTOS: DPA; NOVOSTI/GAMMA

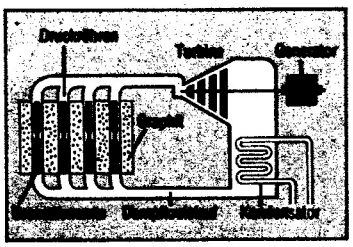
Zum Schluß noch einige Anmerkungen zu der jetzt so lauthals geforderten internationalen Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, auf die auch einige Umweltschützer hereinfallen. Der Bevölkerung im Osten wie im Westen bringt das nichts. Eine erste freiwillige Maßnahme in diesem Sinne war die Einladung der UdSSR an Hans Blix, dem Chef der IEAO in Wien. Blix bekam Einblick in alle wesentlichen Daten, er überflog sogar im Hubschrauber das Gebiet von Tschernobyl. Allein der Atomindustrie verpflichet und ganz im Sinne der internationalen Atomenergie-Gemeinde wiederholt er zum Abschluß seines Besuches brav alle offiziellen Falschmeldungen, von denen er eindeutig wußte, daß sie ohnehin nicht stimmen können. Beobachter, die Blix und seinen US-Kollegen Rosen zuerst bei der Pressekonferenz in Moskau und dann in Wien erlebt haben, bemerkten, daß die beiden alten Atomlobbyisten zutiefst erschüttert waren. Sie hatten ein atomares Inferno gesehen, wie es aus ihrer Sicht der „frielichen" Nutzung der Atomenergie nur im Nuklearkrieg denkbar schien.

B.K.

RBMK —

So hat sich Europa in den vergangenen drei Jahrzehnten mit Kernkraftwerken zugepflastert
NORWEGEN
SCHWEDEN
FINNLAND
Oslo
Stockholm
Leningrad
Moskau
IRLAND
GROSSBRITANNIEN
DÄNEMARK
London
NIEDERLANDE
Hamburg
Berlin
POLEN
Warschau
U D S S R
BELGIEN
BRD
DDR
Tschernobyl
Kiew
Paris
Prag
CSSR
München
Wien
FRANKREICH
SCHWEIZ
ÖSTERREICH
UNGARN
RUMÄNIEN
Belgrad
JUGOSLAWIEN
Madrid
ITALIEN
BULGARIEN
SPANIEN
Rom
ALBANIEN
GRIECHENLAND
TÜRKEI
in Betrieb
in Bau, Planung
Kernreaktor
wassergekühlt
gasgekühlt
Schneller Brüter
atomare Wiederaufarbeitungsanlage

Der Unfallreaktor



Tschernobyl-Reaktor
Brennstoff: natürliches oder leicht angereichertes Uran
Kühlmittel: Wasser
Moderator: Graphit
27 Anlagen in Betrieb

Eine rein sowjetische Variante des Druckwasser-Reaktors. Wasser dient hier nur zur Kühlung, während das Moderieren (Abbremsen der Neutronen) von Graphit, einem Kohlenstoff, übernommen wird. Da hierfür mehr als 1000 Tonnen Graphit notwendig sind, gerät der Reaktor zu einem klobigen Bauwerk. Der Dampf entsteht in den senkrechten »Druckröhren« und wird direkt zur Turbine geleitet.

Sicherheit: Da ein Druckgefäß ebenso fehlt wie ein äußerer Sicherheitsbehälter, ist dieser Reaktor empfindlich gegen Beschädigungen. Nur die kilometerlangen Druckröhren schirmen die Umwelt vor radioaktiven Spaltprodukten ab. Das reichlich vorhandene Graphit muß durch ein Schutzgas vor dem Kontakt mit Luft bewahrt werden, damit es sich nicht entzündet. Falls das Kühlwasser entweicht, wird die Kettenreaktion nicht automatisch gestoppt, da die Moderation durch das Graphit weiterläuft. Aufgrund dieser sicherheitstechnischen Nachteile konnte der »Graphit-moderierte Wasserreaktor« nie exportiert werden.

Im Atomzentrum Tschernobyl stehen vier Reaktorblöcke gleicher Bauart, von denen je zwei zu einer Zwillingsanlage zusammengefaßt sind. Sie arbeiten unabhängig voneinander, ein Teil der Versorungsanlagen bedient jedoch beide Reaktoren. Die Anlage wurde in Teilabschnitten zwischen 1977 und 1984 fertiggestellt und in Betrieb genommen.

Mit diesen „leichtwassergekühlten graphitmoderierten Druckröhren-Reaktoren" (RBMK) verfügt die UdSSR über eine 32-jährige Erfahrung.

Die Turbine zur Stromerzeugung wird mit 300 Grad heißem Dampf betrieben, der in 1693 Druckröhren erzeugt wird. Diese Röhren stehen dicht gedrängt in einem 11,8 Meter breiten zylindrischen Block aus Graphit (= Kohlenstoff). Jede Druckröhre ist sieben Meter lang, hat einen Durchmesser von neun Zentimetern und enthält ein Bündel von 18 Brennstäben, alles umgeben von einem vier Millimeter starken Stahlmantel. Das Kühlwasser durchströmt die Druckröhren von unten, verdampft an den Brennstäben und wird dann auf die Turbine geleitet.

Der viele Dutzend Tonnen schwere Graphitblock ist gleichzeitig Gerüst und „moderiert" den Atomspaltungsprozeß, indem er die Neutronen abbremst, die nur so ihr Ziel, das nur zu 1,8 Prozent in den Brennstäben enthaltene spaltbare Uran 235, erreichen können.

Der Graphitblock hat weitere 179 vertikale Kanäle, durch die Sperrstäbe aus Bor und Cadmium eingefahren werden können. Diese sorgen dafür, daß die bei der atomaren Kettenreaktion freigesetzten Neutronen begrenzt bleibt und damit die Energieabfuhr stetig erfolgen kann. Durch weiteres Einfahren der Steuerstäbe wird die Leistung des Reaktors gedrosselt oder ganz gestoppt. Für Notfälle ist dieser Vorgang wie bei AKWs westlicher Bauart durch ein Schnellabschaltungssystem gesichert. Der gesamte Graphitmoderator, samt Brennstäben ist von einem dicken luftdichten Stahlmantel umgeben, da Graphit sich ab einer Temperatur von 500 Grad und Zutritt von Sauerstoff selbst entzündet.

Westliche Reaktorbauer, die mehrfach sowjetische Atomanlagen besichtigen durften, haben dem RBMK-(1000 MW) Konstruktionsprinzip mehrere „Vorteile" gegenüber westlicher Bauart bescheinigt:

○ Der Zugriff zu den Brennstäben sei nicht durch den tonnenschweren Hochdruckbehälter behindert. Dies sei zum frühzeitigen Eingriff bei Störfällen günstiger.

○ Die Sicherheit des Systems sei sehr hoch, da der einzelne Brennstabdruckbehälter überwacht, kontrolliert und notfalls bei laufendem Betrieb entfernt werden könne.

○ Die Reaktoren seien serienmäßig mit drei parallel arbeitenden Sicherheitssystemen ausgerüstet und auch von der äußeren Bauweise gegen Erdbeben, Überschwemmungen, Orkane und Flugzeugabstürze gesichert.

○ Ein besonderes Sicherheitsplus seien schließlich die sowjetischen Möglichkeiten bei der Standortwahl weit außerhalb von Bevölkerungsballungszentren.

Speziell über den Atomkomplex Tschernobyl lag der sowjetischen Atomwirtschaft eine eindeutige Warnung vor. Die Los Angeles Times veröffentlichte Auszüge aus einem Artikel in der „Literaturna Ukraina", der vermutlich von einer leitenden Ingenieurin des Werkes Liubov Kovaleska verfaßt wurde. Auf jeden Fall gehört sie zu den überlebenden Opfern der Bedienungsmannschaft. Genau einen Monat vor dem Knall schrieb sie, die größte Atomanalge der UdSSR sei eine Zeitbombe und sagte: „Für die Fehler werden wir über Jahrzehnte hinaus bezahlen müssen." Sie beklagt ferner die schlechte Arbeitsmoral, Schlamperei bei der Qualitätskontrolle und Materialfehler. Schlechte Organisation der leitenden Kader und Unvermögen habe nicht nur die Disziplin, sondern auch die Verantwortung eines jeden Beschäftigten für das Gelingen des gesamten Projektes geschwächt.

In den westlichen Medien wurde dieser Artikel breit ausgeschlachtet, Dregger gab Boulevard Blättern dazu Interviews, die von Haß und Antikommunismus nur so strotzen. Damit soll vergessen gemacht werden, daß seit Gorbatschow erstmals auch öffentliche Kritik an der Atompolitik möglich ist. Die Veröffentlichung des Artikels selbst spricht für diese Tatsache. Besonders wird unterschlagen, daß auch in westeuropäischen oder US-Atomanlagen bei der Sicherheit gemogelt wird. So wurden z.B. Kontrolleure beim Duplizieren von Infrarotaufnahmen an Sicherheitsschweißnähten erwischt. Damit sollte schon bei der Herstellung vorgetäuscht werden, daß alle Schweißnähte in Ordnung seien.

Sowjetische Atomexperten begründeten vor der eigenen Bevölkerung die RBMK-1000 Bauweise mit den besonderen Sicherheitsvorteilen, der totale Kühlmittelverlust sollte prinzipiell nicht möglich sein. Die Möglichkeit eines GAU wurde daher grundsätzlich ausgeschlossen. Eine mehrfah gesicherte Notstromversorgung ist ebenfalls vorhanden. Als Brennstoff dient Natur-Uran (keine Anreicherung erforderlich), in dem das spaltbare Uran 235 nur zu 1,8 Prozent enthalten ist.

Wie die ersten Reaktoren in den USA war diese Reaktorbauweise in den 50er Jahren zunächst für rein militärische Zwecke konstruiert worden: sie produzierten waffenfähiges Plutonium, das jederzeit, auch während des Betriebs entnommen werden kann. Das dabei entstandene zwangsläufige Abfallprodukt Wärmeenergie wurde erst nach der ersten atomaren Aufrüstungswelle in den 60er Jahren gezielt zur Stromerzeugung genutzt. Heute betreibt die UdSSR nach verschiedenen Quellenangaben 16 bis 24 Atomkraftwerke dieses Typs. Nach sowjetischen unbestätigten Angaben sollen sie alle sofort nach dem GAU in Tschernobyl abgeschaltet worden seien.

Ein Endlagerproblem für Plutonium zumindest entsteht nicht, da es zur Herstellung von Atomsprengköpfen verbraucht wird, eine Praxis, die in den USA und Frankreich ebenso selbstverständlich gehandhabt und von der Öffentlichkeit überwiegend akzeptiert wird.

Quelle: Stern Nr. 22, 1986

1979: Harrisburg morgen: Stade?

1986: Tschernobyl

Gemeinsames und Verschiedenes der Reaktortypen von Stade und Tschernobyl / Jens Scheer

Stade | **Tschernobyl**

In beiden Typen findet die Kernreaktion, die Wärme liefert, in mit Uran(oxyd) gefüllten Rohren, sogenannten Brennstäben, statt. Die entstehende Wärme wird durch Wasser abgeführt, das direkt oder indirekt zum Betrieb von Dampfturbinen genutzt wird.

Die Brennstäbe und das Wasser befinden sich in einem einzigen großen Kessel. Die Brennstäbe bilden ein Paket und werden gemeinsam vón Wasser umspült.

Je 18 Brennstäbe befinden sich in einem einzelnen Rohr und werden darin von Wasser umspült.

Die Kettenreaktion läuft so ab, daß bei der Spaltung eines Uran-Atomkerns auch Neutronen entstehen, die neue Kerne spalten, so daß sich eine lawinenartige Verstärkung bildet, die durch neutronenschluckende Steuerstäbe geregelt wird. Voraussetzung dafür ist, daß die entstandenen Neutronen abgebremst werden, bevor sie neue U-Kerne treffen. Je effektiver die Bremsung (Moderation), desto mehr wird die Kettenreaktion angefacht. Zur Abbremsung dienen relativ leichte Materialien.

Dazu dient das Wasser, das damit eine Doppelfunktion als Kühler und Moderator hat.

Dazu dient Graphit, der die eigentliche Reaktorstruktur bildet — ein zylindrischer Bau, 11 m Durchmesser, 7 m hoch, in dem 2000 Bohrungen sind, um die Rohre mit Wasser und Brennstäben aufzunehmen.

Beim Verlust des Wassers infolge eines Lecks ...

... hört die Kernreaktion automatisch auf.

... steigt infolge der Erhitzung die Moderatorwirkung des Graphits an, die Kettenreaktion steigert sich bis zu einer möglichen Explosion. (Diese Eigenschaft teilt der Tschernobyl-Typ mit dem Schnellen Brüter, auch dort steigert sich die Kettenreaktion bei Kühlmittelverlust bis zur Explosion.)

In beiden Typen verbleibt bei Kühlmittelverlust die gespeicherte Radioaktivität, das 500fache (bei Biblis das 1000fache) der Radioaktivität, die die Bombe von Hiroshima produziert hat. Dies führt zu so großer Hitzeentwicklung, daß der Kernbrennstoff schmilzt.

Bei Kühlmittelverlust soll ein Notkühlsystem verhindern, daß sich die Brennstäbe überhitzen. Die Steuerungen, Pumpen etc. sind mehrfach angelegt; abgesehen vom Versagen aufgrund gemeinsamer Ursachen bestehen schwere Zweifel, ob das eingespritzte Notkühlwasser seinen Zweck erfüllt, das heißt an die überhitzten Stellen gelangt, ohne vorher zu verdampfen.

Dabei kann der Graphit in Brand geraten, wie in Tschernobyl geschehen. Ein Notkühlsystem westlicher Bauart gibt es nicht. Was in der DDR-Literatur so genannt wird, beschränkt sich lediglich auf einige bereitgestellte Reservepumpen.

Explizit wird von sowjetischen und DDR-Technikern dem Westen „unökonomische Bauweise" vorgeworfen, die „immer mehr Stahl und Beton einsetzt, um auch unwahrscheinlichsten Unfällen zu begegnen." — Vielmehr komme es darauf an, schwere Unfälle „durch ingenieurtechnische Maßnahmen zu verhindern".

Bei beiden Reaktortypen sind Unfallabläufe möglich, die jeweils im anderen nicht möglich sind. Hier seien nur die zwei bedeutendsten Unfalltypen genannt, die die schlimmsten Folgen haben können:
1. Graphitbrand und unkontrolliert ansteigende Kettenreaktion mit tagelanger Freisetzung von Radioaktivität.

Ist im Stade-/Biblis-Typ nicht möglich, da kein Graphit vorhanden, wohl aber im Hochtemperatur-Reaktor von Hamm-Ventrop.

Ist im Tschernobyl-Typ sehr wohl möglich, wie die Realität gezeigt hat. Dabei wurde er noch 1983 im westdeutschen Fachblatt gelobt als inhärent sicher, sehr zuverlässig und wartungsfreundlich und zur Früherkennung von Fehlern geeignet.

2. Schlagartiges Bersten des Kessels und sofortige Freisetzung der Radioaktivität.

Ist in allen westlichen Reaktoren vom Druckkesseltyp jederzeit möglich, ohne Vorwarnung und Früherkennung durch Risse oder Lecks.

Speziell für das AKW Stade wurde in bekanntgewordenen Geheimprotokollen der Gesellschaft für Reaktorsicherheit des TÜVs unerwartet rasche Versprödung festgestellt. Daraufhin wird das AKW nur noch im „Schongang" mit verringerter Leistung gefahren. Die Betreiber

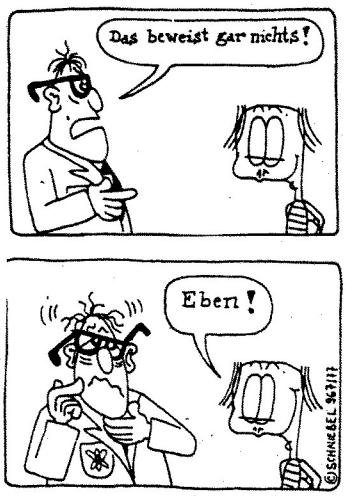
Ist in Tschernobyl mangels Kessel nicht möglich.

Dekontamination an Transportfahrzeugen aus EG-Ländern, die aus Ostblockländern kommen (Foto: dpa)

haben versucht, durch das Landgericht Hamburg mir per einstweiliger Verfügung die Aussage zu verbieten, daß der Kessel jederzeit mit katastrophalen Folgen bersten kann. Dem wurde *nicht* entsprochen; ich erhielt lediglich die Auflage anzumerken, daß der TÜV die Zuversicht geäußert hat, der Betrieb sei „bis weit über das Jahr 2012 gewährleistet". Als Physiker muß ich dazu bemerken, daß dem TÜV die wissenschaftliche Grundlage für eine so weitgehende Aussage fehlt. Auf die Abhängigkeiten von TÜV-Gutachtern, deren Vorgesetzte vielfach den zu begutachtenden Firmen angehören, sei nur am Rande hingewiesen.

Spontanes Bersten eines kleineren Druckbehälters, der in Verbindung mit dem großen stand, ohne vorheriges Leck oder Risse, war übrigens die Ursache des Unfalls im AKW Brunsbüttel, bei dem die automatische Abschaltung des Reaktors in krimineller Weise kurzgeschlossen war, um diesen trotz des Lecks weiterzufahren.

II.



Die Verschweigungstaktik ist in Ost und West durchaus ähnlich:

In Brunsbüttel wurde, während das radioaktive Gas ausströmte, eine Schulklasse durchs Gelände geführt. Der ganze Vorfall wurde nur durch einen anonymen Anruf eines Werksangehörigen bei *dpa* bekannt.

Schon danach wurde von unserer Gruppe das radioaktive Jod 131 in Milch von Weiden südlich der Elbe gemessen.

I.

Die übernationale Verseuchung infolge Tschernobyl ist bekannt. Dabei wurde den Kernforschungszentren Jülich etc. untersagt, die Meßergebnisse über langlebige Isotope neben dem kurzlebigen Jod 131 bekanntzugeben. Sie rückten erst damit raus, als die Bremer Gruppe bekannt gab, daß in unerwartet hohem Maße, nämlich in vergleichbarer Stärke, das langlebige Cäsium 137 und Strontium 90 vorhanden war. Das heißt, daß dieser Super-GAU keine Angelegenheit von wenigen Wochen ist, sondern ein säkulares Ereignis. Ab jetzt werden unsere und die folgenden Generationen in einer Umwelt erhöhter Radioaktivität leben, die wesentlich schlimmer ist als nach den Bombentests der 50er und frühen 60er Jahre.

Die Konsequenzen lassen sich für die BRD ganz grob so abschätzen: Die radioaktive Belastung der kommenden Jahrzehnte ist doppelt bis fünfmal so groß wie die bisherige, die von der natürlichen Strahlung und den Resten der Bombentests herrührt und jährlich 30000 der 150000 Krebstoten in der BRD fordert. Diese Zahl wird sich also von 30000 verdoppeln bis verfünffachen, das heißt, die Zahl der Krebstoten steigt um 10 bis 100 Prozent. Die Folgen in der Sowjetunion selbst sind dagegen unermeßlich.

Die Kosequenz kann nur sein, die AKWs in Ost wie West sofort stillzulegen. Das ist in beiden Ländern ohne Verringerung der Stromproduktion möglich. Denn in beiden Ländern werden AKWs *nicht* aus Energiemangel betrieben. In beiden Ländern ist der Atomstrom unter Berücksichtigung aller Kosten teurer als der aus fossilen Energiequellen. Die Ursache für den Betrieb von Atomanlagen ist jedoch unterschiedlich:

Die BRD ist in erster Linie am Export von atomtechnischen Anlagen interessiert. Die Produktionskapazität der Kraftwerks-Union ist zu 80 Prozent auf den Export orientiert. Die AKWs (und die geplante WAA) sind in erster Linie Schaufensterstücke für den Export.

Die SU ist in erster Linie daran interessiert, ihre reichen fossilen Energieträger, vor allem Erdöl und Erdgas, auf dem Weltmarkt devisenbringend abzusetzen. Um diese nicht in den eigenen Bedarf zu verschwenden, verwendet sie die Atomenergie für den „Hausgebrauch".

Der Zusammenhang ziviler und militärischer Atomenergienutzung ist in beiden Ländern vorhanden, aber entsprechend technischen und politischen Gegebenheiten verschieden. Das Hauptproblem der „zivilitärischen" Atomenergie ist die Tatsache, daß der Atomkernsprengstoff Plutonium mit dem Atomgewicht 239 zwar als Nebenprodukt in jedem Reaktor erzeugt wird, aber bei zu langer Verweilzeit sich teilweise in schwere Plutoniumisotope umwandelt, die die Effektivität als Sprengstoff verschlechtern (ohne sie jedoch ganz zu beseitigen). Die Militärs sind deshalb vor allem an Plutonium interessiert, das nicht zu lange im Reaktor war.

Bei den AKWs mit Druckkessel können die Brennstäbe nur einmal im Jahr bei Gelegenheit der Revision entnommen werden, wenn unter großem Aufwand der Deckel des Kessels geöffnet wird. Das dann vorhandene „Reaktorplutonium" soll mithilfe einer neuartigen Technik, Laserisotopentrennung, von den störenden Isotopen befreit werden. Diese soll in den neunziger Jahren in industriellem Maßstab funktionieren, gerade wenn in der WAA Wackersdorf das Gesamtplutonium chemisch rein hergestellt werden soll und wenn auch der Atomwaffensperrvertrag ausläuft. Die USA planen auch, auf diese Weise ihren zivilen Atommüll längerfristig militärisch zu nutzen. Bisher produzieren sie ihr Bombenplutonium in speziellen Reaktoren, die nicht der Stromerzeugung dienen und deshalb öfter geöffnet werden können.

Der Reaktor vom Tschernobyl-Typ war ursprünglich zur Produktion von Militär-Plutonium konzipiert und die Stromerzeugung als ein Mittel vorgesehen, den Plutonium-Preis zu senken. Die Brennstäbe sind leicht zugänglich und können während des Betriebs jeweils entnommen werden, wenn das Plutonium noch nicht durch zu langen Aufenthalt „verdorben" ist.

Dieser Reaktortyp wird, wohl wegen seiner militärischen Bedeutung, auch nicht in die Comecon-Länder exportiert. Dort sind sowjetische Reaktoren vom Druckkesseltyp, die ihrerseits noch gegenüber den westlichen schwere Mängel aufweisen (zum Beispiel keine Notkühlwasser-Einspeisung).

„Da dieser Baulinie ... kein vergleichbarer Typ in anderen Ländern gegenübergestellt werden kann und (sie) auch bei uns weniger bekannt ist, sollen hier kurz die Hauptmerkmale (Vorteile) aufgezählt werden:

— der Reaktor ist nicht von einem tonnenschweren Hochdruckbehälter umschlossen,

— die Verläßlichkeit des ganzen Systems ist sehr hoch dank der Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten der einzelnen horizontal liegenden Kanäle aus Zirkon."

„Die Reaktoren (WWER und RBMK) der 1000-MW(Megawatt, d. Red.)-Größe sind bereits standardisiert und werden im Fließbandverfahren hauptsächlich im Werk ‚Atommasch' gefertigt. Zur Betriebssicherheit sind die Kraftwerke mit drei parallel arbeitenden Sicherheitssystemen ausgerüstet. Die Kraftwerke sind gegen Naturkatastrophen (Orkane, Überschwemmungen, Erdbeben etc.) und gegen Flugzeugabsturz und Druckwellen von außen ausgelegt. Die Sicherheit wird noch durch die in Rußland mögliche Standortauswahl, KKW (Kernkraftwerke, d. Red.) in gewisser Entfernung von größeren Ortschaften zu erstellen, erhöht."

Aufgespießt

FR, 12.5.86

Bewertungen des sowjetischen Tschernobyl-Reaktortyps RBMK aus dem Artikel „Kernenergie in der Sowjetunion" veröffentlicht in der Düsseldorfer Zeitschrift „atomtechnik — atomwirtschaft", Heft 12/1983

Stade —

Für die Atommafia ist Stade eine der sicheren und bekanntlicherweise unverzichtbaren Säulen unserer Energieversorgung. Nach Meinung unabhängiger Wissenschaftlerinnen ist er vor allem eins: ein überaus risikoträchtiger Schrotthaufen. Späte Popularität genießt zur Zeit der bisher kaum in die Schlagzeilen geratene AKW–Veteran. Schon seit Jahren ist die Versprödung des Druckkessels, die die geplante Lebenserwartung des Reaktors drastisch zu verkürzen droht, bekannt. Spätestens durch den weltweit bisher unerprobten Umbau des Notkuhlsystems haben auch die Betreiber inzwischen zugegeben, daß der Reaktor selbst nach ihren zweifelhaften Maßstäben nicht mehr beherrschbar ist, wenn der Notfall eintritt. Nach Tschernobyl hat sich das älteste bundesdeutsche kommerzielle AKW zum vorübergehenden Dauerbrenner der Medien Der Slogan "Tschernobyl ist überall" verspricht nirgends so schnell zur bitteren Wahrheitzu werden, wie in Stade.

Darüber, daß das Ding abgeschaltet werden muß, sind sich, sofortiger Ausstieg Hin oder Her, so ziemlich alle einig. Was aber geschieht, wenn sich die 662 Megawatt des AKWs noch vorher zum Durchbrennen entschließen und der Druckbehälter durch eine Wasserstoffexplosion zum Bersten kommt?

Zieht man den Katastrophenschutzplan des Landkreises Stade zu Rate, sieht alles ganz einfach aus. In wohlgefälligen Worten wird dort das Unmögliche verharmlost und ein vollkommen unrealistisches Hilfsszenario aufgebaut. Dieser Plan wurde erst 1981, fast 10 Jahre nach der Inbetriebnahme des Reaktors, veröffentlicht. Die Kompetenzen des Planes reichen aber nur bis zu einem Radius von 25 km, der Bereich nördlic der Elbe wird gar nicht berücksichtigt.

In den "Rahmenempfehlungen für

Was tun, wenn's brennt?

den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen" von 1974 ist geregelt, daß die Katastrophenschutzpläne aufgrund „der Gefahr der mißbräuchlichen Benutzung" nicht veröffentlicht werden. Der SPD–Innenminister von Hamburg warnte sogar Ende der 70iger Jahre ausdrücklich vor der Veröffentlichtung. Was dort genau drin steht, ist deshalb im Detail nicht bekannt. Ziemlich sicher ist aber, daß es sich hierbei um die Pläne zur weiträumigen Absperrung verstrahlter Gebiete und die exakte Gliederung der Hilfsmannschaften handelt, die der Bevölkerung das Gefühl vermitteln sollen, es gäbe noch etwas zu retten. Und selbst diese Pläne werden nur widerstrebend zur Ansicht freigegeben. Zu offensichtlich ist, was für eine unverschämte Beruhigung und Verdummung diese Pläne darstellen.

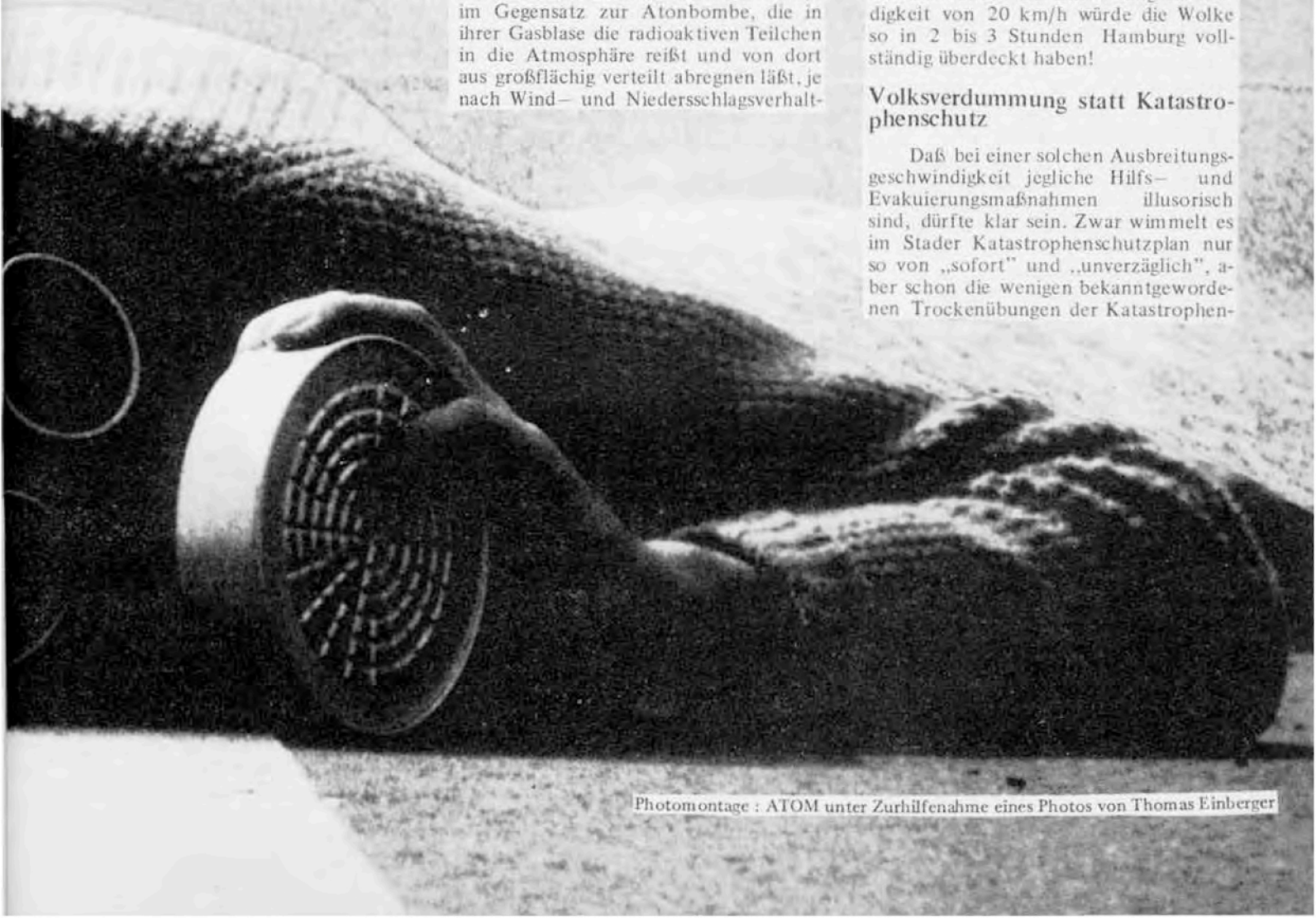
Die übrigen Pläne, die wahrscheinlich auch die ebenso betroffenen weiteren Umgebungen der Atomanlagen umfassen sind unter strengem Verschluß. Auch für Stade gibt es also noch weitere Pläne, schließlich liegt ja auch Hamburg noch in unmittelbarer Nähe des Reaktors. Daß sich die Wolke kaum an die eng gefaßten Grenzen des einzig zu Stade veröffentlichen Planes halten wird, belegt z.B. eine Studie des kaum als atomfeindlich geltenden Instituts für Reaktorsicherheit (IRS) : Nach einem GAU kann bereits "eine Dosisbelastung von 20 rem in den Knochen innerhalb von zwei Stunden im Abstand von 40 km auftreten". Der TÜV sieht möglicherweise schon nach 90 Minuten die ersten Auswirkungen im 25 km Bereich. Gleichfalls Gegenstand dieses TÜV–Gutachtens, das jahrelang geheimgehalten wurde, ist das Verhalten der radioaktiven Wolke. Denn im Gegensatz zur Atonbombe, die in ihrer Gasblase die radioaktiven Teilchen in die Atmosphäre reißt und von dort aus großflächig verteilt abregnen läßt, je nach Wind– und Niedersschlagsverhaltnissen, werden bei einer Explosion des Druckkessels die Teilchen längst nicht so hoch geschleudert.

In zwei Stunden über Hamburg

Je nach Witterungsbedingungen rechnet man mit einer Bodenberührung der Wolke nach 30 bis 50 km. Was dazwischen liegt wird nur mit vergleichsweise „harmloser" Strahlung beglückt. Dort jedoch, wo die Wolke zu Boden sinkt, tritt kurz nach der Katastrophe die stärkste Verseuchung auf, also genau in Hamburg, wenn man die übliche Nord–West Windrichtung zugrunde legt. Noch einmal das IRS: „Ein großer Teil des radioaktiven Inventars würde durch eine Dampfexplosion ungefähr 37 min nach der Schnellabschaltung ins Freie gelangen und sich je nach Windgeschwindigkeit ausbreiten" Bei einer Windgeschwindigkeit von 20 km/h würde die Wolke so in 2 bis 3 Stunden Hamburg vollständig überdeckt haben!

Volksverdummung statt Katastrophenschutz

Daß bei einer solchen Ausbreitungsgeschwindigkeit jegliche Hilfs– und Evakuierungsmaßnahmen illusorisch sind, dürfte klar sein. Zwar wimmelt es im Stader Katastrophenschutzplan nur so von „sofort" und „unverzäglich", aber schon die wenigen bekanntgewordenen Trockenübungen der Katastrophen-



Photomontage : ATOM unter Zurhilfenahme eines Photos von Thomas Einberger

schutzstäbe anderer betroffener Landkreise lassen die angeblichen Hilfsmaßnahmen als reine Volksberuhigungsmaßnahmen erscheinen. Besonders makantes Kennzeichen all dieser Pläne: der sogenannte GAU ist gar keiner! Kurz vor dem Durchschmelzen des Reaktorkerns gelingt es dank unerschrockenen Mannesmutes und sicherer deutscher Wertarbeit immer noch das Schlimmste zu verhüten.

Eine 1978 in Stuttgart auf Landesebene durchgeführte öffentliche Stabsübung hinterließ bei den Beobachtern einen katastrophalen Eindruck. Der hessische CDU–MdB Bartelt zu der mißglückten Demonstration: "Gott schütze den Katastrophenschutz vor einer Katastrophe". Vorausgesetzt also, von Betreiberseite aus wird rechtzeitig gewarnt (Und zwar besser als in Harrisburg, Tschernobyl, Brunsbüttel oder zuletzt Hamm), so wird die Organisation der Hilfsmannschaften mit Sicherheit lange Zeit in Anspruch nehmen. 3 Mio. Menschen des hamburger Großraumes wären verseucht, ehe auch nur an eine Evakuierung zu denken wäre. „An Vollübungen mit der Bevölkerung", so der damalige Bundesinnenmister Baum, „werde nicht gedacht, weil die extrem geringe Wahrscheinlichkeit der Notwendigkeit solcher Maßnahmen die damit verbundene Beunruhigung der Bevölkerung nicht rechtfertigt." Die Verantwortlichen wissen gut genug, daß eine allgemeine Kenntnis der Schutzvorkehrungen so ziemlcih jede Betroffene zur AKW–Gegnerin machen würde.

Am Beispiel Stade

Allein die Auslösung des Alarms würde ziemlich chaotisch verlaufen: In Beverungen wurde 1979 aus Versehen Fliegeralarm mit den Sirenen ausgelöst. In geschlossene Räumlichkeiten begab sich deshalb niemand und nur der Bürgermeister erkundigte sich nach dem Anlaß. Die geplante Benachrichtigung der Bevölkerung durch Radio und Fernsehen dürfte hingegen, so eine oft geäusserte Annahme, schon zu Anfang für einen Zusammenbruch sämtlicher Kommunikationswege sorgen. Nur im Extremfall , und dann selbstverständlich schon bei Gefahr einer Verseuchung, sollen bestenfalls die Einwohner des 10 km Radius evakuiert werden, über 100.000 Menschen! Alle sollen beim Verlassen der verstrahlten Zone dekontaminiert werden. Niemand weiß, woher die dazu benötigten Fachleute kommen sollen. Auch mit den Gerätschaften sieht es schlecht aus. Die in einigen Teilen des Planes aufgeführten nötigen Geräte sind bei Aufstellungen in anderen Kapiteln nicht in annährend mit der geforderten Anzahl vorhanden. Stillschweigend wird vorausgesetzt, daß sich die aufgeführten Hilfskräfte problemlos mobilisieren lassen. Polizei, BGS, Feuerwehr und andere Helfer lassen sich anschließend nach Plan freiwillig und pflichtbewußt verstrahlen, um sich danach ebenfalls ihrerseits von der Bundeswehr dekontaminieren zu lassen.

Die Wirklichkeit dürfte anders aussehen, eine geregelte, geschweige denn rechtzeitige Evakuierung wird unmöglich sein. In entsprechenden Szenarien ist vielmehr die Rede von unkontrollierten Massenfluchten in alle Himmelsrichtungen mit ebenfalls einsetztenden Fluchtbewegungen der angrenzenden Gebiete. Das Aufrechterhalten der öffentlichten Ordnung dürfte entsprechend erfolglos sein, die dazu benötigten Helfer unter Umständen zuallererst ihre eigene Haut retten. Eine andere Variante hält der Plan für den „unwahrscheinlichsten" Fall bereit, daß die Bevölkerung unbemerkt erst verstrahlt und dann alamiert wird: Nach entsprechenden Hinweisen über Radio und Fernsehen wartet die Bevölkerung geduldig in ihren Häusern darauf, einzeln evakuiert und entseucht zu werden. Die Dramaturgie eines Hollywood–Katastrophenfilmes dürfte der zu erwartenden Massenflucht näher kommen. Wo diese Menschen entseucht werden sollen, steht in den Sternen, eine für solche Ansprüche, sowohl was die Ausmaße der Strahlenschäden als auch der Menschenmengen betrifft, vorbereitete medizinische Infrastruktur besteht nicht. Die verstrahlten Menschen würden zur Beruhigung geduscht (viel mehr ist dekontaminieren nicht) und dem Siechtum überlassen, je nach Gefahr für die Umwelt inner– oder außerhalb der Unglücksszene ... Dies ist natürlich nur ein minimaler Auszug der sogenannten Schutzmaßnahmen; eine ausführlich Auseinandersetzung würde den gesamten Umfang der Zeitung füllen.

Am Beispiel Hamburg

In Hamburg ist unterdessen die Welt noch in Ordnung ... für den GAU in Stade ist man natürlich nicht zuständig. So einfach ist das angeblich. Daß in den Schubladen der Innenbehörde trotzdem entsprechende Pläne schlummern, ist dabei ein offenens Geheimnis. Doch hierzu später.

Viel deutlicher als im Kreis Stade zeigen sich in der Großstadt die schon längst erreichten Grenzen der Hilfsmaßnahmen. Holger Strohm setzte die kurzfristige Evakuierung Hamburgs treffend in Vergleich zum Verkehrschaos nach einem Fußballspiel mit 50. 000 Besuchern. Die kurzfristige Evakuierung ist auch in optimistischen Angaben illusorisch. Für die gut 3Mio. Menschen im bestrahlten Großraum Hambrug würden rund 100.000 Busse benötigt. Alle fahrbereit und sofort besetzt, dazu keine Verkehrsstaus auf den wenigen verbliebenen Ausfallstrassen und allgemein diziplinliertes Verhalten. Man quäle sich nur einmal zur Rush–Hour mit dem Auto durch die Innenstadt ... Und am Rande der Strahlenzone würden alle ordentlich und in Ruhe entseucht. Auch hier wäre ein apokalyptisches Horrorgemälde als Katastrophenschutzplan angebrachter. Gelänge es hingegen den Behörden die Bevölkerung zum Abwarten zu überreden,würde sich die Stadt in Kürze in ein gewaltiges Siechenhaus verwandeln.

Allein über hundertausend Ärzte und Pflegepersonal wären nötig um innerhalb der ersten 24 Stunden Hilfe leisten zu können. Zum Vergleich: 1980 gab es in der ganzen BRD nur 500 ausgebildete Strahlenmedizinerinnen. Für eine Notfallhilfe für 3 Mio Menschen rechnet man mit mindestens 10. 000 Ärtze mitsamt dem 5 bis 6fachen allein an Pflegepersonal. Und das langt auch nur, wenn jede in den ersten 24 Stunden 300 Patientinnen behandelt und aussortiert, oder besser dem sicheren Tod überläßt! Sich über die praktischen Undurchführbarkeit und die Unmenschlichkeit dieser nicht einmal diesen minimalen Standart erreichenden Pläne weiter auszulassen ist dabei wohl überflüssig.

Notstandsgesetzte statt Hilfe

Wie in einem solchen Fall verfahren wird, taucht im Anhang des Stader Katastrophenschutzplanes auf: laut Artikel 35 und 91 des Grundgesetzes kann ein Land im Falle regionaler Gefährung die Hilfe der Bundeswehr anfordern. Sind mehrere Länder übergreifend bedroht, kann auch die Bundesregierung die Bundeswehr einsetzen. In diesem erklärten Falll würden automatisch die Grundrechte außer Kraft gesetzt, die Polizeibehörden bekömen umfassendeste Vollmachten, um die Bevölkerung im Zaume zu halten.

Mit Panzern und Schußwaffen würde die Bundeswehr Hamburg, Stade und alle anderen verstrahlten Gebiete abriegeln, nach Informationen Holger Strohms bis hinter den Nord–Ostseekanal und die Weser. Ausbruchsversuche des Volkes würden dort mit Waffengewalt verhindert um eine Verseuchung der Übrigen zu verhindern. An den dafür ausgerüsteten Durchgangsstellen werden Fliehende untersucht und leichte Fälle dekontaminiert, schwerverseuchte zurückgeschickt. Für die Masse wäre jede Hilfe zu spät, da sie aufgrund der minimalen Hilfsmöglichkeiten im verstrahlten Gebiet warten müsste. Tschernobyl hat gezeigt, wie stark die Auswirkungen eines Reaktorunglücks auf ganz Europa sind. Würde der Stader Druckkessel bersten, wären die Folgen um ein Vielfaches schlimmer, Hamburg, Schleswig–Holstein und das nördliche Niedersachsen würden zum Sperrgebiet, die angrenzenden Flächen wären auf jahrhunderte unbenutz– und unbewohnbar. Ganz Europa würde in unterschiedlicher Intensität verseucht.

Die radioaktive Wolke

Nach einem Bericht der Weltgesundheitsorganisation endeten die radioaktiven Emissionen in die Atmosphäre in Tschernobyl am 5. Mai 1986. Die Ausbreitung der radioaktiven Wolke kann insgesamt in 5 Phasen gegliedert werden:

1. Phase: Emission: 26. April. Betroffene Gebiete: Skandinavien, Finnland, Baltikum. Ankunft der Wolke dort: 27. - 30. April.

2. Phase: Emission: 27. April. Betroffene Gebiete: Östliches Mitteleuropa, Süddeutschland, Italien, Jugoslawien. Ankunft: 28. April - 2. Mai.

3. Phase: Emission: 28. - 29. April. Betroffene Gebiete: Ukraine und weiter östlich. Ankunft: 28. April - 2. Mai.

4. Phase: Emission: 29. - 30. April. Betroffene Gebiete: Balkan, Rumänien, Bulgarien. Ankunft: 1. - 4. Mai.

5. Phase: Emission: 1. - 4. Mai. Betroffene Gebiete: Schwarzes Meer, Türkei. Ankunft: 2. Mai und später.

Durch späteres Verteilen der radioaktiven Wolken durch wechselnde Winde wurden auch hier nicht genannte Gebiete betroffen. Es blieb praktisch kein Gebiet in Europa verschont, wahrscheinlich mit Ausnahme von: Bretagne, Portugal, westliches Spanien, Irland.

Durch den Brand wurde das radioaktive Material in große Höhen getrieben; in den ersten Tagen dürfte die Wolke eine Höhe von 1 500 Meter, bei späteren Freisetzungen eine solche von 750 Metern erreicht haben.

Der Kern des Katastrophen-Reaktors von Tschernobyl ist vermutlich zum größten Teil zerstört, so daß bestimmte Nuklide wie Edelgase zu fast 100 Prozent freigesetzt wurden. Wir nehmen an, daß dies auch für das Jod gilt. Aus Erfahrungen mit der Hochtemperaturbelastung anderer Nuklide weiß man, daß der Freisetzungsbruchteil von Cäsium zwischen 10 und 50 Prozent und jener von Strontium zwischen 2 und 10 Prozent gelegen haben müßte. Das radioaktive Inventar des Reaktors läßt sich bisher nur äußerst grob abschätzen. Aus den Inventarrechnungen für Magnox-Brennstoff lassen sich allererste grobe Inventare abschätzen (Abbrand etwa 8 000 - 10 000 MWd/t; etwa 190 t Brennstoff). Demnach würden in je 1 t Brennelemente nach Beendigung der Kettenreaktion etwa 140 000 Ci Jod-131 (Halbwertzeit HWZ 8 Tage), 70 000 Ci Cäsium-137 (30,2 Jahre), 40 000 Ci Cäsium-134 (2,1 Jahre), 30 000 Ci Strontium-90 (28,5 Jahre), 170 000 Ci Strontium-89 (50,5 Tage) (jeweils +/— 20%) vorhanden sein.

Die Ausbreitung der radioaktiven Stoffe ergibt eine starke Verdünnung. Zudem setzen sich diese Stoffe unterschiedlich schnell ab (Fall-out), wobei elementares Jod eine höhere Sinkgeschwindigkeit aufweist als Feinstaerosole, zu denen auch ein großer Teil des Cäsiums und Strontiums gehören. Wesentlicher für das Auftreten hoher Nuklid-Konzentrationen am Boden ist jedoch der Regen (Wash-out). Auf diese Weise kamen z.B. die extremen Bodenwerte in Teilen von Baden-Württemberg zustande: Es regnete am 1. Mai — gerade zu dem Zeitpunkt, als die Luftwerte ihr Maximum erreicht hatten.

Erläuterung von Fachausdrücken

Radioaktivität — Eigenschaft bestimmter Stoffe, spontan zu zerfallen bzw. sich umzuwandeln und dabei energiereiche Strahlung abzugeben.

Becquerel (Bq) Curie (Ci) — Maßeinheiten für die Radioaktivität verschiedener Stoffe. 1 Bq ist ein Zerfall pro Sekunde. Ein Luftmeßwert von 200 Bq pro Kubikmeter bedeutet, daß in einem Kubikmeter Luft in einer Sekunde 200 Strahlenimpulse gemessen wurden. Ci ist eine früher verwendete Maßeinheit:
1 Ci = $3{,}7 \times 10^{10}$ Zerfälle/sec. (Bq)

Halbwertszeit (HWZ) — Die Halbwertszeit gibt an, wann die Hälfte der Radioaktivität eines Stoffes abgeklungen ist. Bei Jod 131 sind das 8 Tage. Richtwert: Nach 10 Halbwertszeiten (bei Jod-131 also 80 Tage) ist noch ein Tausendstel der Ausgangsmenge vorhanden.
Neben dieser physikalischen Halbwertszeit gibt es die biologische, die angibt, wie rasch die Strahlen aus dem Körper ausgeschieden werden. Für die Wirkung im Körper ist die effektive Halbwertszeit wesentlich (= Quotient Summe von phys. und biol. HWZ : Produkt von phys. und biol. HWZ)
Abkürzungen: Tage = d; Jahre = a

rad — "radiation absorbed dose", Maßeinheit für die Energie, die pro Masseeinheit durch Strahlung an das Gewebe abgegeben wird. (1 rad = 1 Joule/100 kg = 1 WS/100 kg)

rem Millirem (mrem) — "radiation equivalent man". Da verschiedene Strahlungsarten bei gleicher absorbierter Dosis verschieden schwere Schäden im menschlichen Körper auslösen, hat man einen Bewertungsfaktor (RBW = Relative Biologische Wirksamkeit) eingeführt. Man multipliziert die absorbierte Dosis (gemessen in rad) mit dem RBW-Faktor und erhält die "Äquivalentdosis" in der Einheit rem. (RBW-Faktor: 1 für γ- und β-Strahlung, 10 bei Neutronenstrahlung, 20 bei α-Strahlung)

Alpha- (α-) Strahlen — Positiv geladenes Teilchen (Heliumkern), das beim Nuklid-Zerfall ausgesandt wird. Es hat eine sehr geringe Reichweite und ist leicht abzuschirmen (z.B. Papier). Durch den Körper aufgenommen, haben Alpha-Strahler jedoch eine hohe Gefährlichkeit, da die ausgesandte Stahlungsenergie auf das umliegende Gewebe übertragen wird.

Beta- (β-) Strahlen — Werden beim Zerfall bestimmter Nuklide freigesetzt. Sie bestehen aus Elektronen oder Positronen. Ihre Reichweite im Gewebe beträgt nur einige Millimeter.

Gamma- (γ-) Strahlen — Elektromagnetische Wellenstrahlung, die bei der Umwandlung von Nukliden ausgesandt wird. Sie kann den Körper durchdringen (im Unterschied zur α- und β- Strahlung) und ähnelt der Röntgenstrahlung.

Nuklide — Natürliche oder künstliche radioaktive Stoffe, die Strahlungen aussenden. Im Zusammenhang mit dem Fall-out nach der Katastrophe von Tschernobyl war vor allem die Rede von:

Jod (J) — Jodisotope zerfallen unter Aussendung von β-und γ-Strahlung in stabile Xenon-Isotope. Sie liegen entweder in flüchtiger Form als elementares Jod oder in organischen oder anorganischen Verbindungen vor. Als Jod oder Jodid wird es schnell und vollständig aus der Atemluft durch die Lungen aus der Nahrung durch den Darm resorbiert. Aus einer lockeren Bindung an Bluteiweiß wird Jodid in der Schilddrüse konzentriert. Die Isotope des Jod treten auch im Normalbetrieb im Abwasser und in der Abluft von Atomkraftwerken auf. Relevant ist dabei vor allem Jod-131 mit einer Halbwertszeit von 8 Tagen.

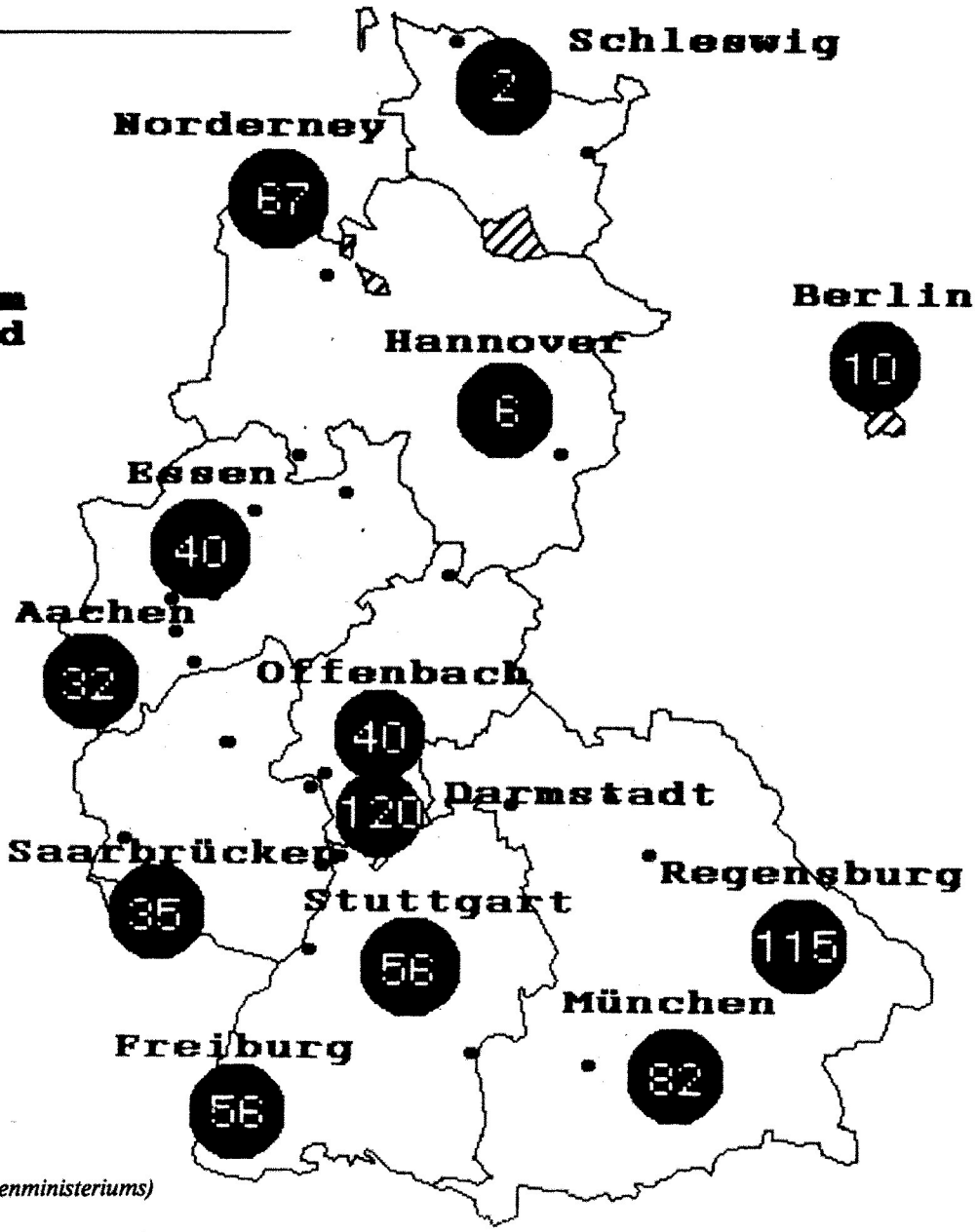
Strontium (Sr) — Die radioaktiven Isotope Strontium-89 und Strontium-90 können auch im Normalbetrieb im Abwasser von Atomkraftwerken auftreten. Sr-89 zerfällt mit einer HWZ von 50,5 Tagen unter Aussendung eines β-Teilchens, Sr-90 mit einer HWZ von 28,5 Jahren ebenfalls unter Aussendung eines β-Teilchens. Strontium-90 ist seit den Atomwaffenversuchen auf der ganzen Welt verbreitet und findet sich noch immer in beträchtlichen Konzentrationen in verschiedenen Nahrungsmitteln. Die Aufnahme von Strontium vollzieht sich über die Nahrungskette. Es wird aus der Nahrung im Darm resorbiert und fast vollständig im Knochen abgelagert.

Caesium (Cs) — Die Nuklide Cs-134 (HWZ 2 Jahre) und Cs-137 (HWZ 30 Jahre) kommen in der Abluft und im Abwasser von Atomkraftwerken vor. Beide Radionuklide zerfallen unter Aussendung von α-und β-Strahlen. Caesium lagert sich direkt und über die Wurzeln in grünen Pflanzenteilen ab und kann sich z.B. in Kuhmilch anreichern, aber auch in Fischen oder Pilzen. Caesium konzentriert sich im Körper in den Muskeln, den Nieren und den Keimdrüsen; es wird mit einer biologischen Halbwertszeit von 2-4 Monaten ausgeschieden.

Plutonium — Plutonium-239, das in Spuren in den Ableitungen von Atomkraftwerken nachgewiesen wird, zerfällt mit einer Halbwertszeit von über 24 000 Jahren unter Aussendung von α-und γ-Strahlen in Uran. Wenn Plutonium als Aerosole inhaliert wird, ist es das Isotop mit der größten Radiotoxizität. Es konzentriert sich im Körper vor allem in der Leber und in Knochen.

Inhalations-dosis in mrem für Kleinkind 30.4. - 4.5.

IFEU-Graphik 1986



11.5.1986
(Ausgewählte Meßwerte des Bundesinnenministeriums)
Angaben in Bq!

	Cäsium-137	*Jod-131*	*Einheit*
Regen			
Westen	20 - 400	50 - 1500	Bq/l
Norden	500	270 - 7000	Bq/l
Milch			
Süden	250	500 - 800	Bq/l
Westen	170	20 - 400	Bq/l
Norden	20	200	Bq/l
Boden			
Süden	10000	25000	Bq/m²
Westen	100 - 1000	1000 - 12000	Bq/m²
Norden		bis 5000	Bq/m²
Gras			
Süden	3000	20000	Bq/m²
Westen	800 - 2000	2000 - 10000	Bq/m²
Norden	40 - 600	200 - 3000	Bq/m²
Spinat			
Süden	1000 - 3000	3000 - 10000	Bq/kg
Westen	400	300 - 2000	Bq/kg
Norden		bis 2000	Bq/kg
Muttermilch			
Berlin		15 - 20	Bq/l
Fleisch (∅ aus Rind, Kalb, Schaf)			
Süden	59	147	Bq/kg

Einige Meßwerte:

1983
(Auswertung des Berichts des Bundesinnenministeriums über Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung)
Achtung: alle Angaben in 1/1000 Bq = mBq

	Cäsium-137	*Strontium-90*	*Einheit*
Luft	0,0016 - 0,0037		mBq/m³
durch Regen dem Boden zugeführt	1000 - 5600	< 850	mBq/m²
Boden (trocken)	2000 - 46000	900 - 6000	mBq/kg
Milch	20 - 900	20 - 250	mBq/l
einzelne Mittelwerte:			
Rindfleisch	66 - 540		mBq/kg
Schweinefleisch	170 - 370		mBq/kg
Kopfsalat	93	320	mBq/kg
Spinat	86	390	mBq/kg
Karotten	110	340	mBq/kg
Maronen	170000		mBq/kg
Weizen	100	310	mBq/kg
Kartoffeln	100	150	mBq/kg
Mittlere Zufuhr mit der gesamten Nahrung pro Person und Tag 1983:	230	300	mBq

Gibt es relative Schutzmaßnahmen gegen die Radioaktivität?

Was kann der einzelne und die Bevölkerung insgesamt tun?

Die Frage nach Möglichkeiten, sich der radioaktiven Belastung zu entziehen, ist eine der meistdiskutierten Fragen der letzten Wochen. Empfehlungen und Tips, man solle keine Milch und Milchprodukte, kein Blattgemüse bzw. nur gründlich gewaschenes Frischgemüse usw. essen, sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein Großteil der radioaktiven Belastung von uns aufgenommen werden muß – es keine Möglichkeiten des Schutzes davor gibt. Ein Beispiel soll das verdeutlichen. Cäsium oder Strontium haben eine Halbwertszeit von ca. 30 Jahren. Wir können meines Erachtens nicht 30 Jahre auf alle Nahrungsmittel verzichten, die damit kontaminiert sind. Radioaktive Belastung wird zum Lebensalltag werden.

Grundsätzlich gibt es drei Belastungspfade, durch die der Mensch radioaktive Stoffe aufnimmt.

a) Inhalation (Atmung): Einatmen der Stoffe aus der radioaktiven Wolke und das Einatmen von Teilchen, die bereits auf dem Boden abgelagert waren und dann wieder aufgewirbelt werden (Resuspension).

b) y-Bodenstrahlung (Ganzkörperstrahlung durch auf dem Boden abgelagerte Nuklide)

c) Ingestion (Aufnahme durch die Nahrung): Hier gibt es zum einen die durch Fall-out/Wash-out verursachte Kontanimation der Pflanzenoberfläche, längerfristig jedoch Radionuklide (Cäsium, Strontium usw.), die von den Pflanzen eingebaut werden.

Nahrung:

Ein wichtiger Belastungspfad für radioaktive Strahlung stellt die Ingestion dar. Radioaktiv verseuchte Nahrung wird aufgenommen und bestimmte Radionuklide reichern sich in bestimmten Organen an. Am bekanntesten ist wohl das Jod 131 in der Schilddrüse. Was kann der einzelne dagegen tun? Er könnte in den nächsten Wochen auf Milch, Frischmilchprodukte, Gemüse etc. verzichten. Diese für das Jod 131 noch praktikable Maßnahme (Halbwertszeit 8 Tage) nützt für den Schutz vor langlebigen Nukliden überhaupt nichts. Es ist m. E. nicht vorstellbar, über Jahrzehnte hinweg diese Produkte vom Speiseplan zu streichen. Wir müssen uns damit abfinden, daß wir der radioaktiven Belastung durch Ingestion ausgeliefert sind und uns nur relativ dagegen schützen können.

Boden:

Ein weiterer Belastungspfad ist die Verseuchung des Bodens. In Bayern wurden 7000 - 11.000 Bq/qm an Cäsium 137 gemessen. Gegen eine solche Kontamination gibt es keinen Schutz. Die Gefahr besteht zum einen in der y-Bodenstrahlung und andererseits darin, daß diese Stoffe wieder von den Pflanzen und damit auch den Tieren (unserer Nahrung) aufgenommen werden. Das Abtragen der oberen Bodenschicht stellt genauso wie der Anbau von Pflanzen, die viel Cäsium bzw. Strontium aufnehmen, keine Lösung des Problems dar.

Die Bayerische Landesregierung will mit sog. Umpflügeanleitungen der Radioaktivität zu Leibe rücken. Ziel der Maßnahme ist die **Verteilung – nicht die Verminderung** der radioaktiven Stoffe im Boden. Besser wäre jedoch das Abernten und Verwerfen der kontaminierten Pflanzen, um den Boden nicht zusätzlich mit Radioaktivität zu belasten.

Von entscheidender Bedeutung für die Verseuchung von Lebensmitteln sind die Transferfaktoren (d. h. wieviel Radionuklide eine Pflanze aufnimmt). Über solche Transferfaktoren besteht heute ein nur sehr geringes Wissen. Eine wichtige Forderung in diesem Zusammenhang besteht darin, die Forschungsanstrengungen in diesem Bereich zu verstärken.

Trinkwasser:

„Aus den Messungen von Trinkwasserproben läßt sich ablesen, daß die Belastung mit radioaktiven Stoffen steigende Tendenz aufweist. Besonders das Wasser von der Oberfläche und von kleineren Flüssen dürfte problematisch sein." (aus „Arbeitsgemeinschaft Ökologische Forschungsinstitute informiert", Nr. 1)

Insgesamt kann man feststellen, daß die radioaktive Belastung in der BRD sich langsam gleichmäßig verteilen wird.

Es ist nach meiner Meinung im Zusammenhang mit Radioaktivität verfälschend, von Grenzwerten zu sprechen. Jede radioaktive Strahlung ist gesundheitsschädigend. Die Aussage der Bundesregierung und der Atomlobby, es sei mit keinen akuten Schädigungen zu rechnen, ist natürlich richtig. Im Unterschied zur akuten Gefährdung geht es in unserem Zusammenhang um Langzeitfolgen wie Krebs bzw. Erbschäden. Für solche Langzeitschädigungen von radioaktiver Strahlung gibt es keinen Schwellenwert, bis zu dem eine Strahlung ungefährlich wäre. Wenn eine Million

Menschen mit 1000 mrem (= 1 rem) Jod 131 an der Schilddrüse belastet werden, so werden in den nächsten 30 Jahren 50 - 440 zusätzliche Fälle von Schilddrüsenkrebs auftreten.

Zu einer weiteren Verharmlosung der Gefährdung kommt es, indem die zulässigen Belastungen eines Menschen immer am „Durchschnittsmenschen" orientiert sind. Dieser „Durchschnittsmensch" existiert jedoch in Wirklichkeit nicht. Unsere Gesellschaft setzt sich aus vielen verschiedenen Menschen zusammen; eine Belastung, die für einen Erwachsenen eine bestimmte Gefährlichkeit hat, kann für ein Kleinkind um ein Vielfaches gefährlicher sein. Wenn überhaupt bestimmte Dosisgrenzwerte festgelegt werden, dann müssen sie sich am schwächsten Glied der Gesellschaft ausrichten.

Im folgenden soll die Belastung von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen aufgezeigt werden.

Zur Berechnung der radioaktiven Belastung braucht man die Aktivitätskonzentration des betreffenden Nahrungsmittels (Bq/l oder kg) und die speziellen Dosisfaktoren für Erwachsene und Kinder. (Diese Dosisfaktoren sind in der wissenschaftlichen Literatur sehr umstritten.) Die hier verwendeten Dosisfakten stammen aus der Strahlenschutzverordnung (SSVO).

Jod 131 Schilddrüse

	bq/kg	Dosis-faktor	Radioakt. Belastung mrem
Erwachsener	10	0,051	0,5
Erwachsener	500	0,051	25,5
Kleinkind	10	0,42	4,2
Kleinkind	500	0,42	210

Die Dosisgrenzwerte der Strahlenschutzverordnung liegen im Normalbetrieb bei 90 mrem pro Jahr. Ein Kleinkind würde beim Trinken von einem Liter Milch, die mit 500 bq/l belastet ist, das 2,3fache des zulässigen Jahreswertes zu sich nehmen. Radioaktive Belastung addiert sich auf, d. h. trinkt ein Kind fünf Tage lang einen Liter Milch mit 500 bq/l, so bekommt es eine Gesamtdosis von 1050 mrem (1,05 rem) ab.

Cäsium 137 Leber

	bq/kg	Dosis-faktor	Radioakt. Belastung mrem
Erwachsener	10	0,002	0,02
Erwachsener	500	0,002	1
Kleinkind	10	0,017	0,17
Kleinkind	500	0,017	8,5

Der Dosisgrenzwert für Cäsium liegt bei 90 mrem, d. h. 3000 Bq/1600 Bq Aufnahme von Cäsium reichen aus, um die zulässige Jahresdosis zu überschreiten.

Strontium 90 Knochen

	bq/kg	Dosis-faktor	Radioakt. Belastung mrem
Erwachsener	10	0,275	2,75
Erwachsener	500	0,275	137,5
Kleinkind	10	0,676	6,76
Kleinkind	500	0,676	338

Dosisgrenzwert pro Jahr 180 mrem(!).

Die momentane radioaktive Belastung ist also nicht, wie es uns die Atomlobby vormachen will, ungefährlich. Die von der Strahlenschutzkommission herausgegebenen Werte (500 Bq/l Milch, Aufheben der Grenzwerte für die Cäsiumbelastung in Milch und Gemüse) sind weniger am Schutz der Bevölkerung als an wirtschaftlichen Interessen und der Verharmlosung der Gefahr orientiert.

Alle Bauern sind von Tschernobyl betroffen. Was empfindet jedoch einer, der vor Jahren der Chemie abgeschworen hat und nun dem radioaktiven Fall-out ausgesetzt ist. Bio-Bauern haben es zusätzlich mit dem kritischsten Teil der Verbraucher zu tun. Wie schwierig die Lage der Bio-Bauern ist, zeigen folgende Aussagen.

Bioland (ökologische Anbauorganisation):

„Die Liquiditätslage ist bei vielen stark angespannt. Besonders hart betroffen ist, wer auch auf dem Wochenmarkt und direkt an den Verbraucher verkauft."

Ein Bioland-Gärtner:

„Die ersten beiden Sätze Salat – je 6000 Kopf – sind Müll. Ein langer Winter, jetzt Tschernobyl, dann Sommerferien. Das stehen wir noch vier Wochen durch..."

Die enormen Umsatzeinbußen führen vor allem bei kleinen Bauern (und das sind fast alle Bio-Bauern) zu finanzieller Not. Staatliche Hilfe ist notwendig, sie muß auch Einzelfälle berücksichtigen. Biologisch angebaute Produkte erzielen normalerweise bessere Preise und der Bio-Bauer ist darauf auch angewiesen.

Empfehlungen zur Ernährung

– Neben der Radioaktivität der Nahrung sind auch andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen (Insektizide, Pestizide, Schwermetalle, Nitrat etc.). Auch andere Schadstoffe sind gesundheitsschädigend oder verstärken die Wirkung von radioaktiver Strahlung (Synergismen). Beispielsweise ist bekannt, daß Coffein die Wirkung von Strahlung verstärkt. Die meisten chemischen Substanzen sind in diesem Zusammenhang noch nie untersucht worden. Ein Rückgriff auf biologische Vollwertkost ist also weiterhin sinnvoll.

– Die Belastung durch Fall-out / Wash-out ist bei nachwachsendem Gemüse abnehmend, vorausgesetzt, es kommen keine neuen Emissionen (z. B. aus Müllverbrennungsanlagen) hinzu.

– Die Aufnahme von Radionukliden aus dem Boden in die Pflanze bleibt bestehen. Sie wird noch nicht in diesem Jahr zur maximalen Verseuchung führen. Wichtig ist hierbei herauszufinden, in welchen Pflanzen sich Radionuklide verstärkt ansammeln. Das Problem besteht darin, daß neben der Pflanze noch viele andere Parameter die Höhe des Transferfaktors beeinflussen (Bodenart, ph-Wert, Kalium- und Calciumgehalt, Mikroorganismen, Anbaumethoden u. v. a. m.).

– Haltbare Produkte (Milchpulver, H-Milch, tiefgefrorenes Gemüse) haben zum Teil schön höhere CS-Werte (z. T. auch Jod-Werte) als frische Nahrungsmittel. Eine Vorratshaltung solcher Produkte ohne

FOTO: DIETMAR GUST

Kenntnis des Herstellungsdatums, ist sinnlos. (Öko-Institut Darmstadt)

– Besonders hohe Konzentrationen lassen sich im Wald und bei dort lebenden Tieren und Pflanzen feststellen. Es ist zu empfehlen, Wild, Waldbeeren und Pilze in Zukunft nicht zu essen.

Sehr hohe Strahlenbelastung: Blattgemüse, Frischkäse, Innereien von Rindern, Schafen, Ziegen, Rind-, Wild-, Kalb-, Schaf- und Ziegenfleisch, Milch.

Hohe Strahlenbelastung: Beerenfrüchte, Frischgemüse, frische Kräuter.

Mittlere Strahlenbelastung: Neue Kartoffeln, Quark, Joghurt.

Geringe bis keine Strahlenbelastung: Brot, Schweinefleisch, Tiefkühlgemüse (Herstelldatum), Eier aus Batteriehaltung, Frischgemüse aus Spanien, Südamerika, Afrika, Südfrüchte, Schokolade, Kekse, Kartoffeln aus Marokko, Spanien.

In den letzten Wochen wurde sehr oft vorgeschlagen, die Belastung auf der Haut durch häufiges Duschen und Schrubben zu beseitigen. Duschen stellt jedoch keinen wirksamen Schutz vor Radionukliden dar. Eine vernünftige Entseuchung der Haut wäre z. B. nur durch mehrmaliges Abziehen von Tesafilm möglich. Offene, kontaminierte Wunden müßten „großzügig" ausgeschnitten werden.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß sog. Empfehlungen bzw. Tips zum Schutz vor Radioaktivität insofern die Gefährdung vertuschen, als sie den Eindruck vermitteln, es gäbe Möglichkeiten, sich vor Radioaktivität zu schützen. Wenn Radionuklide in den Boden eindringen und über die Nahrungskette zum Menschen gelangen, so gibt es dagegen keine Schutzmöglichkeit. Es gibt keinen Schutz gegen die Verseuchung des Trinkwassers. Wir werden wohl oder übel das Wasser trinken müssen, unabhängig davon, wie stark es kontaminiert ist. Auch solche Teilchen, die sich in der Luft befinden, müssen wir einatmen.

Momentan findet die radioaktive Belastung durch die Inhalation, die Y-Bodenstrahlung und die Ingestion durch die Nahrung (Oberflächenkontamination und der Einbau von Nukliden in Pflanze und Tier) statt. Schützen können wir uns teilweise vor der Oberflächenkontamination (Waschen vermindert die Nuklide an der Blattoberfläche um knapp 50 %, selbst Schälen beseitigt die Radioaktivität nicht vollständig). Schützen können wir uns dadurch, daß wir bis Mitte Juli keine Milch und Milchprodukte, kein Frischgemüse, Rindfleisch u.v.a.m. essen, um dem Jod 131 (Halbwertszeit 8 Tage) aus dem Weg gehen.

Von diesem Punkt an ist ein Schutz vor Radioaktivität nicht mehr möglich. Die Strahlenschützer, die immer den Eindruck erwecken, noch allerlei Rezepte zum wirksamen Schutz in der Schublade zu haben, sind in Wahrheit mit ihrem Latein sehr schnell am Ende.

Da Tschernobyl nicht mehr rückgängig zu machen ist, wir mit der radioaktiven Belastung leben müssen, bleibt uns als einzige vorbeugende Schutzmaßnahme die Verhinderung von weiteren radioaktiven Belastungen. Unsere Forderungen an die Politik und die Atomlobby können nur in die Zukunft zielen. Eine sofortige Abschaltung aller Atomanlagen ist der letzte, aber der wirkungsvollste Schutz gegen die radioaktive Strahlung. ★

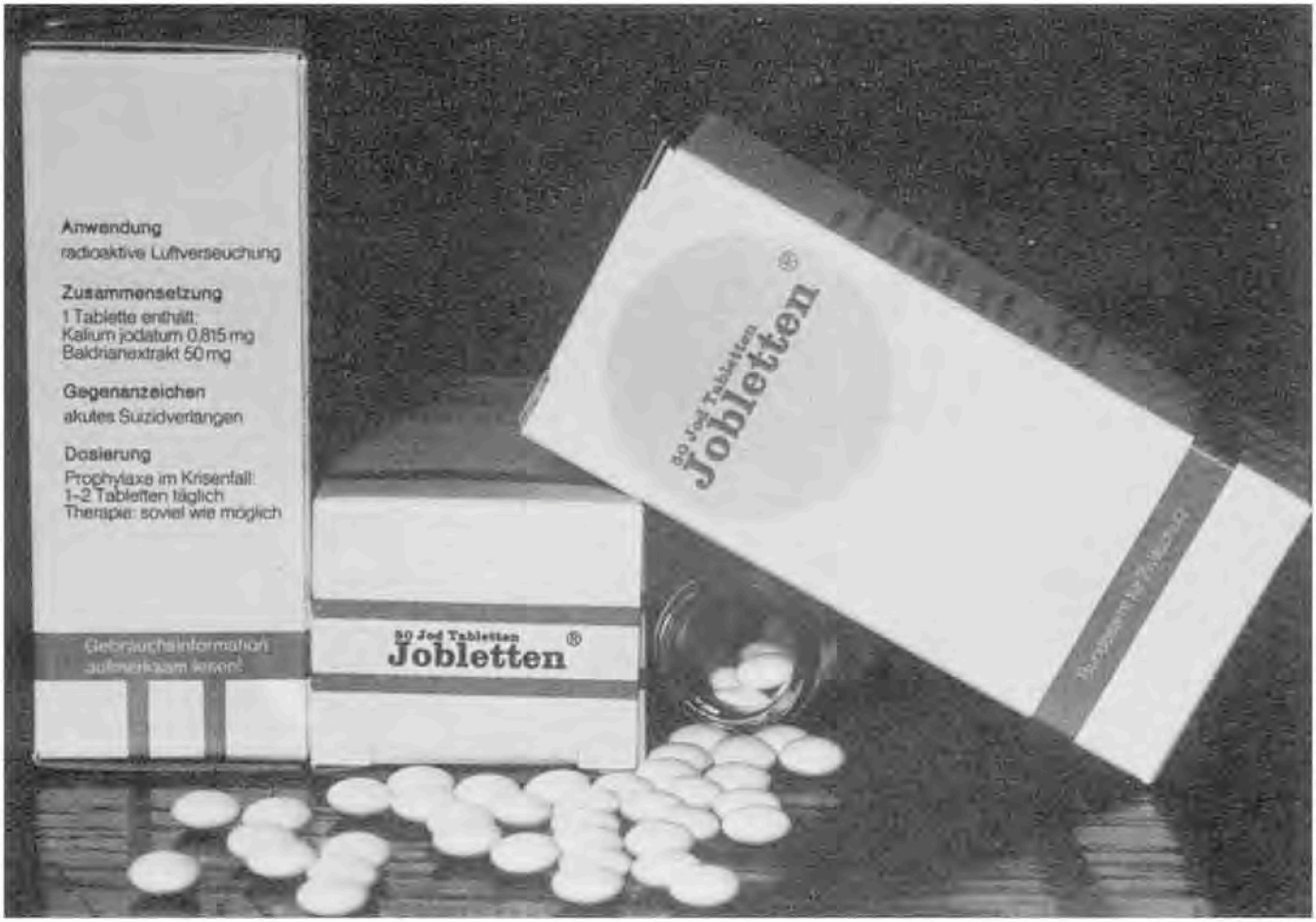


FOTO: DIETMAR GAST

Sofortige Abschaltung aller Atomanlagen

Was passiert in

Langlebige radioaktive Spaltprodukte werden ab sofort verstärkt im menschlichen Körper eingebaut.

So wird sichergestellt, daß wir jahrzehntelang intensiv mit energiereichen Strahlen aus Strontium, Cäsium und Plutonium versorgt werden.

I. Allgemeines

Radioaktiv strahlende Teilchen werden wie viele andere Umweltgifte (Quecksilber, Pestizide) überall in der Natur von Pflanzen und Tieren regelrecht aufgesammelt und konzentriert und zwar einerseits durch Stoffwechselvorgänge (besonders Pflanzen) andererseits durch die sogenannte Nahrungskette der Tiere. Endverbraucher in beiden Fällen ist der Mensch, der diese derartig hoch angereicherten Pflanzen und tierischen Nahrungsmittel zu sich nimmt.

Was passiert mit den strahlenden Teilchen in unserem Körper?

Auch der Mensch, als höchstes entwickeltes Lebewesen, hat verschiedene Stoffwechselvorgänge zum Sammeln von Giften und eben auch strahlenden Spaltprodukten zur Verfügung. Anhand der Beispiele der Isotope Jod 131, Cäsium 137 und Strontium 90, welche bei AKW-Unfällen in großer Menge freiwerden, soll dies erklärt werden. (siehe Tab. „Zusammensetzung der Tschernobyl-Wolke"). Wegen seiner schon in geringsten Spuren krebserzeugenden Wirkung wird ebenfalls auf das Plutonium 239 eingegangen.

Die radioaktivenTeilchen werden langfristig und schleichend über die Nahrung aufgenommen.

In den Körper gelangen die radioaktiven Spaltprodukte durch Einatmen, duch Verschlucken oder auch durch die Haut. Die langfristige Gefahr nach Austritten von radioaktiven Stoffen wie bei der Katastrophe von Tschernobyl besteht vor allem in der dauernden schleichenden Aufnahme dieser Substanzen durch die Nahrung. Durch den Magen gelangen sie in den Darm und werden dort teilweise in den Blutkreislauf aufgenommen (z.B. Strontium zu 20 %). Der Rest wird über Stuhlgang ausgeschieden.

Die Verteilung im Körper findet über den Blutkreislauf statt: Die Substanzen gelangen mit dem Blut in die Schilddrüse, Leber, Nieren, Knochen, Muskeln, Fett in den gesamten Körper. Meist lagern sich bestimmte Teilchen in einzelnen Organen besonders stark ab, so daß z.B. Jod 131 in der Schilddrüse, Strontium 90 in den Knochen. Das hat folgende Gründe:

Der Körper verwechselt die radioaktiven Spaltprodukte mit normalen Körperbausteinen und baut sie dementsprechend ein.

Der gesamte menschliche Körper (mit Ausnahme der Nervenzellen) befindet sich in einem ständigen Erneuerungsvorgang. Aus der Nahrung werden Stoffe (Eiweiß, Mineralien) herausgefiltert und eingebaut, verbrauchte Substanzen werden dafür ausgebaut und ausgeschieden. Für jeden einzelnen Stoff läßt sich so eine bestimmte Verweildauer im Körper berechnen, die sogenannte „Biologische Halbwertszeit".[1)]

Mit der Nahrung aufgenommene radioaktive Spaltprodukte wie Strontium 90 und Cäsium 137 werden mit normalen Körperbausteinen verwechselt und in bestimmte Organe eingebaut. Wo sie einige Zeit bleiben und werden später wieder ausgebaut. Die effektive Verweildauer im Körper oder in bestimmten Organen wird mit der sogenannten „Effektiven Halbwertszeit"[2)] angegeben. Mehr zu Strontium 90 und Cäsium 137 weiter unten.

Anm. 1: Biologische Halbwertszeit: Die Zeit, in der im Durchschnitt die Hälfte eines bestimmten Soffes aus dem Körper ausgebaut und durch Nachschub aus der Nahrung ersetzt worden ist.

Anm. 2: Effektive Halbwertszeit: Wird aus biologischer und physikalischer Halbwertszeit berechnet und beschreibt z.B. die effektive Einwirkungszeit eines bestimmten radioaktiven Spaltproduktes auf den Körper bzw. auf ein bestimmtes Organ.

Beispiel: Strontium 90, Phys. HWZ 28,1 Jahre/biologische HWZ 11 Jahre, effekt. HWZ 7,9 Jahre (siehe Tabelle). Die Wirkung einer einmal aufgenommenen Strontium-90-Menge ist nach 7,9 Jahren auf die Hälfte, nach 15,8 Jahren auf ein Viertel etc. nach 6 mal 7,9 = 47,4 Jahren auf 1/64stel abgeklungen. Allerdings kommt täglich mit der Nahrung neues Strontium 90 hinzu.

Halbwertzeiten

H 3	Tritium (radioaktiver Wasserstoff)	12,3	Jahre
▷ Co 60	Cobalt 60	5,3	Jahre
▷ Sr 90	Strontium 90	28,5	Jahre
▷ Zr 95	Zirkon 95	64	Tage
▷ Nb 95	Niob 95	35	Tage
▷ Mo 99	Molybdän 99	66	Stunden
▷ Tc 99m	Technetium 99 meta	6	Stunden
▷ Ru 103	Ruthenium 103	39,4	Tage
▷ Ru 106	Ruthenium 106	368	Tage
▷ Sb 125	Antimon 125	2,8	Jahre
I 129	Jod 129	15700000	Jahre
▷ I 131	Jod 131	8,04	Tage
▷ Cs 134	Cäsium 134	2,06	Jahre
▷ Cs 136	Cäsium 136	13,2	Tage
▷ Cs 137	Cäsium 137	30,2	Jahre
▷ Ba 140	Barium 140	12,8	Tage
▷ Ce 144	Cer 144	285	Tage
Np 237	Neptunium 237	2140000	Jahre
▷ Np 239	Neptunium 239	2,4	Tage
Pu 239	Plutonium 239	24000	Jahre
Pu 240	Plutonium 240	6550	Jahre
Pu 241	Plutonium 241	14,4	Jahre
Am 241	Americum 241	432,6	Jahre

II. Im Folgenden soll auf die radioaktiven Spaltprodukte im Einzelnen eingegangen werden

1. Jod 131

Am bekanntesten ist die Anreicherung von radioaktivem Jod 131 in der Schilddrüse. Der Körper behandelt Jod 131 wie das normale lebenswichtige Jod in unserer Nahrung: Es gelangt mit der Nahrung in den Darm, wird dort ins Blut aufgenommen, wird in der Schilddrüse gesammelt und dort in die Schilddrüsenhormone (Thyroxine und Trijod-Thyroxine) eingebaut. Diese Hormone werden ebenfalls in der Schilddrüse gespeichert und nur bei Bedarf in kleinen Mengen in den Blutkreislauf ausgeschüttet. Das radioaktive Jod 131 wirkt also sehr konzentriert und sehr direkt auf die Schilddrüse und erhöht die Wahrscheinlichkeit für Schilddrüsenkrebs, der nach 11 bis 15 Jahren ausbricht.

Der Grenzwert der sogenannten GANZKÖRPERDOSIS ist irreführend!

Die Tatsache der Anreicherung in bestimmten Organen wie der Schilddrüse wird bei all den Grenzwerten vernachlässigt, welche sich auf das Gesamtkörpergewicht des Menschen (ca. 75 kg = 75.000 g) beziehen. Die Schilddrüse wiegt bei Erwachsenen ca. 20-25 Gramm, ist also 300 mal leichter als der Gesamtkörper. Der Grenzwert für die sog. Ganzkörperdosis für Jod 131 ist also 3000 mal zu hoch angesetzt! Noch zusätlich stärker gefährdet sind Kinder, da deren Schilddrüse aufgrund der Wachstumsvorgänge viel stärker arbeitet.

unserem Körper?

Besondere Gefährdung von Frauen, Schwangeren, Kindern, Alten, Über- und Untergewichtigen, Kranken wird nicht berücksichtigt.

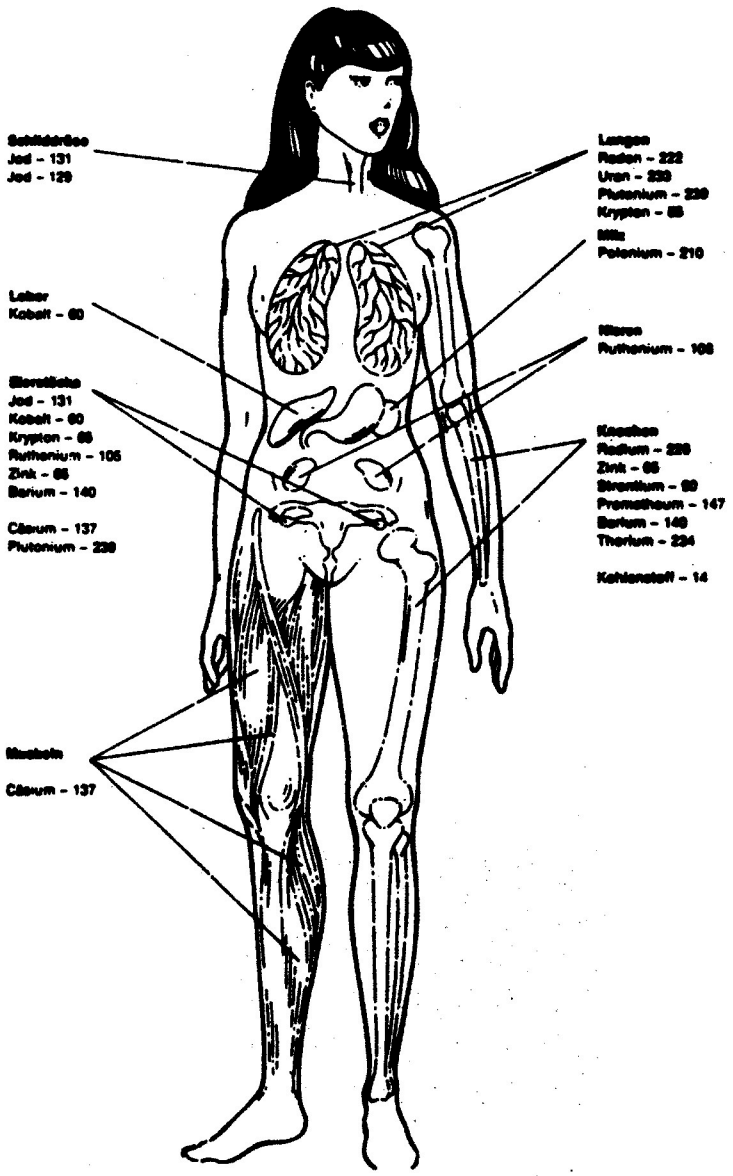
Sämtliche Grenzwertberechnungen sind im allgemeinen auf einen 75 kg schweren, gesunden Arbeiter zugeschnitten. Dabei wird bewußt in Kauf genommen, daß erhebliche Schwankungen der Gefährdung durch radioaktive Teilchen in großen Teilgruppen der Bevölkerung bestehen. Besonders gefährdet sind u.a.: Frauen, Schwangere, Kinder, Alte, Über- und Untergewichtige, chronisch Kranke.

Das bedeutet: Grenzwerte sind in den meisten Fällen staatlich verordneter Umwelt- und Gesundheitsschaden. Grenzwerte für gefährliche Stoffe müssen sich aber in einer verantwortungsgerechten Gesellschaft an den am höchsten gefährdeten Menschen orientieren.

Preisfrage: Wieviele Kinder, Frauen, Alte, Kranke gibt es in der BRD im Verhältnis zum gesunden 75-kg-Arbeiter???

Ist die Strahlung bald vorbei?

Jod 131 hat einen werbewirksamen Vorteil: Seine Halbwertszeit beträgt 8,05 Tage; seine Strahlung ist also nach 8 Wochen annähernd abgeklungen. Wenn Regierung und Presse nun Entwarnung geben nach dem Motto: „In 6 Wochen ist alles gegessen", so kommen sie damit zwar dem Urbedürfnis von uns Allen nach Normalisierung und Weiterleben wie bisher entgegen. Dabei lassen die Verantwortlichen und Alle, die ihnen glauben, jedoch die gefährlichen langlebigen Spaltprodukte unter den Tisch fallen. Hierzu gehören Strontium 90 (HWZ 28,1 Jahre) und Cäsium 137 (HWZ 30 Jahre). Diese werden uns nun das ganze Leben lang begleiten und die nachfolgenden Generationen ebenfalls.



Wo radioaktive Stoffe sich im Körper konzentrieren

2. Strontium 90

Die Zellen unseres Körpers haben keine Möglichkeit zwischen dem lebenswichtigen Calcium und dem radioaktiven Strontium 90 zu unterscheiden. Deshalb wird Strontium 90 wie Calcium in den Knochen eingebaut. Bei Kalkmangel und zur Zeit des Wachstums, wenn der Körper viel Kalk braucht, wird also besonders viel radioaktives Strontium eingebaut. (Tabelle „Mittlere Strontium-Aktivität"). Das eingebaute Strontium 90 strahlt direkt auf Knochen und Knochenmark so lange, bis es irgendwann einmal wieder ausgewechselt und z.B. über die Niere ausgeschieden wird. Und das dauert lange: Über 50 Jahre bis eine einmal augenommene Menge Strontium 90 annähernd aus dem Körper verschwunden ist. Strontium hat eine physikalische Halbwertszeit von 28,1 Jahren, ist also erst nach ca. 180 Jahren (!!!!!) annähernd vollständig in einen anderen Stoff umgewandelt (Yttrium 90). D.h.: Jeder Mensch hat ein radioaktives *Strontium 90-Konto* in seinen Knochen. Strontium strahlt länger als ein Menschleben und wird erst innerhalb von 50 Jahren annähernd vollständig ausgeschieden. Jeder Mensch dieser Erde hat also ein „strahlendes" Strontium Konto in seinen Knochen, wo regelmäßig strahlende Teilchen hinzukommen, nämlich durch die tägliche Nahrung, aber nur sehr wenig abgehoben wird. Die Strahlung summiert sich und erhöht die Wahrscheinlichkeit für die spätere Auszahlung: Nach 10 bis 15 Jahren Leukämie, nach 15 bis 25 Jahren Knochenkrebs. Ein weiteres Problem: Dieses Calcium und Strontium 90 Depot im Knochen wird unter bestimmten Umständen teilweise mobilisiert, wie es z.B. bei schwangeren Frauen der Fall ist. Hierdurch kann mit dem Calcium auch das Strontium 90 vermehrt aus dem Knochen in die Muttermilch gelangen.

Und noch ein *Schlag in die Knochen*: Strontium 90 zerfällt nach 28 bis ca. 180 Jahren nicht in Luft, sondern verwandelt sich in das Folgeprodukt Yttrium 90, welches im Knochen weiter strahlt. Doch nun kommt die Gemeinheit: Yttrium 90 kann aufgrund anderer *chemischer* Eigenschaften nicht die Stützfunktion von Calcium und Strontium im Knochen übernehmen. Es droht also Knochenerweichung. Außerdem lagert sich Yttrium 90 bevorzugt in den Eierstöcken der Frau ab und kann dort sowohl Krebs wie auch Erbschäden verursachen.

3. Cäsium 137

Ähnlich verhält es sich mit dem Cäsium 137, welches ebenfalls über 180 Jahre braucht, um annähernd vollständig ausgestrahlt zu sein. Es wird im Körper mit *Kalium* verwechselt. Kalium ist aber in jeder einzelnen Körperzelle vorhanden und wirkt dort als eines der wichtigsten Elektrolyte überhaupt am gesamten Nährstoffwechsel der Zellen mit: Herz, Leber, Lungen, Nieren, Muskeln, Haut ... überall im Körper, besonders aber im Muskel wird das durch den Darm ins Blut gelangte Cäsium 137 in den Zellstoffwechsel eingebaut. Dort bleibt es 4 Monate bis zu mehreren Jahren liegen, ehe es wieder aus dem Körper ausgeschieden wird (biol. sowie effektive Halbwerts-

Forts. von S. 33

zeit: ca. 70 Tage, nach dieser Zeit ist von einer bestimmten Menge Cäsium 137 im Körper erst die Hälfte wieder ausgeschieden (s. Tabelle oben). Durch die Nahrung in den Körper gelangtes Cäsium 137 strahlt also Monate bis Jahre aus nächster Nähe auf die einzelnen Körperzellen und kann so viele Arten von Krebs erzeugen. Für Nachschub durch die tägliche Nahrung ist ja gesorgt.

4. Plutonium 239

Ist eines der giftigstes Stoffe nru aufgrund seiner chemischen Eigenschaften (10.000 mal giftiger als Zyankali!!!!) und hat eine physikalische HWZ von 24.000 Jahren. Ein *Millionstel Gramm* (!!!) also eine unvorstellbar winzige, nur sehr schwer nachweisbare Menge wirkt im Körper krebserzeugend. Angesichts dessen ist es sinnlos, für Plutonium irgendwelche zulässigen Höchstmengen festlegen zu wollen. Plutonium ist ein künstliches Element, welches nur durch die Kernspaltung von Uran entsteht. Auch im Reaktor von Tschernobyl war Plutonium, wovon mit ziemlicher Sicherheit einiges freigeworden ist. In Bayern wurde Mitte Mai 1986 ein Wert von 0,04 Bq/qm Boden Plutonium 239 gemessen, das entspricht einem Partikel Plutonium auf 925 qm Bodenfläche.

Plutonium 239 setzt sich in der Lunge fest!!!

Aus Plutonium 239 bilden sich sehr leichte Staubpartikel (Plutonium-oxid-aerosole) welche eingeatmet werden und sich wegen ihrer speziellen Größe und Schwere bevorzugt in den Lungenbläschen ablagern und zwar für 1 bis 6 Jahre. Dort wirken die besonders energiereichen Strahlen (als Alpha-Strahler ist Plutonium 10 mal gefährlicher (?)... biologisch wirksamer ...als die Beta- und Gammastrahler Strontium und Cäsium) direkt auf das ungeschützte und strahlensensible Lungengewebe. An diesem Ort erzeugt es mit hoher Wahrscheinlichkeit Lungenkrebs, welcher dann nach 15 bis 25 Jahen ausbricht. Die Plutonium-Teilchen in der Lunge werden nach mehreren Jahren entweder ausgehustet, oder sie wandern weiter in die Lymphdrüsen und strahlen dort weiter. Plutonium kann ebenfalls über Nahrungsmittel und Darm in die Blutbahn gelangen, lagert sich dann z.B. im Knochen ab (Knochenkrebs) oder kann sonst alle denkbaren Krebsarten hervorrufen. Die effektive HWZ beträgt 120 Jahre.

Allein die horrende Gefährlichkeit des Plutoniums sowie die großen meßtechnischen Schwierigkeiten, es in geringsten, schon krebserzeugenden Mengen nachzuweisen, müßten ausreichen, um die Unverantwortbarkeit der Atomkrafttechnologie weltweit jedem klarzumachen.

Folgerungen: Ein Schutz vor schon ausgetretenen radioaktiven Spaltprodukten ist illusorisch...

Der verhängnisvolle krebserzeugende Wege der radioaktiven Teilchen im menschlichen Körper wurde am Beispiel von Jod 131, Strontium 137, Cäsium und Plutonium verfolgt. Diese und noch viele weitere Spaltprodukte sind durch...

unzählige Atomwaffenversuche, durch Normalbetrieb und zahlreiche Störfälle in Atomkraftwerken und anderen Atomanlagen weltweit verbreitet. Die Konzentrationen schwanken regional, sind weltweit aber im Steigen. Die Katastrophe in *Tschernobyl* bedeutet mit einem Schlag einen starken, weiteren Anstieg der Konzentration weltweit, wie stark, werden die nächsten Jahre zeigen.

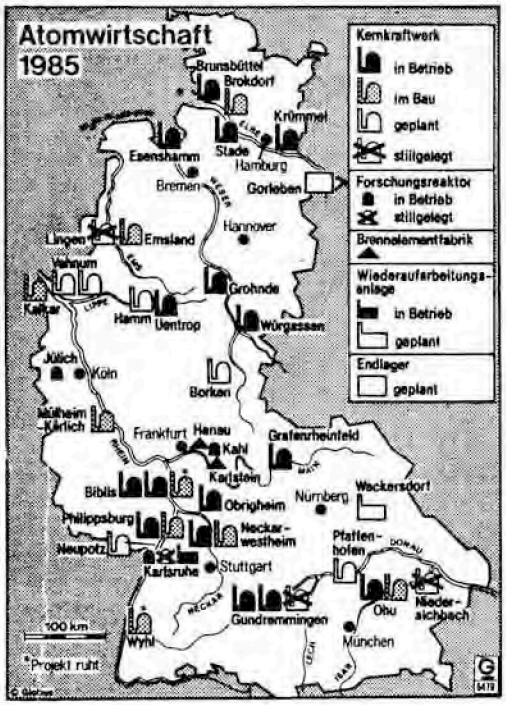
Von Regierungen und Verantwortlichen muß immer wieder gefordert werden, die aktuellen Belastugnen in der Umwelt und der Nahrung zu messen und zu veröffentlichen.

Nur allzu bequem ist es, dies alles unter einen Tisch fallen zu lassen. Doch es muß auch klar sein:

Die strahlenden Teilchen sind überall in der Nahrung, demnächst auch im Grundwasser. Die Menschen können ihnen weltweit nicht ausweichen. Das einzige, was Menschen tun können ist, neue zusätzliche Konzentrationsanstiege dieser gefährlichen radioaktiven Teilchen zu verhindern. Das ist nur möglich über die *sofortige Stillegung sämtlicher ziviler und militärischer Atomanlagen!*

Dr. Franke, Bremen

	Reichweite in Luft	im Körper
Alpha	einige cm	Bruchteile vom mm
Beta	einige Meter	einige mm
Gamma	etliche Kilometer	etliche cm



Fallout 1961: Niedrigere Grenzwerte als heute

Als Strahlung noch gefährlich war

Die Milch, die Sie heute trinken, hätte vor zwanzig Jahren nicht verkauft werden dürfen. 1962 legte die Bundesanstalt für Milchforschung einen Grenzwert von 3,7 Becquerel pro Liter fest, heute ist das zigfache dieser Belastung zulässig. Sind die Bundesbürger abgehärtet?

Damals gab es noch keine bundesdeutschen Atomkraftwerke und so gab es keinen Grund, die Gefährdung durch den radioaktiven Niederschlag herunterzuspielen. Die Wiederaufnahme oberirdischer Atomwaffentests im nördlichen Eismeer durch die Sowjetunion führte zu barschen Protesten, und niemand verschwieg, daß die damals gegenüber heute geringeren Jod- und Caesium-Werte eine Gesundheitsgefährdung darstellen. Es war kalter Krieg und die strahlende Milch paßte ins Bild vom bösen Russen.

Ein „monströses Verbrechen gegen die Menschlichkeit" seien die Atomtests, schrieb die New York 'Times' Ende September 1961 und berichtete über eine „erhöhte Gesundheitsgefährdung". Auch die damalige Wolke (insgesamt wurden über 20 Atombomben von der UdSSR in der Atmosphäre gezündet) driftete rund um die Welt. In Albany im Bundesstaat New York stieg die Radioaktivität um das zehnfache, berichtete besorgt die 'Times'. Erreicht wurde eine Radioaktivität von 6,2 Micromicrocurie. Ein sehr geringer Wert. Er entspricht etwa 0,2 Becquerel.

Auch damals wurde ein Grenzwert genannt, der weit über der damaligen Belastung lag. Verglichen mit heutigen Werten jedoch überrascht der von der New York 'Times' genannte 'danger level': 100 Micromicrocurie (entsprechen 3,7 Becquerel) wurden als die Grenze zur Gesundheitsgefährung angesehen. Ein Wert, den die bundesdeutsche Strahlenschutzkommission über zwanzig Jahre später und nach zahlreichen neuen Erkenntnissen über damals unbekannte Auswirkungen von Strahlung als unbedenklich betrachtet.

Aber nicht nur übervorsichtige Amerikaner, wie man denken könnte, sondern auch deutschen Milchwirtschaftler, schließen sich ohne Widerspruch dieser Wertefestsetzung an.

In seinem Aufsatz 'Über den Gehalt an radioaktiven Substanzen in der Milch' den die GAL ausgrub, nannte der damalige Direktor der Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel, Dr. Prof. Ernst Knoop, eine Risikogranze von 100 Picocurie/l für Milch. Das entspricht nur 3,7 Becquerel.

Er tat dies nicht nur einmal, sondern mehrfach unter anderem auch im wissenschaftlichen Ausschuß des 'Verbandes großstädtischer Milchversorgungsbetriebe' Ende Oktober 1962 in Augsburg. Die dort versammelten Experten der Molkereien akzeptierten die genannte Schädlichkeitsgrenze, denn mehrmals 3,7 Becquerel waren damals nur „kurzfristig" aufgetreten.

Auch Caesium 137 wurde damals in erhöhtem Maße festgestellt. Grenzwert gab es jedoch keine. Im ersten Jahr *nach* dem radioaktiven Fallout wurden in Norddeutschland rund 1 Becquerel Caesium gemessen. Gestern betrug die Belastung in der Hamburger Milch bis zu 30 Bq/l. Nach den Erfahrungen der sechziger Jahre und den jährlichen Forschungsberichten des Kieler Institutes ist jedoch anders als beim Jod mit einem deutlichen Anstieg der Caesium-Belastung der Milch in den nächsten Jahren zu rechnen. Noch zwei Jahre nach dem Fallout betrugen die Caesium-Werte das siebenfache des Wertes aus dem Jahre 1963.

Diejenigen Mütter, die in den letzten Wochen mit ihren Kindern auf die Kanarischen Inseln flohen, müssen lange warten. Die Strahlenflüchtlinge - es sollen eine ganze Menge Leute aus der einschlägigen Alternativ-Szene abgeflogen sein - werden bei ihrer Rückkehr an der Gangway mehr strahlendes Caesium begrüßen können, als bei ihrem Abflug.

In den letzten Wochen wurde in Hamburg Milch mit Werten von 15 bis 20 Becquerel verkauft. Dennoch sieht der Senat - das ergab eine GAL-Anfrage - einen Grenzwert von 3,7 Bq für Milch als Folge des Normalbetriebes von AKW's für zu hoch an. Eigentlich dürfe die Milch nicht mehr als 0,86 Bq/l Jod enthalten, damit die zulässige Jahresdosis von 257 Bq nach Strahlenschutzverordnung nicht überzogen werde. Eine späte Bestätigung für Professor Knoop, der „vor seiner Zeit" an Krebs verstorben ist.

Angenommen, daß ein Kind nur 60 Tage lang Milch mit einem Wert von 10 Bq getrunken hat, so hat es bereits 600 Bq und damit fast das doppelte dessen zu sich genommen, was der Senat im Normalfall dulden will.

Dennoch wurde der Grenzwert auf anfangs 500 Bq, dann 50 Bq festgelegt. Der Begründung des Senats muß Zynismus nicht unterstellt werden. Das 'Fehlernährungsrisiko' infolge von Verkaufsbeschränkungen für Milch kann „problematischer" sein als ein „minimales zusätzliches Krebsrisiko".

ao

ZWISCHEN PANIK und VERDÄNGUNG

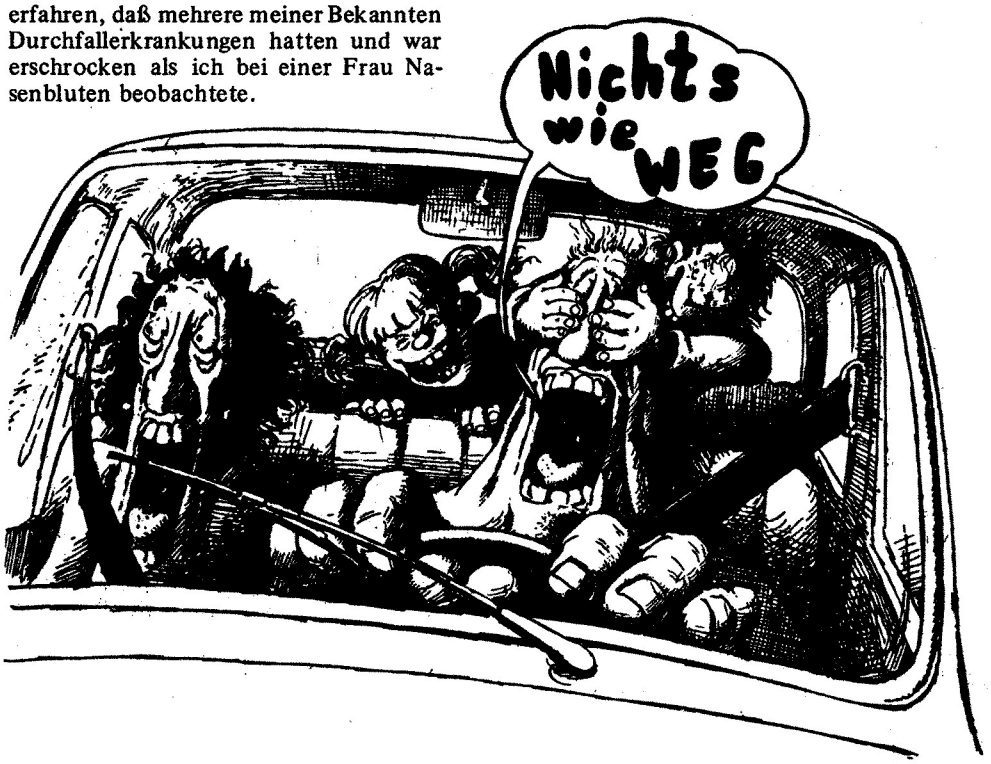
Ich möchte von der Zeit berichten, als der Reaktor von Tschernobyl noch brannte und von den Tagen danach, als nicht abzusehen war, ob er je wieder zur Ruhe kommen würde. Der Bericht soll sich mit unseren persönlichen Reaktionen beschäftigen, kurz nach dem Unglück, als ständig neue radioaktive Wolken sich auf den Weg machten, um ganz Europa zu terrorisieren. Es war zu dem Zeitpunkt nicht klar, ob noch über Wochen und Monate weiter Wolken entstehen würden; ob die anderen Reaktoren von Tschernobyl ebenfalls schmelzen und wieviele Anteile des ersten Reaktors tatsächlich in die Atmosphäre entweichen würden (einhundert, eintausend oder gar eintausendfünfhundert Hiroshima-Bomben?). Es stand auf der Kippe, ob das Ausmaß der europäischen Verseuchung noch um ein Vielfaches größer werden sollte, als es schon war.

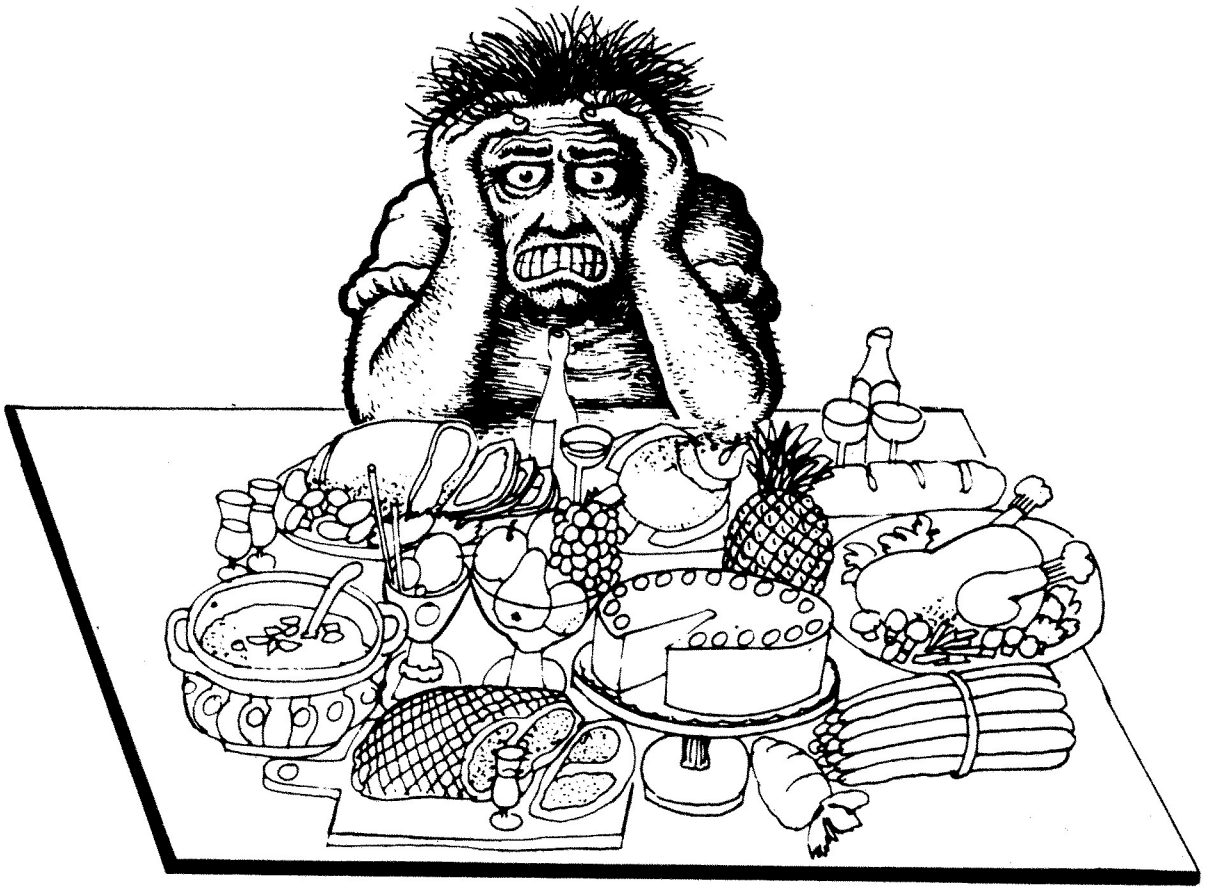
Kaum ein Mensch war in der Lage mit der Situation realistisch umzugehen. Es war in der kurzen Zeit nicht möglich das Ausmaß der Ereignisse zu erfassen und psychisch zu verarbeiten. Ansätze von Panik machten sich bei den Menschen breit, die sich schon früher mit Atomunfällen beschäftigt hatten. Viele von uns wußten, daß wir von offiziellen Stellen nicht die Wahrheit erfahren würden, vor allem dann nicht, wenn die Gefahr sehr ernst ist. Wir kannten die Beschwichtigungsformeln aus den Katastrophenschutzplänen. Wir wußten, daß sie selbst dann benutzt werden, wenn es für die Menschen in der Umgebung eines zerstörten AKW keine Rettung mehr gibt. "Bleiben Sie ruhig, die Techniker sind bereits dabei, die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen." Nun hörten wir genau diese Formel im Radio und Fernsehen - tagaustagein. Unsere Reaktionen darauf waren sehr gegensätzlich. Im Wechselspiel von Panikansätzen und Verdrängung wurden wir hin und hergeschleudert.

Eines morgens hieß es im Radio: "Der Brand ist gelöscht, die Radioaktivität in ganz Osteuropa sinkt ab." Gierig nahm ich die Information auf, ich glaubte einen halben Tag daran, obwohl ich eigentlich wußte, daß wir den Nachrichten nicht vertrauen konnten. Mein Wunsch, daß dieser Alptraum ein Ende haben sollte war so stark, daß er mein Wissen über die Informationspolitik außer kraft setzte. Andere Menschen reagierten ähnlich. Wer noch kurz vorher gesagt hatte, daß er vom Staat nichts erwarte, tat plötzlich nichts lieber, als den Nachrichten zu glauben. Doch die Folgen der Verdrängung blieben nicht aus. Die Angst entwickelte sich um so intensiver, wenn jemand versucht hatte zu verdrängen. Wenige Stunden, nachdem ich den Nachrichten geglaubt hatte, war mein Mißtrauen größer denn je. Ich hatte noch keine Einschätzung von kritischen Wissenschafttlern gehört und von offizieller Seite wurden in einförmiger Monotonie die altbekannten Beruhigungsformeln heruntergebetet. Alle Meßdaten wurden erst veröffentlicht, wenn Sie an zentraler Stelle zensiert worden waren. Für Momente drängte sich mir der Gedanke auf, daß die Politiker sich genauso verhalten würden, wenn für uns die Gefahr einer akuten Strahlenkrankheit bestünde. Lediglich die Reaktionen der kanadischen Regierung wäre anders gewesen, sie hätten sicher ihre Bürger aus Europa evakuiert. Bisher hatte sie nur empfohlen, sich dem Reaktor nicht auf mehr als 800 km zu nähern. Ich hatte erfahren, daß mehrere meiner Bekannten Durchfallerkrankungen hatten und war erschrocken als ich bei einer Frau Nasenbluten beobachtete.

Doch diese Gedanken hielten sich bei mir nicht lange, anders ging es manchen Menschen in meiner Umgebung. Ein Bekannter setzte sich ins Auto und fuhr nach Portugal. Andere hoben ihr Geld von der Bank ab, packten ihre Sachen und und warteten nur noch auf ein Startzeichen. An einem linken Buchladen hing ein Schild mit dem Hinweis, daß der Laden geschlossen sei, weil das Kollektiv weggefahren sei: "Wr wissen, was wir von den offiziellen Nachrichten zu halten haben!" Gerüchte von riesigen Autoschlangen an den Berliner Grenzkontrollpunkten verbreiteten sich. Es hieß, die Schlange würde bis weit in die Innenstadt reichen. Außerdem seien die Auslandsflüge ausverkauft. (Anmerkung: Die Erklärung für die langen Schlangen: Bedingt durch den 1.Mai bot sich vielen Menschen die Möglichkeit ein verlängertes Wochenende zu verbringen).

Ich wollte jedoch nicht die Flucht ergreifen, denn ich wußte, daß ich dann in der Konsequenz nicht wieder zurückkehren konnte. So weit konnte ich noch denken, daß es sich bei der Bedrohung





um eine lebenslange Gefahr handelte, die nicht nach ein paar Monaten behoben sein würde. Dagegen sagten mir Freunde, daß sie sich vorstellen konnten, notfalls außerhalb Deutschlands oder Europas weiterzuleben.

Über das Info-Telefon der Anti-AKW-Gruppen hatte ich Gelegenheit die Reaktionen vieler anderer Menschen zu erfahren. Ununterbrochen riefen besorgte Leute an und fragten: "Wie kann ich mich schützen?" Es war den meisten Menschen unerträglich, daß sie jetzt nichts mehr gegen die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe tun konnten. Wir sollten ihnen Überlebenstips geben. Die Anti-AKW-Treffen waren überfüllt, doch es war zeitweilig nicht möglich über etwas anderes zu reden als über Strahlenmeßwerte und "Selbstschutzmaßnahmen".

Alte Broschüren, die selbst mich früher nicht interessiert hatten, über radioaktive Niedrigstrahlung und AKW-Technik fanden plötzlich reißenden Absatz. Begierig fragten die Menschen nach jedem Informationsblatt über Strahlengefahren, daß in meinem Archiv vor sich hingammelte. Sie waren enttäuscht, wenn ich ihnen keine Umrechnungstabelle für bq und mrem nennen konnte.

Wir hatten früher immer auf die Absurdität von Katastrophenschutzplänen hingewiesen (Büchsenfraß essen, duschen, Türen und Fenster schließen, Radio hören, Straßenkleidung nicht in die Wohnung nehmen etc.) Doch was taten wir nun? Wir fingen an uns von Konserven zu ernähren, ließen die Schuhe draußen stehen und das Radio lief non stop. Alle Maßnahmen, die meine WG beschlossen hatte, machten mich verrückt. Ich fing an mir vorzustellen, wo überall Straßenstaub abgelagert wurde: *mein Bett befindet sich Bodennähe, in meinem Teppich wird sich mit Sicherheit alles angesammelt haben, habe ich mich eben an ein Auto gelehnt? Es heißt doch, daß Wischproben von Autos so stark strahlen, daß sie normalerweise in den atommüllgekommen wären! Es regnet das erste mal seit die Wolke hier ist, Zwanzigmetersprint durch den Regen, mit Schirm, dann Duschen, doch wohin mit dem Schirm?*

Ich wußte, daß es keinen Sinn hatte, sich vom Straßenstaub und vom Regen terrorisieren zu lassen. Es ist genauso sinnlos, wie der Verzicht auf verseuchtes Essen. Wir können uns nicht unser Leben lang von Importware ernähren und unsere Südafrika- und Chile-Boykotte über den Haufen werfen. Trotzdem hatte ich in den ersten Wochen nach dem Unglück keinen Appetit mehr. Der Gedanke an Jod 131, Cäsium 137, Neptunium 239 usw verleidete mir jedes Essen. Was ich essen durfte schmeckte mir nicht und was mir schnecktewar versucht und blieb mir deshalb im Hlalse stcken. Ich verlor erschreckend viel Gewicht.

In jenen Tagen, als der Reaktor noch brannte, sich später langsam in die Erde schmolz, mußte ich häufig an Paul Jacobs denken, der einen Film über die radioaktive Verseuchung nach atmosphärischen Atomwaffenversuchen gedreht hatte. Er hatte viele krebskranke Opfer der Atomversuche interviewt.Im Laufe seiner Recherchen mußte er sich selbst der Radioaktivität aussetzen und bekam davon Krebs. Noch während seiner Krankheit hatte er eine enorme Kraft, die er für seinen Film gegen die Atombedrohung einsetzte. Er war nicht resigniert, sonder erzählte, daß ihn die Krankheit noch entschlossener gemacht habe.

Auch jetzt gab es viel politische Arbeit zu tun. Eine riesige Bewegung überschwemmte uns. Die vielen neuen Leute waren am Anfang noch nicht organisiert. Die wenigen alten Anti-AKW-Gruppen mußten zunächst die ganze organisatorische Arbeit leisten. Ich wußte genau was ich tun mußte, doch mein Antrieb war nicht mehr von einer positiven Kraft getragen. Seit Jahren hatte ich mich dafür eingesetzt, daß genau so eine Katastrophe nicht passiert und war nun damit gescheitert. Wofür sollte ich jetzt kämpfen? Für ein Europa, daß nie wieder so werden würde, wie vorher? Dennoch mußte ich funktionieren, Flugblätter schreiben und verteilen, Reden für die Demo vorbereiten, Vorschläge für die Aktionen entwickeln etc. Die Presse wollte Stellungnahmen von uns; die Endlager-Aktionen in Gorleben standen vor der Tür; jeden abend gab es ein Treffen. Wir wollten keine wehrlosen Opfer sein.

Inzwischen erscheint mir die die Situation nicht mehr so aussichtslos. Es stimmt zwar, daß sich in Europa seit Tschernobyl die Lebensbedingungen endgültig verändert haben, doch wir haben noch Chancen, alle folgenden Katastrophen zu verhindern. Es lohnt sich immer noch, für eine befreite Gesellschaft zu kämpfen.

Ve., Rest- Berlin

Gegen Atomkraft

Warum die Atomindustrie so verbissen gegen alle Vorsorgemaßnahmen nach Tschernobyl stritt.

Die Atomindustrie hierzulande wollte Tschernobyl ummünzen als Propaganda für die viel bessere Sicherheit der deutschen AKWs: bei uns könne „ein Unfall" nicht passieren und wir hätten „die sichersten Anlagen der Welt". Doch diese Rechnung wurde von dem Behördenwirrwarr, der totalen Inkompetenz, dem völligen Gegeneinander von Ministerien der Länder und BMI Zimmermann glücklicherweise durchkreuzt. Offenbar haben die Behörden ihren eigenen Katstrophenschutzpläne für Atomanlagen so gründlich geheim gehalten, daß nicht nur die Bevölkerung, sondern auch absolut kein Beamter oder Minister etwas davon weiß. Noch nie machte sich eine Regierung so unglaubwürdig und lächerlich wie in diesen 3 Wochen nach Tschernobyl. Dieser Umstand führte zur einzig wirksamen Vorsorge: die Bevölkerung mied tunlichst alles, was auch nur gefährlich sein könnte oder so erschien. Diese Selbstenthaltung hat in den ersten drei Wochen Gefahren vermieden, nicht aber das tohuwabohu der Behörden. Was nützt es z.B. die Radioaktivität von Milch überhaupt zu messen, um sie hinterher mit unverseuchter zu verpantschen? Was nützt es, den Verkauf von verstrahltem Gemüse zu verbieten, wenn es auf dem Markt des Nachbarortes, in einem anderen Bundesland oder jenseits der Grenzen wieder als Sonderangebot auftaucht? Was nützt es, Parks zu schließen, wenn die Liegewiesen der Freibäder benutzt werden (oder auch in umgekehrter Reihenfolge in einer anderen Stadt?). Warum soll man Frischmilch meiden, wenn verstrahlte Milch mit höchstem Segen der Strahlenschutzkommission zu Quark, Käse, Speiseeis, Sahne, Butter oder Milchpulver verarbeitet wird? Man setzte sehr viele Dinge in Szene ohne das eine Wirkung oder Nutzen eintrat, nur um durch Vortäuschung von Aktivität für Beunruhigung zu sorgen. Der sogenannte Katastrophenschutz bestand eigentlich nur aus vielen kleinen Katastrophen und endlosen Pannen im Detail. Geheimniskrämerei, fälschen, unterschlagen, nichts als Lügen, umso mehr je höher die Ebene von der sie ausging. Lügen in jedem offiziellen Satz: „Keinerlei akute Gefahr", anstatt Klartext: erhebliche Gefahren, mit sichtbaren schweren Folgen, aber erst in 5 bis 20 Jahren!

Nach wenigen Tagen begriffen jedoch die Manager der Atomindustrie und auch ihre Wissenschaftler, daß der GAU in fernen Rußland auch ihr GAU war und daß es ganz generell gegen die Atomindustrie geht. Dies zeigte sich schon frühzeitig durch die ersten spontanen Massendemos: kein Anti-Kommunismus, sondern als Schwerpunkt wie die Regierung Tschernobyl verharmlost und: „Abschaltung aller AKWs in Ost und West."

Ein Wiederaufleben der Anti-Atombewegung war gerade jetzt nicht zu gebrauchen, wo die zentralen Knotenpunkte des Atomstaates fertig betoniert werden sollten: WAA, Schneller Brüter, Endlager und Hochtemperaturreaktoren (graphitmoderiert, Tschernobyl-'Typ').

Hundertmal schwerer wog jedoch für die Atomindustrie, daß sich große Teile der Bevölkerung in einer immer heftigeren unkontrollierten Kettenreaktion gegen die Atomanlagen wandten: Krabbelstuben, kirchliche Kindergärten, Eltern- und Erzieherinitiativen, Schüler, Lehrer, selbst Politik-abstinente Studenten. Auch bisherige Mitläufer in den großen Parteien und den Gewerkschaften muckten auf einnmal auf und verlangten Konsequenzen nicht in Rußland, sondern hier!

Tschernobyl hat trotz zunächst unsichtbarer Folgen alles schlagartig verändert: jedes Meßergebnis, jede Geheimhaltung, aber auch jede angeordnete oder empfohlene Vorsichtsmaßnahme, das totale Behördendurcheinander machten deutlich erfahrbar und erlebbar, daß das bißchen Atomstrom uns schon ein normales Leben verunmöglicht, Essen und Freizeit zum unkalkulierbaren Risiko macht, selbst wenn es 1500 km von uns entfernt knallt. *Jede noch so kleine Maßnahme, selbst wenn es dabei nur um Verzicht auf Radieschen usw. ging, schrie unablässig nach Abschaltung der Atomzentralen hier.*

Außerdem kennt die Atomwirtschaft ihre Stromabnehmer nur zu gut. Vielen wurden ja gerade ihre Skrupel vor der Atomtechnik mit dem Vorgaukeln ewigen materiellen Wohlergehens und das es etwas „billiger" gäbe, geradezu abgekauft. Jetzt war es aus mit diesem Schein: enorme Lebensmittelbevorratung, keine Sonderangebote mehr aus Holland, Italien usw., das Grünzeug im eigenen Garten verkommen zu lassen (und frustriert aus Dosen zu löffeln), Quellwasser zu kaufen, statt Leitungswasser ohne Aufpreis zu benutzen, kostet schließlich eine Menge Geld, wirft jeden Haushaltsetat über den Haufen. Wer nicht zu der Minderheit der besser Verdienenden gehört, kann sich das sowieso alles nicht leisten. Wohin auch mit dem ganzen Kram, atomstrombetriebene Gefriertruhen haben ohnehin nur 48,8 % der Haushalte. Hinzu kommen Hunderttausende Geschädigte in der Landwirtschaft, dem Lebensmittelhandel, im Gaststätten- und Hotelgewerbe, im Fremdenverkehr usw. usf. Es gibt eigentlich keinen, der nicht durch Angst, Einschränkungen, Gesundheitsbedrohung und endlich auch mal materiell bedroht oder geschädigt wurde.

Die Atombefürworter- und Mitläuferschar schrumpfte in wenigen Tagen und Wochen von einer knappen Mehrheit zu einer gesellschaftlichen Randgruppe, die aufeinmal 77 % aller Bürger gegen sich hat. Wenngleich sie immer noch die Schaltzentralen der Staatsmacht, der Parteien, Gewerkschaften usw. besetzt, ist doch der gesellschaftliche Konsens mit der Mehrheit wahrscheinlich für immer dahin!

In dieser Situation gibt es nur eine Möglichkeit: geballtes Auftreten in der Öffentlichkeit mit sogenannten „unabhängigen Wissenschaftlern", auch durch auf den Kopf stellen von Atomphysik, Medizin, Erfahrungen mit Strahlung von Atomtests und aus Atomanlagen, alles für ungefährlich zu erklären und vor allem *alle* Vosichtsmaßnahmen wegzubügeln. *Diese Vorsichtsmaßnahmen machten die vom Strahlenkrebs kündenden Gefahren sichtbar und verursachten die materiellen Einbußen.*

Das Schreckliche muß irgendwann wieder verdrängt werden (unbewußter Verdrängungszwang!?!) und wir wollen ja unabhängig von unserer Vorinformation oder gerade durch sie, nur zu gerne glaube „gerade noch mal entkommen zu sein". Dies ist ein gefährlicher Trugschluß: Die Folgen von Tschernobyl kommen erst schleichend in langsam ansteigender Zunahme von Mißgeburten und ab 5 bis 10 Jahren mit einer Zunahme der Krebsrate und unser Tschernobyl in der BRD kann jeden Tag kommen, solange auch nur ein einziger Reaktor noch läuft. Der Kampf gegen Atomanlage ist daher künftig nicht mehr nur Aktion an den Standorten oder gegen Betreiberfirmen in den Städten, ist nicht mehr nur Stromzahlungsboykott, sind nicht nur die traditionellen BIs, sondern direkter Widerstand ist auch überall dort, wo sich Menschen aus Anlaß von Tschernobyl treffen, *für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen kämpfen, unbestrahlte Grundnahrungsmittel für ihre Kinder verlangen, die Herausgabe und Öffenlichkeit von Meßwerten verlangen und Punkt für Punkt Entseuchungsmaßnahmen durchsetzen,* wie z.B. der Austausch von Sand auf allen Kinderspielplätzen. Wo Frauengruppen zum Gebärstreik aufrufen, Ärzte-Initiativen über Langzeitfolgen und Umstellung der Ernährungsgewohnheiten informieren, Friedensgruppen den Zusammenhang zwischen AKWs, WAA und Atomwaffen mit Aktionen verdeutlichen, wo Landwirte gegen die EG-Bürokratie und die Vormacht der Lebensmittelkonzerne aufmucken und mit Treckern Blockaden durchführen, überall dort ist künftig auch „Widerstand gegen AKWs".

Umweltmessung unter öffentlicher Kontrolle

Meine Hausmeisterin, das Ehepaar vom Tante Emma Laden gegenüber, den Briefträger wie die meisten Bewohner der Straße in der ich lebe, werde ich nie nach Brokdorf oder nach Biblis kriegen - aber sie wären jetzt noch oder erstmals bereit, hier wo sie leben und arbeiten etwas gegen die Atomkraftwerke, gegen die Folgen von Tschernobyl und für sich selber etwas zu unternehmen. Wenn die Anti-Atom-Bewegung diese einmalige Chance nicht aufgreift, wird sie unter der Mehrheit von 77 % gegen Atomkraft weiter eine kleine, feine „radikale Minderheit" bleiben. Ich selbst finde es radikaler mit den Leuten aus diesem Stadtteil die Stadtbürokratie und die Hinterbliebenen im Römer des künftigen Atomminister Wallmann zu Vorsorge- oder Entseuchungsmaßnahmen zu zwingen, als nach Jahren zum x-ten Mal - ohne diese Leute - in Biblis an einer Latschdemo teilzunehmen. An der letzten Demo dort haben zwar diesmal (!) 30.000 teilgenommen, also eine Steigerung um soundsoviel Tausend Prozent (!) nur gebracht hat es doch nichts. Oder? Da würde ich doch lieber mit vielen Leuten und zusammen mit AKU-Wiesbaden erneut das grüne Umweltministerium besetzen (!), bis Joschka Fischer - *„Ausstiegsszenario" hin oder her* - klipp und klar erklärt, ob er die kriminelle „Entwarnung" und Abwiegelung des Kabinetts dem er angehört, mitträgt. Falls nicht, da kann man ihm ne Menge diktieren, was zu tun wäre:

○ Kontinuierliche Wasser-, Boden-, Lebensmittel- und Freizeitanlagenmessungen und Kontrollen - sowie selbstverständlich - absolute Öffentlichkeit aller Werte.

oder für Trockenmilch kämpfen?

○ Bereitstellung von vollkommen unverseuchten Grundnahrungsmitteln für Kleinkinder, als Alternative zu solchen, die *vertretbare* Grenzwerte unterschreiten. Dies kann durch verschiedene Maßnahmen bei der Erzeugung dieser Lebensmittel, durch Sicherstellung alter Reserven (EG-Reserven und Einlagerungen für den Kriegsfall) sowie durch Zukauf aus dem Ausland gewährleistet werden (Kennzeichnung/Überwachung).

○ Unverseuchte Pausenmilch für alle Kinder an den Schulen.

○ Strengste Überwachung der Müllverbrennungsanlage und Kläranlagen (da in Müll und Klärwasser Radioaktivität konzentriert ist). Verbot der Düngung mit Stallmist und Klärschlammm (erhöht Radioaktivität im Boden mit Langzeitstrahlern).

○ Entseuchung von Kinderspielplätzen, Badeseen und Liegewiesen in Parks und Freibädern.

○ Drastische Reduzierung der radioaktiven Emissionen von Atomanlagen im Normalbetrieb zur Verringerung der Gesamtlast (sofort und noch vor Maßnahmen zur Stillegung).

○ Regelmäßige Bekanntgabe von Meßwerten sehr dichter Lebensmittelkontrollen (exakte Werte und z.B. „unterhalb der Grenzwerte). Usw.usf.

Es gibt endlos lange Forderungskataloge, die sich an Landesregierungen, Kommunen, an Betriebs- und Arbeitsabläufe in Institutionen oder Betrieben richten. All das ist Widerstand im Alltag gegen Atomanlagen, ein Weg, der an den Folgen von Tschernobyl in der BRD unablässig aufzeigt, daß Atomanlagen unseren Alltag, unser Leben und unsere Zukunft verhindern oder nur ein kümmerliches Leben in Angst, bedroht von Krankheiten, Krebs, Mißgeburt und Tod zulassen.

Was kann man selbst tun?

Auch persönlich sollte man sich nicht in trügerischer Sicherheit und in Vergessen wiegen. In Schweden mußten jetzt Anbauverbote für bestimmte Gebiete erlassen werden. In Österreich wurden sehr hohe Cäsium-Werte für Erdbeeren und frisches Gemüse gemessen, so daß ein partielles Ernteverbot erlassen werden mußte. In der BRD grasen „glückliche" Kühe wieder auf strahlenden Wiesen, auf untergepflügtem Salat wächst neuer, der nicht mehr nur äußerlich kontaminiert ist. Spitzenbelastungen in Nahrungsmitteln und vereinzelt im Trinkwasser müssen logischerweise über einige Monate hinweg zunehmen, bevor sie durch Regenfälle, Grundwasserströme, Flüsse usw. wieder verdünnt und ausgeschwemmt werden. Auf der anderen Seite sind nach der Entwarnung alle Vorsichtsmaßnahmen aufgegeben, Grenzwerte erhöht oder ganz entfallen. Werte, die erst überhaupt nicht erhoben werden, beunruhigen schließlich auch keinen! *Das bedeutet natürlich auch, daß immer weniger Stichproben entnommen werden. Hier müssen in eigener Regie und auf eigene Kosten neue Messungen vorgenommen werden, um die Öffentlichkeit zu warnen und die Behörden wieder auf Trab zu bringen.*

Die Konzentration von Lanzeitstrahlern in der Nahrungskette nimmt noch eine zeit lang zu, weil erst jetzt Pflanzen heranwachsen, die auch radioaktive Nuklide in ihrem Zellaufbau einlagern. Einige Pfalnezn neigen extrem dazu andere weniger. Es lassen sich eindeutig Pflanzen unterscheiden und zwar um Größenordnungen, die sich für einige Jahre nicht mehr als Nahrung für Menschen oder auch nicht als Viehfutter eignen.

Allgemein kann hier nur geraten werden, alle betreffs Nahrung in den ersten Wochen gegebenen Empfehlungen weiterhin so weit wie irgend möglich zu beachten, vor allem was die Nahrung von Babys, Schwangeren und Kindern betrifft - solange bis Meßwerte eine starke Abnahme auch von Langzeitstrahlern erheblich unter die offiziellen Grenzwerte aufweisen (s. IFEU-Forderung diese auf ein Fünfzigstel der heutigen Werte zu reduzieren).

Wer noch mal genau überdenken will, was er in den nächsten Wochen zu seinem persönlichen Schutz oder vor allem für Kinder tun kann, sollte unbedingt von *Holger Strohm* „Was Sie nach der Reaktorkatastrophe wissen müssen" lesen. Der weltweit anerkannte Fachautor beantwortet darin 30 der meist gestellten Fragen - mit sehr konkreten Tips -, die aus der Bevölkerung an Hörfunksendungen oder Zeitungen gestellt wurden (192 S., 4,- DM, erschienen bei Zweitausendeins, Postfach, 6000 Frankfurt/M. 61).

Das Institut für Energie und Umweltforschung hat eine Dokumentation zu den Grundlagen der Strahlenbiologie und den „Folgen von Tschernobyl" erstellt. Leicht verständlich kann man hier einige Grundkenntnisse erlernen um offizielle Angagben überprüfen zu können oder um in Diskussion auf Veranstaltungen und BI-Infotischen fitt zu sein. Die Broschüre enthält viele Übersichtskarten und Tabellen mit repräsentativen Meßwerten (u.a. auch Rechenansätze z.B. für die Umrechnung von Strahlungsintensität auf die Dosis, die ein einzelner Mensch erhält). Empfehlungen und Grundsatzinfos für die nächsten Monate sind ebenso enthalten wie Erklärungen wer, wie und wo gemessen hat, bzw. wie man es selbst tun kann (62 S., A5, 5,-DM, IFEU, Im Sand 5, 6900 Heidelberg).

Strahlenschutzkommission (SSK): Eine Kommission zum Schutze der Strahlen

Wer sich zuerst die Liste der Mitglieder der Strahlenschutzkommission (SSK) anschaut und anschließend im neuesten „Who's who" der Atomwirtschaft blättert, wird sich kaum wundern, daß dieser Altherren-Klub seine höchste Aufgabe darin sieht, die radioaktiven Strahlen vor der Kritik zu schützen, anstatt die Bevölkerung vor der Strahlung. Mensch könnte die SSK getrost vergessen, wenn nicht das Urteil dieses Haufens als der Weisheit letzter Schluß von der Gesundheitsministerin und anderen kolportiert und von immer mehr Menschen, denen der Sinn nach „Entwarnung" steht, auch noch geglaubt würde.

Denn: Vertrauen in das, was die SSK und Bundesregierung empfehlen, ist im wahrsten Sinne des Wortes tödlich. Deutlicher als je zuvor haben die vier Wochen seit Tschernobyl gezeigt, wie notwendig es ist, sein Überleben in Selbsthilfe mit anderen Betroffenen zu organisieren.

Das liegt nicht allein daran, daß die Herren des Strahlengrauens ohnehin vor Ablauf der Krebs-Latentzeit das Zeitliche gesegnet haben werden (SSK-Durchschnittsalter: 57 Jahre). Sondern das liegt in erster Linie an der Funktion dieser Kommission als Public Relations-Agentur der Bundesregierung. Werfen wir einen Blick auf Historie und Geschäftsordnung dieses Atomclubs.

Zusammensetzung der Strahlenschutzkommission

Prof. Dr. Dr. E. Oberhausen Vorsitzender Universitätsklinik Homburg (Saar)	Unterzeichner des Pro-Atomenergieraufrufs an alle Bundestagsabgeordneten von 1975, worin die „Nutzung der Kernenergie als notwendig und verantwortbar" bezeichnet wird.
Prof. Dr. R. Neider 1. stellv. Vorsitzender Bundesanstalt für Materialprüfung, Berlin	Mitunterzeichner des o.g. Aufrufs, Mitglied im Deutschen Atomforum, der Kerntechnischen Gesellschaft und der American Nuclear Society
Prof. Dr. Dr. Harder 2. stellv. Vorsitzender Universität Göttingen	Unterzeichner des o.g. Aufrufs
Prof. Dr. K. Aurand Berlin, Privatmann	Mitglied des Deutschen Atomforums, Berichterstatter auf der Internationalen Kernenergiekonferenz im Sept. 1971 in Genf, Veröffentlichungen im Rahmen des Kernforschungszentrum Karlsruhe, bis 1984 Abteilungsleiter im Bundesgesundheitsamt
Prof. A. Bayer Kernforschungszentrum Karlsruhe	Mitglied der Kerntechnischen Gesellschaft und der Amerikan Nuclear Society
Prof. Dr. L. Feinendegen Kernforschungsanlage Jülich	1962-67 Mitarbeiter bei der Europäischen Atomgemeinschaft, Mitglied der Kerntechnischen Gesellschaft
Prof. W. Feldt Bundesforschungsanstalt für Fischerei, Hamburg	Mitunterzeichner des o.g. Aufrufs
Prof. Dr. J. Hacke Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung, Berlin	
Dr. R. Hille Kernforschungsanlage Jülich	
Prof. Dr. Hinz Institut für Strahlenschutz des Bundesgesundheitsamtes, Neuherberg	
Prof. Dr. W. Jacobi Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, Neuherberg	Mitherausgeber der „Atomenergie", ehememals Abteilungsleiter im Hahn-Meitner-Institut für Kerforschung, Unterzeichner des o.g. Aufrufs
Prof. Dr. A. Kellerer Universität Würzburg	
Dr. K. Niklas Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, Neuherberg	
Prof. Dr. W. Pohlit Universität Frankfurt	Ehemals Mitglied im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, Neuherberg
Dipl.-Phys. M. Tscherner TÜV Rheinland e.V.	
Prof. Dr. S. Wagner Physikalisch-Technische Bundesanstalt, Abt. 6 (Atomphysik)	

Am Anfang ist Franz Josef Strauß

Die Strahlenschutzkommission wurde erst 1974 als ein Instrument der Atommafia gegen die aufkeimende Anti-AKW-Bewegung gegründet. Niemand hat dies präziser zum Ausdruck gebracht, als der damalige Innenminister Maihofer anläßlich der konstituierenden Sitzung der SSK am 17.10.74 in Bonn: *„Zu den Aufgaben der Kommission gehört die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Argumenten der Kritiker einer friedlichen Nutzung von Kernenergie. Viele unserer Mitbürger sind über die Gefahren von ionisierenden Strahlen zutiefst beunruhigt. Viele sind verunsichert durch polemische Kampagnen oder doch einfach unsicher aus fehlender oder mangelhafter Information. Wenn wir diese Unsicherheit nicht abbauen und den Bürger vertraut machen mit den unvermeidbaren Risiken der Kernenergie, werden wir die Chancen der Kernenergie für die friedliche Entwicklung unseres Landes nicht wirklich ausschöpfen können."* (aus: Der Bundesminister des Innern, Informationen über die Tätigkeit der Strahlenschutzkommission beim Bundesminister des Innern, hrsg. anläßlich iher 50. Sitzung am 8. Dezember 1983).

Unmittelbarer Vorläufer der SSK war die Fachkommission IV „Strahlenschutz" der Deutschen Atomkommission. Letztere trat am 26.1.1956 unter Vorsitz des Atomministers F. J. Strauß zusammen. Der 2. Vorsitzende Karl Winnacker, vor 1945 Leiter des Kriegsverbrecherkonzerns IG Farben, schrieb später über die Deutsche Atomkommission: *„Die Gründungsmitglieder waren persönlich durch den Minister berufen worden ... Jedes Mitglied verpflichtete sich durch Handschlag, in einem Gentlement-Agreement, über alle Verhandlungsgegenstände Schweigen zu bewahren. So war bei den Entscheidungen, die mit den Ministerien vorbereitet wurden, hinreichende Diskretion sicher."* Mit dem Ziel, möglichst schnell ein Atomwaffenstaat zu werden, nahm so der Atomstaat seinen Lauf ...

Die Fachkommission „Strahlen-

schutz" bestand aus zwei Mitgliedern der Hauptkommission und weiteren Mitgliedern, die ebenfalls vom Atomminister persönlich berufen wurden. Die personelle Kontinuität von der Atom- zur Strahlenschutzkommission wahrte u. a. ein Prof. Dr. O. Hug, vor 1945 Assistenzarzt am Pathologischen Institut der Charité Berlin (seit 1935 Mitglied der NSDAP und der SA), nach 1945 Mitglied des wissenschaftlichen Rates der Gesellschaft für Kernforschung und Institutsleiter der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) in Neuherberg, dann Mitglied der Deutschen Atomkommission und schließlich 1974/1975 Mitglied der Strahlenschutzkommission. Für strukturelle Kontinuität — Atomfilz mit Geheimdienstflair — sorgt bis heute die SSK-Geschäftsordnung, in der z. B. festgeschrieben ist, daß *„ohne Zustimmung des Bundesministers des Innern sie niemandem Empfehlungen oder Auskünfte geben"* darf (§ 2, 3). Die Sitzungen sind nichtöffentlich, die Beratungen vertraulich. Bei Hinzuziehung externer Sachverständiger sind auch diese *„auf die Wahrung der Vertraulichkeit über den Inhalt der Sitzung zu verpflichten"*. Wer aus der Rolle fällt, den kann der Innenminister jederzeit „aus besonderen Gründen" abberufen. Für den Rest winkt das, was § 6,3 der Geschäftsordnung als „Vergütung der Tätigkeit der Mitglieder der SSK" umschreibt.

Kann es vor diesem Hintergrund noch verwundern, daß alle Anläufe, aus der SSK ein pluralistisches Gremium zu machen, scheitern mußten? 1978 versuchten erst die Umweltverbände, dann der DGB, eine Person ihres Vertrauens in die SSK zu hieven. Vergeblich. Beide Versuche scheiterten am „liberalen" Innenminister Baum, der auf Wahrung des „speziellen" Charakters der SSK bestand.

Strahlenschützer bei der Arbeit

Die erste „Vorsorgemaßnahme" stammte vom 30. April 1986 und richtete sich gegen die Gefahren aus dem Osten: „Spitzenfachleute" der SSK und Zimmermann setzten durch, die Einfuhr von Milch, Obst und Gemüse aus Polen und der UdSSR zu untersagen, *„soweit ein Grenzwert der radioaktiven Konzentration von 4 Bq pro kg bei den gesamten Lebensmitteln überschritten ist"* (so BMI-Sprecher Butz am 2.5.86). Diese Entscheidung hielt die SSK einige Tage darauf freilich nicht davon ab, einen Persilschein auszustellen auf westliches Blattgemüse mit 250 Bq/kg und westliche Milch mit 500 Bq/l Jod 131. (Wobei in der Realität flächendeckende Gemüsekontrollen gar nicht realisiert werden konnten und somit regionale Verbote von Gemüseverkauf angemessen gewesen wären: So wurden in Baden-Württemberg auf im Handel befindlichem Gemüse z. B. am 6. Mai 5.500 Bq Jod 131 je kg auf Salat und am 7. Mai 3.400 Bq Jod 131 je kg auf Spinat gefunden. Das Bundesinnenministerim meldete am 11. Mai auf Freilandgemüse 3.000 bis 10.000 Bq Jod 131 je kg in Süddeutschland, im Rest der Republik bis 2.000 Bq/kg). Am 7. Mai wurde seitens der SSK die enorme Strahlendosis von 3 rem für Kleinkinder nach Trinken von 20 Litern Milch als „annehmbar" bezeichnet, was selbst die sonst als besonders skrupellos bekannten EG-Normen für Radioaktivitätswerte in den Schatten stellte. Auf Brüsseler Ebene einigte man sich laut „VWD Europa" vom 16.5.86 darauf, „daß die Aufnahme von Strahlendosen zwischen zwei und drei rem **im Laufe eines Jahres** als unbedenklich anzusehen sei".

Der zweite Hammer in der Empfehlung vom 7.5. war die Aufhebung des am 4.5. verfügten Grenzwertes für Caesium-Aktivität und andere langlebige Spaltprodukte in Höhe von 100 bq pro kg Lebensmittel. Die SSK hatte offenbar innerhalb von drei Tagen erkannt, daß die langlebigen Strontium-90- und Caesium-137-Strahler innerhalb einer Generation nicht abklingen und eine Beseitigung der Lebensmittel die Bevölkerung womöglich noch mehr beunruhigen könnte. Anders jedenfalls ist die SSK-Entscheidung nicht zu verstehen, denn es lag am 7. Mai aus technischen Gründen noch kein einziger Meßwert von Strontium-90 vor. Die alleinige Festlegung des Jod-131-Grenzwertes hat zudem den erheblichen propagandistischen Effekt der Orientierung an einem Nuklid, dessen Rückgang absehbar ist, ohne daß damit das Langzeitrisiko auch nur geringfügig abnimmt. Null Grenzwerte für langlebige Strahler bedeutete grünes Licht für den Verkauf und die Konservenverarbeitung von Lebensmitteln, die mit dem Rückgang des Jod-131-Anteils an der Gesamtradioaktivität unkontrolliert stark mit langlebigen Strahlern verseucht bleiben. Nach Angaben des Darmstädter Ökoinstituts würde schon *„durch Verzehr von 14 kg Gemüse mit 100 Bq Caesium-137 je kg ... der jährlich zulässige Grenzwert der Strahlenschutzverordnung für die Strahlenbelastung der Knochen (180 mrem pro Jahr) überschritten; bei Kleinkindern würden dazu bereits 5 kg ausreichen"*. Zudem habe man *„bei stichprobenartigen Messungen an im Handel angebotenem Gemüse in Baden-Württemberg z. B. gefunden: 600 Bq Caesium-137 je kg Spinat (7. Mai), 600 Bq C-137 je kg Salat (6. Mai). Am 11. Mai nannte das Bundesinnenministerium Werte von 1.000 bis 3.000 Bq C-137 auf süddeutschem Freilandgemüse"*. (vgl. Anhang II des hessischen Ausstiegsszenarios: „Auswirkungen von Strahlenbelastungen").

Haupttendenz Atomstaat

Es ist gut, aber nicht ausreichend, wenn die SSK-Beschwichtigungen auf massenhafte Zweifel gestoßen sind. Was die SSK und das BMI in den letzten vier Wochen vorgeführt haben, ist keine primitive Lobbyarbeit, sondern Ausdruck eines entwickelten, grauenhaften Atomstaats, dem nicht nur das Vertrauen entzogen, sondern der zerschlagen weden muß. Vieles erinnert an Orwell-Visionen: Da wird aus allen Rohren auf Entwarnung und gegen vorsorgliche Jodeinnahmen gesetzt, während sich dann auf einer Bürgerversammlung besorgter Eltern herausstellt, daß ausnahmeslos alle örtlichen Kinderärzte und -ärztinnen, die es besser wußten, ihre eigenen Kinder mit kleinen Dosen nichtbestrahlten Jods versorgt haben. Da wird von einem Minister Zimmermann selbst in der diskreten Runde des Bundestag-Innenausschusses scharf interveniert, als nach Drängen grüner Abgeordneter der SSK-Vorsitzende zusagt, ein Papier über die Nuklidzusammensetzung der Strahlenwolke weiterreichen zu wollen.

Da wird dem Bielefelder Umweltdezernenten Uwe Lahl von der SPD-geführten Düsseldorfer Landesregierung die Einsicht in Unterlagen über Radioaktivitätsmessungen verweigert.

Da kommt nur zufällig und nach wochenlangen Verzögerungen an die Öffentlichkeit, daß am 3./4. Mai 1986 aus dem Hochtemperaturreaktor in Hamm erhebliche Mengen an Radioaktivität freigesetzt wurden und die einzige ersichtliche Konsequenz der Rau-Regierung darin bestand, ab dem 4. Mai die zuvor praktizierte Weitergabe von Radioaktivitätswerten bei AKW-Standorter einzustellen.

Da werden von allen staatlichen Stellen die Meßwerte von Plutonium unter Geheimhaltung gestellt, und die schriftlichen Mitteilungen über Meßdaten beginnen mit den Worten: „Diese zur Veröffentlichung freigegebenen Meßdaten schicken wir Ihnen ..."

Da werden Professoren und Wissenschaftler, die sich aufgrund eigener Radioaktivitätsmessungen an die Öffentlichkeit gewendet haben, wie z. B. in Kiel, Ulm und Regensburg, staatlicherweise massiv unter Druck gesetzt, um sie zum Dementi ihrer Gefährdungseinschätzung und ihrer Forderungen zu bewegen. Da heißt es in der „Neuen Westfälischen" vom 27.5.86 beiläufig: *„Es sei falsch, so die Fachleute der Kreisverwaltung, von einem Informationsstopp zu reden. Richtig sei vielmehr, daß der Regierungspräsident und der Innenminister erlassen hätten* (am 9. Mai übrigens), *keine Meßergebnisse mehr bekanntzugeben, die amtlich nicht beglaubigt seien."*

Da heißt es in einem Fernschreiben an das für die Radioaktivitätsmessungen zuständige Wetteramt in München (laut „Spiegel" 20/86): *„Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß den Wetterämtern übermittelte Werte der gemessenen Radioaktivitäten den Geheimhaltungsgrad VS/NFD haben und ausschließlich als Unterlagen für die von den jeweiligen Landesregierungen zu gebenden Beratungen dienen. Eine Weitergabe an die Öffentlichkeit ist untersagt"*: usw. usf.

Es wird in den nächsten Wochen nicht n u r darauf ankommen, den Kampf für die Abschaffung des Atomprogramms zu forcieren. Nicht minder wichtig ist es, das massenhafte, aber oft nur gefühlsmäßige Mißtrauen in den Atomstaat mit Fakten, auch physikalischen, anzureichern, zu vertiefen und zuzuspitzen. *aus:AK 271, 2.6.86*

Alles Lüge!

ein paar anmerkungen zu der informationspolitik staatlicher behörden, insbesondere der bundesregierung im zusammenhang mit der "bewältigung" der reaktorkatastrophe von tschernobyl

als langjährige atomkraftgegnerinnen sind wir es gewohnt gewesen von diesem staat und der atommafia belogen und betrogen zu werden. und so sehr wir das wissen über das alltägliche lügen staatlicher instanzen vervollkommnen, so belanglos blieb es für den großen rest der bevölkerung.
das ist im zusammenhang mit der reaktorkatastrophe von tschernobyl schlagartig um vieles anders geworden: durch die allgegenwärtige bedrohung war der wunsch nach information und aufklärung für millionen von menschen umfassend. der wunsch nach hilfe und schutz gegen die katastrophe wurde massenhaft an die staatlichen behörden gerichtet; urplötzlich bekam die informationspolitik staatlicher stellen eine immense bedeutung. wenn wir uns akwgegnerinnen mit der staatlichen informationspolitik im zusammenhang mit tschernobyl beschäftigen, so müssen wir bei der natürlich negativen charakterisierung dieser politik eine feststellung voranschicken: unsere kritik zielt nicht auf die verbesserung technokratischen krisenmanagements von katastrophen ab. es geht uns mit unserer kritik vielmehr darum, den menschenfeindlichen charakter dieses staates und seiner behörden bloßzulegen, die ja mit eine ursache für die anwendung von atomarer energie, ob militärisch oder zivil, ist.
nach einem ersten überblick scheint es zumindestens so zu sein, als wenn nach einer durchsicht eines ganzen wustes von meldungen und berichten aus der bürgerlichen presse läßt sich die staatlich beschriebene informationspolitik nach tschernobyl in etwa folgender weise charakterisieren: Die bundesregierung, aber auch diverse länderregierungen und zahllose "offizielle stellen" haben sich durch eine politik der ignoranz und leichtfertigkeit hervorgetan. ohne das genaue ausmaß und die folgen der reaktorkatastrophe genau zu kennen, trat bundesinnenverbrecher zimmerman kurz nach bekanntwerden des super gau vor die medien und verkündete dort, daß die brd rund 2000 km von derunfallstelle entfernt läge und das eine gefährdung der bevölkerung ausgeschlossen sei. woher zimmerman diese gewissheit nahm, ließ er wie so oft in diesen tagen, offen. während sich die bundesregierung auf der einen seite (zurecht!) über die informationsblockade der sowjets beschwerte, wußte zimmerman ungetrübt jeglichen wissens zu erzählen, daß ein derartigen unfall in westdeutschen akws ebenfalls ausgeschlossen werden konnt. im gegenteil: diese seien anerkannt sicher. auch diese äußerungen waren aber nicht mehr in der lage, die nachfolgenden bilder aus der realität mit in strahlenschutzanzügen vermummten menschen, die an der ostgrenze verstrahlte lkws dekontaminieren, zu übertünchen.
ein grundlegender fehler und zunehmend folgenschwerer werdendes hemmnis war die festlegung der informationspolitik der regierung und einzelner unionsregierter bundesländer auf die unbedingte propagierung von atomenergienutzung. nicht mal eine ohnehin folgenlose sicherheitsüberprüfung für westdeutsche akws hielt zimmerman für notwendig. diese linie geriet durch die realen entwicklungen in einen derartigen widerspruch zur realität, so daß weitgehende konsensbrüche mit vielen auch konservativen menschen unvermeidlich wurden.
der versuch der antisowjetischen stimmungsmache ist bislang aufgrund bestimmter widersptüchlichkeiten nicht in dem maße verfolgt worden, wie es sich die staatlichen behörden gerne gewünscht hätten. sprach strauß anfangs noch davon, daß der supergau auf die "primitive technik eines primitiven systems" zurückzuführen sei, so ist mittlerweile deutlich geworden, daß es immer eine gute zusammenarbeit zwischen der atommafia in ost und west gegeben hat und das gerade tschernobyl von westlichen experten als besonders sicher angesehen worden ist. der ohnehin unrealistische versuch der bundesregierung eine prüfung von schadensersatzansprüchen gegen die sowjetunion durchzuführen wurde geschickt von der bonner sowjetbotschaft gekontert mit dem hinweis, daß gerade zimmerman doch immer behauptet habe, daß alles in ordnung sei, niemals eine gefahr gedroht habe und alles zum besten stehe.
kennzeichnend für die situation war eine unzureichende abstimmung von bund und ländern, die nicht dazu in der lage waren, in der kürze der zeit eine"einheitliche sprachregelung" gegen die bevölkerung zu entwickeln. dies hatte zum teil verwirrende anordnungen und zum teil unübersehbare widersprüchlichkeiten zur folge. wurden auf der einen seite

Bremer Bürgerschaftsgebäude *Foto: Pelle*

strenge grenzkontrollen für importe landwirtschaftlicher güter aus dem osten verhängt, so übersah man zunächst schlicht die schiffseinfuhren über den rhein-main-donau schiffsweg und vergaß auch die lebensmittel aus dem ebenfalls verseuchten italien. je nachdem, welchen rundfunk die menschen in hessen, saarland oder sonstwo hörten, wurden sie mit unterschiedlichen meßwerten und unterschiedlichen grenzwerten und mit diesbezüglich anderen verhaltensanweisungen konfrontiert. In das bild einer völlig chaotischen informationspolitik fügt sich auch das nachfolgende gerangel zwischen bund und ländern (hessen, schleswig-holstein) um die frage von grenzwerten in milch und fleisch. das bild wird dann noch durch danach einsetzende streitereien in der europäischen gemeinschaft um neue richtlinien für radioaktive grenzwerte nur noch abgerundet.

in einzelnen fällen wurden - vermutlich auch wegen der schlechten abstimmungversuche von informationsunterdrückung öffentlich:

der bevölkerung in bayern wurden zunächst alarmierende werte schlichtweg verschwiegen

vom bundesverkehrsministerium erging die weisung an den wetterdienst in offenbach"anrufenden normalbürgern zahlenmaterial zu nennen, da der laie sie ohnehin nicht einordnen könne",

aus schleswig-holstein wurde bekannt, daß radiologen aufgrund der radioaktiven belastungen zunächst die ausgabe von unverseuchten nahrungsmitteln an kinder und schwangere über jahre hinaus empfahlen. nach einer intervention des kieler sozialministeriums mußten sie diese Hinweise zurücknehmen.

typisch für die qualität herrschender verschleierungspolitik ist auch die forderung der jungen union zimmerman solle zurücktreten, da er seiner"aufgabe nicht gewachsen sei. über die junge union hinaus wurde zimmermann aus den reihen der union vorgeworfen, daß er nicht in der lage gewesen sei eine "notwendige koordination"

zwischen den bundes- und länderinstanzen herzustellen, was zu einem großen teil zum verwirrenden und chaotischen bild der informationspolitik beigetragen habe. die erste pressekonferenz von der bundesgesundheitsministerin süssmuth war im tenor davon getragen "endlich zu einer einheitlichen beurteilung und sprachregelung" wegen der verunsicherung der bevölkerung zu gelangen. wenn sich die herrschenden zum unbemerkten lügen als unfähig erweisen, müssen sie erstens ausgewechselt werden und als zweites "neue sprachregelungen" gegen die bevölkerung entwickeln.

in der bevölkerung wurde durch diese taktiererein zunehmend ein bild der desinformation durch die staatlichen behörden und derer allgemeiner hilflosigkeit hervorgerufen. aber diese politik hat auch ganz wesentlich dazu beigetragen, die zunächst einmal verbale ablehnung der nutzung der atomenergie in der bevölkerung ganz stark zu verbreiten. offenbar ist dies in den anderen westeuropäischen ländern (frankreic z.b.) nicht in dem maße der fall gewesen wie in der brd. der spiegel (20/86) schreibt zusammenfassend über das ergebnis staatlicher informationspolitik: "das vertrauennsverhältnis zwischen regierten ist gestört, die autorität des staates beschädigt. zurück bleibt mißtrauen."

selbst bei einer berechtigten skepsis gegenüber dem sogenanntenspiegel-deutsch und deren flotter journalistenschreibe halte ich diese einschätzung für zutreffend. und nichts ist wichtiger für unseren weiteren widerstand, als wenn die bevölkerung diesem staat mißtrauisch bis feindselig gegenübersteht, es liegt damit künftig an uns, ob wir dieses "mißtrauen" gemeinsam mit vielen anderen menschen in aktionen gegen diesen staat und die atomindustrie ummünzen können. In der weiteren bewältigung von tschernobyl in der informationspolitik werden wir künftig mit zwei entwicklungslinien konfrontiert werden: 1) Süssmuth forderte eine überprüfung der katastrophenschutzpläne auf ihre effektivität hin. aus den reihen der union wurde ein verstärkter zivilschutzbau für die nächst zeit verlangt. zudem gibt es überlegungen, den geamten aufgabenbereich des zivilschutzes zukünftig beim bund zu zentralisieren. Dieser aufgabenbereich viel bisher in den bereich der länder. ähnlich verhält es sich bisher mit grenzwertfestlegungen für nahrungsmittel. auf der einen seite soll der bevölkerung ein technokratischer katastrophenschutz vorgegaukelt werden, der real vor nichts schützen kann, auf der anderen seite soll die zentralisierung von kompetenzen in den händen relativ weniger zukünftig verhindern, daß verbale widersprüchlichkeiten in dem ausmaß um sich greifen, wie nach tschernobyl

2) schon kurz nach bekanntwerden des supergaus ist die bundesregierung auf die linie eingeschwenkt, die ablehnung und den widerstand gegen die nutzung von akws umzudrehen in eine technokratische diskussion von akws. der grundsätzliche protest soll abgelenkt werden in forderungen nach einer internationalen konferenz aller akw-staaten mit der forderung nach mehr weltweiter reaktorsicherheit, der inspektions- und überprüfungsmöglichkeitenvon akw durch die IAEO in wien und einem schnellinformationssystem bei störfällen. letztere forderung dient natürlich auch den eigenen besseren vorbereitungen und koordinierungsmöglichkeiten der informationspolitik gegen die bevölkerung.

für helmut kohl geht es nicht um einen "ausstieg aus der kernenergie, sondern um einen einstieg in eine internationale anstrengung für mehr sicherheit". (FR vom 15.5.86) real werden wir diese Politik nicht verhindern können. wir können aber in unserer weiteren öffentlichkeitsarbeit das klar machen, was wir seit jahren ohnehin tun: selbst noch so gute sicherheits- und infosysteme verhindern und begrenzen keine störfaälle in atomanlagen. es gibt keine sicheren akws weltweit.

"glaubt ihnen kein wort, akw's und WAA sind mord!

SPD: Umstieg in das dritte Jahrtausend

Foto: Dietmar Gust

In einem ZDF-Hearing zum Thema „Ausstieg aus der Kernenergie?" ereiferte sich Oskar Lafontaine über die CDU/FDP-Politik nach Tschernobyl: *„Das ist Staatsterrorismus!"* Wer, so Lafontaine, nach der Katastrophe von Tschernobyl die hiesigen Atomkraftwerke so weiterlaufen lasse als sei nichts geschehen, nehme den Tod Tausender stillschweigend in Kauf. So ist es. Schade, daß der ansonsten glänzend argumentierende Joschka Fischer in der Gesprächsrunde Lafontaine nicht die Frage gestellt hat, ob er sich denn noch in einer Partei von Staatsterroristen und potentiellen Massenmördern wohl fühle ...

Ende April dieses Jahres geschah zweierlei. Erstens ging der Reaktor in Tschernobyl durch und zweitens tagte der SPD-Parteivorstand. Noch bevor die Meldung aus der Ukraine über die Fernschreiber tickerte, hatte das SPD-Gremium ein Grundsatzpapier zur Energiepolitik beschlossen, in dem es unter Punkt 6 („Kernenergie unter bestimmten Voraussetzungen") heißt: *„Die SPD sieht auch heute die Möglichkeiten, die heute in dem Potential der Kernenergie zu Energieversorgung liegen; doch sind inzwischen auch ihre Gefahren deutlicher geworden. Mittelfristig wird ihre Bedeutung zunächst noch wachsen. Unter Berücksichtigung der im Bau befindlichen Kernkraftwerke steigt ihre Gesamtkapazität von derzeit 17.000 MW bis 1990 auf etwa 24.000 MW an und wird dann etwa 35-40% des Stromverbrauchs aus dem öffentlichen Netz decken."*

Halten wir fest: Ende April — die ersten sowjetischen Arbeiter verstrahlen gerade im Super-Gau — erklärt der SPD-Vorstand sein Einverständnis zum „mittelfristigen" Ausbau der Atomenergie.

Einige Stunden später war klar, daß kein Sozialdemokrat diesen Beschluß, insbesondere den zitierten Kernsatz, in den nächsten Tagen und Wochen öffentlich vertreten würde. Stattdessen quälte sich die Partei durch einen „Lernprozeß", in dem die unterschiedlichsten, sich zum Teil diametral widersprechenden Konsequenzen aus Tschernobyl propagiert wurden.

Wir haben uns die Mühe gemacht, in das scheinbare Chaos sozialdemokratischer Äußerungen zu den Konsequenzen aus Tschernobyl Ordnung zu bringen, und wir haben dabei — das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein — verschiedene Kategorien erhalten:

Kategorie A: Der Funktionär

Als einen derzeit fest im Sattel sitzenden Protagonisten dieser Kategorie zitieren wir den IG Chemie-Vorsitzenden Herman Rappe *„Es kommt nach Tschernobyl darauf an, die Sicherheit von Kernkraftanlagen rund um die Bundesrepublik zu verbessern. Durch die Ablehnung der Atomenergie wird die Verläßlichkeit der Sozialdemokraten durch Kopfsprünge in Zweifel gezogen, davor warne ich"* (9.5.). Oder der SPD-Funktionär Niggemeier, Chefredakteur der IG Bergbau- und Energie-Zeitung „einheit". *„Die entscheidende aktuelle Forderung ist deshalb die nach einer internationalen Übereinkunft über die Anhebung des Sicherheitsstandards in Ost und West auf das Niveau des höchstmöglichen Stands der Technik wie in der Bundesrepublik."* Am deutschen Atomkraftwesen soll also die Welt genesen. Unter dieser Kategorie ließen sich zudem noch ehemalige SPD-Kanzler einordnen, die in eben dieser Position den Ausbau der Atomanlagen betrieben haben.

Kategorie B: Der Ministerpräsident mit AKWs im Land

Hessens Börner am 5.5.86: *„Deutsche Kernkraftwerke sind sicher. Der Atomunfall in der Sowjetunion ist kein Grund die beiden hessischen Kernreaktoren in Biblis stillzulegen."* Die hessischen AKWs sind für 40 Jahre angelegt, von denen nicht einmal 10 um sind. Die hessische SPD bleibt damit für dieses Jahrtausend Atompartei.

Kategorie C: Kandidat fürs Amt

Johannes Rau (der u.U. auch der Kategorie B zugerechnet werden kann) am 9.5.86: *„Ein weiterer Ausbau der Kernenergie kommt nicht in Frage. Wenn die SPD im Januar 1987 die Bundesregierung übernimmt, wird sie die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß der Schnelle Brüter in Kalkar nicht in Betrieb genommen wird. Die SPD sagt auch nein zur WAA in Wackersdorf."* Bestehende AKWs und solche, die im Bau sind und bald ans Netz gehen, erwähnt Rau nicht. Er favorisiert — ebenso wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" — den sog. Hochtemperaturreaktor, kandidiert also, frei nach Lafontaine, für die Führerschaft im Staatsterrorismus.

Kategorie D: Kandidat fürs Amt, kurz vor den Wahlen

Gerhard Schröder: *„Auch ich habe Angst gehabt."* Ansonsten möchte er in „einer gewaltigen gesellschaftlichen Anstrengung" den langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie wagen, wobei er sich aber ausdrücklich weigert, einen

Zeitraum anzugeben. Schritt für Schritt für ... , technisch, ökonomisch abgesichert, seriös und durchdacht, sozusagen unmerklich soll das über die Bühne gehen. In der Zwischenzeit möchte er alle niedersächsischen AKWs einer strengen Sicherheitsprüfung unterziehen, „eventuell" sogar den Schrottreaktor Stade abschalten, dafür aber in „jedem Fall" den neuen, doppelt so großen Reaktor Lingen II ans Netz gehen lassen. Schröder ist ein Kritiker der Kernenergie, der vor den Wahlen den tumben Bürger der Mitte, nach den Wahlen das Energiekapital nicht verschrecken möchte, ein Renegat, ein Realpolitiker also. Auch ihn trifft der Bannstrahl seines Freundes Lafontaine.

Kategorie E: Oppositionsführer

Björn Engholm (Schleswig-Holstein): *„Es gibt ein gigantisches Energieüberangebot. Wir fordern, daß die SPD bis 1989 einen Plan zum Ausstieg aus der Kernenergie vorlegt. Wir fordern eine Verstaatlichung der Energieunternehmen in der Bundesrepublik mit dem Ziel, den von uns angestrebten Ausstieg wirkungsvoller durchzusetzen. Wir fordern die Landesregierung in Kiel auf, dem Kernkraftwerk Brokdorf die Betriebsgenehmigung zu verweigern."* Engholm ergänzt: ***„Im Falle eines Wahlsiegs der SPD im Jahre 1987 kann die SPD Brokdorf nicht von heute auf morgen abschalten. Dann würde ich in Erwägung ziehen, stattdessen die Anlage in Brunsbüttel als ältestes Kernkraftwerk in Schleswig-Holstein außer Betrieb zu setzen."***

Ulrich Lang (Baden-Württemberg): *„Wir wollen die Stillegung des AKW Obrigheim im Jahre 1989, der AKWs Phillipsburg I und Neckar-Westheim I im Jahre 1995 und des AKW Phillipsburg II im Jahre 2000."*

Praktische Konsequenzen innerhalb eines halbwegs überschaubaren Zeitraums verspricht die SPD-BaWü also nur für den Schrottreaktor Obrigheim: 1989 soll er dran glauben. Kunststück: Für Ende des Jahrzehnts war eh vorgesehen, die Anlage vom Netz zu nehmen ...

Was passiert wenn die zitierten Personen die Rollen wechseln? Engholm (Schleswig-Holstein) hat darauf eine einleuchtende Antwort gegeben: Während er in der derzeitigen Kategorie gegen Brokdorf ist, wird er nach gewonnener Wahl flugs in die Kategorie B wechseln. Oder umgekehrt, wie z.B. Willy Brandt, der vor langer Zeit der Kategorie A angehörte und sich nun unter C oder E wiederfindet. Oder aber die Kandidaten der Gruppe C und D, die nach den Wahlen, je nach Ausgang, den Gruppen A, B oder E angehören werden. So flexibel ist die SPD!

Am 26. Mai hat der Parteivorstand der SPD erneut einen Beschluß gefaßt, der all den erwähnten Kategorien die Möglichkeit läßt, ihre Rollen nach Herzenslust auszuspielen. „Umstieg" heißt nunmehr die Parole; und das geht so:

1. Beratung über einen Plan zum schrittweisen Einstieg in den Umstieg, der in den Ausstieg mündet.
2. Nach Diskussion aller Gremien Entscheidung über den Plan.
3. Einbringen des Plans als Gesetzesinitiative in die parlamentarischen Gremien, um dann — immer vorausgesetzt, daß SPD-Mehrheiten vorhanden sind, die sich auch dann noch an solcherlei Pläne erinnern mögen — den Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft zu bewerkstelligen.

Während der Jahre, die bis zur Planerfüllung noch ins Land gehen, sollen selbstverständlich AKWs in sozialdemokratisch regierten Bundesländern weiter betrieben werden. Und in der Zwischenzeit wird man mit der CDU auch noch die eine oder andere Entscheidung fällen, die den Beschluß der SPD kurz vor Tschernobyl (mittelfristiger Ausbau der Atomenergie) verwirklichen hilft. So wie etwa die SPD-Fraktion in München, die am 16. Mai 135 Millionen DM für das AKW Ohu II bewilligte.

Auf die Frage, wann denn so ungefähr nach SPD-Vorstellungen der „Umstieg" vollzogen sein könnte, antwortete Harald Schäfer, Obmann der SPD im Innenausschuß: „Um die Jahrhundertwende kann man klarer sagen, ob man noch 5, 10 oder 15 Jahre braucht." (14.5.)

Im Jahre 2015 möchte die SPD ihren Staat vom praktizierten Atomterrorismus befreien — wenn alles gut geht.

KB Göttingen *aus: AK 271, 2. 6. 86*

Grüner Ausstieg

Oskar Lafontaine sprach das aus, was die SPD insgeheim denkt: *"Der Ausstieg aus der Kernenergie ist nur im Konsens mit den Unionsparteien und der FDP zu verwirklichen".* (Taz 14.6.86) Insofern dürfte die SPD zufrieden sein, daß der Kelch rot- grüner Mehrheiten in Niedersachsen und ein Tauziehen um den Ausstieg aus den AKW' s und zusätzlich die Thematisierung der "Entsorgungsfrage" angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen an ihr vorüberging.

Auch bei den Grünen wird mit dem Wahlausgang in Niedersachsen eine weitere Zerreißprobe vermieden, ihr Ausstiegsscenario wird die Feuerprobe der politischen Durchsetzbarkeit vorerst nicht erleben. Das in Niedersachsen vorgelegte Ausstiegsscenario geht von der Möglichkeit einer sofortigen Stillegung bei gleichzeitiger leichter Senkung der Emissionen konventioneller Kraftwerke aus.

Die SPD hat sich, obwohl sie in Niedersachsen wie überall statt konkreter Zahlen schwammige Versprechungen abgab letztlich als die realistischere Kraft des Ausstiegs präsentieren können, an allen AKW- Standorten gewann sie auf Kosten der Grünen. Besonders bitter ist dies in Lüchow- Dannenberg, wo die Grünen 3% abgeben mußten. ihr bislang niedrigstes Ergebnis erreichten. Die Wähler dürfte mit der Inbetriebnahme des Zwischenlagers und dem Ausbau des Endlagers der kämpferische Geist verlassen haben, hinzu kam der Bonus für den SPD- Spitzenkandidaten Schröder, der in den Gorlebener Bauernprozessen die Beklagten als Anwalt verteidigte. Für die Grünen geht es jetzt darum in der Opposition die SPD vorzuführen und sich den **außerparlamentarischen** Rückhalt für die Anti- Atomarbeit im Parlament zu verschaffen.

Hamburg

Die Rathaus- Fraktion der GAL will die Stillegung der AKW's über Klagen erreichen, die zwei in unmittelbarer Nähe von Atomkraftwerken lebende Bürger stellvertretend eingereicht haben. Klagegrund ist die weit über den Bestimmungen der Strahlenschutzkommission liegende Strahlenbelastung durch Tschernobyl und die Neudefinition des "zumutbaren Restrisikos" , die sich nach dem Supergau völlig neu stellt. Nachgewiesen wird, daß die HEW, da die Produktion sicherer und billiger Energie nicht mehr mit AKW's gewährleistet sei, eine Auflösung der Betreibergesellschaften fordern und damit eine Atomstopp- Politik durchsetzen könnte.

NRW

In Nordrhein- Westfalen wollen die Grünen die Stillegung der Atomanlagen über einen Volksentscheid durchsetzen. Neue Variante ist, daß das Land die AKW's in ihr Eigentum übernehmen soll mit dem alleinigen Zweck, sie anschließend stillzulegen.

Hessen: Kein Ausstieg – aus der Koalition

Joschka Fischer kündigte nach Tschernobyl mal wieder vollmundig das Selbstverständliche an, die Grünen würden die Koalition platzen lassen, falls von der SPD keine *"grundlegenden Schritte"* in Sachen Atompolitik ergriffen würden. Die hessischen Landtagsgrünen hatten nach Tschernobyl eine Aktualisierung des '84 von den Grünen im Bundestag vorgelegten Atomsperrgesetzes mit Begleitstudie (Müller- Reißmann, J. Schaffner) in Auftrag gegeben – aller dings von vornherein mit der Auflage an die Autoren, einen

Hessen vorn – beim Atomstaat oder beim Ausstieg ? *Foto:Klaus Malorny*

Ausstieg bis 1990 ins Auge zu fassen.
Von Fischer präsentiert wurden dann 2 Scenarien, von denen das eine auf Bundesebene die Möglichkeit der Abschaltung aller AKW's binnen 6 Monaten beschreibt und das andere die Möglichkeit der Abschaltung von Biblis A und B – **ohne konkrete Zeitangabe!** Als Börner das von Fischer vorgelegte Scenario als "verdienstvollen Diskussionsbeitrag "bezeichnete, hätten eigentlich alle Alarmglocken klingeln müssen. Der derzeit bevorzugte Angriffspunkt von SPD und CDU gegen den sofortigen Ausstieg , die ERhöhung klassischer Emissionen, ist gleich als Falle mit eingebaut, hier lassen sich die Elterngruppen gegen oder Umweltgruppen gegen das Waldsterben gegen die Anti-AKW-Bewegung ausspielen. Während die 84er Studie den Nachweis führte, daß ein Ausstieg in 6 Monaten ohne Emissionserhöhung möglich sei, wird jetzt behauptet, daß die AKW- Abschaltung "naturgemäß" zu einer Erhöhung der Emissionen führen müsse.
Bezüglich der Frage der Atommüllagerung bleiben die Hessen- Grünen konsequent. War im "Doppelvierer" die Direkte Endlagerung als "Entsorgungslösung ausdrücklich anerkannt, so werden jetzt *"Anlagen, die der Atommüllbeseitigung- und lagerung dienen" ausdrücklich von der Stillegung ausgenommen.*

Die Hessen- Grünen sind mittlerweile nicht der einzigste Landesverband, der den sofortigen Ausstieg weit aushöhlt, auch die Grünen Baden- Würtemberg haben ein Doppel- Scenario vorgelegt, das zum einen von einem Ausstieg binnen 6 Monaten ausgeht, von ihnen selbst aber als "problematisch" bezeichnet wird und ein e Alternative für einen Ausstieg in 5 Jahren – die SPD wird's danken.
Durchgesetzt werden soll der Ausstieg in Hessen über neue Sicherheitsstudien, diesmal unter Beteiligung ausländischer Wissenschaftler, dafür soll die X-te Kommission gegründet werden . Bereits im vergangenen Jahr war eine für 40.000 DM vom Ökoinstitut Darmstadt erarbeitete Sicherheitsstudie zu erheblichen Sicherheitsmängeln der Reaktoren gekommen, die konsequenzlos in den rot/grünen Schreibtischen versickerte.
Während ddie Grünen wortradikal versichern, sie würden das Thema nicht über die Sommerpause verschleppen, kündigte die SPD an, vor dem Bundesparteitag im August werde sie sich nicht festlegen, außerdem habe Fischer selber erklärt, sein Ausstiegsscenarion sei juristisch noch nicht abgesichert – solange dies nicht der Fall sei, sei die Abschaltung illusorisch.
Die Bundesdelegiertenkonferenz brachte statt neuer Akzente eher Verbalradikalismus. Zum einen wurde erklärt, die Grünen würden *"sich kategorisch jeder Politik verweigern, die...die sofortige Stillegung aller Atomanlagen ausschließt.*

Andererseits wurde den Hessengrünen ein Hintertürchen zur Erhaltung der Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode offengehalten, solange darf sich die SPD mit der Stillegung Zeit lassen.
Deutlich wurden die Probleme der Grünen mit der politischen Durchsetzung anläßlich der Brokdorf- Demo. Waren in der niedersächsischen Fraktion Stimmen zu hören "die Demo sei vor den Wahlen nicht opportun" und das fehlende Gewaltfreiheitsbekenntnis in dem (gemäßigten) BI- Aufruf beklagt. Auch die GAL-Hamburg fürchtete um ihre Ergebnisse der Bürgerschaftswahl und versicherte nach den Auseinandersetzungen auf den hamburger DEmos sie wolle künftig dafür sorgen, daß ähnliches nicht wieder geschehe. Es ist eben schwierig, radikale Forderungen vor allem im bürgerlichen Lager im Gewand des Biedermannes/ der Biederfrau durchsetzen zu wollen – das bringt zwangsläufig Widersprüche mit dem radikaleren Teil, der eigentlicher Träger der Forderung ist, mit sich. Dies gilt mittlerweile nicht mehr nur für die Autonomen, sondern auch für die Bürger um die WAA Wackersdorf und anderswo.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg

sofortiger Ausstieg ist möglich

Tschernobyl hat die alte Forderung der Anti-AKW-Bewegung nach einem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Tschernobyl gibt der Anti-AKW-Bewegung recht, aber das Rennen machen damit derzeit SPD und Grüne, wobei noch offen ist, wer im bürgerlichen Lager überzeugender agieren kann. Die Konzepte der Grünen reichen von 6 Monaten bis zu 5 Jahren, die SPD setzt im wesentlichen darauf, veraltete , abgeschriebene AKW vorzeitig stillzulegen und alle neueren auslaufen zu lassen.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, daß der sofortige Ausstieg heute (noch) möglich ist, ohne daß eine Lampe ausgeht. In der BRD liegt der Atomstromanteil heute bereits bei 36%, dies besagt jedoch nichts über die Notwendigkeit von Atomstrom, entscheidende Größen sind der Verbrauch und die insgesamt vorhandenen Kraftwerkskapazitäten. Z. Z. sind 86100 MW am Netz, davon sich 17000 MW Atomstrom. Der höchste Tagesverbrauch im Sommer liegt bei 44000 - 48000 MW (nachts ca. 25000 MW), die Winterhöchstspitze lag in dem sogenannten 'Horrorwinter' 1985 bei sonst unerrreichten 59000 MW, ansonsten liegt die Winterhöchstspitze bei 57000 MW, d. h. selbst bei Berücksichtigung einer Winterhöchstspitzenlast von 59000 MW verbleiben nach Abschaltung aller AKW noch 9900 MW, also eine Restkapazität von ca. 14 %.
Japan hält heute eine Reservekapazität von 8% für ausreichend, auch in der BRD ging man 1968, vor der Schaffung der gewaltigen Überkapazitäten, von einer nötigen Reserve von 10% aus. Ein Ausstieg ohne 'Komfortverzicht' wird schwieriger, je länger er hinausgezögert wird. Noch in diesem Jahrzehnt sollen mit den AKW Kalkar, Lingen und Brokdorf weitere 7000 MW Atomstrom an's Netz, dafür würden weitere konventionelle kleinere Kraftwerke eingemottet.
Problematischer als der 'Komfortverzicht' ist die Emissionserhöhung von SO 2 und NOX aus konventionellen Kraftwerken bei einem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie - hier könnten die Interessen der Bewegung gegen Waldsterben und Pseudokrupp gegen die Anti-AKW-Bewegung ausgespielt werden. Die Grünen hatten aus diesem Grund für ihr erstes Ausstiegsszenario 84 für den Ausstieg einen Zeitraum von 6 Monaten errechnet, um eine 'ökologische Optimierung', d.h. eine Emissionserhöhung zu verhindern, bzw. sogar eine Verminderung zu erreichen. Dieses Szenario wird derzeit aktualisiert.
Atomkraftwerke decken heute die Grundlast der Energieerzeugung ab, d.h. die rund um die Uhr gefragte Last, dies hängt mit den hohen Anlagekosten bei gleichzeitig (im Verhältnis zu Kohlekraftwerken) niedrigen Brennstoffkosten zusammen. Diese Grundlast müßte in der Übergangszeit durch relativ umweltfreundliche Gaskraftwerke abgedeckt werden, wir haben heute in der BRD mehr stillgelgt Gas- und Ölkraftwerke als AKW-Kapazitäten. Konventionelle Kraftwerke müßten bis zur ausreichenden Entstickung und Entschwefelung mit schwefel- und stickstoffarmer Importkohle befeuert werden, wobei Braunkohlekraftwerke insgesamt zurückgefahren werden müßten. Statt der emissionsträchtigen Schmelzfeuerung muß größtenteils die Trockenfeuerung eingesetzt werden. Die Spitzenlast könnte durch Heizölkraftwerke abgedeckt werden, die z. T. auf Erdgas umgestellt werden können. Klaus Traube hat nach Abschaltung der AKW eine (vorübergehende) Erhöhung des Primärenergieverbrauchs um 10% ermittelt, dies entspricht exakt der Menge, die in der 3. Fortschreibung des Energieprogramms 1981 ohnehin als Verbrauchserhöhung angenommen worden war.
Atomstrom ist nicht nur lebensgefährlich, sondern die teuerste Möglichkeit der Energieerzeugung.
–Der heute mit dem Strompreis bezahlte 'Entsorgungspfennig' stellt die Kosten dar, die die Energieversorgungsunternehmen für die Atommüllagerung bezahlen wollen. Dies sind jedoch nicht die Kosten, die langfristig durch den weiteren Ausbau der Atomenergie, durch Endlagerbau, den ev. Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage oder den Abriß veralteter AKW auf die Verbraucher zukommen. Hier muß mit Folgekosten von mindestens 89 Milliarden DM gerechnet werden.
–Heute noch gar nicht absehbar sind die Schäden, die durch den langfristigen Betrieb von AKW entstehen (radioaktive Niedrigstrahlung, langsame Verseuchung der Böden), unbezahlbar dürften die Auswirkungen eines Super-Gau's in der BRD sein.
Mit Abschaltung der AKW steigen die Brennstoffpreise wegen der vorübergehenden Umstellung auf Gas und Importkohle von 15,4 auf 21,4 Milliarden DM im Jahr, umgelegt auf den Strompreis macht dies eine Erhöhung von 3 Pf. je Kilowattstunde aus. Für einen Dreipersonenhaushalt mit durchschnittlichem Stromverbrauch bedeutet das eine Strompreiserhöhung von ca. 13% - Sicherheit für 25 DM mehr im Monat. Zum Vergleich die bisherige Strompreisentwicklung : von 1980 bis 1982 stiegen die Strompreise für Privatabnehmer um 20%.
Es steht fest, daß durch den Betrieb von AKW weitere Kohlezechen stillgelegt werden müssen, mit einem weiteren Verlust von Arbeitsplätzen ist also zu rechnen. Schaltet mensch die AKW ab und die konventionellen Kraftwerke wieder an und verwendet langfristig heimische Steinkohle zur Befeuerung, so nimmt die Arbeitslosigkeit ab. Die durch die verstärkte Kohleproduktion entstehenden Arbeitsplätze alleinübersteigen schon die im Atomenergiebereich verloren gegangenen erheblich. Zahlreiche zusätzliche Arbeitsplätze würden zudem durch die Produktion von Filteranlagen und den Aufbau dezentraler Energiesysteme entstehen.

Juristische Instrumentarien

Dieser Bereich muß grundsätzlich nach dem Prinzip behandelt werden, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.
--- Die zuständigen Länderminister können die Betriebsgenehmigung für AKWs nach §17 Atomgesetz widerrufen, "wenn erhebliche Sicherheitsmängel bekannt werden und diese durch Nachbesserung nicht beseitigt werden können". Nach Tschernobyl sollte klar sein, daß KERNSCHMELZUNFÄLLE nicht ausgeschlossen werden können und auch kein " zumutbares Restrisiko" sein können, die Wahrscheinlichkeit für einen GAU liegt unter Berücksichtigung von 30 Jahren Atomtechnologie und den bisherigen GAUs und Fast-GAUs jetzt bei acht Jahren !
Die Kernschmelze ist kein "Auslegungsstörfall", d.h. die hiesigen AKWs sind überhaupt nicht auf einen solchen Unfall eingerichtet!
Eine Kernschmelze ist bei keinem AKW zu verhindern, den in's Feld geführten "Berstschutz", der ein Austreten der Radioaktivität verhindern soll, gibt es nicht. Das in bundesdeutschen AKWs vorhandene ContainmentVERZÖGERT den Austritt der Radioaktivität allenfalls – nach offiziellen Gutachtachten auf 37 Minuten, ehe das Containment infolge der Kernschmelze zerstört werden kann.
--- Die bisherige Belastung aus dem AKW-Unfall in Tschernobyl geht weit über den nach der Strahlenschutzverordnung zulässigen Grenzwert hinaus,

eine weitere Erhöhung der Radioaktvität, auch durch den Normalbetrieb, ist nicht zulässig, eine sofortige Abschaltung ist erforderlich. Da die jetzt gegebene Belastung von Böden, Nahrung und Trinkwasser durch langlebige radioaktive Stoffe verursacht wird (Cäsium, Strontium, evtl. Plutonium) kann die Abschaltung keine vorrübergehende, sondern nur eine Endgültige sein.
Einer gegenteiligen Weisung des Bundesinnenministers (Bundeszwang) bräuchte nicht nachgekommen werden, sie wäre in diesem Fall als rechtswidrig zu betrachten.
Ein Bundeskommissar, der an Stelle des Landes Anweisungen erteilt, kann nur mit Zustimmung des Bundesrates eingesetzt werden, einen derartigen Fall hat es in der BRD noch nicht gegeben.
Auch schon vor Tschernobyl hatten die Länder Möglichkeiten zur Stillegung der AKWs, ein Land kann sich z.B. auf den Standpunkt stellen, daß
--- die Atommüllagerung ungeklärt ist. Das OVG Lüneburg hat die Atommülleinlagerung in das Zwischenlager Gorleben u.a. mit der Begründung gestoppt, daß es in Ermangelung eines Endlagers eines Tages selbst zum Endlager werden könnte. Die Länder können die Anforderungen bezüglich eines "Entsorgungsnachweises" eigenständig verschärfen und z.B. Verträge mit dem Ausland nicht mehr zulassen, da dieser Müll eines Tages zurückgenommen werden muß.
--- sich die weitere Erkundung der Endlager Gorleben und Schacht Konrad (Niedersachsen) nicht lohnt wegen erwiesener Untauglichkeit und dem Bund einen ablehnenden Bescheid zukommen lassen – damit wäre für verschiedene AKWs kein Entsorgungsnachweis mehr vorhanden, eine sofortige Stillegung wäre zu verfügen.
--- bestimmte Kosten , z.B. für Wiederaufarbeitung, den Energieversorgungsunternehmen (EVUs) wegen Unwirtschaftlichkeit nicht mehr anerkannt werden, d.h., sie können nicht mehr auf die Verbraucher umgelegt werden.

Warum wird an der Atomenergie festgehalten ?

Für die entscheidenden Parteien, CDU und SPD, soll dies nur kurz skizziert werden, wir sind darauf in der ATOM schon verschiedentlich eingegangen (1).

Bei der CDU an hervorragender Stelle zu nennen ist die Offenhaltung der militärischen Option. Dies beginnt in den 50er und 60er Jahren, als im ersten bundesdeutschen Atomprogramm (Eltviller Programm) die Produktion möglichst großer Mengen Plutoniums als wichtigstes Ziel genannt wurde, später der Wechsel von Strauß vom Atom- in das Verteidigungsministerium, wo er sich für die Atombewaffnung der Bundeswehr einstzte. Zentrale Projekte aus jüngster Zeit für die Offenhaltung militärischer Atomnutzung sind der Schnelle Brüter und die Wiederaufarbeitungsanlage, an der die EVUs inzwischen im wesentlichen das Interesse verloren haben und die von Zimmermann und Co im wesentlichen vorangetrieben werden.
Zum anderen ist diese Partei schon immer eng mit den Interessen der Industrie verbunden gewesen, auf deren Interessen gehe ich im weiteren noch ein.
Auch die SPD nimmt Rücksichten auf die Unternehmer, und man kann sich kaum einerseits als die Partei präsentieren, die den Unternehmen noch bessere Bedingungen bieten wird (Rau : "Ich bin für Marktwirtschaft...für mehr Marktwirtschaft, als wir heute haben... die Unternehmer sollen Profit erwirtschaften")(2) und andererseits die EVUs zwingen, ihre AKWs auszuknipsen bevor sie abgeschrieben sind. Der Weg der SPD wird absehbar darauf hinauslaufen, daß sie im Bau befindliche und neue AKWs auslaufen läßt, d.h. bis zum vorgesehenen Betriebsende, zur Erhöhung der Akzeptanz werden sie vorher "sicherheitsüberprüft". Ältere, abgeschriebene AKWs wie Stade werden vorher vom Netz genommen unter dem Motto "schrittweiser allmählicher Ausstieg". Konkrete Zahlen über den schrittweisen, langfristigen oder mittelfristigen Ausstieg sind von SPD-Seite bis heute nicht vorgelegt worden und vor dem Parteitag im Herbst d.J. nicht zu erwarten. Die von den Grünen vorgelegten Zahlen über einen Ausstieg ohne Erhöhung klassischer Emissionen binnen 6 Monaten sind bis heute nicht widerlegt, trotzdem konnte Willy Brandt unwidersprochen behaupten, der sofortige Ausstieg wäre "PURE ILLUSION" . Der einzige SPDler, der bis heute Zahlen präsentierte, ist Klaus Traube (Mitglied der SPD-Umweltkommission). Traube kam auf ähnliche Zahlen wie die Grünen, bezüglich der Kosten sogar auf günstigere und zu dem Fazit, der sofortige Ausstieg sei technisch und ökonomisch machbar, wenn er politisch gewollt sei.

Die Macht der Monopole

Die jetzige, mit tödlichem Strahlenrisiko und ungeklärten Problemen wie der Atommüllagerung, Waldsterben, Pseudo-Krupp behaftete Form der Energieerzeugung ist unlösbar mit ihrer jetzigen Eigentumsstruktur verbunden. Im Vordergrund steht nicht eine optimale Versorgung vorhandener Bedürfnisse, sondern die Erzielung eines möglichst hohen Profits und damit möglichst viel Stromabsatz, unabhängig davon, ob dies jeweils die ökonomischste Lösung ist. Diese Struktur wurde staatlicherseits immer gefördert, Alternativen wurden systematisch blockiert.
Wichtigstes Hemmnis für eine andere Energieerzeugung ist die Machtkonzentration der EVU's. Es gibt keine Branche, in der die Konzentration soweit vorangeschritten ist und die derartig miteinander verflochten ist. Der überwiegende Teil des bundesdeutschen Stroms wird von 8 großen EVU's erzeugt, die ihrerseits durch Schachtelbeteiligungen miteinander verbunden sind, bzw. über gemeinsame Firmengründungen. Diese EVU's besitzen praktisch ein Monopol im Bereich
- der Stromerzeugung.
- der Verteilung (sie sind im Besitz des 380 KV-Netzes und auch des Großteilsdes übrigenNetzes sowie der gesamten überregionalen Leitungen).
- der Primärenergiebasis, in der BRD vor allem der Kohle. Noch vor Machtantritt der Nazis hob bspw. das RWE unter Beteiligung des alten Flick den Kölner Braunkohlenkönig Silberberg aus dem Sattel und sicherte sich die gesamten Braunkohlegrubes des Ruhrgebietes. 1959 erlangte es zusätzlich die Kontrolle über die Rheinische Braunkohle.

Auch bei der Steinkohle besitzt das RWE inländische Felder und ist darüberhinaus an US–Vorkommen beteiligt, an Ölvorkommen über die Gelsenberg AG ebenso wie an der Uranausbeute in Südafrika und Australien.
Doch die EVU's haben nicht nur das ökonomische Monopol, sondern auch ein rechtliches, was sie von allen anderen, auf dem freien Markt agierenden Unternehmen unterscheidet. Dieses rechtliche Monopol ist über das Energiewirtschaftsgesetz abgesichert. Über das abgesicherte Gebietsmonopol eines EVU's (kein anderes darf in seinem Bereich Strom verkaufen) ist jegliche Konkurrenz ausgeschaltet, die uneingeschränkten Möglichkeiten zu Überwälzug der Kosten auf die Verbraucher macht Pleiten, z.B. durch Fehlinvestitionen, unmöglich. Die EVU's haben eine staatlich abgesicherte Profitgarantie.
Möglich wurde dies durch das gemischtwirtschaftliche Prinzip, d.h. die direkte Einbeziehung von Gemeinden in den Konzern über Aktienbeteiligungen. Diese Form wurde von Hugo Stinnes, dem heimlichen Vater des RWE, 1905 in die Wege geleitet. Eine Expansion, d.h. der vermehrte Stromabsatz, war für das RWE nur möglich, wenn die Gemeinden mitspielten und z. B. das Wegerecht für Leitungen abtraten. Das RWE bot den Gemeinden Dividendenzahlungen, Konzessionsabgaben, hin und wieder fiel auch ein Auto für den Bürgermeister ab - und ein Aufsichtsratsposten, der dem betreffenden Bürgermeister ein nettes Zubrot (heute für 3 Sitzungen pro Jahr bis zu 16.000 DM) bescherte und der Gemeinde vermeintlichen Einfluß. Dies garantierte dem RWE, daß die öffentlichen Vertreter des Aufsichtsrates am Wohlergehen des Konzerns interessiert waren,

und bemüht alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Es ermöglichte den Bau großer Kraftwerke mit billigen öffentlichen Krediten, den Zugang zu Entscheidungen der öffentlichen Hand (Baugenehmigungen, Gebietsmonopole, Infrastrukturmaßnahmen). Praktisch bedeutete dies, daß ein Oberbürgermeister als Mitglied des Aufsichtsrates ein Kraftwerk mit beschloß und es als Chef der Verwaltungsbehörde genehmigte.
Die Kommunen haben beim RWE durch Namensaktien formal die Mehrheit (60%), entscheidend für die Konzernpolitik ist jedoch der Aufsichtsrat. Hier sind die kommunalen Vertreter mit 5 Sitzen vertreten und die Kapitalvertreter ebenfalls mit 5, den Vorsitz führt jedoch stets ein Kapitalvertreter.

Hier finden sich dann sämtliche Großbanken, von der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, Commerzbank, aber auch die Allianz-Versicherrung. Allein durch die Struktur der EVU's ist gewährleistet, daß alle vor allem Interesse am Stromehrverkauf und großen Profiten haben, dies bedeutet für die Banken mehr Investitionen und die Kommunen mehr Dividenden. Gleichzeitig ist gesichert, daß die kommunalen Vertreter die Politik der EVU's nicht wirklich bestimmen, sondern sie nur erleichtern.

Energiewirtschaftsgesetz bevorzugt die Großen

Das geltende Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) ist auf die Interessen der Monopol-EVU's zugeschnitten. So trägt es mit seinen Bestimmungen zur Zerstörung kommunaler EVU's bei und blockiert energiepolitisch sinnvolle Alternativen.
- 1964 erließ das Bundesministerium für Wirtschaft den 300 MW-Erlaß, nach dem nur noch Kraftwerkseinheiten, die über dieser Größe liegen, gebaut werden sollen, in einigen Ländern ist dieser Erlaß rechtsgültig. Der Zubau großer Kraftwerkseinheiten ist vielen kommunalen EVU's nicht möglich, bzw. ist er häufig energiepolitisch unsinnig, alternative Energien (Sonnen/ Windkraftwerke) werden damit von vornherein ausgeklammert.
- Mit der Energiepreisaufsicht trugen die Länder dazu bei die kleinen EVU's zu zerstören. Hiermit wurde versucht einen Ausstieg kleiner EVU's aus der Atomenergie zu verhindern. Der bayerische Wirtschaftsminister drohte der Stadt München, die erwogen hatte, keinen Strom mehr aus dem AKW Ohu zu beziehen, an, ihr im Falle des Ausstiegs keine Ersatzkraftwerke zu genehmigen. Ebenso in Niedersachsen, wo die Preussag Mühe hatte, ihren Strom aus dem AKW Grohnde loszuwerden und das Wirtschaftsministerium die Stadt Hannover zwang, den Strom zu Dumpingpreisen abzunehmen, dafür aber kein eigenes (energiepolitisch sinnvolleres) Heizkraftwerk zu bauen.
- Entscheidend zur Absicherung der Monopol-EVU's hat die heutige **Tarifordnung** beigetragen (die ebenfalls auf 19 38 zurückgeht), mit ihrer Aufspaltung der Strompreise für Haushalte und Industrie. Diese Aufspaltung entstand aus der Tatsache, daß Haushalte kaum in der Lage sind, ihre Stromversorgung eigenständig abzusichern, d. h. auf Stromlieferungen angewiesen sind, während insbesondere energieintensive Industrien (Stahlwerke) vielfach eigene Kraftwerke besessen hatten. Da Ziel der EVU's ein sich ständig steigernder Stromabsatz war, mußte die Industrie dazu bewgt werden, ihre Kraftwerke stillzulegen. Möglich war dies über den ökonomischen Anreiz einer billigeren Belieferung als die Eigenversorgung, die EVU's liefern diesen Strom häufig weit unter dem Herstellungspreis. Sie sind frei mit der Industrie Sondertarife auszuhandeln, diese unterliegen keiner staatlichen Aufsicht. In der Regel sind diese Sondertarife geheim. Bekannt geworden und sicherlich beispielhaft ist der Vertrag, den die Hamburger HEW mit den Reynolds-Aluminiumwerken aushandelten. Sie werden 20 Jahre lang mit Strom zum Festpreis von 2,8 Pf./ KWh beliefert. Reynolds verbrauchte 1982 17% des hamburgischen Stroms (210 MW). Da die Stromerzeugungskosten im AKW Stade heute bereits bei 6,3 Pf./KWh liegen, subventionieren die hamburger Haushalte den Billigstrom mit jährlich 50 Mio. DM.

Der Energiepreisaufsicht unterliegen lediglich die Haushaltstarife, dies ist allerdings eher eine staatliche Garantierung des Profits. Auf die Haushalte umgelegt wird der Hauptanteil
- der Baukosten für neue Kraftwerke
- der Kosten für das überregionale Verbundnetz
- und die Fehlbeträge, die durch die Dumpingpreise für die Industrie in den Kassen der EVU's fehlen.

Doch nicht nur die Industrie wird mit Stromdumpingpreisen gelockt, auch Gemeinden werden Billigangebote gemacht, damit sie die Eigenversorgung einstellen, wegen der geringen Einspeisevergütungen lohnt die Unterhaltung eigener Kraftwerke nicht mehr.
Die Vergrößerung der Kraftwerkskapazitäten in den siebziger Jahren machte eine weitere Steigerung des Stromabsatzes erforderlich, die stärksten Zuwachsraten waren im Wärmemarkt, d. h. bei der Verdrängung von Öl-, Kohle- und Gasheizungen zu erwarten. Kampagnenhaft wurden die Nachtspeicherheizungen angeboten, bei denen die Verbraucher angeblich den billigen Nachtstrom ausnutzen konnten. In Wirklichkeit wurde auch dieser erhöhte Stromverbrauch durch die anderen Kleinverbraucher/innen subventioniert, denn die Strompreise für Nachtspeicherheizungen wurden den Preisen für Heizöl angeglichen und bis auf 4 - 5 Pf./KWh heruntergesetzt. Da die Stromnachfrage z. B. an kalten Wintertagen sprunghaft anstieg, konnten nicht die vorhandenen Nachttäler ausgelastet werden, sondern es mußten extra Kohlekraftwerke in Betrieb gesetzt werden, deren Strompreis bei 10 Pf./KWh lag. Stromheizungen erhöhen die nötige Spitzenlastreserve, denn die Belastung durch sie tritt dann auf, wenn ohnehin am meisten Strom nachgefragt wird: an kalten Wintertagen. Gleichzeitig sind Stromheizungen die unökonomischte Möglichkeit der Wärmeerzeugung. Der Wirkungsgrad einer Elektroheizung liegt bei 25 -30% (Umwandlungsverluste u. a.), der einer Gas- oder Ölheizung bei 80 - 90%, aufgrund des geringeren Wirkungsgrades im Verhältnis zur eingesetzten Energie entstehen letztlich auch mehr Emissionen (in diesem Fall im Kraftwerk) bei Stromheizungen.
Der Wärmebedarf macht heute ca. 97% des Haushaltsstroms aus (Heizung, Warmwasser), nur 3% werden als Kochstrom und für sonstige elektrische Geräte verbraucht. Praktisch der gesamte Wärmebedarf wäre durch andere Energiequellen (Sonnenkollektoren) oder Auskopplung von Industrie- und Kraftwerksabwärme (Kraft-Wärme-Kopplung KWK) als Fernwärme zu decken - dies würde den Strombedarf ganz erheblich senken und wäre gleichzeitig billiger und rationeller.

Alternativen

Die Industrie besitzt heute ein zusätzliches KWK-Potential von 10.000MW. Dies könnte realisiert werden, wenn die Einspeisung mit Preisen von den EVU's vergütet würde, die den Ausbaukosten der öffentlichen Stromversorgung entsprechen, das Gleiche gilt für die Wiederinbetriebnahme kleiner Wasserkraftwerke, die aufgrund der geringen Vergütung für den eingespeisten Strom und der Dumpingpreispolitik heute fast alle stillgelegt sind.
Eine Studie des BMFT kam für den Landkreis Nienburg zu dem Ergebnis, daß Biomasse (Reststroh, Schwachholz, Biogas) 35% des Raumwärmebedarfs der Stadt Nienburg und 50% im Landkreis decken könnte, bei Ausnutzung der realisierbaren Wärmedämmung bis zu 75%.
Bei der Wärmedämmung liegt ein großes Potential zur rationelleren Energienutzung. Um ein Haus auf eine konstante Temperatur von 20 Grad zu erwärmen können im Jahr 37 l Heizöl pro m2 nötig sein, oder aber 10 l bei einer Wärmedämmung nach schwedischem Standard.

Nicht verwechselt werden sollten solche Überlegungen mit der vor allem in grünen Kreisen beliebten Argumentation „jeder solle bei sich selbst anfangen" individuell Strom zu sparen. Strom muß heute zwangsweise von den Menschen eingespart werden, weil sie ihn nicht

mehr bezahlen können, in den Haushalten muß heute zwischen 6 - 10% des vorhandenen Budgets für Energie ausgegeben werden. Energieerzeugung und -einsatz ist heute nicht an dem Prinzip der **Rationalität** (möglichst viel Energie aus einer Grundstoffeinheit erzielen und sie ohne Verluste einsetzen) orientiert, sondern an dem des **Profits**, d. h. die Kosten spielen keine Rolle, denn sie werden auf die Verbraucher umgelegt, ebenso volkswirtschaftliche Schäden wie Waldsterben, Strahlenverseuchung u. a. Nötig ist also eine andere Energiepolitik, die sich an einer optimalen Versorgung der vorhandenen Bedürfnisse orientiert.

Rekommunalisierung

Die Grünen u. a. (6) haben dafür die Strategie der Rekommunalisierung in die Diskussion gebracht, d. h. die Rückverlagerung der Enerieerzeugung und -verteilung dorthin, wo sie verbraucht wird, in die Kommunen. Vorgeschlagen wird die Vergesellschaftung der Primärenergiebasis (Kohle, Erdgas) und die Gründung kleiner, kommunaler EVU's, bei Ausschaltung des Profitsystems, in denen neben der Stadtverwaltung auch Gewerkschaften, Bürger- und Umweltgruppen an den Entscheidungen beteiligt werden sollen. In den Kommunen ist die Wechselwirkung zwischen Siedlungsstruktur und Energieversorgung am planmäßigsten zu koordinieren, das vor Ort vorhandene Potential an Biomasse und Abwärme (dessen Energie nur schlecht zu transportieren ist) könnte optimal genutzt werden. Die Vorhaltung von Reservekapazitäten könnte drastisch verringert werden, zum einen weil Wärmeenergie durch Ersatzenergiequellen und Verbindung mit Wärmedämmung eingespart werden könnte, zum anderen weil kleine Einheiten besser zu- und abzuschalten sind, Fehlplanungen bei großen Einheiten (heutige Bau- und Planungszeit großer Kraftwerke liegt bei 12 Jahren) oder ihr Ausfall schneller ersetzt werden können.

Vision zur sofortigen Stillegung aller Atomanlagen

Im Folgenden drucken wir einen Auszug aus einem Artikel von J. Scheer, den wir in der atom Nr.7 (Jan./Feb. 86) unter gleichem Titel bereits veröffentlicht haben.
Er befaßt sich noch einmal mit juristischen Aspekten des sofortigen Ausstiegs aus der Atomwirtschaft.

Die Erfahrung zeigt, daß in praktisch allen relevanten großen Gerichtsentscheidungen die Qualität der vorgetragenen wissenschaftlichen Argumente so gut wie keine Rolle gespielt hat.
Vielmehr haben in den spektakulären Fällen, wo nach großen Demonstrationen und Aktionen dauernde oder doch mehrjährige Baustops angeordnet wurden, die Gerichte willkürlich einzelne Gesichtspunkte aus der Vielzahl der Argumente herausgegriffen und für entscheidungsbestimmend erklärt. In Wyhl war es der "Berstschutz", in Brokdorf die "Entsorgung", in Grohnde die "Emissionen im Normalbetrieb", die eine nahegelegene Arzneimittelfirma bedrohten.
Anderswo prallten die Argumente ab, wo nämlich keine entsprechende Bewegung ihre Argumente mit Nachdruck vertrat. Und auch an den genannten Orten haben die höheren Instanzen bei abgeflauter Bewegung die Urteile wieder kassiert.
Daraus folgt für mich keineswegs, auf derartige Prozesse zu verzichten, ganz im Gegenteil, man/frau muß weiter alle Argumente ausbreiten, damit jene "goldenen Brücken" bauen, über die die Gegenseite gehen kann, wenn sie aus allgemeinen politischen Erwägungen beschließen sollte, an einem Punkt dem Druck der Bevölkerung nachzugeben und auf ein Projekt zeitweilig oder dauerhaft zu verzichten.
Dabei verkenne ich nicht, daß ganz langfristig, über die letzten anderthalb Jahrzehnte gesehen, eine Verschiebung eintritt, indem ganz besonders mangelhafte und skandalös gebaute Anlagen im einen oder anderen Fall tatsächlich aufgrund der inhaltlichen Argumente stillgelegt oder verzögert wurden. Nur wäre es geradezu tragisch, aufgrund solcher Einzelerfolge zwischen gerichtsverwertbaren und nichtverwertbaren Argumenten zu unterscheiden und auf letztere praktisch zu verzichten.
Denn ebenfalls langfristig ist ein Trend zu beobachten, daß die schädliche Wirkung radioaktiver Strahlung im Laufe der Jahre als immer schlimmer erkannt wurde.

Zur förmlichen Durchsetzbarkeit

Der § 17 Atomgesetz regelt den Widerruf von Betriebsgenehmigungen. In Absatz (2) heißt es:

Genehmigungen und allgemeine Zulassungen können widerrufen werden, wenn ...
2. eine ihrer Voraussetzungen von Anfang an nicht gegeben war oder später weggefallen ist und nicht in angemesener Zeit Abhilfe geschaffen wird ...
Der § 18 regelt die Entschädigung, in seinem Absatz (2) heißt es:
Eine Entschädigungspflicht ist nicht gegeben, wenn ...
1. der Inhaber die Genehmigung oder die allgemeine Zulassung aufgrund von Angaben erhalten hat, die in wesentlichen Punkten unrichtig oder unvollständig waren ...
...

Die in § 17 angesprochenen Voraussetzungen sind genannt in § 7, dort heißt es im Absatz (2):

Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn

1. keine Tatsachen vorliegen, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des Antragstellers und der für die Errichtung, Leitung, und Beaufsichtigung verantwortlichen Personen ergeben und die für die Errichtung, Leitung und Beaufsichtigung des Betriebes der Anlage verantwortlichen Personen die hierfür erforderliche Fachkunde besitzen.

2. die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge Schäden durch die Errichtung und den Betrieb der Anlage getroffen ist.

...

4. der erforderliche Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter gewährleistet ist

5. überwiegende öffentliche Interessen, insbesondere im Hinblick auf die Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens, der Wahl des Standortes der Anlage nicht entgegenstehen.

Meine These ist, daß das geltende Atomgesetz samt Strahlenschutzverordnung tatsächlich die formelle Möglichkeit für eine Landesregierung bietet, allen Atomanlagen in ihrem Gebiet die Betriebsgenehmigung entschädigungslos zu widerrufen, — vorausgesetzt, der politische Wille ist vorhanden.

Nun ist, wie oben ausgeführt, festzustellen, daß sehr wohl wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen, die teilweise zum Zeitpunkt der Genehmigung bekannt, oder später bekannt wurden, daß die Wirkung insbesondere relativ geringer radioaktiver Strahlungsmengen sehr viel gefährlicher ist, als bei den Genehmigungen aufgrund falscher Aussagen der Mehrzahl der Sachverständigen angenommen wurde. Die Wirkung wurde vielfach um das Hundertfache, ja Tausendfache unterschätzt.

Aufgrund dieser Tatsachen und ferner aufgrund der verstärkenden Wirkung, die ionisierende Strahlung auf die Wirkung anderer Umweltgifte ausübt (Synergismen), ist ohne Zweifel die Voraussetzung § 7 (2) 5 nicht gegeben. Da die erforderlichen Kenntnisse bei den Betreibern offenbar nicht vorhanden sind, entfällt auch die Voraussetzung § 7 (2) 1.

Konsequenterweise ist auch die Voraussetzung § 7 (2) 2 nicht gegeben. Dies gilt insbesondere auch wegen der unzureichenden Vorsorge gegen Unfallabläufe, die über den sog. Auslegungsstörfall hinausgehen, deren Wahrscheinlichkeit nach zahllosen kritischen Analysen wesentlich größer ist als angenommen, und deren Auswirkungen aufgrund des oben gesagten, vor allem was die Langzeitwirkung angeht, wesentlich unterschätzt wurden. Man beachte, daß schon dem Begriff Auslegungsstörfall die inverse Logik zugrunde liegt, daß erst die Entscheidung über den Aufwand für die Sicherheitstechnik getroffen wird und rückwärts geschlossen wird, welchen Unfall man durch den vorgesehenen Aufwand zu beherrschen hofft. Diese Logik wird ganz deutlich, wenn derzeit vorgeschlagen wird, die Vorkehrungen für Unfallbeherrschung zu reduzieren und danach die Neudefinition des Auslegungsstörfalls bestimmt wird.

Auch die nach § 7 (2) 4 geforderte Sicherheit gegen die Einwirkung Dritter ist keineswegs gegeben, wobei weniger an Terroristen zu denken ist, die den Ausbau des Atomstaats rechtfertigen sollen, sondern an kriegerische Einwirkungen, denen natürlich keine Anlage gewachsen ist.

Mithin ist ganz klar § 17 (2) 2 gegeben, die Voraussetzungen waren in der Tat zum größten Teil zur Zeit der Genehmigungen nicht gegeben, jedenfalls aber sind sie es heute nicht.

Ebenfalls ist klar, daß § 18 (2) 1 gegeben ist — die Betreiber haben die Genehmigungen aufgrund von unrichtigen Angaben erhalten: zumindest waren sie unvollständig, indem die Gutachter die ihnen bekannten kritischen Tatsachen nicht angegeben haben.

Damit wiederum ist klar, daß jede Genehmigungsbehörde die einmal erteilten Betriebsgenehmigungen widerrufen kann, ja muß, und daß die Betreiber dann keine Entschädigung beanspruchen können.

Eine weitere Argumentation kann sich der Strahlenschutzverordnung bedienen. Sie schreibt vor, daß unter ungünstigen Bedingungen durch die radioaktiven Ableitungen über Luft und Wasser jeweils nicht mehr als 30 mrem/Jahr Belastung bewirkt werden kann (§ 44) und nicht mehr als 90 mrem/Jahr in der Schilddrüse, und daß auch unterhalb dieser Werte die Belastung so gering wie möglich zu sein hat (§ 28). Nun zeigen erstens sorgfältige und korrekte Rechnungen, über Ausbreitung und Anreicherung, daß diese Grenzwerte vielfach durch die genehmigten Ableitungen überschritten werden.

Zweitens läßt sich leicht argumentieren, daß das "Minimierungsgebot" des § 28 verletzt wird. Schon durch Bezug auf die USA-Vorschriften, die jedenfalls bei AKWs für Luft und Wasser zusammen 25 mrem/Jahr und für die Schilddrüse 15 mrem/Jahr festlegen.

Drittens: Wenn man nachbohrt, zeigt sich, daß die als "möglich" angegebenen Werte durch Abwägung der Kosten des Atomstroms gegenüber anderen Energiequellen festgelegt werden, mithin sich ein gewaltiger Spielraum der Argumentation ergibt. Auch das (30 + 30, 90)-Konzept geht, wie die entsprechende Bundestagsdrucksache zeigt, auf derartige Überlegungen zurück.

Nun wird man erwidern, wenn eine Landesregierung so vorgeht, und Betriebsgenehmigungen widerruft, gehen die Betreiber vor Gericht, und außerdem greift der Bund ein.

Allerdings — aber es vor Gericht schon eine total andere Situation als je erlebt, wenn eine Landesregierung hochoffiziell weltweit die besten kritischen Wissenschaftler einfliegt, die ganz offiziell beauftragt die wirkliche wissenschaftliche Situation darlegen.

Einerseits erwarte ich, daß so manches Gericht sich davon beeindrucken läßt, andererseits wäre die allgemein propagandistische Stärkung der Anti-AKW-Bewegung durch ein solches Spektakulum ganz ungeheuer groß.

Dasselbe gilt für die juristische Auseinandersetzung mit der Bundesregierung, und noch viel eindrucksvoller wäre das Spektakulum, wenn — zum ersten Mal in der BRD — ganz ernstlich der "Bundeszwang" ausgeübt würde: würde der Bundesgrenzschutz die — sagen wir — Wiesbadener Regierungsgebäude besetzen, die grün-rosa Regierung festnehmen, Bundeskommissare einsetzen; was würde der hessische Innenminister der Landespolizei befehlen?

Der preußische Ministerpräsident Braun hat in der entsprechenden Situation 1933 immerhin erwogen, der preußischen Polizei gegen die Reichswehr Widerstand zu befehlen, was er dann als Sozialdemokrat natürlich gelassen hat, aber immerhin, der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt

...

Von diesem Höhenflug zurück zur Erde:

Diese hier skizzierten Überlegungen würde ich vortragen, wenn eine grüne Landtagsfraktion auf die Idee käme, mich um wissenschaftlichen Rat zu bitten. Wie sie damit umgeht, was sie in welchen taktischen Abwägungen dann konkret fordert und durchsetzt, muß sie dann selber wissen. — Entschieden werden diese Dinge ohnehin nicht in solchen Verhandlungen, sondern entscheidend ist nur der politische Druck der Bewegung.

Von den Grünen muß dazu vor allem verlangt werden, daß sie diese nicht schwächen durch Aufgabe inhaltlicher Positionen, ob sie die nun in Verhandlungen durchsetzen können oder nicht.

AKW Stade *Foto:Argus*

Kippt das Atomprogramm 2000?

Im folgenden drucken wir eine Passage aus dem Beitrag "Risse im Gebälk" aus dem Buch "Atomkraft am Ende?" ab, die sich mit den allgemeinen Rahmenbedingungen auseinandersetzt, mit denen die Atomindustrie in den nächsten Jahren zu tun haben wird. Ausgangspunkt der Überlegungen ist dabei die 3. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung.

Am 4.Novemebr 1981 wurde von der Bundesregierung die 3.Fortschreibung des Energieprogramms beschlossen, in der die Eckdaten für die Struktur der Energieversorgung der achtziger und der ersten Hälfte der neunziger Jahre skizziert wurden. Die Bundesregierung kommt in der Energiefortschreibung unter anderem zu dem Schluß, daß die installierte Kraftwerksleistung von gegenwärtig etwa 80000 Megawatt auf 122000 Megawatt im Jahr 1995 erhöht werden muß, um den dann angeblich bestehenden Strombedarf zu decken. Die Atomenergie soll 1995 einen Anteil von 31% einnehmen, gegenüber knapp 13% im Jahr 1983. Das würde einer Atomkraftwerksleistung von insgesamt 39500 Megawatt entsprechen. Es müßten also 1995 -um dieser Zielvorstellung der Bundesregierung zu entsprechen - etwa 35 Atomkraftwerke heutiger Leistungsstärke betriebsbereit sein.

Diese Vorgabe erscheint überzogen und unrealistisch. Allein bei Berücksichtigung der zehnjährigen Planungs- und Bauzeit solcher Großprojekte und dem seit Jahren praktisch stagnierenden Stromverbrauch entpuppen sich die Eckdaten der Bundesregierung eher als Wunschtraum der Reaktorindustrie denn als in Praxis umsetzbare Realität. Allerdings darf nicht verkannt werden, daß die Bedeutung der Atomenergie in der bundesdeutschen Stromerzeugung auch ohne den Neubau von Atomkraftwerken ständig zunimmt. In einigen Bundesländern beträgt der Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung - nicht zu verwechseln mit der Kraftwerkskapazität - an die 50 Prozent. Das hängt damit zusammen, daß bei der enorm hohen Überkapazität an Kraftwerksleistung viele Kraftwerke stillstehen. Darunter befinden sich aber keine Atomkraftwerke, die - soweit es technisch möglich ist - rund um die Uhr laufen. Der Grund: da die sündhaft teueren Atomkraftwerke nun mal da sind, sollen sie auch voll genutzt werden, denn die reinen Betriebskosten sind in der Tat vielfach geringer, als bei konventionellen Kraftwerken. So werden immer mehr konventionelle Kraftwerke eingemottet oder ganz stillgelegt und, da wenig neue gebaut werden, steigt der prozentuale Anteil der Atomenergie auch ohne neue Atomkraftwerke.

Der Schwerpunkt des Atomprogramms wird in den nächsten Jahren bei der Verbesserung der lange vernachlässigten nuklearen Infrastruktur liegen. Die Wiederaufbereitung von Atommüll, die Zwischen- und Endlagerung und der Bau von eigenen Urananreicherungsanlagen und Brennelementfabriken haben in den Planungen von Atomindustrie und Regierung absolute Priorität. Und staatliche Gelder werden wieder wie Milch und Honig fließen und die Taschen der Atomindustrie prall mit weiteren Extraprofiten füllen. Damit ist das Überleben der westdeutschen Atomindustrie als eine in den Augen der Bundesregierung entscheidende wirtschaftliche und militärische Schlüsselindustrie für den Rest des Jahrhunderts gesichert.

Die Aussichten der Kraftwerkshersteller auf dem Binnenmarkt

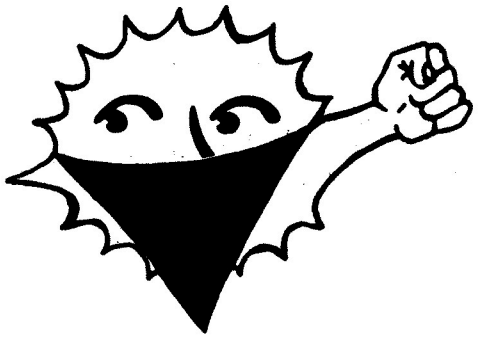
Die hohen Kapazitäten in der Kraftwerksleistung bei gleichzeitig stabilem Stromverbrauch werden es der Atomindustrie schwer machen, neue Atomkraftwerke auf dem Binnenmarkt durchzusetzen. Ein weiteres Zurückdrängen der Kohle aus der Stromerzeugung erscheint ebenfalls nicht realistisch, ohne einen offenen Konflikt in Form einer Aufkündigung des Kohlejahrhundertvertrages (in dem sich die Energieversorgungsunternehmen verpflichtet haben, eine bestimmte Menge Kohle bis zum Jahr 2000 jährlich abzunehmen) zu riskieren. So dürfte sich die Inlandsnachfrage nach Atomkraftwerken bis zum Jahr 2000 weiter rückläufig entwickeln. Auch die Atomindustrie selbst schätzt ihre Aussichten in diesem Bereich düster ein. Sie versucht natürlich durch verschiedene Maßnahmen, ihre Situation zu verbessern. Beabsichtigt ist deshalb:

- die Reduzierung der Sicherheitsanforderungen für Atomkraftwerke, um die Baukosten nicht noch weiter emporschnellen zu lassen; solche Überlegungen dürften nach den Ereignissen von Tschernobyl und den für die Bundesrepublik geplanten Sicherheitsüberprüfungen allerdings kaum haltbar sein.
- die Abwicklung des Baus von Atomkraftwerken im "Konvoi", um die Genehmigungsverfahren zu straffen und durch typengleiche Anlagen die Kosten zu senken und die Profite zu garantieren. Bei den geringen Stückzahlen, mit denen die Kraftwerkshersteller zu tun haben, sind dem Konvoiverfahren allerdings enge Grenzen gesetzt.
- durch die Entwicklung alternativer Kraftwerkskonzepte aus der Sackgasse herauszukommen, auf die veränderten Marktbedingungen mit einer flexibleren Angebotspalette reagieren zu können. Hierzu gehören vor allem die Entwicklung neuer Kraftwerkstypen, insbesondere des Hochtemperaturreaktors, sowie die Konzepierung kleinerer Anlagen mit einer Leistung von ca. 300 Megawatt, die nach den Vorstellungen der Kraftwerkshersteller in Zukunft bessere Verkaufschancen haben könnten, als die bislang favourisierten 1300 Megawatt Blöcke. Die Atomindustrie plant für die 90er Jahre den Bau von solchen 300 MW Pilotanlagen im Inland - in der Hoffnung, solche Anlagen dann auch exportieren zu können.

Die allgemeinen energiepolitischen Rahmenbedingungen bis zum Jahr 2000

Für das weitere Schicksal des bundesdeutschen Atomenergieprogramms sind nicht zuletzt die allgemeinen energiepolitischen Rahmenbedingungen von entscheidender Bedeutung. Folgende Punkte werden die Entwicklung beeinflussen:

bis zum Jahr



1. Wie entwickelt sich die Akzeptanzbereitschaft für die "friedliche Nutzung der Kernenergie" in der Öffentlichkeit weiter? Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ist die Debatte um die 'friedliche' Nutzung der Atomenergie wieder voll entbrannt. SPD und FDP haben Beschlüsse für einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie gefaßt, und auch in der CDU mehren sich Stimmen, die sich kritisch mit diesem Thema auseinandersetzen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund — einst einer der großen Befürworter des Atomprogramms — hat sich für einen Ausstieg ausgesprochen. Zwar sind nicht alle diese Beteuerungen ernst zu nehmen, doch zweifelsohne reagieren die etablierten Politiker damit auf eine stark gesunkene Akzeptanz der Atomenergie bei ihren Wählern. Entsprechend wird der Ausgang der verschiedenen Landtags- und Bundestagswahlen in den nächsten Jahren die weitere Entwicklung nicht unwesentlich beeinflussen. Vor allem aber das Wiedererstarken der Anti-AKW-Bewegung und der zähe und entschlossene Widerstand bedeutender Teile der Bevölkerung gegen bestehende oder geplante Atomanlagen wird es der Atomlobby zunehmend schwerer machen, ihre Pläne durchzusetzen. Für die öffentliche Auseinandersetzung in den nächsten Jahren wird weiterhin die Betriebssicherheit bzw. Störanfälligkeit von Atomanlagen im Ausland und vor allem im Inland bedeutsam sein.

2. Wie entwickelt sich bis zum Jahr 2000 die Stromnachfrage? Nach heutigen Erkenntnissen werden die Steigerungsraten in den nächsten Jahren gering ausfallen. Der Stromverbrauch von Industrie und Haushalten wird vor allem wegen des Einsatzes verbrauchsgünstigerer neuer Technologien kaum ansteigen. Die Schaffung neuer großer Märkte, vor allem durch das Eindringen in den Wärmemarkt, d.h. den zunehmenden Einsatz von Strom für die Raumheizung, dürfte aus Kostengesichtspunkt nicht gelingen. Zudem ist damit zu rechnen, daß langfristig die abnehmende Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik mit ihrer Stagnation auf dem privaten Bausektor und Wohnungsmarkt sich dämpfend auf zukünftige Steigerungen im Stromverbrauch des privaten Sektors auswirkt.

3. Wie entwickelt sich die Konkurrenzfähigkeit des Atomstroms gegenüber anderen Energieträgern? Bei der Beantwortung dieser Frage spielt die Entwicklung auf dem internationalen Ölmarkt die entscheidende Rolle. Zur Zeit ist der Ölmarkt bei steigendem Angebot und bei weltweit sinkender Nachfrage übersättigt, der Rohölpreis verfällt zusehens. Die Gas- und Kohlepreise orientieren sich weitgehend am Ölpreis, sodaß der Atomstrom in der nächsten Jahren von der Kostenseite her zunehmend unter Druck geraten wird. Das gleiche gilt allerdings auch für den Einsatz alternativer Energiequellen - zumindest, solange ihr Einsatz von rein kommerziellen Interessen bestimmt wird. Bei weiterhin niedrigen Öl- und Gaspreisen wird der Einsatz alternativer, umweltschonender Energien zusätzlich behindert. Langfristig gesehen muß aber wieder mit einem steigenden Ölpreis gerechnet werden, denn: zum einen darf nicht übersehen werden, daß die Ölreserven weltweit bei anhaltend hohem Verbrauchsniveau knapper werden und zum zweiten, daß diejenigen Staaten, die selbst Öl produzieren, allerdings unter weitaus höheren Kosten als die OPEC Länder, ein existentielles Interesse daran haben, daß der Ölpreis nicht völlig verfällt. Das gilt insbesondere für Großbritannien und die USA. Beide Länder haben in den Zeiten des steigenden Ölpreises gigantische Investitionen zur Ausbeutung des Nordseeöls, der Vorkommen in Alaska und der Ölschieferproduktion getätigt. Nur ein hohes Rohölpreisniveau kann die Rendite und die Profite in diesem Bereich sichern. Und sowohl Großbritannien, vor allem aber die USA besitzen über die multinationalen Ölkonzerne die Möglichkeit, auf den Rohölpreis Einfluß zu nehmen. Es ist allerdings fraglich, ob es vor dem Jahr 2000 noch zu künstlichen oder echten Knappheitssituationen auf dem internationalen Ölmarkt kommt.

4. Wie entwickelt sich die Bereitschaft des Staates, das Atomprogramm durch hohe Subventionen zu stützen? Auch in diesem Punkt wird die Atomindustrie kaum auf eine positive Entwicklung hoffen können. Die Bereitschaft, den Forschungsetat schwerpunktmäßig in den Dienst der Atomindustrie zu stellen, ist bereits in den letzten Jahren gesunken und zwar unabhängig von der politischen Zusammensetzung der jeweiligen Regierung. Hohe Geldsummen aus dem Bundeshaushalt für die Weiterentwicklung des Atomkraftwerksbaus - also der Entwicklung neuer bzw. kleinerer Kraftwerke - wird es nicht geben. Die Subventionen werden sich ausschließlich auf den Ausbau der Infrastruktur - also der Wiederaufbereitung, der Zwischen-und Endlagerung -, sowie auf gänzlich andere Technologien verlagern. Da jedoch mittlerweile innerhalb der deutschen Atomindustrie eine Monopolsituation herrscht, kommen diese Subventionen indirekt auch dem Kraftwerksbau zugute. Denn die Kraftwerke Union - eine hundertprozentige Tochter der Siemens AG - ist nicht nur der einzige deutsche Hersteller von Atomkraftwerken, sondern auch Generalunternehmer für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und darüber hinaus an fast allen bundesdeutschen Firmen beteiligt, die mit dem Atomgeschäft etwas zu tun haben. Insofern hat die Kraftwerke Union genügend Möglichkeiten, eventuelle Verluste oder nicht realisierbare Profite im Kraftwerksbau in anderen Bereichen wieder hereinzuholen.

Denkpause nach Tschernobyl?

Für die Pläne der Atomlobby ist die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ein harter Schlag. Die öffentliche Meinung mit ihren Rückwirkungen auf die politischen Entscheidungsträger und den Widerstand der Anti-AKW-Bewegung ist umgeschlagen. Eine Umfrage Ende Mai 1985 ergab, daß sich zwei Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie aussprechen. Neue Atomkraftwerksprojekte scheinen in Zukunft noch schwerer durchzusetzen. Aber auch für den Schwerpunkt der Pläne der Atomlobby für die nächsten Jahrzehnte — die Entwicklung neuer, marktfähigerer Reaktortypen für den Binnenmarkt wie für den Export, sowie den Ausbau der Entsorgungsstruktur — haben sich die Durchsetzungschancen erheblich verschlechtert.

Das gesamte Entsorgungskonzept der Bundesregierung — Wiederaufbereitung, Kompakt-, Zwischen- und Endlagerung — wird sich einer neuen öffentlichen und kritischen Auseinandersetzung stellen müssen.

Der Schnelle Brüter in Kalkar dürfte, wenn überhaupt, erst spät und mit hohen Auflagen in Betrieb gehen. Weitere Brüterpläne dürften in dieser Situation nicht realisierbar sein. Und auch das bisherige Paradestück alternativer Atomkraftwerkskonzepte — der so vielgelobte Hochtemperaturreaktor — ist seit dem konstruktionsbedingten Störfall vom 4. Mai 1986 in Hamm-Uentrop in die Schußlinie geraten.

Damit ist die Atomlobby ihrer wichtigsten Perspektiven für das Jahr 2 000 beraubt, zumindest für eine längere Phase. Es bleibt zu hoffen, daß sich die Atomindustrie von diesem Schlag nicht wieder erholt.

Europa unter der Wolke

Während die Wolke aus dem Atomkraftwerk Tschernobyl die Nordhalbkugel zum dritten und bei Erscheinen dieser Dokumentation zum vierten Mal umkreist haben wird, ist die politische Dimension des Super-Gaus auf internationaler Ebene deutlich geworden. Weltweit sind die Atomenergie und die jeweiligen nationalen Atomprogramme in die öffentliche Diskussion und Kritik geraten. In fast allen europäischen Ländern ist ein Wiederaufleben bzw. Wiedererstarken oder die Entstehung von Widerstandspotentialen gegen die zivile und militärische Nutzung der Atomenergie zu verzeichnen. Die Katastrophe von Tschernobyl hat den Menschen global in erschreckender Deutlichkeit vorgeführt, daß die Atomenergienutzung und -gewinnung in Ost und West ein internationales Problem std. Generelle Sicherheit vor radioaktiver Verseuchung und atomaren Industrieanlagen bzw. Atomkraftwerken gibt es weder im Osten, noch im Westen. Die Verhinderung der nationalen Atomprogramme auf der Erde haben internationale Dimensionen. Nationaler Ausstieg aus der zivilen oder militärischen Atomwirtschaft bedeutet daher zunächst keine garantierte Verschonung von radioaktiver Verseuchung, sondern nur ein vermindertes Risiko. Der Kampf gegen die Atomkraftwerke im eigenen Land muß auf die internationale Ebene getragen werden. Nur der globale Ausstieg aus der Atomwirtschaft, bevor es zu spät ist, kann das schlimmste verhindern. Das hat die Katastrophe von Tschernobyl zu deutlich demonstriert.
Nachdem über Jahrzehnte bewußt verdrängt wurde, daß die »friedliche« Atombombe in Form von Atomkraftwerken vor der Haustür existiert, ist allen Menschen mittlerweile klar geworden, daß der Technikfetischismus von den sicheren Atomkraftwerken eine glatte Lüge der Herrschenden und der Atomkraftbetreiber ist. Die Empörung im Westen über die Desinformationspolitik der Sowjetunion nach der Katastrophe, entpuppte sich als generelle Hilflosigkeit und Verwirrung westlicher Politiker. Was sollte der grenzüberschreitenden atomaren Verseuchung der Atmosphäre, des Bodens, des Wassers und der Lebewesen entgegengesetzt werden? Die Antwort war ebenfalls eine Politik der Desinformation, der Beschwichtigung und der Panikvermeidung -politische Reaktionen auf etwas, was es eigentlich nicht geben durfte, nämlich eine unsichtbare Form von schleichendem Tod, ohne direkte Gewaltanwendung. Es hatte den Anschein, als würden die Regierungen im Osten und Westen ihre getroffenen Sofortmaßnahmen, Katastrophenpläne, amtliche Verlautbarungen und Empfehlungen an die jeweiligen Bevölkerungen voneinander übernehmen. Überall sollte(n)

- kleine Kinder und schwangere Frauen das Freie meiden,
- Kinder nicht im Sand spielen,
- Frischgemüse sorgfältig geputzt und gewaschen werden,
- die Bevölkerung nicht mit Regenwasser in Berührung kommen oder es gar trinken,
- der Viehtrieb und die Grünfütterung unterbleiben,
- wurden Jodtabletten unkontrolliert ausgegeben.

Der Sensibilisierung, der durch die Radioaktivität verseuchten Menschen und ihre Bereitschaft zum Widerstand gegen die nationalen Atomprogramme, folgten in den ersten vier Wochen nach der Katastrophe politische Reaktionen in Ost und West, die zwischen unerschrockener Bejahung - als wäre nichts geschehen - einerseits, und massiver Ablehnung der Atomenergie andererseits, lagen:

- so halten der Ostblock und Frankreich, als gäbe es nichts zu lernen, ohne wenn und aber, weiterhin an den nationalen Atomprogrammen fest;
- konnte mensch mit Erleichterung feststellen, daß Länder wie Schweden, die Niederlande und Jugoslawien die nationalen Atomprogramme für eine Übergangszeit auf Eis legen oder nach neuen Lösungen streben;
- wurde in Großbritannien und Finnland das Atomprogramm zumindest massiv erschüttert;
- und verlangten Österreich und Dänemark von ihren Nachbarstaaten den Nichtbau von atomaren Industrieanlagen bzw. die Abschaltung von Atomkraftwerken.

Im folgenden soll aufgezeigt werden, wie die jeweiligen Regierungen auf die Katastrophe von Tschernobyl politisch reagierten. Dabei konnte nur ein Bruchteil an Informationen verarbeitet werden. Staaten wie die USA und Spanien entfielen wegen Informationslücken. Über Italien wird im Anschluß in einem Kasten informiert (wir warten noch auf das Telex unserer Auslandskorrespondentin, d.s.in).

Tschechoslowakei

Die CSSR ist neben der UdSSR der einzige Produzent von Atomkraftwerken im Ostblock. Grundlage ist sowjetisches »Know-How« in der Reaktortechnik. Bis 1990 will die CSSR zehn Reaktoren des Typs WWER-440 (Druckwasserreaktor ohne Betonkuppel) im eigenen Lande selbst errichten, drei WWER-440 in die DDR und jeweils vier nach Ungarn und Polen liefern. Ende der achtziger Jahre soll auf die Produktion von WWER-1000 übergegangen und eine größere Zahl von Leichtwasserreaktoren in andere RGW (wirtschaftlicher Zusammenschluß von Ostblockstaaten) - Länder geliefert werden. Angeblich sollen die WWER-1000-Druckwasserreaktoren gegenüber der kleineren WWER-440-Variante sicherer sein, weil das Containment (Stahlbetonzylinder mit einem Durchmesser von 45 Meter) nach westlichem Vorbild ausgestattet wird. Im südböhmischen Atomkraftwerkszentrum Temelin sollen vier WWER-1000-Reaktoren errichtet werden, von denen der erste Ende nächsten Jahres an das Stromnetz gehen soll. Bis zum Jahr 2000 will die CSSR ihr Atomprogramm auf 10 000 MW Atomstrom ausbauen. (1)

Polen

Obwohl Polen besonders schwer von radioaktiver Verseuchung betroffen war und zeitweise der Notstand ausgerufen wurde, hält die Regierung offenbar an einen Ministerratsbeschluß von 1982 fest, wonach das erste polnische Atomkraftwerk von 1760 MW bei Koszalin gebaut werden soll. Das Atomkraftwerk soll 1990 in Betrieb gehen. Trotz der massiven Widerstandsaktionen gegen die mangelnde Informationspolitik der polnischen Regierung und der radioaktiven Verseuchung, hält die Regierung an ihrem Plan fest, ein Atomkraftwerkszentrum mit vier WWER-1000 Reaktoren (Baubeginn 1987) zu errichten. Bis zur Jahrtausendwende will auch die VR Polen 10.000 MW Atomstrom produzieren. (2)

Ungarn

In Ungarn soll die Informationspolitik zur Katastrophe im Gegensatz zu den anderen Ostblockländern relativ offen gewesen sein. Wie anderswo auch, wurden auch dort die Gefahren durch die radioaktive Verseuchung verharmlost. Seit Anfang 1983 ist in Ungarn ein Atomkraftwerk des Typs WWER-440 in Betrieb. Ein weiterer Ausbau des Atomprogramms ist vorgesehen. (3)

Rumänien

Neben Polen war auch Rumänien wegen der geographischen Nähe zu Tschernobyl von besonders schwerer radioaktiver Verseuchung betroffen. In Ostrumänien soll es Strahlenopfer geben und es sind ganze Städte evakuiert worden. (4) Auch Rumänien setzt weiter auf den Ausbau der Atomenergie. Z.Z. wird in Zusammenarbeit mit Kanada in Cernavoda an der Donau ein Atomkraftwerk errichtet, das im kommenden Jahr in Betrieb gehen soll. Ab 1990 sollen fünf Atomkraftwerke mit je 700 MW in Betrieb sein. Für

DER SPIEGEL Nr. 21/1986

die 90er Jahre ist die Errichtung eines weiteren Atomkraftwerkes in Zusammenarbeit mit Kanada in Siebenbürgen geplant. Außerdem haben Vorarbeiten für ein Atomkraftwerkszentrum sowjetischen Bautyps in der Nähe von Piatra Neamt im Osten des Landes begonnen. In den 90er Jahren sollen drei Reaktoren mit jeweils 1000 MW, Atomstrom liefern.(5)

Deutsche Demokratische Republik

Noch kurz vor dem Reaktorunglück in Tschernobyl, auf dem 11. Parteitag der SED vom 17. bis zum 20.4.1986, legte die DDR den forcierten Ausbau ihres Atomprogramms für den nächsten Fünfjahresplan fest. Für die Jahre 1986 bis 1990 gilt folgende Direktive:*»Die termingerechte Inbetriebnahme neuer Kapazitäten im Umfang von 2500 Megawatt muß unter allen Umständen gewährleistet werden. Bis 1990 ist das Kernkraftwerk Nord fertigzustellen. Der Probebetrieb des 1000 MW-Reaktorblocks im Kernkraftwerk Stendal ist vorzubereiten. Darüberhinaus gehen wir davon aus, daß im Zeitraum bis 1990 die Vorraussetzungen zum weiteren Ausbau geschaffen werden.«*(6)
Im Jahre 1966 ging in der DDR der erste Druckwasserreaktor des Typs WWER-70 in Betrieb. Ihm folgte das Atomkraftwerkszentrum Nord, das z.Z. über vier Reaktoren des Typs WWER-440 verfügt. Bis 1990 sollen nach der Fünfjahresdirektive die Zahl der Atomreaktoren auf acht verdoppelt werden. Die Inbetriebnahme des fünften WWER-440-Reaktorblock ist dieses Jahr vorgesehen. Ein zweites Atomkraftwerkszentrum ist z.Z. in Stendal an der Elbe in Bau. Dort sollen zunächst zwei WWER-1000 errichtet werden, denen später zwei weitere folgen sollen. Bis zur Jahrtausendwende plant die DDR 10 000 MW Atomstrom aus ihren Atomkraftwerken zu produzieren. Im Jahr 2020 sollen es dann 23000 MW Atomstrom sein.

Frankreich

Auf wundersame Weise, glaubt mensch den offiziellen Verlautbarungen in Frankreich in den ersten 14 Tagen nach der Katastrophe von Tschernobyl, blieb das Land als einziges im Westen von der radioaktiven Verseuchung verschont. Die radioaktive Wolke schien an der deutsch-französischen Grenze halt zu machen und Frankreich weiterhin eine strahlenfreie Zukunft zu bescheren. Frische Lebensmittel und andere Agrarprodukte wurden ohne Einschränkung angeboten. Die Panik der östlichen Nachbarländer wurde mit Erstaunen registriert und belächelt. Frankreich habe, so die »Le Monde« allein *'in einem Ozean der Furcht Ruhe bewahrt'*(7).
Ebenso wie die meisten Ostblockstaaten hält Frankreich neben der BRD in Westeuropa entschieden am Ausbau des Atomprogramms fest.

"Die einzigen Länder, die ihr Atomprogramm durchgezogen haben, sind Länder wie Frankreich und die Sowjetunion, wo der Staat das Monopol der Stromerzeugung hat. Die Technokratie in Frankreich wie in der UdSSR fürchtet mehr die Angst der Leute vor den Risiken des Atoms als das Risiko selbst" (9), so der Atomkraftkritiker Michael Bosquet in einem Interview mit dem Magazin "Le nouvel Observateur". Begründet wird diese Haltung des zivilen Ausbaus des Atomprogramms und der Atomstreitmacht Force de

Frappe von Sozialisten und Kommunisten gleichermaßen mit der nationalen Unabhängigkeit Frankreichs (10). Dafür wird die Bevölkerung, wie jetzt nach der Katastrophe, weder mit Informationen, noch mit Warnungen oder Einschränkungen der Lebensgewohnheiten behelligt. Eine durchschnittlich 400 mal höhere Strahlenintensität im Lande wurde als "unbedenklich" eingestuft.
Für dieses Jahr ist die weitere Inbetriebnahme eines Atomkraftwerkszentrums geplant. Damit würde sich die Zahl der Atomkraftwerkszentralen auf 17 und der betriebenen Reaktoren auf 43 erhöhen. Es handelt sich hierbei um die Atomkraftwerkszentrale Cattenom an der saarländischen Grenze. Im kommenden Jahr werden dann in Cattenom die letzten beiden Reaktorblöcke mit jeweils 1300 MW fertiggestellt, so daß die Anlage mit 5200 MW die größte der Welt sein wird.

Schweden

Als in Schweden im Jahre 1980 über die Zukunft des Atomprogramms — der Unfall von Harrisburg hatte eine landesweite Diskussion um den Ausstieg aus der Atomenergie ausgelöst — von der Bevölkerung abgestimmt wurde, ahnte niemand, daß sechs Jahre später das Land von radioaktiver Verseuchung stark betroffen sein würde. In den Jahren nach 1980 hatte eine Koalition aus Kapitalisten und Gewerkschaften der schwedischen Bevölkerung die wirtschaftlichen Folgen und Nachteile eines Ausstiegs aus dem Atomprogramm schwarz ausgemalt. Der Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie von der Anti-AKW-Bewegung wurde eine sozialdemokratische Kompromißformel entgegen gesetzt: das Atomprogramm sollte bis zum Jahr 2010 auf 12 Atomkraftwerke ausgebaut werden. Weitere Atomkraftwerke waren nicht geplant. Bis heute sind alle 12 Atomkraftwerke an das Stromnetz angeschlossen.
Seit der Katastrophe von Tschernobyl hat sich die Stimmung in der Bevölkerung wieder eindeutig gegen die Atomenergie sensibilisiert:
60 % aller Schweden, 75 % aller Frauen, sehen sich als Atomkraftgegner/innen an. (11) Eine erneute Volksabstimmung über den Ausstieg, wonach im Jahre 1995 die Atomkraftwerke abgestellt werden sollen und es im Jahre 2010 keine Energieerzeugung auf der Basis von Atomstrom geben soll, wird in breiten Teilen der Bevölkerung diskutiert. Die schwedische Sozialdemokratie und die schwedische Regierung erwägen den vorzeitigen Ausstieg des Landes aus dem Atomprogramm. Vorerst soll die Sicherheit in den Atomkraftwerken neu bewertet werden (12).

Niederlande

Tschernobyl und seine katastrophalen Folgen beeinflußten die niederländischen Parlamentswahlen. Kurz vor der Katastrophe hatte die Mitte-Rechts-Koalition des christdemokratischen Ministrpräsidenten Lubbers noch die Fortsetzung des Atomprogramms durch den Bau von zwei weiteren Atomkraftwerken beschlossen. Unter dem Eindruck von massiven Widerstandsaktionen (Demonstrationen gegen Atomkraftwerke in den letzten Wochen) und wegen des großen Meinungsumschwungs der niederländischen Bevölkerung (in der Provinz Nordtrabant ergab eine Umfrage, daß 53 % der dort lebenden Menschen sich für die Schließung der in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke aussprachen), beschloß die Regierung, daß der Ausbau des Atomprogramms vorerst auf Eis gelegt wird. Mit diesem opportunistischen Wahlkampfmanöver gelang es den Christdemokraten, große Teile der Wahlbevölkerung auf sich zu vereinigen und die Parlamentswahlen gegen die Sozialdemokraten, die einen Ausstieg aus dem Atomprogramm fordern, zu gewinnen (13).

Jugoslawien

Im Jahre 1981 wurde das erste jugoslawische Atomkraftwerk im Norden des Landes in der Nähe der Stadt Krsko mit einer Leistung von 632 MW in Betrieb genommen. Anfang 1986 schrieb die jugoslawische Regierung auf internationaler Ebene den Bau eines 1000 MW-Reaktors in Prevlaka bei Zagreb aus. Eine Option auf drei weitere Kraftwerksblöcke des gleichen Typs sollte mit der Ausschreibung gesichert werden. Auch der Bau eines Atommüllendlagers ist vorgesehen.
Aber seit der Katastrophe ist die Fortsetzung des Atomprogramms in Frage gestellt. Hohe Funktionäre der jugoslawischen KP warnten vor dem Ausbau der Atomenergienutzung. Provinzparlamente und Gemeinderäte wandten sich gegen den Bau des atomaren Endlagers. Vorerst ist die Ausschreibung der vier 1000 MW Atomkraftwerke um zwei weitere Monate verlängert worden (14). Schließlich gab die jugoslawische Regierung bekannt, daß sie auf den Anfang des Jahres gebilligten Entwicklungsplan zum Bau des zweiten Atomkraftwerkes Prevlaka verzichten würde. Damit bleibt es in Jugoslawien bei einem Atomkraftwerk. Überlegt wird, ob die benötigte Energie für die Zukunft über Wasser- und Kohlekraft gewonnen werden soll (15).

Finnland

Die Katastrophe von Tschernobyl erschütterte offensichtlich das finnische Atomprogramm. Schon in der Vergangenheit hatte es gegen die Errichtung der vier in Betrieb befindlichen sowjetischen und mit westlichem Sicherheits-Know-How umgerüsteten Atomkraftwerke des Typs WWER-440 Widerstand an den Standorten gegeben, aber die Atomlobby im Lande hatte ein leichtes Spiel zur Durchsetzung ihrer Interessen: denn nicht nur die Rechte begrüßte den forcierten Ausbau des Atomprogramms, sondern auch die finnischen Kommunisten verdächtigten jede/n, *"der die Segnungen der Atomkraft in Frage stellte, die finnisch-sowjetischen Handelsbeziehungen desavouieren zu wollen"* (16).
Da eins der aus der Sowjetunion gelieferten Atomkraftwerke vor der Stillegung steht, sie aber der größte finnische Handelspartner ist, beschloß die Regierung kürzlich die Bestellung eines WWER-1000 Reaktors.
Doch in allen finnischen Parteien regt sich mittlerweile Widerstand gegen den Neubau eines fünften Atomkraftwerkes. Die Entscheidung für den Bau des WWER-1000 ist vertagt worden, weil die Regierung keine breite Mehrheit für das Projekt bekommen würde.

Großbritannien

Unbeeindruckt von der Katastrophe von Tschernobyl zeigte sich wie immer die englische Regierung unter der "Iron Lady" Maggie Thatcher. Sie erklärte: *"Was unser Land betrifft, so sind wir in Sachen Reaktorsicherheit und Design, Betrieb und Inspektion Weltspitze"* (17). Nur ein paar Tage später kam es zu einem erneuten Störfall in der WAA Sellafield, bei dem zwei Arbeiter radioaktiv verseucht wurden. Ungeachtet dessen, stimmte das englische Unterhaus am gleichen Tag des Störfalles Probebohrungen in vier englischen Regionen zu, *"von denen die Regierung 1988 eine zum Standort der nationalen Atommülldeponie erklären will"* (18).
Aber die Front der Befürworter/innen des Atomprogramms bröckelt seit Tschernobyl. Bei der Abstimmung um die Probebohrungen für das atomare Endlager verweigerten sieben konservative Abgeordnete, darunter die vier Parlamentarier aus den betreffenden Regionen, ihre Zustimmung. Und selbst der Sicherheitsinspektor der Regierung, Eddie Ryder, würde eine Pause im weiteren Ausbau des Atomprogramms begrüßen (19).
Anders als in Skandinavien oder der BRD war die zivile Nutzung der Atomenergie in Großbritannien nie groß umstritten. Die Labour Party versuchte stets die Konservativen in der Forcierung des Atomprogamms zu übertreffen. Zwar hatten sich im Jahre 1979 nach dem Wahlsieg von Thatcher diverse Umweltschutzgruppen zur "anti-nuklearen Kampagne" (ANC) zusammengeschlossen, um den Neubau von zehn Atomkraftwerken zu verhindern. Aber seitdem die konservative Regierung aus technischen und planerischen Gründen vorerst von diesem AKW-Programm Abstand genommen hatte, löste sich die ANC wieder auf. Die Proteste der letzten Jahre beschränkten sich auf spektakuläre Aktionen von Greenpeace und einigen linken Labour Abgeordneten, Liberalen und vor allem der Bergarbeiter-Gewerkschaft, die natürlich aus guten Gründen (Arbeitslosigkeit von Bergarbeitern, Schließung von Zechen etc.) kein Interesse am Atomstrom hat.
Seit Tschernobyl hat sich das Meinungsbild in Großbritannien grundsätzlich geändert. Mittlerweile stehen Umfragen zufolge nicht mehr nur jede/r vierte, sondern bereits jede/r zweite Brite/in dem nationalen Atomprogramm ablehnend gegenüber. Und zwei Drittel der Bevölkerung bezweifelt die Behauptung der Regierung, wonach britische Atomanlagen sicher sind. Bereits in den Wochen vor der Katastrophe zeichnete sich nach den vielen Störfällen in Sellafield der Stimmungsumschwung in der Bevölkerung ab. Mit der radioaktiven Verseuchung des Landes seit Anfang Mai wuchs die Unruhe innerhalb der Bevölkerung um ein Vielfaches. Ängste und Zweifel am Atomprogramm verstärkten sich.
Zu keinem ungünstigeren Zeitpunkt für die britische Regierung als jetzt konnte die Tschernobyl-Katastrophe eintreten. Denn noch in diesem Jahr soll entschieden werden, wie die britische Atomindustrie weiter ausgebaut wird. Die veralteten gasgekühlten Magnox-Reaktoren der ersten Generation sollen in den kommenden Jahren nach und nach abgeschaltet und durch neue Druckwasserreaktoren vom Typ des "Three Miles Island" ersetzt werden. Im Herbst will die konservative Regierung darüber befinden, ob in Sizewell in der Grafschaft Suffolk ein Reaktor dieses Typs gebaut wird. Und dann fällt auch die Entscheidung, ob vier oder fünf weitere Reaktoren der gleichen Baureihe in Auftrag gegeben werden.
Da die Labour Party auf ihrem letzten Parteitag mit 62 % der Delegierten den Beschluß zum

Ausstieg aus dem Atomprogramm faßte, bestehen gute Aussichten, sollte die Partei den Beschluß im Herbst mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit noch einmal bekräftigen, daß sie als erste Anti-Atomkraft-Partei bei den nächsten Unterhauswahlen ins Parlament einzieht (20).

Dänemark

Die dänische Regierung forderte die Schließung des nur 20 km von Kopenhagen entfernt liegenden schwedischen Atomkraftwerks Barsebäck. Mit der Bereitschaft, den Ausstieg aus dem Atomprogramm auf das Jahr 1995 vorzuverlegen, hofft die schwedische Regierung Dänemark entgegen zu kommen. (21).

Österreich

Wie in Dänemark existiert auch in Österreich kein in Betrieb befindliches Atomkraftwerk. Das nach einer Volksabstimmung "eingemottete" Atomkraftwerk Zwentendorf bei Wien scheint endgültig aus politischen Gründen gestorben zu sein. Demonstrationen in den letzten Wochen gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf von vielen tausend Menschen, hat die österreichische Regierung zum Anlaß genommen, den Nichtbau der Anlage in Bayern zu fordern.

Neben den Auswirkungen auf die verschiedenen nationalen Atomprogramme, hatte die Katastrophe von Tschernobyl Einfluß auf den Weltmarkt. So verhängte die Europäische Gemeinschaft Importverbote gegen radioaktiv verseuchte Agrarprodukte aus dem Ostblock. Für einen Agrarstaat wie Polen, der auf Devisen aus den westlichen Ländern angewiesen ist, um die Staatsverschuldung zu reduzieren, bedeuten diese Maßnahmen erhebliche finanzielle Einbußen. Bedenkt mensch, daß gleichzeitig, kaum waren die Wirtschaftsrestriktionen gegen den Ostblock beschlossen, immer noch radioaktiv verseuchte Lebensmittel aus Italien in die BRD importiert wurden, ist leicht zu erkennen, welchen Sinn diese Maßnahmen tatsächlich haben.
Außerdem sind Pauschalreisen in Ostblockländer über westliche Touristikunternehmen in den ersten vier Wochen nach der Katastrophe gewaltig zurückgegangen. Die Devisenausfälle treffen alle Ostblockstaaten erheblich. Besonders die Sowjetunion, die schon seit mehr als einem Jahrzehnt regelmäßig Weizen zur Aufrechterhaltung ihrer Nahrungsmittelversorgung aus den USA bezieht, werden die Devisenausfälle nicht spurlos vorüberziehen. Sie wird mehr denn je auf Getreidelieferungen aus den USA oder Kanada angewiesen sein. Denn mit der Ukraine ist eine der wichtigsten Kornkammern des Landes auf Jahrzehnte verseucht. Ob in Folge der Überproduktion von Weizen in den USA brachliegende Ländereien wieder mit Weizen bepflanzt werden, wird die Zukunft zeigen. Schon jetzt haben westliche Spekulanten die Preise an der Warenterminbörse für den Weltmarkt hochgetrieben. So ist es nur eine Frage der Zeit, wann Länder aus der "Dritten Welt" die gestiegenen Getreidepreise nicht mehr werden zahlen können.

1. vgl. FR vom 14.5.1986
2. vgl. FR vom 14.5.1986
3. vgl. FR vom 14.5.1986
4. vgl. Spiegel Nr. 20, 1986
5. vgl. FR vom 7.5.1986
6. FR vom 14.5.1986
7. entfällt
8. Spiegel Nr. 21, 1986
9. FR vom 10.5.1986
10. vgl. Spiegel Nr. 21, 1986
11. vgl. FR vom 12.5.1986
12. vgl. FR vom 9.5.1986
13. vgl. FR vom 23.5.1986 und 9.5.1986
14. vgl. FR vom 7.5.1986
15. vgl. FR vom 9.5.1986
16. FR vom 12.5.1986
17. FR vom 20.5.1986
18. FR vom 23.5.1986
19. vgl. FR vom 20.5.1986
20. vgl. FR vom 20.5.1986
21. vgl. FR vom 9.5.1986

Italien

Die Zeitungen waren voll von Meldungen über das Reaktorunglück in der Sowjetunion ebenso wie von den Messungen in Italien. In den Zeitungen fand allerdings keine politische Auseinandersetzung über die Zukunft der Atomkraft statt. Die atomare Wolke, die hauptsächlich den Norden betraf, bewirkte dort eine bis zu 80 mal höhere Radioaktivität als normal. Resultat daraus war das zweiwöchige Verbot Frischmilch und —gemüse zu verkaufen. In Bezug auf die nicht sichtbare Gefahr reagierte die Bevölkerung mit Angst. Andersherum gab es Proteste wegen des Lebensmittelverbots. So besetzten in Cagliari die dortigen Obst- und Gemüsehändler das Büro der Marktdirektion weil der Verkauf ihrer Erdbeeren verboten, die der Zwiebeln aus Norditalien aber gestattet war.
Insgesamt gab es ein geringeres Interesse als in der BRD. Es gab zwar viele kritische Zeitungsartikel, aber ohne die Hetze auf die unsicheren AKWs im Osten. Es gibt und gab eben nicht die gesellschaftliche Auseinandersetzung wie bei uns.
Die PCI (Kommunisten) tat sich schwer. Vorher noch Befürworter des nationalen Energieplans PEN, in dem 12.400 MW Atomenergie vorgesehen sind, verlangt sie nun eine Denkpause. Zumindest will sie den Ausbauplan beschränken und eventuell nur die bereits in Betrieb befindlichen weiterlaufen lassen.
Von der Partito Radicale, der Democrazia Proletaria, den Umweltvereinigungen (wie Lega Ambiente, WWF, Italia Nostra, Amici de la terra) und dem Sekretär der Cigl (linke Gewerkschaft) wird ein Volksentscheid verlangt der drei Punkte beinhaltet:
— Abschaffung der Regelung, daß der Staat Gelder an die Gemeinden zahlt, wo die AKWs gebaut werden.
— Für die Abschaffung des Gesetzes, dank dessen die E.N.E.A. (staatl. Atomenergiebehörde) internationale Verträge eingehen kann, was auf die Beteiligung am Superphenix in Frankreich abzielt.
— Entscheidung über die Regelung, daß der Ort der AKWs gegen den Willen der jeweiligen Gemeinden entschieden werden kann.

Am 10.5. gab es in Rom eine nationale Demo mit ca. 100.000 Leuten (Umweltgruppen, PR, DP, Jugendorgensationen der PCI, Gewaltfreie, Wissenschaftler, 200 Bürgermeister). Die Partito Radicale bezeichnete die Demo als Votum für den Volksentscheid. Die Hauptparole war "Lotta dura por la verdura" (harter Kampf für's Gemüse). Während der Demonstration sind 500 Leute ausgeschert und haben die Scheiben der E.N.E.A. eingeworfen. Auf der Plaza Jesu fanden Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten und zwischen Demonstranten untereinander statt.

Bei Torino in Trino haben 2-3.000 Leute die Eingänge zum AKW blockiert und damit die Arbeiter erfolgreich am Hineingehen gehindert. Später hat die dort regierende PCI das AKW vorübergehend (dauert noch an) abgeschaltet.

In Cavarzese bei Venedig demonstrierten 5.000 (von PR über Grüne bis zu Autonomen), während einer Kundgebung des kommunistischen Bürgermeisters, der vorher Befürworter war. Es kam zu Auseinandersetrzungen.

In Mantova haben am 10.5. 30.000 Menschen aus der Region demonstriert. Politiker wurden ausgepfiffen, am Ende gab es kleine Rangeleien.

In Carovigno, Provinz Brindisi, wo nach dem PEN ein Kohlekraftwerk gebaut werden soll, fand eine Demo unter massenhafter Beteiligung der Bevölkerung gegen den nationalen Energieplan statt.

Von diesen Demonstrationen, außer der in Rom, wissen jedoch nur die wenigsten. Eine Anti-AKW-Bewegung wie in der BRD gibt es nicht, wenn jetzt auch die Sensibilität gestiegen ist. Trotzdem fanden in fast jeder größeren Stadt Demonstrationen statt.

Beim AKW Caorso und am Pec del Brasimone, wo ein Schneller Brüter auf Erdbebengebiet gebaut wird, sind Sommerlager geplant. Es laufen inzwischen Diskussionen, in denen es auf der einen Seite um den Weg durch die Institutionen (Volksentscheide, Parlamente etc.) und auf der anderen Seite um praktischen Widerstand geht, letztere Fraktion ist jedoch recht schwach vertreten. Es herrscht eine große Furcht vor militanten Auseinandersetzungen, wie sie aus der BRD bekannt sind.
Zu den regierenden Parteien: die Democrazia Cristiana (Christen) bleiben bei ihrem harten pro-Kurs. Bei den Sozialisten wird der bisherige Pro-Weg weiter bestimmend bleiben, auch wenn es kritische Stimmen gibt.
Zum Stand des Atomprogramms: In Betrieb sind die AKWs Latina, Caorso und Trino (letzteres vorübergehend von den Kommunisten stillgelegt); im Bau sind: zweiter Block in Trino, ein AKW mit zwei Blöcken in Montalto di Castro und ein Schneller Brüter in Sec del Brasimone; geplant sind Anlagen in Mantova, Pulien und Caorso. Stillgelegt ist der alte Reaktor in Garigliano.

Dieser Artrikel beruht auf Informationen von Jeanette aus Bologna, vielen Dank dafür.

Schlaglichter des Widerstands

Nachdem die (Des-) Informationen über den GAU von Tschernobyl zuerst Verwirrung, Verunsicherung und dann Betroffenheit sowohl in der Anti-AKW-Bewegung als auch bei der restlichen Bevölkerung ausgelöst hatten, verwandeten sich die anfänglich eher passiven Reaktionen in vielfältige und spontane Aktionen.
Die hier aufgeführten 'Schlaglichter des Widerstandes' erfassen überwiegend die relativ bekannten Aktionen. Besonders die vielen Aktionen in den Kleinstädten und Dörfern wurden entweder nicht bekannt oder konnten wegen Platzmangel keine Berücksichtigung mehr finden.
Die nachfolgenden Aktionen sind jedoch nur eine Seite des Protestes und des Widerstandes gegen das Atomprogramm, die andere Seite findet ihren Ausdruck unter der Rubrik 'Herzschläge'.

30.4. Schwandorf: Spontandemo mit 300 Menschen.
2.5. Göttingen: Kundgebung / 2000 Menschen.
3.5. Berlin: Demonstration / 15000 Menschen.
Frnkfurt: Demonstration / 5000 Menschen.
Hamm: Demonstration am THTR / 1500 Menschen.
Stade: Kundgebung mit anschließender Demonstration zum AKW / 2000 Menschen (s. Bericht).
Stuttgart: Demonstration / 4000 Menschen.
Würgassen: Kundgebung am AKW / 1500 Menschen.
4.5. Wackersdorf: Folkfestival und Waldspaziergang / 20000 Menschen (s. Bericht).
5.5. Borken: Veranstaltung gegen die AKW-Planung / 1000 Menschen.
Freiburg: Demonstration / 8000 Menschen.
Gießen: Demonstration und Besuch bei der Atomfirma Keßler&Luch / 2000 Menschen.
7.5. Bremen: Kundgebung / 10000 Menschen.
8.5. Stade: Mastbesetzung von Robin Wood (s. Bericht).
Wendland: Endlagerspektakel / 6000 Menschen (s. Bericht).
9.5. Berlin: Schülerstreik und Demo mit 3000 Schülern.
10.5. Essen: Demonstration zum RWE-Haus / 2500 Menschen.
Darmstadt: Kundgebung / 3000 Menschen.

Fotos: Klaus Malorny

Salzgitter: Endlagerspektakel am Schacht Konrad / 4000 Menschen (s. Bericht).
München: Demonstration / 20000 Menschen.
Hamm-Uentrop: Bauernblockade des AKW's (s. Bericht)
Neckarwestheim: Demonstration zum AKW / 700 Menschen.
11.5. Breisach: Demonstration gegen Fessenheim und Wyhl / 20000 Menschen.
Wackersdorf: Sonntagsspaziergang / 2500 Menschen.
12.5. Hamburg: Kinderdemonstration / 1000 Menschen.
13.5. Bremen: Kinderdemonstration / 1500 Menschen.
Hamburg: Demonstration / 40000 Menschen.
14.5. Stade: Mastbesetzung von Robin Wood beendet.
Esensham: AKW-Besetzung von 50 Menschen. (s. Bericht)

15.5. **Frankfurt**: 3. Studentendemo / 3000 Menschen.
Würgassen: Mastbesetzung von Robin Wood.

16.5. **Heidelberg**: Veranstaltung / 8000 Menschen.
Karlsruhe: Demonstration zum Kernforschungszentrum.
Grafenrheinfeld: Demonstration zum AKW / 500 Menschen.
Ulm: Demonstration / 3000 Menschen.
Tübingen: Demonstration / 5000 Menschen.
17.5. **Trier**: Demonstration / 6000 Menschen.
Erlangen: Aktionstag gegen KWU / 5000 Menschen.
Landshut: Demonstration gegen Niederaichbach und Ohu / 2000 Menschen.
Berlin: Hebammendemo / 13000 Menschen.

17.5. **Hamm**: Demo gegen THTR / 1500 Menschen.
18./19.5. **Wackersdorf**: Pfingstcamp und Sonntagsspaziergang / 20000 Menschen (s. Bericht).
21.5. **Würgassen**: Mastbesetzung von Robin Wood wegen Gewitter beendet.
22.5. **Berlin**: KWU-Blockade / 800 Menschen.
22.5. **Lüneburg**: Menschenkette zur Ratssitzung über Atommülltransporte / 2000 Menschen.

24.5. **Mühlheim-Kärlich**: Demonstration am AKW / mehrere tausend Menschen.
Frankfurt: Menschenkette mit 6000 Teilnehmer/innen.
Berlin: Demonstration / 5000 Menschen.
Saarbrücken: Demonstration und Blokkade der Grenze nach Frankreich gegen das AKW Cattenom / 5000 Menschen.

25.5. **Biblis**: Kundgebung am AKW / 25000 Menschen.
Wackersdorf: Sonntagsspaziergang / mehrere tausend Menschen.
29.5. **Kalkar**: Demonstration zum SNR/ 5000 Menschen.
31.5. **Frankfurt**: Das Dach des NUKEM-Gebäudes wird besetzt.
Grafenrheinfeld: Sitzblockade von 70 Menschen vor dem AKW.
1.6. **Wilster**: Kundgebung der SPD gegen das AKW Brokdorf.
Schwandorf: 2000 Bundesdeutsche und 2000 Österreicher demonstrieren gegen die WAA.

5.6. **Brokdorf**: Blockade vor dem AKW.
7.6. **Brokdorf**: Demonstration vor dem AKW / 40000 Menschen (s. Bericht).
Wilster: Kinderfest zur Brokdorfdemo.
Wackersdorf: Demonstration am Bauzaun / 30000 Menschen (s. Bericht).
München: Kinderfest zur Wackersdorfdemo / 10000 Menschen.
Hamm-Uentrop: Demonstration am THTR / 7000 Menschen.
8.6. **Hamburg**: Der Senat demonstriert den Atomstaat / Massenfestnahmen (s. Bericht).
12.6. **Hamburg**: Demonstration gegen den Atomstaat / 50000 Menschen (s. Bericht).
14. 6. **Wiesbaden**: Demonstration vor dem hessischen Landtag / 10000 Menschen.

Collection Laka foundation
Foto: Pelle
www.laka.org
Digitized 2016

STADE

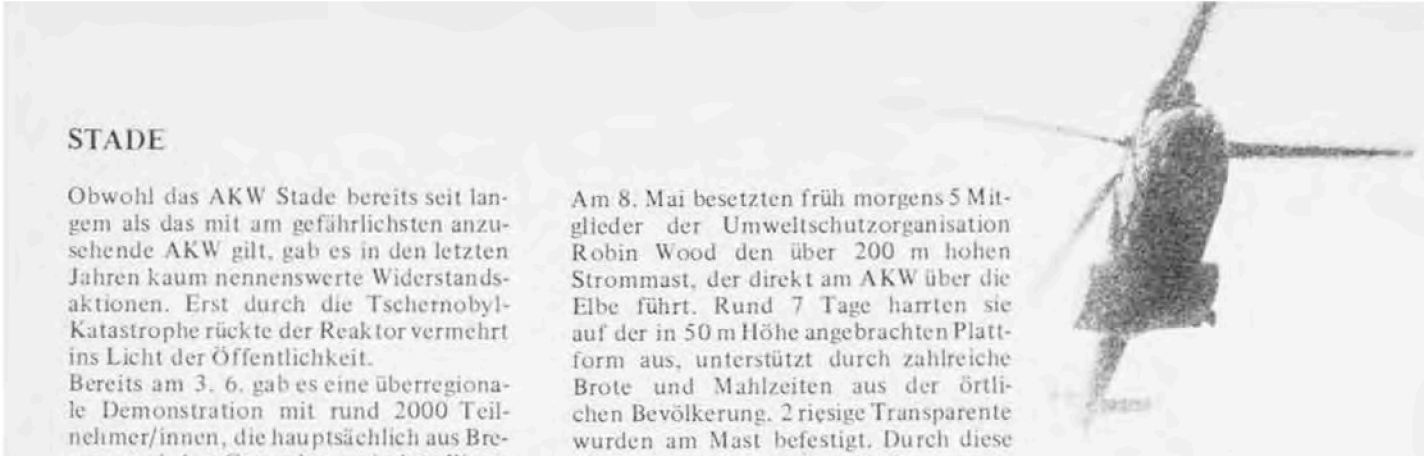
Obwohl das AKW Stade bereits seit langem als das mit am gefährlichsten anzusehende AKW gilt, gab es in den letzten Jahren kaum nennenswerte Widerstandsaktionen. Erst durch die Tschernobyl-Katastrophe rückte der Reaktor vermehrt ins Licht der Öffentlichkeit.

Bereits am 3. 6. gab es eine überregionale Demonstration mit rund 2000 Teilnehmer/innen, die hauptsächlich aus Bremen und den Gegenden zwischen Weser und Elbe kamen. Leider war die Mobilisierung aus Hamburg sehr dürftig. Nach der Kundgebung in der Innenstadt, die von den Stader/innen mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt wurde, da verschiedene Redner (Jens Scheer, Hannes Kempmann, Klaus Gärtner) nochmals eindrucksvoll die tägliche Bedrohung des Schrottreaktors aufzeigten, formierte sich ein Demonstrationszug zum 5 km entfernten AKW. In Kenntnis des außerhalb des Sicherheitsbereiches liegenden Informationspavillons hatte die Polizei 200 m vor diesem die einzige Zufahrtsstraße mit 3 sandgefüllten Containern versperrt. Zu vereinzelten Zwischenfällen kam es, als einige Demonstranten sehr unsanft an der Erkletterung dieser Container gehindert wurden. Eine zusammenfassende Kundgebung örtlicher BI's fand daraufhin kaum noch nennenswerten Anklang.

Wie wichtig diese Demonstration gegen das AKW Stade war, zeigte sich auch in den Tagen danach. Die Betreiberfirma Preussen Elektra versucht beim Landgericht Hamburg, Jens Scheer gerichtlich zu untersagen, weiterhin von einer Versprödung des Reaktordruckbehälters sprechen zu dürfen. Das Landgericht verwies die Klage, allerdings hat Jens nun stets hinzuzufügen, daß es ein gegenteiliges TÜV-Gutachten vom Februar 86 gibt, wonach die Sicherheit des AKW's für die nächsten 40 Jahre bescheinigt wird.

Am 8. Mai besetzten früh morgens 5 Mitglieder der Umweltschutzorganisation Robin Wood den über 200 m hohen Strommast, der direkt am AKW über die Elbe führt. Rund 7 Tage harrten sie auf der in 50 m Höhe angebrachten Plattform aus, unterstützt durch zahlreiche Brote und Mahlzeiten aus der örtlichen Bevölkerung. 2 riesige Transparente wurden am Mast befestigt. Durch diese Aktion ermutigt, haben 50 Bauern mit landwirtschaftlichen Geräten am 13.5. das Eingangstor des AKW's blockiert und dort Eier, Gemüse und Frischmilch ausgekippt. Die Robin Wood Aktion wurde am Mittwoch, 14.5. beendet, nachdem die Polizei angekündigt hatte, den Mast zu erklettern. Die Umweltschützer müssen nun mit Anzeigen wegen Hausfriedensbruch rechnen.

Bereits 1 Tag später war wieder ein Strommast Ziel einer Aktion. 10 km südlich von Stade wurde ein Strommast der 380 KV-Leitung zwischen Esensham und Stade mit Schneidbrennern von seinem Sockel getrennt. Beim Umfallen riß er einen zweiten Strommast mit um. Der Schaden beträgt Hunderttausende, Stromausfälle soll es nicht gegeben haben.



ESENSHAM

Spektakulär war ein unangemeldeter Besuch einer Gruppe von 50 Leuten in einem Kleinbus, der am 14. 5. durch das offene Haupttor des AKW Esensham bis zum ersten Pförtnerhäuschen fuhr. Dort stiegen die Leute aus, ließen die Wärter verdutzt stehen, und rasten in Richtung innerer Sicherheitsbereich zum Informationspavillon. Transparente wurden entrollt und das AKW besetzt. Erinnerungen an die Infopavillon-Besetzung vom Juni 1978 kamen hoch. Beteiligte berichteten, es wäre ein Leichtes gewesen, die angrenzenden Betriebsgebäude und das Maschinenhaus zu erklimmen. Die Forderung der Besetzer, solange zu bleiben, bis das AKW abgeschaltet, bzw. die Abstellung von ihnen selbst bewerkstelligt würde, konnte nicht erfüllt werden. Nach rund 3 Stunden wurden sie zur ED-Behandlung von den sichtlich überraschten örtlichen Polizeieinheiten nach Nordenham gebracht.

Pfingsten in Wackersdorf Foto: Thomas Einberger

HAMM–UENTROP

Klar ist eines:
- **Es gibt keine ungefährliche Strahlung.** Die Schwellenwerte werden mehr oder weniger willkürlich gesetzt, je nachdem was man glaubt verantworten zu können.
- **Jede Stufe der Gewinnung von Atomstrom erzeugt Radioaktivität.**
- **Einmal erzeugte Radioaktivität ist nicht wieder rückgängig zu machen (nur über die Halbwertzeit).**
- **Niemand kann sich den Risiken der Atomenergie entziehen.**
- **Radioaktivität ergänzt/potenziert sich mit chemischer Verseuchung bzw. Belastung.**

Foto: Thomas Einberger

Daraus zogen wir, Mitglieder der AbL/ Bauernblatt und der Schutzgemeinschaft gegen die Milchkontingentierung nicht erst mit dem Unfall in der UdSSR die Konsequenz: Ausstieg aus der Atomenergie und Stillegung sämtlicher Atomkraftwerke!

Um unsere politische Forderung auch in praktische Politik umzusetzen, beschlossen wir gemeinsam mit biologisch anbauenden Bauern eine Blockade des THTR in Hamm-Uentrop.

Bei unserer Ankunft am Atomkraftwerk fanden wir das Tor weit offenstehend vor. Man schien nicht mit uns gerechnet zu haben. Erst nach einigen Minuten wurden die schweren Betontore zugeschwenkt. Auch die Polizei ließ sich zunächst nicht blicken. Nachdem dann schließlich doch ein Zivilfahrzeug mehrmals die Runde gemacht hatte, traten zwei Beamte in unsere Mitte und fragten nach unserem weiteren Vorgehen. „Blockieren bis zur Stillegung des Kraftwerks" war die Antwort, woraufhin uns der Beamte viel Erfolg wünschte, uns dabei jedoch gleichzeitig auf das Illegale bei unserem Tun hinwies. Dieses veranlaßte die Polizei jedoch offensichtlich zu keinem Zeitpunkt zu einem Einschreiten.

Interesse zeigten die Beamten lediglich an den beziehungsweise dem Verantwortlichen für die Aktion. So lauschte einmal ein Beamter gemeinsam mit mit Blockierern den Darbietungen einer Musikgruppe. Als diese ihr Spiel beendet hatte, wandte sich der Beamte zu einem neben ihm stehenden Bauern mit der Frage:„Sagen Sie mal, wer ist hier eigentlich verantwortlich?" Worauf dieser antwortete:"Hier ist jeder nur für sich selbst verantwortlich."

Foto: H.-Dieter Drews

tan ein Treckerkorso in die Hammer Innenstadt beschlossen. Da die Bauern wieder an ihre Arbeit müssen, das Vieh muß u. a. versorgt werden, kann die Blockade nicht weitergeführt werden. Damit aber nicht alles einfach auseinanderläuft und auch noch einmal die Entschlossenheit demonstriert werden soll, wird eine Kreuzung für eine geraume Zeit dichtgemacht.

(aus: Wehret Euch...Dokumentation der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt)

Foto : Klaus Malorny

Endlagerspektakel

Vom 8. bis zum 11. Mai 86 fand das Endlager-Spektakel im Rahmen der Endlagerkampagne statt. Mehrere Tausend Menschen drückten mit unterschiedlichsten, radikalen Aktionen ihren Protest und Widerstand gegen die geplanten Atomklos in Gorleben und Schacht Konrad aus.
Mittlerweile meldete die BI Lüchow-Dannenberg jedoch, daß erneut ein Transport mit radioaktivem Faßmüll das Zwischenlager in Gorleben am 27. Mai erreicht habe.

1. Tag – Es geht los

Mag sein, daß die Endlagerkampagne ohne den Reaktorunfall von Tschernobyl ein Flop geworden wäre. Das soll im Moment auch nicht das Thema sein. Tatsache ist jedenfalls, daß am 8. Mai drei unübersehbar lange Autokonvois in's Wendland rollen.
Weit mehr als erwartet haben sich auf den Weg gemacht, um konzeptgemäß an den AKW-Standorten vorbei in drei Konvois norddeutsche Atommülltransportstrecken kenntlich zu machen. Zwar kann aus Zeitgründen nicht jede Zwischenkundgebung stattfinden, aber Plakate und Sprayflaschen tun das Ihre. Zwischen Lüneburg und Dahlenburg kommt es für den Nordkonvoi zu einem Zwischenfall, als plötzlich BGS-Hubschrauber neben der Straße landen und Turnschuhtruppen versuchen, die Gegenspur mit aller Gewalt freizumachen, um einen Militärtransport durchzuschleusen: Fünf, sechs Wagen, ein LKW mit angehängter Kanone. Die Bullen sind total hektisch, aber außer einigen Rempeleien geschieht nichts. Bei 'strahlendem' Sonnenschein geht's weiter im Schneckentempo. In Lüchow und Dannenberg finden Kundgebungen statt, die letzten Kilometer bis zum Wald am Endlager dauern ewig.
Aber immerhin, es sind jetzt gut 6000 Leute, die die von der BI angekündigte Performance erleben: Eine Collage aus Krach, Musik und Katastrophenmeldungen schallt über das Endlager und durch den Wald, bevor niedrig fliegende Hubschrauber die zwei angesetzten Kundgebungsreden sabotieren. Wer schon länger nicht vor Ort war, und das sind in Anbetracht der Verhältnisse nicht wenige, zeigt sich betroffen von der schier endlosen Festungsmauer um das Gelände, die alle 50m von fest installierten Wasserwerfern samt Schützen gekrönt wird. Nicht recht in's Bild paßt der dekorative Gartenzaun, der in einem Abstand von ca. 15m die Festung umgibt. Aber was soll's, auf 150m ist er sowieso schon flachgemacht worden, und als ein Bulle seinen Zivi-Bulli genial nah neben dem Zaun parkt, sind weitere 10m niedergemacht.
Mittlerweile befindet sich die Menge auf einem Rundgang um das Lager. Bullenprovo und Steinwürfe wechseln sich ab, bis die Knüppelgarde aus Oldenburg einen Ausfall macht und die Demonstranten/innen prügelnd einen Waldweg entlangtreibt. Bald danach löst sich die Menge langsam auf, um sich erst später auf dem Festivalgelände wieder zusammenzufinden.

2. Tag – In Trebel brennen die Zäune

Der 2. Tag beginnt sehr früh. Schon um 7 Uhr liegt die erste Materialblockade zwischen Rondel und Meetschow auf der Straße. Das Konzept, Zwischen- und Endlager wie bei den Atommülltransportaktionen durch vier Blockadepunkte zu isolieren, wird unterschiedlich gehandhabt. Bei Gorleben kommt es zu nachhaltigem Kaffeetrinken und Sitzblockaden.
Hart geht es vor allem bei Gedelitz ab, als gegen Mittag mehrere Hundertschaften schwere Auseinandersetzungen mit etwa 200 Demonstranten/innen vom Zaun brechen. Ausgangspunkt ist eine Fastblockade mit einem lahmgelegten Holztransporter, mehrfach droht eine Eskalation. Hier wie auch an anderen Orten präsentiert sich der Atomstaat einmal mehr in vollem Umfang. Eine Unzahl von BGSlern und Bullen halten das Wendland besetzt, ständig kreisen Hubschrauber über dem Geschehen, Einsatzfahrzeuge und Wasserwerfer sind laufend im Einsatz und beherrschen das Bild. Doch immer wieder gelingt es einzelnen Gruppen, Materialblockaden

auf die Straße zu bringen. Die Greiftrupps der Staatsmacht sind in erster Linie noch auf Abreagieren aus: zunächst wenige Festnahmen, aber massiver Knüppel- und Reizgaseinsatz, bei der Gelegenheit wird auch die örtliche Kneipe in Gedelitz mit dem Pepperfog ausgeräuchert.
Nachmittags die gleiche Situation am Endlager: konzentrierte Staatsmacht. Aber während sich dort nur ein Teil der

Demonstanten/innen aufhält, vertreibt sich der andere nicht unbeträchtliche Teil die Zeit bei den Trebeler Bauernstuben. Doch es ist nicht allein diese zahlenmäßige Zersplitterung, die die Situation zwischen End- und Zwischenlager mit der in Salzgitter zwei Tage später z. T. vergleichbar macht. Es ist vor allem auch das fehlende Konzept, der ungenügende Konsens darüber, mit welchem konkreten Ziel Aktionen durchgeführt werden können. Resultat ist eine verworrene Lage, in der die meisten Leute mehr oder minder planlos zwischen den Atomfestungen warten. Vereinzelte Attacken geben der Polizei den Vorwand, ständig und massiv präsent zu sein. Aber sie provoziert auch, indem sie vereinzelte Wannen durch die Menge fahren läßt. Doch es fliegen nur Farbeier, fast keine Steine, so daß der Konflikt auf kleiner Flamme weiterkocht.
Nach einer kurzen Autoblockade auf der Straße nach Gedelitz verlagern sich die Aktionen gegen Abend nach Trebel. Zunächst brennen Materialblockaden, Strohballen und Autoreifen auf den Straßen um Trebel, dann entbrennt der Kampf im Ort selbst, nachdem die Bullen eine Gruppe von Aktivisten/innen lange vor sich hergetrieben hat. Gartenzäune werden zu Barrikaden aufgestapelt und angezündet, die Feuerwehr rückt an, die Bullen werden mit Steinen und Stahlschleudergeschossen empfangen. Die Verletzungen auf beiden Seiten halten sich aber in Grenzen. Doch mittlerweile ist die Zahl der Festgenommenen auf 10 gestiegen, und sie erhöht sich im Laufe der Nacht weiter. Dafür mitverantwortlich sind garantiert auch die vielen Zivilbullen, die an diesen Tagen überreichlich als Agent provocateur, falsche Kradmelder und Schlägertrupps auftreten.
Daß die Nacht nicht nur zum Schlafen da ist, beweisen verschiedene Gruppen, die die Bahnlinie Dannenberg - Uelzen erfolgreich traktieren.

anachronistisch bis erfolgreich

"Tschernobyl war doch das beste, was der Anti - AKW - Bewegung passieren konnte!"
Zynischer kann die Wahrheit kaum sein. Aber die Bemerkung trifft ins Schwarze, denn Strukturen und politische Präsenz der Bewegung waren, abgesehen von Wackersdorf, nur mäßig. Damit stellt sich die Frage, was aus dem Endlager - Spektakel ohne den Tschernobyl - Effekt geworden wäre.
Sicher, es ist anzunehmen, daß die Beteiligung dann geringer gewesen wäre. Andererseits war das Erscheinungsbild der vier Tage gewissermaßen anachronistisch, denn während überall in der Republik der Protest durch alle sozialen Schichten ging, wurde das Bild im Wendland und in Salzgitter weitgehend von vielen alten Bekannten geprägt. Insofern wäre das Endlagerspektakel zwar auch ohne Tschernobyl von Bedeutung gewesen, aber es ist nur in beschränktem Maße gelungen, die politische Verbreiterung des Anti - "Entsorgungs" - Widerstands, die einige einmal mehr mit dem Endlager - Spektakel verbunden ha tten, zu realisieren.
Dem Vorwurf, ebenso wenig sei es gelungen, das praktische Ziel im Wendland einzulösen, sprich den Baustellenverkehr zum Endlager zu behindern, ist leicht mit dem Hinweis darauf zu begegnen, daß unter den gegebenen Bedingungen schlicht kein Verkehr stattfinden konnte.
Denn was einmal mehr erreicht werden konnte, ist, die Normalität um die Atomklos herum außer Kraft zu setzen und den Staat zur Demonstration seines wahren repressiven Charakters zu zwingen. Der politische und finanzielle Preis des Atom - Programms bleibt damit hoch.
Doch auch mittlerweile typische Schwächen der Bewegung waren wieder feststellbar: Freitagnachmittags am Endlager in Gorleben und sonntagnachmittags in Bleckenstedt z.B. hätte die Gefahr einer planlosen Eskalation durch eine bessere Koordination der Gruppen über das *gemeinsame* Vorgehen eingeschränkt werden können. Bei dem in der nächsten Zeit zu erwartenden forcierten Bullenterror ist daher die Absprache von Gruppen während einer Aktion mehr denn je erforderlich.

3. Tag — weiter geht's

Am Sonnabendmorgen macht sich, wie geplant, ein Autokonvoi aus dem Wendland auf den Weg nach Salzgitter.
Doch schon gegen Mittag gerät der Zug in Auflösung, vor allem auf Grund völlig blödsinniger Geschwindigkeitsvorgaben der Polizei. Schließlich begleitet eine ganze Hundertschaft noch ein Häuflein von etwa 10 Autos.
Abends Fete.

4. Tag – Zwischen Beckenstedt und Schacht Konrad

Die Befürchtung einiger Anti-AKW-Strategen/innen nach 2 Tagen Wendland werde kaum noch jemand nach Salzgitter fahren, erweist sich als Fehleinschätzung.

Gegen Mittag beginnt die Demonstration mit einer Kundgebung auf dem Fußballplatz von Salzgitter-Bleckenstedt, in deren Verlauf der Hauptredner J. Scheer die geplanten Aktionen gegen Brokdorf, Wackersdorf und Stade in's Blickfeld rückt. Dann bewegt sich die Menge, die langsam auf ungefähr 4000 Menschen anwächst, in Richtung Schacht. Auf ihrem Weg dorthin wird am Ortsrand ein Mahnstein enthüllt und die Einstellung des Atomprogramms gefordert.

Um die Demomöglichst nahe am Schachtgelände vorbeizuführen, verlassen immer mehr Demostranten/innen die Straße. Doch massiver Polizeieinsatz hindert sie daran, über das freie Feld das Gelände

zu erreichen. In mehreren Wellen treibt die Polizei die Leute zurück, bis alle wieder auf, bzw. an der am Schacht vorbeiführenden Bundesstraße stehen, die dadurch allerdings weiterhin unbefahrbar bleibt. Dann zwingt eine weitere Bullenoffensive die AKW-Gegner/innen, sich bis nach Bleckenstedt hinein zurückzuziehen. Doch durch konsequentes Nachsetzen und Wasserwerfereinsatz (mit Reizgas) ergibt sich eine Situation, in der die orientierungslose Flucht durch Bleckenstedter Gärten zur Zersplitterung der Menge führt und den Bullen die Möglichkeit gibt, zunehmend Leute festzunehmen. Die Zerrissenheit der Demonstration in zwei größere Gruppen und viele frei herumschwirrende Menschen führt nach etwa einer halben Stunde um ein Haar dazu, die beiden Zentren durch einen erneuten Bulleneinsatz voneinander zu isolieren. Im letzten Moment gelingt der gemeinsame Rückzug auf den Bleckenstedter Fußballplatz, wo als Show-Down nur noch die offene Feldschlacht möglich wäre. Dieser Preis scheint den Bullen allerdings zu hoch zu sein, so daß sie sich langsam wieder zurückziehen. Das Ende des Endlagerspektakels ging damit knapp an einer Katastrophe vorbei.

HERZSCHLÄGE

Der Reaktor-Unfall in der UdSSR hat nicht nur Protest und Widerstand am Tage wiederbelebt, auch die Nachtarbeiter/-innen haben seitdem Hochkonjunktur, wie die folgende Dokumentation, die im übrigen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, belegen soll.

Am 7. Juni 86 haben die revolutionären Pyrotechniker eine Reihe von Baumaschinen der Firmen Dywidag und Heitkamp mit Zeitstünder-Brandbomben abgefackelt. Ort des Schadens, der sich auf mehrere Millionen belief, war ein Tunnel auf der im Bau befindlichen IC-Strekke Hannover - Würzburg in der Nähe von Göttingen. In einer Erklärung dazu heißt es, daß die Firma Heitkamp zu 26% den Gebäudekomplex der WAA in Wackersdorf baut. "Außerdem sind sie am Bau vom AKW Brokdorf und am Abriß des Heusnerviertels in Bochum beteiligt. Dywidag mischt u.a. in Brokdorf, an der Startbahn West, im Wendland und zu 30% des Auftragsvolumens in Wackersdorf mit. Hinter der Dywidag steht eine Verwaltungsgesellschaft, deren eine Hälfte sich die Bayrische und die Norddeutsche Landesbank teilen und deren andere Hälfte dem Elektrogiganten Holzmann gehört. Weitere 19% hält der Baukonzern Phillip Holzmann, hinter dem wiederum als Hauptaktionär die Deutsche Bank steckt. Holzmann ist der größte Baukonzern in Europa und baute u.a. auch in Brokdorf und an der Startbahn West. Weiter heißt es: "Wir haben die Firmen an einer Baustelle der zukünftigen IC - Trasse angegriffen, da nicht nur der Ausbau von Flugplätzen (Startbahn West) und Autobahnen, sondern auch der Ausbau der Schienenwege der militärischen Infrastruktur der NATO dienen".

Heimgesucht wurde auch die Firma Pall in Dreieich. Bei einem Brandanschlag in der Nacht vom 23.5. auf den 24.5.86 entstand ein Sachschaden von etwa einer Million DM. Die Gruppe "Sand im Getriebe" erklärt ihren Anschlag in einem Bekennerbrief damit, daß die Firma Pall "direkt an Bau und Instandhaltung von AKW's beteiligt" sei und "Wasseraufbereitungsanlagen, Feststoffaufbereitungsanlagen, Druckluftversorgungsanlagen, Luft- und Gasfilter" produziere.
Anderen Quellenzufolge ist Pall darüberhinaus auf dem Gebiet der Militärtechnik tätig.

Eine Denkpause besonderer Art verschaffte eine Aktionsgruppe der Deutschen Bundesbahn. In der Erklärung heißt es: "Mit der Hauptforderung "Sofortige Stillegung aller Atomanlagen" haben wir in der Nacht vom 8.6. auf den 9.6.86 die Bahnlinie auf der Strecke Stuttgart - Ulm stillgelegt."..."Die DB ist mitbeteiligt am Bau und Betrieb von Atomanlagen und befördert u.a. Atommüll von den AKW's zu den "Endlagern". Die DB macht ebenfalls Munitionstransporte, das bedeutet, daß sie ein Pfeiler in der Militärinfrastruktur der BRD und somit Teil der NATO - Kriegspolitik und imperialistischer Politik ist. Es gibt keine Trennung zwischen friedlicher und militärischer Nutzung von Kernenergie (s. WAA)."
"Der Zeitpunkt unseres Angriffs war bewußt auf einen Güterzug gelegt, denn unser Angriff richtet sich nicht gegen die Reisenden, sondern gegen die Institution. Wir begreifen unsere Aktion"... "als einen Beitrag zum Aufbau eines revolutionären Widerstands, der Hand in Hand geht mit legalen Protesten, denn nur ein breiter und vielfältiger Widerstand wird dieses System überwinden. Alle Formen des Protests und Widerstands, die zu diesem Ziel beitragen, sind unserer Solidarität gewiß, ob im Wendland oder Wackersdorf, Brokdorf oder Kalkar, in Mutlangen, Hunsrück oder an der Sartbahn".

Stader Stommast umgeschweißt

TAZ vom 9.6.86

taz. In einer 'Kommandoerklärung' an die taz bekannte sich eine Gruppe „Die Sofortabschalter" dazu, am 5. Juni um 1 Uhr morgens „einen Strommast in der Nähe des AKWs Stade mit Schweißbrennern fast zum Umkippen gebracht" zu haben. Die 'Sofortabschalter' bezeichneten das Unternehmen als „lebensschützende Aktion" und verbanden damit „daß die bedrohte Lebenslust uns alle zu noch mehr Taten leite". In einem PS forderten sie die taz auf, der Polizei sofort Bescheid zu geben, denn: „Dem Masten sieht man von weiten nichts an, er kann aber jederzeit kippen. Sorry."

Brandanschlag auf Baufirma

TAZ vom 2.5.86.

dpa Amberg/Wackersdorf. Einen Brandanschlag haben unbekannte Täter auf eine Baufirma verübt, die Rodungsarbeiten auf dem Baugelände der umstrittenen atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) im oberpfälzischen Wackersdorf ausführt. Nach Angaben der Polizei in Amberg vom Donnerstag wurden zwei Bauwagen, ein Seilzugbagger und ein Rüttler angezündet. Die Bauwagen brannten völlig aus, der Bagger wurde schwer beschädigt. Die genaue Höhe des beträchtlichen Sachschadens sei noch nicht ermittelt.

„Sägende Zellen"

TAZ vom 10.6.86

Berlin (taz) — Ein fünfzackiger Stern mit Säge ist ihr Emblem, die Aufforderung „Schafft viele sägende Zellen" ihr Motto, zwei Strommasten der PREAG sind die ersten Objekte ihrer Begierde: Eine anonyme „sägende Zelle" bekennt: „Ein Griff zur Säge, zwei Stunden schwitzen und schon sind die Strommasten hin!", so ihre Arbeitsanleitung. Das Niederlegen der zwei Strommasten — laut Bekennerbrief der Sauerlandlinie — drücke, so die Säger, Protest gegen das Atomprogramm und Solidarität mit der SWAPO und den AKW-Gegnerinnen und -gegnern im Knastaus.

Brandanschläge in Berlin auf Lieferwagen und Polizeiauto

Süddeutsche Zeitung vom 10.6.86

Berlin (dpa)

Auf zwei Lieferfahrzeuge des Springer-Verlags und ein Polizeiauto sind in Berlin Brandanschläge verübt worden. Die Springer-Fahrzeuge brannten auf dem firmeneigenen Gelände völlig aus, teilte die Polizei mit. Mit einem fingierten Alarm überlisteten anschließend Unbekannte eine Funkwagenbesatzung. Als die Beamten ihren Streifenwagen an dem angeblichen Einsatzort verließen und in ein Wohnhaus eilten, wurde das Auto angezündet. In beiden Fällen hat die Polizei bislang keine Hinweise auf die Täter.

Bei Anschlägen auf je eine Energieberatungsstelle der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) und der Stadtwerke ist in der Nacht zum Montag in Duisburg ein Schaden von mehr als 50 000 Mark entstanden. Nach Polizeiangaben warfen Unbekannte in beiden Fällen die Scheiben ein. Ins RWE-Büro wurden außerdem Brandsätze geschleudert. Sprüh-Parolen an den Außenwänden verwiesen auf die Vorgänge in Brokdorf und forderten zum gewaltsamen Kampf gegen die Kernenergie auf.

Strommast angeschnitten

TAZ vom 12.6.86

dpa. Unbekannte haben in der Nacht zum Mittwoch den Mast einer 380 Kilovolt führenden Stromleitung an der Straße zwischen den Ortschaften Haselau und Heist im Kreis Pinneberg beschädigt. Wie das Kieler Innenministerium bestätigte, wurde die Straße in der Nacht aus Sicherheitsgründen für den Verkehr gesperrt. Die Täter haben vermutlich einen Schneidbrenner benutzt.

Anschlag auf Mast

Landeszeitung vom 16.5.86

Stade. Unbekannte haben in der Nacht zum Donnerstag einen Anschlag auf die 380 000-Volt-Stromleitung zum KKW Esenshamm (Kreis Wesermarsch) verübt. Die Täter trennten einen 25-Meter-Mast mit einem Schneidbrenner von den Betonsockeln ab, so daß er umstürzte und einen weiteren Mast umriß.

Brandanschlag auf Baustelle

FAZ vom 5.5.86

MÜNCHEN, 4. Mai (AP). Ein Brandanschlag auf eine Baustelle westlich der Autobahn-Ostumgehung von München hat am Wochenende einen Schaden von 300 000 Mark verursacht. Wie das Münchner Polizeipräsidium berichtete, zündeten unbekannte Täter zwei Baumaschinen mit einer brennbaren Flüssigkeit an. Beide Maschinen seien völlig zerstört worden, 150 Liter Hydrauliköl seien ins Erdreich geflossen.

Millionenschaden bei Baufirma in Spandau

Militanter Protest gegen WAA Wackersdorf

Volksblatt Berlin vom 29.4.86

Bei einem Brandanschlag auf die Firma Hochtief in Spandau entstand gestern nach Auskunft der Firmenleitung Sachschaden in Millionenhöhe. Der „flammende Protest" der unbekannten Täter richtete sich offenbar gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe in Wackersdorf, an dem die Baufirma sich beteiligen möchte.

Wie die Polizei mitteilte, wurden auf dem Gelände der Firma an der Staakener Straße in Spandau sechs Flugblätter gefunden, die „Hände weg von Wackersdorf" und „Widerstand im ganzen Land" forderten.

Den Brand hatte ein 45jähriger Angehöriger einer Wachmannschaft gegen 3 Uhr morgens entdeckt. Insgesamt sind sechs Brandstellen gefunden worden. Vermutlich mit einem Lappen, der mit einer brennbaren Flüssigkeit getränkt worden war, sind neun Baufahrzeuge angesteckt und schwer beschädigt wurden. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Die Brandsätze sind nach ersten Erkenntnissen der Polizei nahe den Benzinleitungen der Fahrzeuge gezündet worden. Auf das Gelände waren die Täter gelangt, indem sie den das Grundstück umgebenden Maschendrahtzaun zerschnitten.

Von der Essener Zentrale der „Hochtief AG" war gestern zu dem Vorfall keine Stellungnahme zu erhalten: Man habe kein Interesse daran, die Brandstiftung aufzubauschen, „um den Chaoten keine größere Publicity zu verschaffen", hieß es, weso

Verbrecherischer Anschlag bei Sellien

Todbringende Bombe am Bahngleis

Kripo ermittelt wegen Mordversuches – Heimtückischer Zünder

Elbe Jetzel Zeitung vom 30.4.86

Sellien. Mit einer hochbrisanten Bombe hat ein unbekannter Täter nahe Sellien Menschenleben in Gefahr gebracht. Experten der Polizei gelang es, den todbringenden Sprengkörper rechtzeitig zu entschärfen. Die Kripo ermittelt wegen Mordversuches.

Wie die Kriminalpolizei in Lüchow gestern mitteilte, habe am Sonnabend ein Mann „mit hoher, junger Stimme" bei einer Einwohnerin im Kreisgebiet angerufen und mitgeteilt, „in der Nacht wurde ein Bombenanschlag auf die Bahnstrecke bei Sellien verübt". Die Frau informierte die Polizei, die umgehend das bezeichnete Gebiet absuchte und schließlich nahe Sellien etwas Verdächtiges entdeckte.

In Höhe der Bahnüberführung ragten Kabel und Stecker aus dem Schotterbett.

Sprengstoffexperten des Landeskriminalamtes eilten aus Hannover zum Fundort und enthüllten Schlimmes: Nahe dem Gleis lag, tief eingegraben, eine Bombe, gefertigt aus einem ausgedienten Feuerlöscher, Sprengstoff und einer extrem gefährlichen Zündeinrichtung mit „Ruhestromkreis". Diese Konstruktion ist besonders heimtückisch: Hätte der Feuerwerker der Polizei oder irgend jemand anders das Kabel des Zünders durchtrennt oder die Steckverbindungen gelöst, wäre die Bombe sofort explodiert.

Der Sprengstoff-Fachmann befand sich demnach bei seiner Arbeit in höchster Lebensgefahr, bestätigt die Kripo. Auch sei es nicht auszuschließen gewesen, daß der Sprengkörper durch unglückliche Umstände hätte gezündet werden können; durch die Erschütterung eines vorüberfahrenden Zuges zum Beispiel oder auch durch spielende Kinder, die vielleicht aus Neugierde an den Kabeln und Steckern hantiert hätten.

Mit 8,5 Kilogramm Sprengstofflaborat war der Löscher gefüllt. Menschen hätte die detonierende „Höllenmaschine" mit Sicherheit zerrissen, hat die Kripo festgestellt. Auch habe die brisante Füllung ausgereicht, um die Eisenbahnbrücke völlig zu zerstören.

Noch fehlt jede Spur von möglichen Tätern. Die Kriminalpolizei bittet die Bevölkerung um Hinweise, ob sie den abgebildeten Feuerlöscher – aus genau einem solchen wurde der Sprengkörper hergestellt – irgendwo gesehen hat oder ob jemand so ein Gerät vermißt.

Auffällig sind folgende Merkmale: Über dem roten „F" auf weißem Grund ist in weiß die Zahl „21" aufgetragen; unter dem „F" steht zu lesen: „vMP 15"; auch diese Aufschrift ist weiß und etwa zwei Zentimeter hoch, vermutlich wurde sie mit Hilfe einer Schablone aufgemalt. Wer verdächtige Vorgänge nahe der Bahnlinie bei Sellien wahrgenommen hat, sollte ebenfalls die Kripo in Lüchow verständigen; Telefon (0 58 41) 35 01.

-jg-

EIN FEUERLÖSCHER diente zur Herstellung der Bombe. Das abgebildete Gerät ist vom Aussehen her identisch mit dem in Sellien gefundenen Sprengkörper, der allerdings noch zusätzliche Aufschriften trägt. Aufn.: H. Jung

4. Mai 1986:

nach Folk-Festival 15000 beim Sonntags-spaziergang

Nach einer ersten Spontandemonstration mit ca. 300 Leuten in Schwandorf wurde ein Folk-Festival in der Nähe des WAA-Baugeländes zum Anlaß genommen für eine erste größere Demonstration zur Katastrophe in Tschernobyl. Ca. 15 000 Menschen kamen aus dem Grund zum Sonntagsspaziergang an den WAA-Bauzaun, um ihrer Forderung nach sofortigem Ausstieg aus dem Atomprogramm Ausdruck zu verleihen. Die Polizei setzte gegen die bisher größte Demonstrantenmenge an einem Sonntagsspaziergang besonders hohe Konzentrationen von CS-/CN-Gas ein. Daraufhin verließ ein Teil der Sonntagsspaziergänger das Gelände am Bauzaun und blockierte spontan die in zwei km Entfernung vorbeiführende Bundesstraße B 85.

ven diskutiert werden. Direkte Aktionen standen im Plan zunächst im Hintergrund. Dadurch, daß aufgrund der Reaktorkatastrophe und auch wegen den brutalen Polizeieinsätzen der vorangegangenen Wochen wesentlich mehr Menschen kamen als erwartet und zudem entschlossener zum Widerstand waren, wurden diese Pläne über den Haufen/Zaun geworfen. Ohne besondere

Trotz allem wurde am Zaun auf einer Länge von 2,5 km gearbeitet und zahlreiche (ca. 35) meterhohe Löcher herausgesägt. Die Ausfälle der Bullen wurden durch Steinhagel gestoppt und zurückgetrieben. Bis zum Abend hat die Polizei fast ihre gesamten Bestände an CS- und CN-Gas aufgebraucht. Über Nacht werden mit Hubschraubern neue Bestände eingeflogen. Außerdem wer-

Foto: Strahlenfreie Oberpfalz

Pfingsten in Wackersdorf

Gasangriff per Hubschrauber

Das Pfingstwochenende verlief völlig anders als geplant. Ursprünglich sollten an diesem Wochenende und in der darauffolgenden Woche auf dem Pfingstcamp vor allem inhaltliche Schwerpunkte erarbeitet und Widerstandsperspekti-

Aufrufe kamen an den beiden Pfingstfeiertagen jeweils 15- bis 20 000 Menschen zum Bauzaun. Zum Camp waren am Samstag nachmittag über 4 000 Leute gekommen.

Bereits am Morgen des Pfingstsonntag gab es vereinzelte Aktionen am Bauzaun. Gegen Mittag setzte die Polizei Gas durch Wasserwerfer und Granaten ein. Die militanten WAA-Gegner sollten mit 16 Wasserwerfern, tausenden von Gasgranaten und etlichen Ausfällen von knüppelschwingenden Polizeieinheiten vom Zaun ferngehalten werden.

den 40 Wasserwerfer und mehrere Hundertschaften aus Hessen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg angefordert.

In der Nacht versuchen einige hundert Leute mit einem Bagger ein Tor des Bauzauns einzureißen, was jedoch durch weiteren massiven Gaseinsatz der Polizei verhindert wird.

Am Pfingstmontag kommen wieder 20 000 Bürger an den Bauzaun. Die unmittelbare Umgebung des Bauzauns wird von der Polizei frühzeitig dermaßen

mit Gas eingenebelt, so daß mensch sich dort kaum mehr aufhalten kann. Ca. 500 m vom Bauzaun entfernt standen am Zugangsweg zum Bauzaun völlig unmotiviert und provokativ vier Wannen und ca. 30 Polizisten herum. Als die Menschenmenge vom Zaun weggetrieben wurde und sich dorthin zurückziehen mußte, wurde eine der Wannen umgeworfen. Bei diesem Vorgang gab es für die Polizisten einen Schießbefehl (!), der von diesen zum Glück nicht beachtet wurde (s. RADI-AKTIV Nr. 8).

Die Polizisten drängten durch Schlagstockeinsatz die Demonstranten zurück und stellten sich vor die Wanne. Nachdem sich die Lage hier wieder beruhigt hatte und die Demonstranten sich zum großen Teil wieder Richtung Bauzaun bewegten, tauchte plötzlich ein BGS-Großraumhubschrauber auf und warf mehrmals CS-Gasgranaten sowohl auf die Demonstranten als auch auf die Polizisten ab. Die Polizisten mußten flüchten und die gesteigerte Wut der Demonstranten entlud sich, indem sie die umgestürzte Wanne und ein weiteres zurückgebliebenes Polizeifahrzeug in Brand steckten. Die Polizisten wurden mit Steinen und sonstigen Wurfgeschossen endgültig zum Rückzug getrieben. Im

Foto: Schwarz-Rot-Fotografie

Foto: Strahlenfreie Oberpfalz

Anschluß daran wurden nochmals, diesmal aus einem Polizeihubschrauber, massiv Gasgranaten auf die gesamte Demonstrantenmenge und dabei auch auf die Sanitätsstation abgeworfen.

Durch die brutalen Polizeieinsätze wurden am Pfingstwochenende etwa 3 500 Menschen leicht verletzt, d. h. Augenbrennen durch CS-/CN-Gas, leichte Prellungen, Verbrennungen, Rißwunden etc. Mindestens 38 Menschen wurden schwerer verletzt, wobei davon ausgegangen werden kann, daß dies längst nicht alles ist: Verdacht auf Schädelbruch nach Knüppeleinsatz, mehrere Erstickungsanfälle sowie eine Netzhautablösung durch CS-Gas, Schädelplatzwunden, Gehirnerschütterungen, schwere, teilweise offene Prellungen sowie ein Kreuzbandriß durch Knüppeleinsatz. Längerfristige CS-Gasbeschwerden und Spätfolgen kommen hinzu.

Am darauffolgenden Dienstag abend wird das Pfingstcamp von BGS- und Polizeieinheiten geräumt. 177 Leute werden festgenommen. Während der Räumung organisierte die Oberpfälzer Bevölkerung Straßenblockaden, um den Abtransport der WAA-Gegner zu verhindern. Dabei kommt es zu brutalen Übergriffen der Polizei gegen die Blockierer. Mehrere Leute werden z. B. mit vorgehaltener Pistole festgenommen.

Die Eskalation der Polizeigewalt geschah offensichtlich nicht aus situationsbedingten scheinbaren Sachzwängen heraus, sondern war u. U. bewußt gewollt und geplant. Zwei Gründe ließen diese Vermutung erklären: Zum einen soll die Bevölkerung davon abgeschreckt werden, weiterhin am Bauzaun zu demonstrieren und zum anderen könnte durch das in der Öffentlichkeit gezeigte Bild von Demonstranten als „kriminelle Gewalttäter" eine Aufrüstung des Unterdrückungspotentiales eher gerechtfertigt erscheinen.

Der Versuch der Einschüchterung bzw. Abschreckung der Bevölkerung mißlang wohl bisher. Am Sonntag nach Pfingsten kamen wieder fast 10 000 Menschen zum Sonntagsspaziergang an den Bauzaun und zeigten sich entschlossener und militanter in ihrem Widerstand als je zuvor.

Die zunehmende Brutalität der Polizeieinsätze, vor allem die seit Ostern fast jeden Sonntag stattfindenden CS-Gaseinsätze, die sich vermehrenden Polizeiübergriffe und die Allgegenwärtigkeit des Staatsapparates ließen den Unmut und den Zorn der Oberpfälzer Bevölkerung anwachsen. Die brutalsten Polizeieinsätze an Pfingsten, aber auch die Katastrophe in Tschernobyl und die darauffolgende verlogen beschwichtigende Informationspolitik der Bundesregierung steigerten diese Stimmung in Wut und Haß. •

Wir

Ober–pfälzer

sind einfach immer wieder da (und von Mal zu Mal besser ausgerüstet...)

Polizeipräsident abgesägt –

Strauß: »Nicht offensiv genug«

Um gleich von vorneherein aufzuzeigen, wo es in Sachen Polizeigewalt bei der Demo am 7. Juni in Wackersdorf langgehen würde, setzte das bayerische Innenministerium zwei Tage vor der Demo den Polizeipräsidenten von Niederbayern und der Oberpfalz, Hermann Friker, der bislang Leiter der Wackersdorfer Polizeieinsätze war, ab. Ganz offensichtlich – was aber zunächst vom Innenministerium verschwiegen worden war – hatte es Widersprüche zwischen dem als „intellektuell" bezeichneten Polizeistrategen Friker und den Vorstellungen der CSU über polizeiliche Offensivtaktik gegeben.

Die Grünen und die SPD kapierten zunächst gar nichts: Sie begrüßten die Absetzung Frikers als richtige Konsequenz der brutalen CS-Gaseinsätze an Pfingsten, die Grünen betrachteten dies sogar als einen Erfolg der Anti-WAA-Bewegung, forderten darüber hinaus aber noch die Abberufung Hillermeiers.

Der Grund für die Absetzung Frikers beruhte natürlich auf dem Gegenteil: Friker war der CSU nicht hart genug! Strauß kritisierte, daß von ihm „eine auch zum Schutz der eingesetzten Beamten geforderte offensive Polizeitaktik nur äußerst halbherzig in die Tat umgesetzt" worden sei. Ihm wurde nachträglich die „wochenlange Duldung der Hüttendörfer", der ungenügende Schutz von CSU-Veranstaltungen in Oberpfalz angelastet. Auch die Ergebnisse der Polizeieinsätze hinsichtlich Festnahmen und Haftbefehlen seien „mehr als kläglich". Der Freistaat und seine Polizei dürfte nicht zum Gespött gemacht werden. Friker sei „sicherlich ein pflichtbewußter und tüchtiger Beamter". Aber er, Strauß, wäre „als begabter Historiker wohl auch ein schlechter Chirurg geworden". (Zitate nach SZ vom 9.6.86)

Hiersemann, Spitzenkandidat der bayerischen SPD, wußte davon zu berichten, daß bei den letzten Polizeieinsätzen Friker stets einen Aufpasser aus dem Innenministerium vor Ort im Nacken hatte. Man war ihm gegenüber schon mißtrauisch.

Friker, der sich demnächst am Berg Athos in klösterlicher Abgeschiedenheit erholt, verfolgte – wenn dies auch zynisch klingen mag, angesichts der vielen brutalen Polizeieinsätze wohl eher eine differenzierte Einsatztaktik, die ganz den Forschungen der Polizeiführungsakademie Hiltrup bezüglich Großdemonstrationen entsprach, nicht aber solch bayerischen Scharfmachervorstellungen.

So ließ er sich häufig am WAA-Gelände blicken, war zu philosophierenden TAZ-Gesprächen bereit und pfiff auch mal seine Beamten in Sachen Hundeeinsätze zurück, wenn sich die Oberpfälzer gar zu sehr beschwerten. Wichtig war ihm stets, das Prestige der Polizei in der Öffentlichkeit zu wahren. Daneben aber schlug er hart vor allem gegenüber den radikalen Teilen der Bewegung zu.

Bei diesem doppelgleisigen Vorgehen mußte es zum Knatsch mit der CSU kommen, die lauthals verkündet hatte, in Bayern sei die WAA leicht durchsetzbar.

Ganz anders sein Stellvertreter Hartmann, wie der Name schon sagt. Hartmann, der schon seit Pfingstmontag die Einsatzleitung übernommen haben soll, gab denn auch ganz stolz im Bayerischen Rundfunk bekannt, den Befehl für den brutalen Hubschraubereinsatz am Pfingstmontag gegeben zu haben, als CS-Granaten aus der Luft in die Menschenmenge geworfen wurden. Auch am 7. 6. war er Einsatzleiter und machte deutlich, was unter offensiver Polizeitaktik zu verstehen sei: noch massivere Polizeipräsenz, auch vor dem Zaun und im Wald, wahllose Knüppeleien und Festnahmen und der Einsatz von GSG-9-Beamten.

Aber Hartmann soll wohl nicht endgültig den Job Frikers übernehmen, sondern nur vorübergehend die Lücke füllen. Nach letzten Meldungen im Bayerischen Rundfunk wird hierfür Roland Koller, derzeit noch Polizeidirektor in München gehandelt – und das wäre dann für die CSU wohl der Traummann für diesen Posten! Koller, der verantwortlich ist für den wahnsinnigen Polizeieinsatz in Haidhausen am 12. 10. 85, ist vehementer **Verfechter der Forderung nach Atomwaffen in deutscher Hand!** (S. RADI-AKTIV Nr. 5). Daher würde die Durchsetzung der WAA mit Polizeigewalt wohl auch ganz seinen eigenen politischen Vorstellungen entsprechen.

Trotz Demo-Verbot:

30 000 in Wackersdorf !

Mindestens 30 000 AKW- und WAA-Gegner/innen kamen am Samstag, den 7. 6., zu der verbotenen Demo nach Wackersdorf an den Bauzaun der geplanten WAA. Damit hatte eigentlich fast niemand mehr gerechnet. Die Mobilisierung litt unter der kurzen Vorbereitungszeit und dem Dauerstreß der Aktivisten/innen vor Ort. Zudem war die Befürchtung, daß viele Menschen von den brutalen Polizeieinsätzen der vergangenen Wochen und hier vor allem an Pfingsten doch eingeschüchtert wurden und von den Androhungen mit härterem Vorgehen abgeschreckt sind. Ungewiß war, was für Auswirkungen das Verbot der Demonstration am Bauzaun haben würde und vor allem, wie die Polizei sich zu diesem Verbot verhalten würde. Schließlich waren alle überrascht, daß es ohne ernsthafte Verhinderungsmaßnahmen der Polizei möglich war, an den Bauzaun zu gelangen. Dafür schlug die Polizei dort brutal zu. Das Vorgehen der Polizei war in seiner Brutalität gegen einzelne das bisher härteste.

Das Landratsamt in Schwandorf hatte

Foto: OPA

die für den Samstag angemeldete Demonstration am Baugelände der WAA eine Woche vorher verboten. Zur Begründung wurden die Ausschreitungen am Pfingstwochenende herangezogen.

Als weiterer Grund wurde genannt, daß zu große Waldbrandgefahr bestünde, vor allem wegen Molotow-Cocktails. Dazu ist zu bemerken, daß der genannte Kundgebungsplatz bei einer früheren Demonstration in bezug auf Waldbrandgefahr für unbedenklich erklärt wurde. Auch das bei Demonstrationen übliche Verkehrschaos wurde als Verbotsgrund genannt.

Schließlich bestätigte das Schwandorfer Landratsamt eine Bannzone von fünf Kilometern rund um das Baugelände, die die Regierung der Oberpfalz nach Pfingsten für Veranstaltungen, Zeltlager etc. erklärt hatte.

Daraufhin stellte das Bürgerforum Landshut einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht in Regensburg, mit Verweis auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil zu Brokdorf 1981, wo entschieden worden war, daß eine Demonstration selbst dann nicht ohne weiteres verboten werden darf, wenn davon ausgegangen werden kann, daß mit militanten Aktionen von Minderheiten zu rechnen ist. Das Gericht bestätigte das Verbot hingegen gerade mit der Begründung, daß der Veranstalter nicht gewährleisten kann, daß es zu keinen Ausschreitungen am Baugelände kommen würde. Dagegen wiederum wurde beim Verwaltungsgerichtshof in München Beschwerde eingelegt. Erwartungsgemäß wurde auch hier ein Demo-Verbot erteilt. Schließlich wurde vom Bürgerforum noch das Bundesverfassungsgericht angerufen und eine einstweilige Verfügung beantragt. Das Bundesverfassungsgericht entschied am Samstag, das Verbot nicht aufzuheben mit der Begründung, daß eine Überprüfung der Anordnung so kurzfristig nicht möglich gewesen sei. Eine endgültige Entscheidung über die Klage wird nachträglich erfolgen. Unbeeindruckt von den Urteilen wurde jedoch weiterhin zur Demo am Baugelände aufgerufen.

Am Samstag früh geschah etwas, was die Erwartungen an den Demo-Tag zunächst zu bestätigen schien. Etwa um 9 Uhr wurde das Taxöldener Haus (Unterkunft für auswärtige WAA-Gegner), einige Kilometer vom Bauzaun entfernt, von ca. zwei Hundertschaften umstellt. Dabei wurden Autos aufgebrochen und durchsucht. Das Haus wurde nicht gestürmt, da die Bewohner rechtzeitig gewarnt worden waren und das Gebäude verlassen konnten.

Der weitere Tagesablauf allerdings verlief anders als erwartet. Viele hatten damit gerechnet, daß die Polizei die Region weiträumig absperren werde und verhindern wolle, daß die anreisenden Demonstranten/innen auch nur in die Nähe des Demonstrationsorts kommen. Von weiträumigen Absperrungen war schließlich jedoch nichts zu sehen. Es waren lediglich einige Zufahrtswege zum Gelände abgesperrt worden und die Polizei führte dort Ausweiskontrollen und Autodurchsuchungen durch. Diese Sperren konnte man/frau zudem noch sehr leicht umgehen. Einzelne Waldwege waren für Autos mit Sandcontainer blockiert. Mehrere Hundertschaften BGS und Bereitschaftspolizei versuchten zunächst noch, durch Sperren den Zustrom der Menschen einige hundert Meter vor dem Bauzaun zu stoppen. Aber auch an diesen Sperren konnten die Demonstranten/innen durch den Wald außen vorbeigehen. Als immer mehr Menschen kamen, wurden die Sperren aufgehoben.

Keine weiträumigen Absperrungen – aber neue Polizeitaktik

Dies, daß die Polizei offensichtlich nicht ernsthaft daran interessiert war, die WAA-Gegner/innen daran zu hindern, an den WAA-Bauzaun zu gelangen und die im folgenden beschriebene Vorgehensweise der Polizisten am Baugelände, läßt folgende Schlüsse auf die Strategieüberlegungen der Polizei zu. Die Demonstranten/innen, die sich durch das Demo-Verbot nicht abhalten ließen, sollten ruhig an den Bauzaun kommen. Dort sollte ihnen durch besonders brutale Einsätze, diesmal gezielt gegen einzelne, offensichtlich eine Lehre erteilt werden, die ihnen nahelegen soll, das WAA-Baugelände in Zukunft zu meiden.

Außerdem sollten wohl auch Verhaftungen in größerem Maßstab vorgenommen werden. Daß es nicht dazu kam, dürfte der großen Zahl der anwesenden Demonstranten zu verdanken sein. Es wurden Anzeichen deutlich, daß die Polizei beabsichtigte, ganze Teile der Demonstrantenmenge abzutrennen, einzukreisen und festzunehmen. Wahr-

Foto: Wolfgang Gast

scheinlich hatte auch die Polizeiführung nicht mit einer so großen Beteiligung an der Demonstration gerechnet.

Nach Angaben von Ministerpräsident Strauß waren am Samstag 3 300 Polizeibeamte (aus Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland) im Einsatz. Darunter waren 36 Mitglieder der Sondereinsatzgruppe GSG 9. Der überwiegende Teil der Polizisten war diesmal von vornherein außerhalb des Bauzauns. Sie waren in Gruppen von 50 bis 100 Mann im Wald um den Bauzaun verteilt, vor allem an dem Abschnitt, an dem sonst immer die Hauptaktivitäten stattfinden. Sie begannen damit, aus der Demonstrantenmenge einzelne willkürlich herauszugreifen und in das umzäunte Gelände zu schleppen. Dabei gingen sie zudem bewußt provokativ vor, z. B. in dem Fall, als eine Hundertschaft mehrere Male demonstrativ mitten durch die Menge der WAA-Gegner/innen zog. Daraufhin wurgruppe geworfener Molotow-Cocktail, der die Uniform eines Beamten entzündete sowie von den WAA-Gegnern/innen zurückgeworfene Tränengasgranaten konnten die Knüppelorgie kurzfristig stoppen.

Zwischendurch versuchte eine Gruppe von 15 bis 10 Demonstranten/innen auf ihre Weise, die Auseinandersetzungen zu stoppen, indem sie sich zwischen die Polizeieinheiten und die übrigen Demonstranten/innen stellten und ein Transparent hochhielten mit der Aufschrift: „Schluß mit der Brutalität. Legt die Knüppel und Steine weg – die wahren Schuldigen sitzen woanders". Beim nächsten Vorstop der „Ordnungshüter" wurden auch sie überrannt und niedergeknüppelt.

Entgegen der bisherigen Praxis kamen Wasserwerfer mit CS- und CN-Gas-Zusatz erst am späten Nachmittag massiv zum Einsatz. Gegen 17 Uhr wurde das Gelände um das „Chaoteneck" endgültig

Foto: Wolfgang Gast

den die Polizisten dann auch mit Matsch und Steinen beworfen. Das war für diese wiederum der Anlaß, gegen die Umstehenden mit brutalem Schlagstockeinsatz und Chemical Mace vorzugehen. Danach eskalierte das Geschehen. Vor allem am sog. „Chaoteneck" wurden die Wasserwerfer und sonstigen Polizeifahrzeuge auf dem WAA-Gelände mit Steinen, Ästen, Molotow-Cocktails etc. beworfen. Nachdem ein Panzerfahrzeug des Bundesgrenzschutz von einem Molotow-Cocktail getroffen wurde, begannen die Polizei- und BGS-Einsatzkräfte den Abschnitt zu räumen. Mehrere Hundertschaften zogen direkt vor den Zaun und drängten die Demonstrantenmenge zurück. Mehrmals stürmten die Bullen in Gruppen wild um sich knüppelnd vor und trieben die Demonstranten/innen in den Wald zurück bzw. einen drei Meter hohen steilen Abhang hinunter. Viele mußten den Anhang hinab springen oder stürzten. Es gelang gelegentlich, die Sturmtrupps mit Steinen, Ästen und sonstigem zurückzudrängen, so daß diese sich vor dem Zaun hinter ihren Schildern einigeln mußten. Ein in die Polizeivon knüppelnden BGS- und SEK-Einheiten geräumt.

Brutale Verletzungen wie noch nie

Die äußerst brutalen Polizeieinsätze hinterließen schwerste Verletzungen bei den Demonstranten. Insgesamt waren es mind. 60 Schwerverletzte und etwa 300 Leichtverletzte (Augenspülungen wegen CS-/CN-Gas, Schocks, leichte Prellungen, Schürfwunden ...). Unter den schweren Verletzungen waren übermäßig viele Kopfverletzungen durch Knüppelschläge oder Steinwürfe von Polizisten. Es gab mind. 20 Platzwunden am Kopf, wovon neun genäht werden mußten. Eine Frau, der mit einem Schlagstock mehrmals auf den Kopf geschlagen wurde, wurde mit Verdacht auf Schädelbasisbruch ins Krankenhaus gebracht. Einer anderen Frau wurde von hinten der Schlagstock auf den Kopf gedroschen, daß sie zu Boden stürzte und liegenblieb. Weitere Schlagstockverletzungen waren schwere Prellungen, mind. eine Gehirnerschütterung und einmal Verdacht auf Jochbeinbruch.

Durch den CS-Gaseinsatz erlitten mind. drei Menschen akute Atemnot und mußten deshalb ins Krankenhaus gebracht werden. Ein WAA-Gegner wurde mit schweren Gesichts- und Augenprellungen in das Regensburger Krankenhaus gebracht. Die behandelnden Ärzte dort ließen ihm deutlich ihre Einstellung spüren, daß sie keinerlei Sympathien für Atomkraftgegner haben.

Schwerste Verletzungen erlitt ein Demonstrant, dem von einer explodierenden Granate (aller Wahrscheinlichkeit nach Blendschockgranate; s. unten) zwei Finger teilweise abgerissen wurden.

Die Arbeiten der Demo-Sanitäter wurden mal wieder von Polizei und BGS behindert. U. a. wurde wie schon an Ostern Wasser beschlagnahmt, das dringend zu Augenspülungen benötigt wird.

Am Baugelände wurden ca. 60 Demonstranten/innen festgenommen. Ihnen wurde u. a. Teilnahme an einer verbotenen Demonstration, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch... vorgeworfen. Zur Feststellung der Personalien und erkennungsdienstlichen Behandlung wurden sie nach Amberg und Nabburg gebracht. Einigen wurde die Benachrichtigung eines Anwalts bzw. des Ermittlungsausschusses verweigert. Gegen vier Demonstranten wurde Haftbefehl beantragt. Zwei von ihnen sitzen eine Woche nach der Demo immer noch in Untersuchungshaft in Amberg und sollen in einem Schnellverfahren verurteilt werden. In dem einen Fall nahm der Staatsanwalt beim Haftprüfungstermin die Argumente der Verteidigung offensichtlich gar nicht wahr und (sinngemäß) äußerte, wer am Samstag am Baugelände war, der säße wohl zu Recht im Gefängnis. ●

Neue Waffen im Einsatz:

Explosivgranaten in Menschenmenge

Wie schon an Pfingsten neuartige CS-Gas-Trägerwaffen von der Polizei eingesetzt wurden, wurde mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit auch bei der Demo am 7. 6. wieder eine spezielle Waffe, die bisher bei Demonstrationen in der BRD, außer an der Startbahn West, noch nicht zum Einsatz kam. Nach glaubwürdigen Zeugenaussagen wurde mindestens eine sog. Blendschockgranate mit einem panzerfaustähnlichem Gerät vom umzäunten Baugelände heraus unter die Demonstrantenmenge geschossen. Blendschockgranaten bleiben nach dem Aufprall am Boden zunächst 4 bis 5 Sekunden liegen und explodieren dann mit einem lauten Knall und grellem Blitz, der die Umstehenden lähmt. Der Einsatz dieser Waffe hatte für einen Demonstranten fürchtba-

re Folgen. Als er sich, unwissend, um was es sich handelt, nach dem Geschoß bückt, um es aufzuheben, explodiert es in seiner Hand. Dabei werden ihm zwei Finger teilweise abgerissen. Mit dem Hubschrauber wurde er in eine Spezialklinik nach Großhadern bei München geflogen.

Blendschockgranaten gehören eigentlich zum Waffenarsenal der Sondereinsatzgruppe GSG 9 und wurden von dieser z. B. 1977 in Mogadischu bei der Stürmung des entführten Flugzeugs eingesetzt. Daß die GSG 9 am Samstag am Baugelände im Einsatz war, bekräftigt die Hinweise auf die Anwendung dieser Waffe.

Das Bayerische Innenministerium wies die Behauptung zurück, daß Blendschockgranaten eingesetzt waren. Genauso dementierte es nach Pfingsten den Einsatz neuer CS-Gas-Granaten, obwohl am Bauplatz gefundene Exemplare zum Beweis vorgelegt werden konnten.

An der Startbahn West wurden Blendschockgranaten zum ersten Mal bei Demonstrationen in der BRD eingesetzt. Auch dort wurde dies vorher nicht angekündigt und anschließend dementiert. Das Dementi mußte zurückgezogen werden, als von Demonstranten ein Beweisstück vorgelegt werden konnte.

Während am Samstag die Beteiligung der Einheimischen auffallend gering war (viele waren beim Umwelttag in Würzburg), kamen am Sonntag wieder viele Oberpfälzer zum traditionellen Sonntagsspaziergang an den Bauzaun. Insgesamt waren es ca. 5- bis 6000 WAA-Gegner und Gegnerinnen. Polizei und BGS waren an diesem Tag wieder vorwiegend innerhalb des Bauzauns. Lediglich zweimal stürmten je ein Trupp BGS/SEK zum Haupttor heraus, knüppelten und nahmen einige Leute fest. Das erste Mal geschah dies am frühen Nachmittag, als überhaupt erst wenige am Bauzaun waren und keinerlei Aktionen stattgefunden hatten. Als dann gegen 15 Uhr einige Tausend am Bauzaun standen und vereinzelt Steine und Äste über den Zaun flogen und einige versuchten, den Natodraht vom Zaun zu reißen, kamen die Wasserwerfer zum Einsatz, denen schon nach kurzer Zeit CN- und CS-Gas beigemischt wurde. Die Konzentrationen waren so hoch, daß schon nach wenigen Minuten ein Aufenthalt in der Nähe vom Bauzaun ohne Gasmaske unmöglich war. Es gab auch am Sonntag wieder zahlreiche Verletzte, vor allem wegen dem CS-/CN-Gas. ●

Standgerichte und was das rechte Herz sonst noch alles begehrt

Das Nachspiel zur Demonstration findet in den Tagen danach wieder nach dem üblichen Muster statt: Forderung nach härterem Vorgehen, nach vergrößertem Polizeiapparat, verschärftem Demonstrationsrecht usw., usw. Innenminister Hillermeier forderte in der Fernsehsendung „Report" zum wiederholten Male neue Polizeiwaffen (Gummigeschosse) und eine härtere Bestrafung der festgenommenen Demonstranten/innen. Strauß hetzte, daß die gesetzlichen Grundlagen zum Schutz des Rechtsstaats vor „blutrünstigen Chaoten" noch unzureichend seien und nannte darauf-hin die „halbherzige Regelung" des Landfriedensbruchs und des Vermummungsverbots. Auch eine baldige Verstärkung der Polizeistreitmacht ist angesagt. Der CSU-Arbeitskreis Polizei forderte fünf zusätzliche Hundertschaften; im Plenum des Landtags verlangte die CSU-Fraktion den Ausbau der Polizei um mindestens zwei Hundertschaften als „erste Maßnahme". Man/frau darf gespannt sein, wie sich die SPD diesmal bei einer Abstimmung verhält; sie hatte im März 1985 schon einmal der Aufstellung von zwei neuen Hundertschaften der Bereitschaftspolizei zugestimmt, deren Bestimmung für die Durchsetzung der WAA eindeutig war.

Für den SPD-Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses Wernitz ist der Umgang der Gerichte mit den „Chaoten" zu nachsichtig. Tagessätze von 20 Mark sind seiner Meinung nach „ein Hohn". Und der stellvertretende FDP-Vorsitzende Baum schließlich schlägt vor, daß künftig Staatsanwälte und Richter am Demonstrationsort bereitstehen sollten, um Demonstranten/innen sofort aburteilen zu können. „Abschreckend wirkt allein die Festnahme und die rasche Verurteilung", meint Baum.

Weil diese Reaktionen der Politiker andeuten, daß immer mehr Mittel geschaffen werden sollen, um den WAA-Widerstand und wohl auch alle anderen weitergehenden gesellschaftlichen Proteste niederzuschlagen, ist es dringend nötig, den Widerstand auch gegen diese Maßnahmen zu richten. ●

★ ★ ★

Demo am 7. Juni in Brokdorf

Bereits im Vorfeld der Demonstration gegen das Atomkraftwerk Brokdorf wurde von staatlicher Seite, wie der Bundes-, der Landesregierung, der Polizei und des Verfassungsschutzes ganz massiv versucht, Menschen davon abzuhalten an den Demonstrationen in Brokdorf und Wackersdorf teilzunehmen.
Es wurden Gruselmärchen über angebliche Vorbereitungen von „Autonomen" und „militanten Gruppen" für eine „Schlacht" um das AKW Brokdorf verbreitet. Die Auseinandersetzungen am Pfingstwochenende in Wackersdorf mußten herhalten um den nach Tschernobyl wachgerüttelten Teil der Bevölkerung einzuschüchtern und Angst vor einer Teilnahme an der Demonstration zu erzeugen.

Trotz dieser Verleumdungskampagne des Widerstandes wollten sich über 80.000 Menschen an der Demonstration beteiligen. Weniger als die Hälfte von ihnen kamen jedoch direkt vor das AKW-Gelände. Die Polizei errichtete auf den Anfahrtswegen weiträumig Sperren und wollte PKW's und Busse nach angeblichen „Waffen" untersuchen. Diese Schikane der Polizei führte dazu, daß praktisch für diesen Tag das Demonstrationsrecht außer Kraft gesetzt wurde.

Die ersten Sperren errichtete die Polizei bereits in einer Entfernung von 30 - 40 Kilometer, so wurde die Autobahn vor Itzehoe total gesperrt, die vorher abgehende Ausfahrt war durch quer gestellte Sandkontainer blockiert. Vorne an der Sperre mußten alle PKW's und Busse die Autobahn verlassen und wurden auf einen angrenzenden Parkplatz geleitet wo z.T. pingelige Durchsuchungen und wahllose Beschlagnahmungen von Werkzeugen, Abschleppseilen, Oel- und Benzinkanister, Wasserbrillen, Fahnen- u. Transparentstangen, Brotmessern usw. stattfanden.
Als sich eine Menschenmenge an der Polizeisperre ansammelte und mit Hinweis auf das Recht auf Demonstrationsfreiheit und der genehmigten Demonstration eine sofortige Weiterfahrt verlangte, wurde von Seiten der Polizei versucht einzelne aus der Menge herauszuholen wg. angeblichen Rädelsführertum und eine Hundertschaft schwerbewaffneter Polizisten samt Wasserwerfer marschierte auf. In dieser Situation drohte die Polizei falls nicht sofort alle in ihre Fahrzeuge zurückkehrten mit der Räumung der Straße.

Aber nicht nur auf der Autobahn, sondern auch auf verschiedenen Landstraßen errichtete die Polizei Kontrollstellen. Dies führte dazu, daß es zu riesigen Stauungen, oft mehrere Kilometer lang, auf sämtlichen Anfahrtswegen zum AKW, und damit verbunden zu erheblichen, stundenlangen Verzögerungen bei der Ankunft kam. Schleswig Holsteins Innenminister hatte die Anweisung gegeben:„ *Niemand kommt unkontrolliert vor Ort"* und *„Die Spreu vom Weizen zu trennen"*.
Über die Hälfte der anreisenden Demonstranten erreichten auf diese Weise die Umgebung von Brokdorf erst gar nicht. Aber damit nicht genug. In einem Umkreis von 2 Kilometern um das AKW herum waren Sandkontainer aufgestellt mit einem schmalen Spalt als Durchlaßstelle. Hier führten Polizisten bis zum Mittag Personenkontrollen durch.

Die Auseinandersetzung am AKW

Das Gelände des AKW Brokdorf glich einer uneinnahmbaren Festung. Nato Stacheldraht, ein massiver Zaun, dahinter festinstallierte Wasserwerfer, davor ein schier unüberbrückbarer 6 - 7 m breiter Wassergraben. In der Festung eine riesige Ansammlung von Polizeiheeren.
Im Laufe des späten Vormittags sam-

übung in Brokdorf

meln sich Tausende von Demonstranten auf den Teerstraßen, die vor den Wassergräben verlaufen, und auf dem Deich an der Elbseite.
Ohne das es vorher zu Auseinandersetzungen gekommen war provoziert nun plötzlich die Polizei, indem aus dem AKW-Gelände heraus ein Bauwagen auf die Straße gezogen wird, wo dieser in der Demonstrantenmenge steckenbleibt. Ohne erkennbaren äußeren Anlaß beginnt nun, um 11.30 Uhr die Polizei damit 4 Wasserwerfer und mehrere Hundertschaften einzusetzen um die Deichseite zu räumen. Als sich mehrere Leute vor die Wasserwerfer setzen, werden diese brutal weggespült, dem Wasser ist außerdem CN- u. CS-Gas beigemischt. (Siehe hierzu auch den Leserbrief eines Kriminalbeamten, der auch gegen das AKW-Brokdorf demonstrierte hatte).
Als Reaktion auf das Vorgehen der Polizei wurde aus der bis dahin „friedlichen" Menge heraus Steine geworfen und mit Zwillen geschossen. Nun entwickelte sich am gesamten Gelände des AKW das gleiche Bild. Aus dem Gelände heraus wird durch den Einsatz von Wasserwerfern versucht die Leute vom weiteren Umkreis des Zaunes wegzubekommen. An mehreren Stellen werden die Wasserwerfer mit Steinen, Stahlkugeln, Brandsätzen und Leuchtraketen angegriffen. Ein Ansammlung von großen Mannschaftstransporthubschraubern und Beobachtungshubschraubern knattern die gesamte Zeit bedrohlich über der gesamten Demonstrationsmenge. Die Polizei verhindert durch ihr provokatorisches Vorgehen einen einheitlichen, geschlossenen Ablauf der ab 13.00 Uhr beginnenden Kundgebung.
Zwischen 14.00 und 15.00 Uhr, einem Zeitpunkt als sich mehrere Zehntausend Menschen um das AKW aufhalten und die Kundgebung noch im Gange ist, startet die Polizei ohne Vorwarnung und Ankündigung einen brutalen Überfall auf die gesamte Demonstrationsmenge.

Während vorher bereits vereinzelt Tränengasgranaten eingesetzt wurden, geht nun ein regelrechter Geschosshagel von Tränengasgranaten nieder, vom Gelände her spritzen die Wasserwerfer das CS-Gas fast pur (es bröckelt regelrecht als Staub von den Regenjacken ab) und auf der Straße rücken die 4 Wasserwerfer spritzend im Eiltempo vor. Dahinter eine ganze Polizeiarmada die, die letzten Unwilligen aus dem Weg prügelt. Die Menschen flüchten panickartig auf die angrenzenden Wiesen, wo auch schon Tränengasgranaten niedergehen, alles rennt wild davon, tränende Augen und Übelkeit vom Tränengas, viele sehen die Gräben zu spät und fallen hinein, einige verletzen sich an den Stacheldrahtzäunen. Lediglich der letzendlichen Disziplin der Demonstranten, und der gegenseitigen Hilfe ist es zu verdanken das

es hier nicht zu schlimmerer Panik kam. Vom Lautsprecherwagen aus wird nach diesem Überfall der Polizei die Kundgebung abruppt abgebrochen und für beendet erklät. Es wird aufgefordert Ruhe zu bewahren und sich auf der Straße zurückzuziehen.
Wenige Minuten später steht die erste Reihe weißbehelmter Polizisten am Rande des Kundgebungsplatzes und drängt die Leute auf die angrenzende Straße, es fliegen Gasgranaten in die Kundgebungsmenge. Hier nun das gleiche Bild wie vorher schon auf der Wiese. Nach einiger Zeit bietet sich ein absurdes Bild, nur noch die Uniformierten und der Lautsprecherwagen stehen auf dem Kundgebungsplatz.
Überall landen nun Mannschaftshubschrauber auf den anliegenden Wiesen und spucken Polizisten aus, welche die Demonstranten Richtung Straße abdrängen. Dies macht auf viele Menschen einen total bedrohlichen Eindruck und nach den vorhergegangenen Ereignissen rechnen einige wohl mit dem Schlimmsten und rennen einfach los. Abermals verletzen sich viele durch Sprünge über Gräben oder laufen in Stachelrahtzäune. Zudem gibt es eine Unzahl von Verletzten durch den vorhergegangen Gaseinsatz. Überall ist der Ruf nach Sanitätern und Ärzten zu hören. Vom AKW beginnt jetzt der stundenlange Rückmarsch, andere kommen gerade erst an, die Masse steckt noch in irgendwelchen Polizeisperren. Z.T. ziehen sich die Auseinandersetzungen am Gelände noch einige Stunden hin.

Fotos: PAN Foto

Voller Scham!

Ein Polizist berichtet

Betr.: Brokdorf-Demonstration vom 7.6.

Brokdorf - 12.30 Uhr: Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits vor der Kundgebung Tausende von Menschen um das Atomkraftwerk Brokdorf versammelt, Zigtausende waren noch aus allen Landesteilen unterwegs und wurden überall durch Polizeisperren am Erreichen des Kundgebungsortes gehindert.

Alle, die es bislang geschafft hatten, hierher zu gelangen, ob alte und junge, politische und unpolitische, kirchliche und gewerkschaftliche, hatten nur das eine Ziel: friedlich gegen den atomaren Wahnsinn zu protestieren!

Darunter auch ich, Kriminalbeamter in Hamburg, verheiratet, zwei Kinder.

Der „Schutz der Demonstration" begann um 12.30 Uhr damit, daß urplötzlich Hunderte von Polizisten mit Wasserwerfern das AKW-Gelände durch das Tor an der Deichseite verließen. Unmittelbar dort stand ich mit mehreren Freunden und Berufskollegen und beobachtete das nun folgende mit größtmöglicher Objektivität.

Minuten später erging die polizeiliche Aufforderung an die Menschen, die Straße um das AKW zu räumen. Keiner wußte warum, und keiner wußte wohin. War man doch gerade erst angekommen. Mitten in der Verwirrung der demonstrierenden Menge kam es unmittelbar darauf zum ersten Wasserwerfereinsatz, zuerst ohne, kurz darauf unter Verwendung von Reizgas.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es von seiten der Demonstranten nicht den geringsten Anlaß für diese polizeiliche Maßnahme gegeben.

Junge Menschen (zum Teil sehr junge Mädchen) setzten sich vor die Wasserwerfer, um deren sinnlose Weiterfahrt zu verhindern. Aus wenigen Metern traf sie der harte Strahl des Wassers. Sie wurden meterweit geschleudert, lagen im Dreck, teilweise verletzt . . .

Jetzt erst flogen vereinzelt Steine von zu Recht erbosten Demonstranten gegen die gepanzerten Polizeifahrzeuge.

Was hier geschah, war eine unglaubliche Provokation durch die Polizei, welche von nun an den gesamten Ablauf der Demonstration zu verantworten hatte!

Ich hoffe inständig, daß vielleicht doch der eine oder andere objektive Pressevertreter diese Vorgänge beobachtet hat.

Die vereinzelt geworfenen Steine (keineswegs von vermummten und sogenannten Chaoten) gaben der Polizeiführung nunmehr grünes Licht zu massivem und vollkommen unverhältnismäßigem Gaseinsatz. Tausende von Menschen auf und hinter dem Deich wurden gesundheitlich geschädigt, da der starke Wind das Gas viele Meter trieb und es für diese Menschen überhaupt keine Möglichkeit gab, sich zu entfernen, selbst wenn sie gewollt hätten!

Die Menschen, die nun trotzdem noch zu der eigentlichen Kundgebung auf dem Parkplatz vor dem Gelände gelangen wollten, mußten unmittelbar an der laufend verstärkten Polizeikette vorbei, auch ich.

Das führte dazu, daß die Menschen sich plötzlich vereinzelt zwischen Polizeieinheiten wiederfanden. Hier sahen meine Begleiter und ich aus nächster Nähe, wie ein einzelner Mann, der ein Schild mit der Aufschrift „Keine Gewalt bei Demonstrationen" trug und der vollkommen passives Verhalten zeigte, aus wenigen Metern von einem wuchtigen, mit Reizgas versetzten Wasserstrahl gezielt getroffen wurde und meterweit in einen Graben geschleudert wurde.

Ein Kreistagsabgeordneter aus dem Kreis Steinburg versuchte hierauf, dieses lebensgefährliche Vorgehen zu verhindern. Er wurde ebenfalls schwer getroffen, sein Megaphon zerbrach!

Mir gelang es mit meinen Begleitern trotz tränender und brennender Augen und trotz Brechreizes, die Nummer speziell dieses Wasserwerfers zu notieren.

Die nun folgenden Gaseinsätze trieben Tausende auf die benachbarten Wiesen, verfolgt von den Gaswolken und den gezielt geworfenen Gasgranaten. Hunderte erbrachen sich und suchten verzweifelt nach Wasser, um die brennenden Augen zu kühlen.

Erneuter Brechreiz überkam mich bei der abendlichen Darstellung in den Medien, die wohl eher einem Polizeibericht gleichkam.

Lange habe ich am Abend des 7. Juni 1986 darüber nachgedacht, meinen Beruf an den Nagel zu hängen und mit meiner Familie zu Sozialhilfempfängern mit ruhigem Gewissen zu werden.

Ich habe mich letztendlich entschlossen, es nicht zu tun. Ich werde in diesem Beruf weiterarbeiten, weil ich der Meinung bin, daß es wichtiger ist, die weitere Entwicklung in dieser Institution zu beobachten.

Ich weiß, daß ich innerhalb dieser Behörde nicht ganz allein stehe und bitte alle ähnlich Denkenden um Unterstützung.

„Sagt nein!" wenn ihr es mit eurem Gewissen nicht mehr vereinbaren könnt!

Horst Middeldorf
Kibitzreihe
Kriminalbeamter

Durch Polizeiknüppel zertrümmerte Windschutzscheibe eines Sanitätswagens in Kleve

Kleve:

"Polizei hauste wie die Vandalen"

Der Hamburger Konvoi bestehend aus 80 Bussen und mehreren Hundert PKW's mit 10.000 - 12.000 Atomkraftgegner/innen kam nicht zum AKW-Gelände durch. In der Ortschaft Kleve, ca. 20 Kilometer von Brokdorf entfernt wurde der gesamte Konvoi in einen Polizeihinterhalt gelockt und auf brutalste Weise überfallen und somit an der Weiterfahrt gehindert.

Begonnen hatte die Abfahrt in Hamburg zwar erst um 8.00 Uhr, also 3 Std. später wie ursprünglich geplant, aber eigentlich herrschte Optimismus vor Brokdorf zu erreichen. Aufgrund der Länge (8 km) des Konvois und einiger Organisationspannen ging es nur langsam voran und auf der Anfahrt kam es zu mehreren Stopps.

Auch als kurz nach 12.00 Uhr auf der Landstr. zwischen den winzigen Dörfern Kleve und Huje gestoppt werden mußte hielten viele dies für einen Routinestopp.

An einer Kreuzung in Kleve hatte die Polizei eine Sperre für den Hamburger Konvoi errichtet. Kurz vorher konnten andere Wagenkollonnen diese Stelle noch ungehindert passieren. Anscheinend waren hier jetzt ca. 45 Polizisten hingestellt worden.

Vorher war geplant worden -bei einer Sperre- vor den Wagen eine Kette zu bilden, und so -die eigene Kraft dokumentierend- die Zusage zur freien Durchfahrt zu ertrotzen. Vor der Demonstration hatte es die Absprache gegeben sich nicht von der Polizei durchsuchen zu lassen.

Kaum hatte zwischen Polizei und Leuten an der Spitze des Zuges ein Scharmützel begonnen, mischte die Einsatzleitung die Karten neu.

Die meisten Brokdorf-Demonstranten bekamen davon gar nichts mit, es war nicht bekannt ob nur Routinemäßig gestoppt wurde oder ob es vorne zu Auseinandersetzungen kam. Blitzschnell traten nun vorher nicht sichtbare und in den umliegenden Gehöften versteckte Polizeieinheiten auf den Plan. Aus der Luft setzten Mannschaftshubschrauber das SEK (Sondereinsatzkommando), ganz in grau gekleidet mit ABC - Schutzmasken, mit Peperfock u. Chemical-Mace ausgerüstet und Polizeihundertschaften aus verschiedenen Bundesländern ab.

Die Hamburger Kolonne kam nicht durch!

Nun begann ein bis dahin wohl einzigartiger Einsatz der Polizeikräfte der kaum noch an Brutalität und Bestialität zu überbieten ist. Die Polizeihorden stürmten die Spitze des Konvois entlang und droschen und knüppelten wild auf alle Demonstranten und auf Fahrzeuge ein. Vereinzelt kam es noch zu Steinwürfen und Versuch von Gegenwehr, die aber Machtlos blieb. Viele rannten weg so schnell sie konnten, andere setzten sich in ihre PKW's und verriegelten die Türen, es wurden Seitenscheiben eingeschlagen und die Leute von 3 - 4 Polizisten aus den Autos gezerrt und auf brutalste Weise zusammengeschlagen. Wie schon so oft auf anderen Demonstrationen wurde die Polizisten vor dem Einsatz angeheitzt. Hier hieß es: *„Ein Kollege von uns ist fast verbrannt, die Chaoten haben eine Maschinenpistole mit Munition geklaut."*

Die Polizeihorden leisteten „gute Arbeit". Die Bilanz des „Überfalls" ist erschreckend: Die Straße in Kleve glich einem Autoschrottplatz. Auf über einem Kilometer länge wurden bei ca. 100 PKW's die Scheiben eingeschlagen, Reifen zerstochen, Kofferräume aufgebrochen, Motorräder in den Graben gestoßen, Fahrzeuge fahruntüchtig gemacht usw.. Auf einem Auswertungstreffen wurde von einem Sachschaden von über 50.000 DM gesprochen. Ferner

hat es über 100 Verletzte, darunter einige Schwerverletzte gegeben, 41 Vermißte und mehrere Dutzend wurden verhaftet. Die meisten Menschen - so ein Srecher des Sani-Ausschusses- zeigen Verletzungen auf den abgewandten Teilen des Körpers, sind also in der Flucht- und Verteidigungsbewegung getroffen worden. Brandverletzungen wurden vor allem durch eine neue CS-Waffe verursacht, die wohl zum erstenmal eingesetzt wurde. Ein Hartgummi-Geschoß, das mit einer Mehrzweckwaffe abgeschossen wird und eine Reichweite von 120 Metern hat (siehe auch Kasten „Neues Geschoß).
An der Spitze des Zuges brannten zudem 3 PKW's und 1 Berliner Bus vollständig aus.
Vor den Hamburger Bussen kam der Polizeivormarsch zum Stillstand. Die folgenden Stunden durchsuchte die Polizei teilweise den Konvoi.
Verhandlungen mit der Polizei über die Weiterfahrt des Konvois waren nicht möglich. Entweder war der verantwortliche Einsatzleiter nicht zu sprechen, oder schlicht nicht zuständig. Gegen 17.00 Uhr wurde das „Angebot" gemacht, den Konvoi durch ein Spalier und Durchsuchung mittels „in Augenschein-Nahme" fahren zu lassen. Niemand wollte dies zulassen. Als die Straße Richtung Hamburg wieder freigelassen wurde, blieb nur noch die Möglichkeit des Rückzuges.
Für den Hamburger Zug war so ein Recht zu einer Farce geworden, wo Polizeigewalt allemal mehr zählt als das Recht auf Demonstrationsfreiheit.

Hamburger Senat demonstriert den Atomstaat

„Mitten in Hamburg ging die Schlacht weiter" (Morgenpost). *„Brokdorf - Chaoten stürmten Hamburg"* (Bild). *„Schwere Krawalle in Hamburg."* (Abendblatt)

Wovon der Presselärm ablenken soll: In Hamburg hat die Polizei am Sonntag, dem 8. Juni eine Notstandsübung veranstaltet, die kaum eine Parallele in der bisherigen Geschichte der BRD hat. Über 500 Anti-AKW-Demonstranten wurden auf dem Heiligengeistfeld auf engster Fläche von Polizei-Einheiten eingeschlossen und in dieser Form bis zu 14 Std. festgehalten um anschließend auf Polizeiwachen abtransportiert zu werden. Insgesamt wurden 838 Personen festgehalten.

PAN FOTO

Gegen die Polizeiübergriffe in Kleve und vor dem AKW-Brokdorf am Vortage sollte in Hamburg eine spontan organisierte Demonstration stattfinden. Aber so weit kam es erst gar nicht. Als sich ca. 500 Personen auf dem Heiligengeistfeld versammelt haben werden diese von verschiedenen Zufahrtsstraßen kommenden behelmten knüppelschwingenden Polizeimannschaften zusammengetrieben, umzingelt und auf engsten Raum eingeschlossen. Ohne eine einzige Aufforderung, die Versammlung aufzulösen, wurde der Kessel geschlossen, den Festgesetzten wurde trotz Nachfrage nicht begründet, weshalb sie festgehalten wurden.

Laut Innensenator Lange waren die Eingeschlossenen *„Gewalttäter", polizeibekannte Sympathisanten der RAF", „Leute aus der Hafenstraße und sogenannte Autonome",*
In Wirklichkeit handelte es sich um einen völlig wahllos herausgegriffenen Querschnitt durch die politische Landschaft, überwiegend aus dem „gemäßigten" Spektrum - nichts anderes als ein kleines Abbild der Brokdorf Faher/innen vom Vortag. Die nachgeschobene Begründung, von den Eingeschlossenen seien Gewalttaten ausgegangen, ist eindeutig unwahr. Es hat am Sammelplatz der Demonstration aber auch rein gar nichts, gegen das sich Gewalt hätte richten können.
Die Enge des Einkreisungsrings zwang die Demonstranten, stundenlang dichtgedrängt zu stehen. Erst ab etwa

17.00 Uhr war es wenigstens erlaubt, eine Toilette aufzusuchen - nach Durchsuchung und unter Bewachung, also auch dementsprechend entwürdigend und schleppend. Verpflegung durch die Polizei gab es während der gesamten Zeit nicht. Am Abend wurde immerhin unter dümmlichen Polizei-Sprüchen *(„Warum haben die sich denn ihre Verpflegung nicht mitgebracht?")* das Hineinbringen von Essen und Getränken zugelassen. Dies auch erst nach lagen Verhandlungen, unter aktiver Mitwirkung eines GAL-Abgeordneten.
Zumindest bis 23.00 Uhr weigerte sich die Polizei, zu den noch Eingeschlossenen wärmere Kleidungsstücke und Decken durchzulassen. Begründung: *„ die „Gewalttäter" könnten damit ihr Aussehen verändern"!)*
Alle eingeschlossenen wurden nach und nach in den späten Abendstunden in Mannschaftswagen und Gefangenentransportern gesteckt und auf Polizeiwachen und Turnhallen verteilt. Jede Person mußte sich einer intensiven Leibesvisitation unterziehen, z.T. wurden bereits vor Ort erkennungsdienstliche Maßnamnen (Fotos usw.) durchgeführt.
Insgesamt waren bei dieser Notstandsübung 1.855 Polizisten im Einsatz, Außerhalb der Eingeschlossenen kam es den ganzen Tag zu Solidaritätsbekundungen und Protesten. Nachdem die Polizei mehrere Male Knüppeleinsätze gegen andere Demonstranten startete, Eskalierte die gesamte Situation noch weiter. Es wurden Barrikaden im Stadtviertel errichtet und in Brand gesteckt. In der Umgebung kam es zu regelrechten Straßenschlachten während des gesamten Abends.

Bewertung der Ereignisse durch den Ermittlungsausschuß der BUU Hamburg

...1.200 Polizisten waren nach Presseberichten allein im Bereich des Kessels Feldstraße/Heiligengestfeld eingesetzt. 10 Polizisten sollen verletzt sein. Der Polizeiberićht meldet insgesamt 838 Ingewahrsamnahmen und 22 Festnahmen, allerdings nur 15 eingeleitete Ermittlungsverfahren. Davon sieben lediglich wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Eine magere Ausbeute! Bemerkenswert ist auch, daß der Polizeibericht unter den *„zahlreichen gefährlichen Gegenständen und Waffen"*, die im Kessel auf dem Heiligengeistfeld *„sichergestellt"* wurden, ganze 11 Helme nennt. Bei mehr als 500 eingeschlossenen *„militanten Gewalttätern"* Ähnlich verhält es sich mit anderen *„gefährlichen Waffen"*, die von der Polizei vorgeführt wurden. Beispielsweise 12 Tränengassprühflaschen, alle gefunden bei Frauen, die sie als Selbstschutz gegen Männergewalt mit sich führen.

Einige Journalisten, die sich vermutlich selbst für liberal halten, beklagen nun, daß das Vorgehen der Polizei am Bunker *„unverhältnismäßig"* gewesen sei, da die Trennnung von friedlichen Demonstranten und *„krimminellen Gewalttätern"* nicht sauber genug gelungen sei. Indirekte Schlußfolgerung: mit den *„Gewalttätern"* hätte die Polizei ruhig so menschenverachtend umspringen dürfen, nur *„Unschuldige"* hätte es nicht treffen dürfen. Die Kritik dieser Leute geht aber völlig daneben, wenn sie der Einsatzleitung

der Polizei und der politischen Führung Hamburgs einen taktischen Fehler unterstellt. **Daß völlig wahllos ein beliebiger Qerschnitt von Demonstranten eingekesselt und stundenlang schikaniert wurde, entsprach politischer Absicht.** Dahinter steht offenbar folgende Einschätzung des Senats und der Polizeiführung:
Die Tschernobyl-Demonstration in Hamburg vor wenigen Wochen habe gezeigt, daß auch bei großen Teilen der friedlich agierenden Demonstranten eine erhebliche Akzeptanz gegenüber den *„militanten Gewalttätern"* vorhanden sei. Daher wird dem seit Jahren als non-plus-ultra einer intelligenten Polizeitaktik gepriesenen Versuch, die *„Gemäßigten"* von den *„Radikalen"* zu trennen, derzeit keine große Chance eingeräumt. Schlußvolgerung: durch unterschiedsloses Draufschlagen auf alle Teile des denonstrierenden Spektrums soll vor allem bei den *„Friedlichen"* Panik erzeugt werden, um sie entweder von künftigen Demonstrationen fernzuhalten oder sie wieder auf Distanzierungskurs gegenüber den *„Militanten"* zu zwingen. In diesem Zusammenhang verdient die Tatsache Erwähnung, daß bereits im Einsatzbefehl der Polizei für diesen Tag angeordnet war, die Demonstranten auf dem Heiligengeistfeld einzuschließen.

PAN FOTO

Dokumentation

Leserbrief einiger Polizisten, die in der Nacht zum Sonntag an der Feldstraße im Einsatz waren

An die taz
Hamburg, 10.06.1986

Wie weit ist es bis Chile?

Ich bin Polizeibeamter der Hamburger Polizei und war mit anderen Kollegen bei der Demo in der Feldstraße eingesetzt.

Ich halte es für meine Pflicht - sofern ich als Vertreter eines Rechtsstaates für mich selbst glaubwürdig sein soll - zumindest aus meiner Sicht auf die skandalösen, an Militärregie erinnernden Szenen dieses Tages hinzuweisen.

Um 17.45 Uhr wurde im Bereich des U-Bahnhofes Feldstraße durch massiven Schlagstockeinsatz die Menschenmenge zurückgedrängt, obwohl andere Kollegen und ich zum Teil mit Demonstranten sinnvolle Diskussionen führten.

Ich betone: Eine Provokation hat seitens der Demonstranten nicht vorgelegen, eine Warnung für den Schlagstockeinsatz erfolgte nicht. Die Kollegen schlugen z.T. ganz massiv auf die Demonstranten ein, obwohl sie absolut friedlich waren und auch durch einfaches Zurückdrängen zurückgewichen wären.

In der Polizeischule Alsterdorf wurden viele Demo-Teilnehmer in die Turnhalle gebracht, in ein aus Turnbänken gebildetes Rechteck gepfercht und zunächst ohne Getränke und Essen dort belassen, obwohl einige schon ca. 11 Stunden nichts zu sich genommen hatten. Auf die Bänke durfte sich niemand setzen, da das eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" dargestellt hätte.

Aus dieser menschenentwürdigenden Situation heraus müssen einige meiner Kollegen und ich feststellen:

Wir schämen uns für diesen Staat der derlei Dinge zuläßt und sie scheinheilige als Recht deklariert.

Aus Furcht vor Repressalien bitten wir um Verständnis, daß unsere Namen ungenannt bleiben.

Wir können nur sagen, dieses Wochenende und die Aktionen der Polizei waren das Schlimmste, das wir je bei der Polizei erlebt hatten. Wir hoffen, daß sich entsprechender Widerstand auch in der Beamtenschaft regt, damit Herr Lange weiß, daß er nicht alles mit uns machen kann. Ansonsten wissen wir nicht, wie weit es bis zu einen zweiten Chile ist.

Einige anonyme und frustierte Polizeibeamten der Hamburger Polizei

Der taz sind Funktion und Namen der Leserbriefschreiber bekannt.

Polizeitrupps stürmten auf uns zu

Hamburg – Der Hamburger Pastor Christian Arndt von der Friedenskirche in Altona wollte nach Brokdorf auch auf dem Heiligengeistfeld friedlich gegen Atomkraftwerke protestieren. Er berichtet:

„Ich habe auf dem Heiligengeistfeld erlebt, wie das Demonstrationsrecht abgebaut wurde. Gegen 12 Uhr stürmten Polizeitrupps auf uns zu, ohne daß wir irgend etwas gemacht hätten. Wir wurden eingekesselt. Ich selbst ungefähr acht Stunden lang. Es gab nichts zu essen, nichts zu trinken und auch keine Toiletten. „Macht es doch da, wo ihr steht", wurde uns zugerufen.

Wer sich bewegte oder sich setzen wollte, wurde schikaniert.

Um 20.15 Uhr wurde ich 'rausgeholt und zu einem Polizeiwagen gebracht. Ein Taschenmesser und der Regenschirm wurden mir abgenommen. Andere mußten sogar die Schuhe ausziehen und wurden mit Polaroid-Kameras fotografiert. Dann schaffte man uns nach Alsterdorf.

Einige Hamburger Polizisten reichten dort heimlich etwas zu essen, manche waren total entsetzt über den Einsatz – aber das waren Ausnahmen.

Ich wurde vollständig gefilzt und in die Sporthalle gebracht. Dort mußten wir auf dem Boden sitzen – Matratzen kamen erst später. Gegen 23 Uhr erhielten wir-offiziell das erste Knäckebrot mit ein bißchen Wurst und Marmelade.

Um 2.30 Uhr durften die ersten drei gehen, nach 20 Minuten die nächsten drei, immer grüppchenweise. Ich wurde um 4 Uhr entlassen, bekam meine Sachen im Plastikbeutel ausgehändigt."

Wir sind betroffen

Hamburg – Betroffene Demonstranten vom Heiligengeistfeld riefen die *Mopo* an und empörten sich über den Polizei-Einsatz:

Katja L. (36): „Wir waren an der Feldstraße. Da kamen knüppelschwingende Polizisten vorbeigerannt. Wir mußten uns in einen Hauseingang retten. Fünf Minuten später rannten sie in die Gegenrichtung. Bei der Aggressivität der Polizisten hat es mir fast leid getan, daß ich selbst nicht mutig genug bin, um mit Steinen zu schmeißen."

Kai S. (27): „Wenn ich die Leder-Chaoten sehe, krieg' ich Magenschmerzen. Aber seit Sonntag wird mir auch beim Anblick von Polizisten übel."

Helga M.: „Meine 24jährige Tochter war auch auf dem Heiligengeistfeld eingesperrt. Sie leidet unter Tetanie (lebensgefährliche Krämpfe, durch Aufregung oder Schock ausgelöst, d. Red.). Bis Mitternacht habe ich alle halbe Stunde im Polizei-Präsidium und anderen Wachen angerufen. Von vielen Beamten wurde ich nur verhöhnt. Nach dem Motto: Wer krank ist, gehört ins Bett und nicht auf Demos."

Cornelia K.: „Überall stank es nach Urin, weil keiner aufs Klo durfte. Als später ein paar Frauen zur Toilette gebracht wurden, machten Beamtinnen vorher eine Leibesvisitation bis an die intimsten Stellen. Die Klo-Türen mußten offen bleiben."

Hans-Werner C.: „Bei uns auf dem Platz hat keiner was gemacht. Die wilden Kloppereien liefen alle in den Nebenstraßen. Ich habe immer ‚Polizei' gesagt, aber jetzt kenn' ich nur noch Bullen."

Taxis mit Polizeiknüppeln demoliert

Hamburg – Aus Solidarität mit den eingeschlossenen Demonstranten schalteten rund 40 Hamburger Taxen um Mitternacht an der Ecke Neuer Kamp/Stamstraße ihre Warnanlagen an. Sie wollten damit demonstrieren, „daß wir nicht nur zusammenfinden, wenn ein toter Kollege zu Grabe getragen wird", sagten sie gestern.

Die Taxifahrer (von den Taxen-Zentralen „Blitz", „Landsberger Funktaxi" und „Autoruf") hatten sich zu der „Demo" entschlossen, weil für sie der Polizei-Einsatz „einen Verstoß gegen die Menschenrechte" darstellte.

Als die Taxen gerade wieder abfahren wollten, kam eine Hundertschaft Polizei. Mit Knüppeln wurden Scheiben und Scheinwerfer eingeschlagen, mit Kampfstiefeln Türen zerbeult – behaupten die Fahrer.

PAN FOTO

Neues Geschoß

Hamburg (taz) — In Brokdorf kam ein bisher unbekanntes Reizgas-Geschoß zum Einsatz. Es besteht aus einem Metallkern mit CN- oder CS-Gas-Füllung und ist mit einer elastischen Gummihülle überzogen. Abgefeuert wird die Gaspatrone aus einer umgerüsteten Signal-Pistole. Nach kurzer Flugzeit zündet ein eingebauter Treibsatz, das 400 Gramm schwere Geschoß wird weiter beschleunigt und rast unkontrollierbar trudelnd zwischen Demonstranten umher. Beim Aufprall auf den Boden platzt die Spitze auf, und das Reizgas strömt aus. Auch nach mehrmaligem Nachfragen wollte die Einsatzleitung der Polizei in Itzehoe nie eine derartige Waffe gesehen oder von ihr gehört haben. Nach Augenzeugenberichten feuerte die Polizei mindestens hundert dieser Raketen ab. Der taz liegen Fotos von den Geschossen vor.

PAN FOTO

Randale gegen „Bullenterror"

Berlin (taz) — Infolge schwerer Übergriffe von seiten der Polzei kam es in der Nacht von Montag zu Dienstag in Kreuzberg zu Straßenschlachten. Eine am Montagmittag angemeldete Demonstration, die sich gegen den „Bullenterror" in Hamburg und Brokdorf richten sollte, war zu Beginn des Aufzuges kurzfristig mit der Begründung verboten worden, daß eine „äußerste Gewaltbereitschaft" bestehe: Ein unfriedlicher Verlauf sei nach den Ausschreitungen in Hamburg und den Brandanschlägen, Sachbeschädigungen und Widerstandshandlungen zu erwarten.

Die rund 500 Versammelten hatten das Demoverbot befolgt, indem sie friedlich auseinandergingen. Zu einer Eskalation kam es dann Stunden später, als die Polizei den Mehringhof, ein Kultur- und Projektzentrum, stürmte und 40 Leute willkürlich vorläufig festnahm. Eine kleine Menschenansammlung auf der Straße vor dem Zentrum war zuvor mit Tränengas beschossen worden. Nach dem Polizeiübergriff kam es zu Straßenscharmützeln. Im Laufe der Nacht entflammten mehrere Bauwagen, neun Polizeifahrzeuge wurden demoliert, ein Fahrzeug erlitt Totalschaden. Von 19 Personen, die im Zuge dieser Auseinandersetzungen festgenommen wurden, befinden sich noch zwei in Haft. Sie sollen dem Vernehmungsrichter vorgeführt werden. „Es wäre nichts abgegangen, wenn die Polizei nicht diese Gangart eingeschlagen hätte", ist das Fazit eines Mehringhof-Mitglieds.

50.000 gegen Polizeiterror + Massenverhaftung

Aus Anlaß der Polizeiübergriffe auf die Demonstration gegen das AKW-Brokdorf am 7. Juni und aus Protest gegen die Massenverhaftung am darauffolgenden Tag rief ein breites Bündnis, kurzfristig für Donnerstag, den 12. Juni zu einer Demonstration in der Hamburger Innenstadt auf.

Dann geschah etwas schier unglaubliches, womit wohl niemand im ernst gerechnet hatte. Es versammelten sich an die 50.000 (!!!) Menschen zu wohl der gewaltigsten Anti-AKW-Demo (sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit), die Hamburg bisher erlebt hat.

Angeführt von 150 Taxen, beteiligten sich Menschen aller politischer Schattierungen. Von 'Konfirmanten gegen Atomkraft', 'Graue Panther', 'Punks', 'Robin Wood', Gewerkschaften, Autonome, Kirchenleute, Friedensleute, Anti-AKW-Gruppen u. sogar das DKP-Spektrum (!?) usw..

Zu Ausschreitungen seitens der 2.000 anwesenden uniformierten Gewalttäter kam es diesmal angesichts der unüberschaubaren Menschenmenge nicht, die Demoteilnehmer/innen wurden nicht zum eingreifen gezwungen.

Von der Demonstration wurden viele phantasievolle Aktionen gestartet. So stürmte eine vermummte Gruppe, bewaffnet mit Wasserpistolen und Gummisäbeln, auf Polizeieinheiten zu und rief: *„Packt sie und zerhackt sie".* Danach spritzten sie aus ihren Waffen und verschwanden wieder in der Menge. Andere Gruppen riefen im Angesicht der Polizei *„wir wollen Blut sehen."*

Für Hamburg ist hier etwas gelungen, was auch für andere Orte wünschenswert ist. Im Angesicht der militärisch vorgetragenen Notstandsübungen der Polizei fanden alle möglichen Gruppierungen unterschiedlicher politischer Einfärbung und Ausrichtung zusammen, um sich gemeinsam gegen Atom- und Polizeistaat zu wehren, ohne ein großes Distanzierungsgeheut anzustimmen. Hier passierte genau das, was die Herrschenden durch ihre, z.T. bis dahin an Härte nicht gekannten Polizeieinsätze, verhindern wollten.
Wenn dies überall gelingen würde, wäre die „neue" Taktik der Polizei des „harten Durchgreifens" in Frage gestellt.

Foto: Taz-Hamburg

Aufschwung der Anti-AKW-Bewegung –

Probleme und Perspektiven

Nach der atomaren Katastrophe von Tschernobyl war zunächst ein irrationales Hoffen und Klammern daran, daß die radioaktive Wolke durch die „richtige" Windrichtung davon abgehalten wird, die Grenze der BRD zu überschreiten. ... Verschon mein Haus, zünd andre an ... Selbst alte Anti-AKW-Aktivisten waren nicht ganz frei von solchen unreflektierten Gefühlen.

Als dann klar war, daß die radioaktive Wolke auch über uns, über unseren Lebensraum, hinwegzieht, war zunächst die totale Lähmung angesagt – auch, oder erst recht, bei den langjährigen AKW-Gegnern, denen die Konsequenzen bewußter waren – war es doch eine Situation, vor der die ANTI-AKW-Bewegung seit nunmehr über zehn Jahren immer wieder gewarnt hatte. Jetzt, da sie eingetreten war, war es unfaßbar.

Erst nach mehreren Tagen begannen die ersten Demonstrationen. Dann aber waren sie nirgends mehr aufzuhalten – die Beschwichtigungspolitik der Bundes- und Landesregierungen tat ihr übriges, den Menschen ihr Vertrauen zu entziehen. Den meisten wurde damit klar, daß hier in der BRD mit einem AKW-Unfall kein Deut anders umgegangen wird, als dies in der Sowjetunion der Fall ist.

Innerhalb weniger Wochen gingen allein in der BRD mehrere Hunderttausend Menschen auf die Straße. So einen Massenprotest in dieser Breite und dieser Beteiligung hat die BRD seit ihrem Bestehen noch nicht gekannt.

Die Forderung ist klar und eindeutig: „Sofortige Abschaltung aller Atomanlagen". Überall gründeten und gründen sich noch immer neue Initiativen. Ganz besonders ist ein Teil der Bevölkerung aktiv, der sonst bei politischen Aktivitäten eher unterrepräsentiert ist: Die Eltern mit ihren Kindern. Viele Demonstrationen und Initiativen-Gründungen wurden von ihnen initiiert, viele Aktionen von ihnen durchgeführt.

Bei den Demonstrationen ist eine große Entschlossenheit zum Ausdruck gekommen, die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen durchzusetzen.

Viele Menschen dieser in diesem Umfang neuen Anti-AKW-Bewegung wissen allerdings nur wenig oder gar nichts, was in der Vergangenheit schon alles an Protest und Widerstand gegen das Atomprogramm stattgefunden hat. Dies ist jedoch notwendig, um sich darüber klar zu werden, wie weitgehend jetzt die Aktionen, der Widerstand sich gestalten müssen, um die Politiker in die Knie zu zwingen – es muß noch weit über dem liegen, was in der Vergangenheit schon alles gelaufen ist – und das war nicht gerade wenig.

Deswegen hier in kurzen Stichworten ein kleiner Ausschnitt aus der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung:

Geschichte der Anti-AKW-Bewegung

Februar 1975: 20 000 Menschen besetzen den Bauplatz des geplanten AKW in Wyhl.

Februar 1977: Nach zwei Bauplatzbesetzungen 50 000 Menschen gegen das AKW Brokdorf.

März 1977: 20 000 versuchen, den Bauplatz des geplanten AKW Grohnde zu besetzen. Die Platzbesetzungen in dieser Zeit wurden militant durchgeführt mit Seilen und Bolzenschneidern gegen den Bauzaun – brutales Vorgehen seitens der Polizei.

20 000 auf dem Bauplatz des geplanten „Entsorgungszentrums" in Gorleben.

Juli 1977: 80 000 internationale Demonstranten gegen Schnellen Brüter in Malville, Frankreich. Durch Offensivgranaten der Polizei wird ein Demonstrant getötet, mehrere verstümmelt.

September 1977: 70 000 gegen den Schnellen Brüter in Kalkar. Größter Polizeieinsatz mit 12 000 Polizisten – massenhaft wurden bundesweit die anreisenden Demonstranten bis zu acht Stunden einfach festgesetzt. Diese Polizei-Atomstaatserfarungen führten zu einem großen Rückschlag der Bewegung – zuvor waren große Illusionen, wie schnell das Atomprogramm zu stoppen ist.

März 1979: Gorleben-Hearing mit internationaler Beteiligung.

120 000 demonstrierten in Hannover gegen das „Entsorgungszentrum" Gorleben.

Mai 1979: Ministerpräsident Albrecht: „Die WAA ist politisch nicht durchsetzbar."

Mai 1980: Einmonatige Platzbesetzung des Bohrlochs 1004 in Gorleben. Viele Tausend Menschen aus der gesamten BRD beteiligen sich an der „Freien Republik Wendland".

Juni 1980: Räumung von 1004. Bisher nicht dagewesene massenhafte Aktionen in sämtlichen Städten der gesamten BRD als Protest gegen die Räumung.

Oktober 1980: 150 000 Menschen demonstrieren in Bonn: „Weg mit dem Atomprogramm".

1981/82: Zehntausende demonstrieren an den fünf benannten WAA-Standorten: in Diemelstadt-Wethen, Frankenberg, Schwandorf/Regensburg, Merenberg, Cochem.

Februar 1981: 100 000 in Brokdorf trotz Demonstrationsverbots.

März 1982: Gericht sagt „ja" zu AKW Wyhl – 100 000 in Freiburg sagen „nein".

April 1982: 10 000 „tanzen in Gorleben auf dem Vulkan" – erste militante Auseinandersetzungen. Das AKW Wyhl ist bis heute nicht gebaut. Die Menschen dort im Kaiserstuhl drohen, das Land dann unregierbar zu machen. – Engste Zusammenarbeit mit den Elsässern über die deutsch-französische Grenze hinweg.

Oktober 1982: 30 000 gegen Schnellen Brüter in Kalkar.

Februar 1985: 40 000 gegen WAA-Standortentscheidung in Schwandorf.

Oktober 1985: 50 000 in München gegen WAA und AKWs.

Die Situation der Anti-AKW-Bewegung nach Tschernobyl

Die Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre hatte sich bundesweit eine gute arbeitsfähige Struktur aufgebaut. Zahlreiche Aktivistinnen und Aktivisten waren auch zuvor schon teilweise politisch aktiv und brachten damit schon eine gewisse Erfahrung mit.

Es kam sehr früh schon zu einem weitgehenden Konsens in der Gewaltfrage, bei der ein Vorgehen gegen den Bauzaun sehr breit getragen war.

Die Bewegung heute zeichnet sich dadurch aus, daß zahlreiche Menschen praktisch innerhalb von einer Woche von Null auf Hundert gekommen sind. – Viele von ihnen waren zum ersten Mal in ihrem Leben auf einer Demonstration oder haben gar gleich die Organisierung dafür in die Hand genommen.

Die direkte Betroffenheit und das Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber der Radioaktivität und die unklare Zukunft, wie das Leben, unsere Ernährung, das Spielen der Kinder im Freien etc. weitergehen soll, hat für Hunderttausende, ja im Prinzip für Millionen Menschen hier bei uns das Leben tiefgreifend verändert, daß sich ein Teil von ihnen gezwungen sah, aktiv für ihr eigenes Leben und das ihrer Kinder einzusetzen.

Doch dieser Ansatzpunkt der persönlichen Betroffenheit durch die Radioaktivität beinhaltet gleichzeitig die Gefahr, längerfristig der Beschwichtigungspolitik der Bundesregierung auf den Leim zu gehen und sich damit die Spitze der Bewegung brechen zu lassen. Wenn es der Bundesregierung gelingt, einen großen Teil der Energien der Menschen auf einen rein individuellen Weg zu bringen, dann wäre die dringend notwendige Energie, die wir zum Stop aller Atomanlagen benötigen, sinnlos verpufft. Es kann nicht darum gehen, jetzt den Menschen aus Dritte-Welt-Ländern ihr Obst und Gemüse für noch mehr abzuziehen. Vielleicht auch noch im Austausch gegen unsere verseuchten Lebensmittel oder zu hoffen, wenn man seinen Salat 3mal wäscht, den Gefahren der Radioaktivität entgehen zu können.

Wir, alle Menschen dieser neuen Bewegung, müssen uns entschieden und offensiv dagegen wehren, in seichtes Gewässer gedrängt zu werden, in dem die Menschen so allmählich anfangen, sich in dieser veränderten Situation einzurichten.

Das Verhalten der Regierung und ihre Äußerungen wollen uns genau dahin drängen: „Radioaktivität innerhalb der Schwankungsbreite der natürlichen Radioaktivität". Solche Aussagen sollen uns beruhigen und wer ließe sich nicht gerne beruhigen – es sei denn, mensch weiß es besser.

Außerdem sollen wir dahin gebracht werden, es als einen „natürlichen" Umstand in der modernen Zivilisation zu sehen, daß wir ständiger, künstlicher Radioaktivität ausgesetzt sind. So hieß es am 10. 6. 1986 im Bayerischen Rundfunk in Nachrichten, daß jetzt „Lernhilfen" erarbeitet werden sollen, „wie man mit der steigenden Radioaktivität leben kann". Dem müssen wir eine massenhafte fundierte Informationskampagne entgegensetzen.

Doch das ist nur einer der vielen Schritte, die jetzt alle gleichzeitig gemacht werden müssen.

Der Widerstand muß militant, entschlossen und grenzenlos sein

Damals, nach dem Unfall von Harrisburg, wurde die Chance vertan, weltweit über alle Grenzen hinweg die Anti-AKW-Stimmung so weitgehend zu schüren, daß die Regierenden sich durch die fehlende Akzeptanz für Atomanlagen hätten gezwungen sehen müssen, ihr Atomprogramm zu beenden. Damals war es noch 5 vor zwölf.

Jetzt, nachdem fast ganz Europa radioaktiv verseucht ist, ist es schon 5 nach zwölf – und dementsprechend müssen unsere Aktivitäten und unsere Entschlossenheit aussehen – denn beim nächsten GAU, geschähe er z. B. hier in der BRD, könnten vielleicht viele von uns gar nichts mehr machen, weil es für sie spät wäre ...

Angesichts der tödlichen Gefahr für Millionen von Menschen und der Verseuchung der Erde über Jahrtausende hinweg, kann es jetzt nicht mehr darum gehen, verschiedene Widerstandsformen gegeneinander abzuwägen und sich mittels philosophischer Diskussionen mit der Gewaltfrage zu beschäftigen. Jeder muß jetzt seine Vorstellungen von Widerstand einbringen und umsetzen können – eine Distanzierung von unterschiedlichen Aktionen kann es im Anblick der hautnahen Gefahr nicht mehr geben. – Selbst die veröffentlichte Meinung in den Medien nach Tschernobyl hat ihre Schwierigkeiten, wie sich nach den Pfingstauseinandersetzungen am Bauzaun in Wackersdorf gezeigt hat. Die meisten Zeitungskommentare ließen ein gewisses Verständnis für den weitentwickelten Widerstand anklingen, um dieses dann mit einer weitverbreiteten Standardfloskel wieder zurechtzubiegen: „... nicht daß das zu rechtfertigen wäre, aber ...". Dies macht deutlich, daß die Medien davon ausgehen, daß auf dem Hintergrund von Tschernobyl die Akzeptanz bzw. das Verständnis für ein militantes Vorgehen gegen AKWs in einer breiten Öffentlichkeit zugenommen hat.

Der Oberpfälzer Widerstand gegen die WAA Wackersdorf hat fast fünf Jahre benötigt, um sich zu dem zu entwickeln, was er jetzt ist: Es gibt keine Distanzierungen mehr von militanten Aktivitäten, stattdessen packen inzwischen selbst viele Oberpfälzer tatkräftig mit an, wenn es darum geht, dem Zaun auf die Pelle zu rücken oder sich die Polizei auf Distanz zu halten bzw. festgenommene Leute wieder freizukriegen.

Auch die Tatsache, daß bei den inzwischen fast täglich stattfindenden Anschlägen auf Baufahrzeuge, Polizeistationen und Gerichte bisher niemand festgenommen werden konnte, macht deutlich, daß die Polizei nicht mehr auf die Mitarbeit der Bevölkerung zählen kann – der Polizei dürfte es stattdessen inzwischen nicht mehr möglich sein, den Täterkreis nur unter den auswärtigen „Chaoten" zu vermuten ...

Die gesamte Entwicklung im Landkreis ist Strauß erst einmal aus den Fingern geglitten und unkalkulierbar geworden.

Und so muß es überall werden. Allerdings dürfen wir dafür keine fünf Jahre

mehr benötigen – die Entschlossenheit muß jetzt da sein und sich schnell weiterentwickeln, über die Blockade sämtlicher AKWs bis hin zur Blockade aller Grenzen von beiden Seiten – der gesamte Wirtschaftsablauf muß gravierend gestört werden. Die ROT-GRÜNEN müssen für den Fall der Regierungsübernahme im Januar 1987 schon jetzt darauf festgelegt werden, sofort die notwendigen gesetzgeberischen Schritte einzuleiten zur Durchführung einer Volksabstimmung.

Dies, der Aufbau neuer Zusammenhänge der Anti-AKW-Bewegung und vieles mehr muß auf dem ersten bundesweiten Aktions- und Koordinierungstreffen der Anti-AKW-Bewegung nach Tschernobyl diskutiert werden. Es findet statt vom 27. bis 29. Juni in Frankfurt. Anmeldung, Informationen, Kongreßreader bei: Anti-Atom-Büro Frankfurt, c/o Werner Wenz, Ingolstädter Str. 38, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 069/49 75 99. ●

Strategien gegen die Anti-AKW-WAA-Bewegung

Tschernobyl hat nicht nur das Probelm für die Regierenden in diesem Land aufgeworfen, daß die Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber der sog. „friedlichen" Nutzung der Kernenergie schlagartig zurückgegangen ist. Ein mindest ebenso für diese Kreise unangenehmer Effekt ist die Tatsache, daß nun massenweise Leute auf die Straße gehen, die es eben nicht bei „intensiverer küchenmäßiger Behandlung" verseuchten Gemüses belassen wollen, sondern aktiv am Widerstand gegen die Atompolitik der BRD teilnehmen wollen. Für die Strategen der Inneren Sicherheit haben solche Leute bereits ein bedenkliches Stadium erreicht: daher müssen sie versuchen, den Dissens zur staatlichen Politik entweder zu kanalisieren oder nicht integrierbaren Widerstand zu eliminieren durch schärfste Repressionen. Diese beiden Elemente kristallisieren sich immer wieder in staatlichen Propagandakampagnen und polizeilichen Strategien heraus und lassen sich exemplarisch an der Entwicklung der Anti-WAA-Bewegung darstellen, wo die Konzepte bislang allerdings kaum Erfolg hatten.

München am 12. 10. 1985:

In den Vorgesprächen mit der Polizei – die ja als Ausdruck von Kooperationsbereitschaft gegenüber dem Staat durch das so hochgelobte Brokdorf-Urteil zu einem halben Muß für Demonstrationsveranstalter erklärt wurden – verlangt Einsatzleiter Roland Koller eine freiwillige räumliche Distanz zwischen Autonomen und anderen Demoteilnehmern. Er kündigt ein hartes Vorgehen gegen Vermummte an. Am Beginn der Demo (50 000 Menschen) verteilt die Polizei ein bürgerfreundliches Flugblatt samt Fragebogen, in dem wieder dazu aufgefordert wird, die Autonomen zu isolieren. Da aber die Oberpfälzer BIs und die Autonomen ganz bewußt einen gemeinsamen Demozug gebildet haben, um die Einheit des Widerstands zu dokumentieren, kann der Versuch der Polizei, durch einen Keil die Demo zu spalten und Autonome festzunehmen, durch entschlossenes Kettenbilden verhindert werden. Nach Kundgebungsschluß schlagen die „Ordnungshüter" allerdings zu: massenweise werden im ganzen Stadtgebiet Personen aufgrund ihres Aussehens (schwarze Lederjacke, gefärbte Haare) festgenommen. Am Abend wird das Straßenfest in Haidhausen im wahrsten Sinne des Wortes durch einen brutalen Einsatz, an dem viele Zivilbeamte beteiligt sind, hochgenommen.

Ein kritischer Moment für die Anti-WAA-Bewegung; ist doch das Geschrei über die Chaoten nicht nur in der gesamten Presse groß, sondern wird leider von SPD und Bund Naturschutz aufgenommen. Diese Spaltungsansätze können erst durch die gemeinsamen Erfahrungen im Hüttendorf beseitigt werden.

Das erste Hüttendorf

Auch hier die Stichworte der Polizeieinsätze: Kanalisierung, Isolierung eines bestimmten Teils der Bewegung und dann kräftiges Zuschlagen. Trotzdem: hier erweist sich die Strategie als riesiger Bumerang für die bayerische Staatsregierung, denn die Bewegung erlebt durch das Hüttendorf einen ungeahnten Aufschwung, eine tiefe Verknüpfung verschiedenster Strömungen.

In Nürnberg und Erlangen werden zunächst an den Sammelstellen vorwiegend autonome Gruppen eingekesselt, mit Schlagstöcken traktiert, erst nach Stunden kommen sie in Wackersdorf an.

Am Baugelände wundert sich dann jede/r über das Fehlen der grünen Männchen im Wald. So können ungehindert alle auf das bereits gerodete Gelände vordringen und dort in Nullkommanix viele Hütten bauen. Entgegen aller Erwartungen und großmäuliger bayerischer Ankündiugngen bleibt das Hüttendorf bis Montag früh stehen. Der Grund: es waren einfach viel zu viele auf dem Gelände. Die Polizei wollte (und konnte?) nicht einen harten Räumungseinsatz gegen all diese Menschen fahren, befürchtete sie doch einen großen Prestigeverlust, einen Aufschrei in der demokratischen Öffentlichkeit. Am Montag macht die Polizei dann allderdings die größte Massenfestnahme seit Bestehen der BRD – 869 Personen werden abgeführt.

Das zweite Hüttendorf

Vor der Räumung waren noch viele Oberpfälzer extra auf das Baugelände gekommen. Damit konnte die hetzerische Behauptung, es handele sich dort nur um auswärtige Chaoten, kaum aufrecht erhalten werden.

Die Festnahmen erfolgten dann nach dem Motto: „Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen". Die Polizei wollte zwischen „friedlichen Einheimischen" und „gewalttätigen Auswärtigen" einen Keil treiben. So orientierte man sich bei den Festnahmen am Wohnsitz, notfalls am Dialekt. Viele Oberpfälzer wurden einfach laufen gelassen.

Ostern

Im Vorfeld: mit einer beispiellosen Anzeigenkampagne warnt die CSU vor der Teilnahme am Ostermarsch. Zudem rät die SPD-Führung, die Kundgebung weitab vom Bauzaun stattfinden zu lassen. Die bayerische SPD folgt dem Rat nur halbherzig, weiß sie doch, daß die Oberpfälzer auch nicht dazu bereit sind, fernab vom Gegenstand ihres Widerstands zu demonstrieren. Zigtausende ziehen vorbei am 500 m entfernten Kundgebungsgelände zum Bauzaun.

Die Polizei verläßt allerdings nun ihre Unterscheidungsversuche: 43 Wasserwerfer decken Tausende zum ersten Mal in der BRD mit dem völkerrechtlich geächteten CS-Gas ein. Der Einsatz richtet sich gegen alle, die am Bauzaun stehen. Ein Mann erldeidet einen vermutlich durch CS-Gas verursachten Asthmaanfall, an dem er stirbt.

Pfingsten

Zum ersten Mal verläßt eine Hundertschaft ihr WAA-Gehege, wird aber durch den massiven Widerstand – zusätzlich von ihren Kollegen mit CS-Gas eingedeckt – zurückgedrängt. Am Montag startet die Polizei einen brutalen Rachefeldzug aus der Luft. Mitten in die Menschenmenge wirft sie von Hubschraubern aus CS-Granaten ab, die zudem neuartig und gefährlicher sind als die bisher bekannten (s. RADI-AKTIV Nr. 8).

Es soll jeder Widerstand verhindert werden. Jede/r, die/der sich ans Gelände begibt, soll mit solchen Einsätzen rechnen müssen – oder eben zuhause bleiben.

Demonstrieren wird zum Risiko – und nicht nur für die Gesundheit, sondern fürs Leben! Nach Augenzeugenberichten soll es an Pfingsten einen Schießbefehl gegeben haben.

7. Juni: Wackersdorf

Die Demonstration wird verboten. Trotzdem gelangen ca. 40 000 Menschen zum Bauzaun. Die Polizeistrategie wird allerdings – wie angekündigt – offensiver: im Wald und vor dem Bauzaun sind massenweise Polizisten, wahllose Knüppeleien und Festnahmen werden gemacht.

Allerdings übertrifft Norddeutschland die Brutalität der Polizeistrategen bei weitem die Einsätze in Wackersdorf – zur Überraschung vieler angesichts der angeblich harten bayerischen Linie, der es nicht einmal gelingt, das Verbot durchzusetzen! Denn in Kleve verhindert die Polizei die Fahrt der Hamburger nach Brokdorf durch einen beispiellosen vandalistischen Überfall auf den Konvoi. Einen Tag später kesselt sie in Hamburg ca. 500 Demonstranten ein, läßt sie bis zu 14 Stunden unter unmenschlichen Bedingungen stehen (s. gesonderten Bericht).

Die AKW-Gegner werden auch in Zukunft vor dem Problem stehen, einerseits auf verschiedenste Art und Weise Integrationsversuchen ausgesetzt zu sein; z. B. durch Einlassen auf staatlich akzeptable Protestformen, andererseits aber auch die ganze Härte des Apparates zu spüren bekommen, wenn sie einen entschlossenen Kampf gegen die Atompolitik weiterführen werden.

Der Kampf gegen die Kriminalisierung ist ein Kampf gegen die Atompolitik! Massenfestnahmen sind inzwischen bei jeder Demonstration an der Tagesordnung. In Wackersdorf wurden seit dem ersten Hüttendorf ca. 6 000 Festnahmen gemacht. Das Ganze wird ebenso viele Prozesse nach sich ziehen. Demonstrieren wird hierzulande durch immer brutalere Waffen und Polizeieinsätze zum unkalkulierbaren Risiko gemacht. Und das ist Absicht: denn nichts ist für einen Staat, der rücksichtslos seine Atompolitik auch nach dem für undenkbar eingestuften Super-GAU von Tschernobyl fortzusetzen gedenkt, so unbequem, wie Hunderttausende von Menschen auf den Straßen, die genau das nicht zulassen wollen. Und fruchten eben Integrations- und Kanalisierungsversuche nicht, wird reingeknüppelt. Nach Tschernobyl ließ sich dies bereits verstärkt feststellen. Der gestiegenen Wut der AKW-Gegner entsprachen die immer brutaler werdenden Einsätze. Der Widerstand soll verhindert werden. So wie der Polizei- und Justizapparat zur Durchsetzung der Atompolitik mittels Zerschlagung eines radikalen Widerstands eingesetzt wird, so bedeutet ein Kampf gegen die Kriminalisierung und gegen staatliche Repressionen gleichzeitig einen Kampf gegen diese Atompolitik. ●

BETRIFFT:
FOTOS UND VIDEOS FÜR PROZESSE VON WAA-GEGNER/INNEN.

BEI DEN PROZESSEN KANN ES VON VORTEIL SEIN, ENTLASTENDES BILDMATERIAL ZU HABEN.
WIR BITTEN DESHALB ALLE DIE FOTOS UND VIDEOS HABEN SICH IM INFO-BÜRO FREIES WACKERLAND ALTENSCHWAND 91 8465 BODENWÖHR TEL.: 09434-3368 ZU MELDEN, ODER UNS DAS MATERIAL ZU SCHICKEN. WIR SORTIEREN DANN ALLES NACH DATUM, ORT U.S.W. (KLAR IST, DASS DIE SACHEN AM SICHEREN ORT AUFBEWAHRT WERDEN.)

Großaktion in Hanau ?

1. Der 7. Juni '86 war alles andere als ein »schwarzer Tag« für die Anti-AKW-Bewegung, wie die taz sogleich behauptete. Immerhin sind an diesem Tag in Brokdorf, Wackersdorf, Hamm, München und Würzburg gut 150.000 gegen das Atomprogramm auf die Straßen gegangen — mehr als jemals zuvor in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung.

Es ist zwar unbestreitbar, daß durch Tschernobyl wesentlich mehr Menschen die Atomenergienutzung lieber heute als morgen abgeschafft sehen wollen. Andererseits ist es alles andre als selbstverständlich, und insofern ein großer Erfolg, daß *trotz* des bayrischen Demoverbots ca. 40.000 Menschen am Bauzaun in Wackersdorf ihr Demonstrationsrecht durchgesetzt haben und daß *trotz* Inbetriebnahmestopp in Brokdorf, Medienhetze im Vorfeld, relativ unklarer Strukturen und kurzer Mobilisierungszeit über 80.000 in die Wilster Marsch gekommen sind.

Am 7.6. war der entschlossenere Teil der AKW-Gegnerinnen und AKW-Gegner auf den Straßen und an den Bauplätzen.

Die Einsatztaktik der staatlichen Bürgerkriegstruppen hat sich insbesondere in Brokdorf und am 8.6. '86 in Hamburg nicht auf die Autonomen, sondern auf das Gesamtspektrum dieser entschlosseneren AKW-Gegner-Szene konzentriert. Der Terror sollte abschrecken, einschüchtern und der Anti-AKW-Bewegung den Gedanken an weiteren Großaktionen an AKW-Bauplätzen austreiben. Wie der Kalkar-Schock bei der alten Anti-AKW-Bewegung soll heute der Brokdorf-Giftgasschock für die neu entstandene Anti-AKW-Bewegung Resignation und Vereinzelung zur folge haben. Jenseits der Notwendigkeit dezentraler, direkter Aktionen (etwa einer einwöchigen PKW-Blockade gegen das AKW Stade im Stil der Wendlandblockaden von 1984, weitere regionale Demos an AKW-Standorten etc.pp.) sollten wir den Herrschenden auf keinen Fall den Gefallen tun und uns nunmehr von zentralen Großaktionen an AKW-Standorten abwenden.

2. Eine Großaktion der Anti-AKW-Bewegung im Herbst sollte u.E. so angelegt sein, daß sie sich von der Brokdorf-Demo insofern unterscheiden, als sie aufgrund längerer Mobilisierungsphase und geklärter Strukturen für *alle* AKW-Gegnerinnen und -Gegner seit Tschernobyl ein attraktives Aktionsziel darstellt. Sie sollte von den Großdemos der Friedensbewegung insofern unterscheiden, als sie in Aufruf und Charakter der Kundgebung radikale Inhalte zum Ausdruck bringt: Kampf gegen den Atomstaat und die Kriminalisierung der AKW-Gegner/innen. Kampf gegen zivile *und* militärische Atomenergienutzung durch die Bundesregierung, Absage an jeglichen Distanzierungsansätze innerhalb der Bewegung, d.h. Verzicht auf das dogmatische Bekenntnis zur »Gewaltfreiheit«, keine Parteienredner usw. usf.

Ein positives Beispiel für eine fortschrittliche radikale Großaktion der Anti-AKW-Bewegung war u.E. die München-Demo im Oktober 1985. Es war sehr sehr deutlich, daß trotz eines pluralistisch zusammengesetzten Bündnisses die Anti-AKW-Bewegung sich dort im Rahmen des Demo-Trägerkreises die Initiative niemals aus der Hand hat nehmen lassen.

Foto: Klaus Malorny

Es ist u.E. wichtig, daß nach Tschernobyl die weitere Initiative nicht den mehr staatstragenden Verbänden wie dem BN, dem BBU oder den Grünen überlassen wird. Sondern es sollte das Ziel der »alten« und z.T. wiederbelebten Anti-AKW-Bewegung mit ihren vielfältigen Erfahrungen sein, die unzähligen und weitverzweigten Anti-AKW-Proteste nmach Tschernobyl für eine zentrale Großaktion zu bündeln, die den Widerstand radikalisiert, anstatt ihn abzuschwächen. Es liegen ja hinsichtlich der Erstellung von Mobilisierungs-Broschüren, Umgang mit potentiellen Demoverboten, Durchführung wirklich attraktiver Kundgebungen mit gutem Kulturprogramm und einer phantasievollen Mässenmobilisierung etc.pp. genügend Erfahrungen vor.

3. Hanau bietet sich als Kundgebungsort einer zentralen Großaktion aus verschiedenen Gründen an:

— Zum einen ist Hanau das Produktionszentrum der BRD-Atomwirtschaft: RBU beliefert alle Leichtwasserreaktoren mit Brennelementen, Hobeg beliefert den HTR in Hamm, Alkem produziert die plutoniumhaltigen MOX-Brennelemente und beliefert den Schnellen Brüter in Kalkar.
— Zum anderen ist Hanau mehr als jeder andere AKW-Standort das heimliche »Los Alamos« der Bundesregierung. Bereits heute gibt es nirgendwo in der Welt in einem Nicht atomwaffenstaat einen Standort, wo derartig viele Atombombenrohstoffe (hochangereichertes Uran, Plutonium) konzentriert sind. Der z.Zt. betriebene Aufbau der Nukem schließt die Genehmigung für den Umgang mit 6 t hochangereichertem Uran (bisher 1,8 t) mit ein. Nach wie vor hält die Bundesregierung daran fest, die Plutoniumvorräte der Alkem von 460 kg auf 6,7 t aufzustocken.

Hanau steht darüberhinaus für eine besonders gefährliche Variante des Atomstaats: Im Bunker der Alkem versteckt die Bundesregierung unter strengster Geheimhaltung ihre staatlichen Plutoniumvorräte. Hier tummelt sich der Filz aus staatlicher und industrieller Atommafia besonders unkontrolliert, maßgeblich von einer SPD-Clique kontrolliert, , die über beide Ohren im Plutonium-Sumpf drinhängt.

4. Hanau verfügt über eine außergewöhnlich aktive und erfahrene örtliche BI und liegt zudem zentral in der BRD.

5. Aufgrund seiner besonderen Situation wäre Hanau ein optimaler Anlaufpunkt für die Anti-AKW-Bewegung *und* den Teilen der Friedensbewegung, die sich derartigen Großaktionen anschließen wollen. Die AKW-Gegner/innen wurden von der Friedensbewegung, als diese Hochkonjunktur hatte, weitgehend ignoriert. Es besteht heute u.E. überhaupt kein Grund für eine ähnliche Arroganz unsererseits in Richtung Friedensbewegung. Es gibt nun einmal keine Trennung von friedlicher und militärischer Atomnutzung; schon heute trägt die BRD-Atomtechnik dazu bei, die atomare Aufrüstung in Westeuropa (Stichwort: Superphenix) vorzubereiten. Hanau ist politisch und geografisch der optimale Standort für vielfältige Sternmärsche zum Kundgebungsplatz: Warum sollten neben den Sternmärschen aus Wackersdorf und Brokdorf nicht auch Sternmärsche aus Mutlangen und dem Hunsrück organisiert werden?

Foto: Thomas Einberger

6. Es wäre gut, wenn auf der Aktionskonferenz der Anti-AKW-Bewegung der Beschluß für die Durchführung einer Großaktion gefaßt werden könnte und mit den Vorbereitungen im Sommer begonnen werden könnte.

Betreten des Geländes streng verboten!
RADIOAKTIV
Standorte atomarer Anlagen
in der Bundesrepublik Deutschland
Brunsbüttel
Brokdorf
Stade
Esenshamm
Krümmel
Gorleben
Lingen
Leese
Gronau
Ahaus
Braunschweig
Salzgitter
Grohnde
Kalkar
Hamm-Uentrop
Würgassen
Jülich
Borken
Richelsdorf
Roßberg
Mülheim-Kärlich
Hanau
Karlstein
Kahl
Großwelzheim
Niederramstadt
Grafenrheinfeld
Wölkendorf
Geroldsgrün
Stockheim
Großschloppen
Am Rudolfstein
Mähring
Mitterteich
Ellweiler
Biblis
Obrigheim
Mackenheim
Schriesheim
Schwalbach-Elm
Landau
Philippsburg
Neupotz
Neckarwestheim
Murrhardt
Karlsruhe
Gernsbach
Nabburg
Schwandorf
Frauenberg
Fürstenstein-
Saldenberg
Hauzenberg
Ohu
Niederaichbach
Pfaffenhofen
Mähringen
Gundremmingen
Wyhl
Menzenschwand
Berlin
Legende
Reaktoren in Betrieb, im Bau, geplant, stillgelegt
Atomfabriken in Betrieb, im Bau, geplant
Atommüllverstecke und -lager in Betrieb, geplant
Uranabbau, Uransuche und weitere Atomanlagen
Würgheim
Name des Standorts und zugehörige Atomanlagen.
je größer, desto schlimmer
Collection Lutka foundation
www.laka.org
Digitized 2016
taz